# Das Deutschland von morgen!



von

Kurt Anker

Major a.D.







# Das Deutschland von morgen



# Das Deutschland von morgen

Gedanken,
Sorgen und Hoffnungen
über Gegenwart und Zukunft

von

Kurt Anker
Major a. D.

Umschlagzeichnung von Sophie von Kessel-Berlin



Leipziger Graphische Werke A.-G., Leipzig-R.

Druck: Leipziger Graphische Werke A.-G., Leipzig-R.

# Inhalt

# Zur Einführung

Aus heißem Sehnen nach einem neuen freien und starken Deutschland und aus dem nicht niederzuzwingenden Hoffen, daß dieses Deutschland auch schon im Werden ist, erstand dieses Buch.

Gleichzeitig aber auch aus der bangen Sorge, daß Hemmungen aller Art die deutsche Wiedergeburt unnötig verzögern können, oder, was noch schlimmer wäre, ein Deutschland erstehen lassen, das wiederum, wie das von 1871—1914, nur als ein Entwurf und Versuch dessen, was wir brauchen, gelten und darum nur von begrenzter Lebensdauer sein kann. —

Nur auf dem Untergrund unbestechlicher Wahrheit und klarer Erkenntnis aller Wirklichkeiten ist ein Deutschland von morgen zu erbauen, das fähig ist, eine neue jahrhundertelange deutsche Geschichte einzuleiten.

Seine Wurzeln liegen in unserer ruhmreichen Vergangenheit, aber vieles aus der Vergangenheit ist auch Schutt und Moder geworden; zum Neubau nicht mehr zu gebrauchen, sondern fortzuräumen! In diesem Sinne zu prüfen und zu sichten, versucht dieses Buch. Es geht von der Ansicht aus, daß der beste Wille, ein freies, starkes Vaterland zu schaffen, in so gut wie allen Deutschen lebt. Meinungsverschiedenheiten müssen daher geklärt, nicht ausgekämpft werden. Ob dies praktisch möglich ist, wird an Hand der wichtigsten politischen Gegenwartsfragen unvoreingenommen untersucht und besprochen, in der Hoffnung, daß das Ergebnis wenigstens einem Ruck nach vorwärts gleichkomme.

Einem Ruck nach vorwärts zu einem einigen, freien, starken Deutschland von morgen.

Kurt Anker

Berlin, im Februar 1925.

# „Die schönen alten Zeiten"

Alle Geschehnisse im Weltall und somit auch auf dem von uns bewohnten Weltkörperchen, Erde genannt, stehen in Verbindung und Zusammenhang miteinander und haben bedingenden Einfluß aufeinander. Kein Staubatom besteht gesondert für sich und ist ohne Einfluß auf die übrige Welt. Und ebenso ist die Zeit ein organisches Ganzes, dessen Einzelzellen und Zellengruppen wir Sekunden, Minuten, Stunden, Tage, Jahre, Jahrhunderte usw. nennen. Jede Minute und das, was in ihr vor sich geht, ist eine naturnotwendige Folge der vorhergegangenen Minuten. Wären diese anders verlaufen, als es tatsächlich der Fall war, so verliefe auch die Gegenwartsminute anders, als es — zu unserer Freude oder zu unserem Schmerze — geschieht. Und so stellt auch die Geschichte jedes Volkes und Staates ein organisch zusammenhängendes Ganzes dar, in dem jede Epoche folgerichtig und naturnotwendig aus der und den vorhergegangenen hervorgeht und den Keim für die Gestaltung der nächsten in sich trägt. Bestimmt wird der Verlauf der Dinge aus dem Zusammenwirken von unabänderlichen Naturzuständen geographischer, materieller und seelischer Art, aus Ereignissen, die wir Vorsehung, Bestimmung oder Zufall nennen können, und endlich aus dem Tun oder Lassen der jeweilig beteiligten Menschen. Allemal aber ergibt

sich eins aus dem andern, stets ist jede Geschichtsepoche die natürliche Tochter, Enkelin usw. der vorhergegangenen, mag die Familienähnlichkeit auch manchmal noch so gering erscheinen.

Diese vielen Lesern vielleicht als selbstverständlich und daher überflüssig erscheinende Betrachtung stellen erfahrungsgemäß im Einzeldasein wie im Völkerleben die wenigsten Menschen an, wenn sie die Gegenwart, in der sie leben, mit der Vergangenheit vergleichen. Vielmehr neigen viele dazu, Gegenwart und Vergangenheit, sofern beider Gestaltung sehr voneinander abweicht, wie zwei Gegner einander gegenüberzustellen und gegeneinander auszuspielen. Und die jeweilige Parteinahme für oder gegen das Einst und Jetzt oder auch gegen beide gleichzeitig nennen wir Parteipolitik.

Schon daraus geht hervor, daß Parteipolitik auf zum mindesten nicht klar natürlichen Voraussetzungen und Erkenntnissen beruht, sondern der unbedingten Wahrheit Gewalt antut. Ein Umstand, der begreiflicherweise die Gegenwartsarbeit an der Gestaltung der Zukunft nicht gerade günstig beeinflussen kann.

Wir Deutschen von heute neigen ganz besonders dazu, unsere Vergangenheit unter diesem falschen Gesichtswinkel zu betrachten. Es ist zur Zeit geradezu gefährlich, man setzt sich auf jeden Fall zwischen sämtliche parteipolitischen Stühle, wenn man sich der Vergangenheit weder mit Haß noch mit Liebe, sondern schlechthin als kühler Kritiker gegenüberstellt.

Mag dieser kühle Sachlichkeits- und Forscherstandpunkt aber in unserer immer noch vom Rechthaber-Fanatismus vergifteten Zeit noch so sehr das Stirnrunzeln der unentwegten Parteipolitiker erregen, er ist

es doch, der einzig und allein schließlich die unabweisbare Voraussetzung für die Herstellung einer arbeitsfähigen deutschen Aufbaugemeinschaft bildet. Wir kommen nicht vorwärts und aufwärts, geschweige denn zum Ziel, solange nur eine schwache Mehrheit (sofern dabei überhaupt eine Mehrheit zu erzielen ist) den Gang der politischen Arbeiten bestimmt. Die Macht einzelner Persönlichkeiten besteht ja auch in erster Linie darin, daß sie eine starke Mehrheit in ihren Bann ziehen. Wie aber, wenn diese Persönlichkeit stirbt? Eine kleine Reibung, und der wandelbare „Volkswille" schafft eine andere „Mehrheit". Der Zickzacklauf des politischen Wagens ist damit festgelegt, und hierin vornehmlich liegen die erwiesenen Schwächen des unumschränkten parlamentarischen Systems. Wer Englands gradlinige Aufwärtsentwicklung unter dem Parlamentarismus dagegen anführt, vergißt, daß dort, welche Partei auch am Ruder sein mochte, allemal der klare Kurs rein englischer, d. h. also vaterländischer, Politik gewährleistet war. Auch die 1923/24 unter Mac Donald regierende Arbeiterpartei (Labour party) hat bekanntlich diesen bewährten Weg Old Englands nicht verlassen.

Anders war und ist es bei uns in Deutschland, seitdem das alte in der Person des Monarchen überparteiliche System gestürzt und in der Republik der Parteiparlamentarismus am Ruder ist. Die nicht aus einem klaren Willen, sondern vielmehr aus einem weitverbreiteten, aber in seinen Ursachen und noch mehr in seinen Zielen sehr verschwommenen, urteilsunfähigen Unwillen geborene Revolution vom November 1918 krankte von vornherein an dem widernatürlichen Gegensatz, in den sie die von ihr geschaffene Gegenwart zur

Vergangenheit bringen wollte. Das Deutschland von gestern sollte gewissermaßen ein volksfeindlicher Tyrann gewesen sein, den der große Befreier, das neue, „revolutionäre" Deutschland, siegreich gestürzt und überwunden hatte. Nichts am alten Deutschland sollte plötzlich etwas getaugt haben, alles mußte von ganz entgegengesetzten Gesichtspunkten aus angefaßt werden. Kein Wunder daher, daß gegenüber solcher urteilsunfähigen Zerstörerpolitik die überrumpelten Anhänger des alten Deutschland sich sehr bald zusammenscharten zu einer immer stärker werdenden Gruppe, die die vielen untrüglich besseren Eigenschaften und Kräfte des Deutschland von gestern gegenüber dem mißratenen Deutschland der Gegenwart hervorhob. Und so entstand und besteht bis auf den heutigen Tag das sinnlose Bild, daß unser Jetzt und unser Einst sich wie zwei Todfeinde gegenüberstehen, während in Wahrheit auch in diesem Fall das Jetzt nur eine zwar sehr unähnliche, auch reichlich mißgestaltete, aber doch *nur allzu natürliche Tochter des deutschen Einst* ist.

Diese unselige Verkehrung aller natürlichen und unabänderlichen geschichtlichen Wahrheiten und Tatsachen, dieser Alp, der, je nach der Parteieinstellung, als „die schöne alte Zeit" oder „das verruchte alte System" auf unserem Volke lastet, muß von uns genommen werden. Erst dann bekommen wir Bewegungsfreiheit, erst dann kann *das Deutschland von morgen* ans Licht der Welt kommen.

Erfüllt und durchdrungen von dieser Ueberzeugung, sei zunächst einmal versucht, klarzustellen, daß jene „schönen alten Zeiten" denn doch nicht so ganz die armen braven Eltern waren, denen nur böse feindliche

Feen das Wechselbalg des heutigen Deutschland in die Wiege legten, daß sie aber auch ebensowenig so verrucht und verbrecherisch waren, daß wir, ihre Kinder, uns ihrer schämen und etwa gar schwere von ihnen begangene Sünden gutzumachen hätten.

Es liegt mir fern und wäre auch ein Schlag ins Gesicht der historischen Wahrheit wie jeder politischen Vernunft, die unleugbar nachweislichen und feststehenden unmittelbaren Anlässe zu unserem Zusammenbruch, wie sie vorwiegend in nationalen Reden und Schriften angeführt werden, nicht als solche anzuerkennen; ich will, immer wieder sei es betont, die Revolution in keiner Weise in Schutz nehmen; aber die tiefinnersten Ursachen unseres politischen Versagens liegen denn doch meiner Ueberzeugung nach im deutschen Volke selbst, und zwar vor allem in der disharmonischen politischen Rückständigkeit des Volkes im Vergleich zu seiner in allen übrigen Punkten so schnell, fast zu schnell, erfolgten physischen und wirtschaftlichen Vorwärtsentwicklung und Erstarkung in den letzten sechs Jahrzehnten. Es war an Gestalt, Muskulatur und auch geistiger Dressur ein Riese geworden, aber Seele und Gemüt waren die eines Kindes geblieben. Nicht von der Hand zu weisen ist zwar der schon oft betonte Gedanke, daß in Schule und täglichem Leben mehr für die politische Erziehung hätte getan werden müssen. Daß dadurch aber das ganze Uebel hätte gebannt werden können, glaube ich nicht. Politischen Instinkt bekommt ein Volk nicht durch schulmäßigen Unterricht, sondern durch den Verlauf seiner Geschichte. Die deutsche Geschichte aber war nach 1871 in dieser Hinsicht nicht günstig verlaufen. Es ist immer ein zweischneidiges Schwert, wenn ein

überragendes Genie gar zu lange die Führung eines Staatswesens in Händen hat. Zumal fast alle Genies leider eins fast nie verstehen: die Heranbildung geeigneter Nachfolger und die Gewöhnung ihrer Mit- und Hilfsarbeiter an Selbsttätigkeit und Verantwortungsfreudigkeit. So traf auch das deutsche Volk das tragische Verhängnis, daß seine außenpolitische Unmündigkeit und Hilflosigkeit dadurch noch besonders vergrößert und verlängert wurde, daß sein großer erster Kanzler es so lange und so glänzend führte. Er hat einmal gesagt, Deutschland brauche nur in den Sattel gesetzt zu werden, reiten würde es schon können. Aber er vergaß in der Praxis, das Pferd unter dem jungen Reiter gelegentlich auch einmal frei laufen zu lassen, er ließ vielmehr die Zügel keinen Augenblick aus der eigenen festen Faust. Wenn das deutsche Reichsparlament nach Bismarcks Abgang in allen außenpolitischen Fragen eine so ungeheuerlich klägliche Rolle gespielt hat und schließlich in der irrsinnigen Friedensresolution vom 13. Juli 1917 einen Gaurisankar-Gipfel an Unfähigkeit zu erklimmen gewußt hat, so darf man immerhin den mildernden Umstand nicht außer acht lassen, daß der Reichstag seit seinem Bestehen auch künstlich von allen außenpolitischen Fragen ferngehalten worden war.

Wie aber konnte sich da, wenn schon das gesetzgebende Parlament so unmündig blieb, im Volke selbst politisches Fühlen und staatsbürgerliches Verantwortungsbewußtsein entwickeln?! In dieser Hinsicht bietet schon das heutige, im allgemeinen ja nicht gerade berückend schöne Deutschland ein erfreulicheres Bild als das Deutschland der vielgepriesenen „schönen alten Zeiten". Es wird zwar heute oft reichlich viel Unsinn

geredet und geschrieben in außenpolitischen Fragen, aber nahezu alle Deutschen beschäftigen sich doch wenigstens mit außenpolitischen Problemen und haben begriffen, daß Kenntnis der außenpolitischen Zusammenhänge und Reibungen Pflicht jedes Staatsbürgers und Voraussetzung aller übrigen Staatsarbeit ist. Auf wie niedriger Stufe aber stand in dieser Hinsicht der Durchschnittsdeutsche der „schönen alten Zeiten"! Er las mit behaglichem Gruseln, wenn unten in Marokko „die Völker aufeinanderschlugen"; daß aber ein zielbewußt vorwärtsstrebendes Deutschland dort ebenfalls sehr, sehr viel zu suchen hatte, war ihm ein Buch mit sieben Siegeln. Unsere Blamage in Algeciras z. B., als aus dem springenden „Panther" ein männchenmachender Hase wurde, kam ihm, dem deutschen Bürger, daher gar nicht zum Bewußtsein. In Frankreich, Belgien, England und Italien sprachen die Kanalisationsarbeiter in der Frühstückspause von dem unvermeidlichen großen Kriege der Zukunft und seinen Zielen, in Deutschland stieß man bei den gebildetsten Leuten auf ein blöd-überlegenes Lächeln: „Krieg? — Ich bitte Sie, — — Kolonialkriege gegen aufständische Eingeborene, gewiß, die werden kommen; aber ein Krieg europäischer Nationen gegeneinander, — ausgeschlossen; schon deshalb, weil keiner anfangen wird und will. Jeder hat ja viel zu viel Angst vor dem anderen, und wir fangen auf keinen Fall an."

Mindestens 75 Prozent aller Deutschen, selbst Berufsdiplomaten und aktive Offiziere, sprachen so oder ähnlich bis zu dem Mord in Serajewo und selbst danach noch. Wie ahnungslose Kinder haben die weitaus meisten Deutschen in den Tag hineingelebt. Ein Glück und

Segen, daß wenigstens in der Armee unbeirrt so gearbeitet wurde, als ob jeden Tag der Kriegszustand zu erwarten wäre. Alle übrigen Volksgruppen tanzten sorglos auf dem außenpolitischen Vulkan ihre innerpolitischen und wirtschaftlichen Reigen. Es ist angesichts dieser politischen Schimmerlosigkeit ein Beweis für die fabelhafte, geradezu geniale Begriffsgeschwindigkeit, Fassungsgabe und Umstellungsfähigkeit des deutschen Volkes, daß es sich so schnell, wie es geschah, in den Krieg, an den keiner geglaubt hatte, und in seine Probleme hineinfand. Die ersten 2—2½ Kriegsjahre waren in der Tat schöne, große Zeiten. Als aber das Ende des furchtbaren Ringens immer unabsehbarer wurde, da begannen die Krankheitskeime zu wuchern, die sich in den angeblich schönen alten Zeiten vor dem Kriege im Volkskörper gebildet hatten. Da tauchte zunächst die jedes weltpolitischen Instinktes bare Auffassung wieder auf, die vor dem Kriege die Unvermeidlichkeit eines großen europäischen Waffengangs nicht hatte zugeben wollen. Sie führte jetzt dazu, daß man glaubte, durch Friedensangebote die feindlichen Mächte an den Beratungstisch bringen zu können. Sie nahm den Gedanken wieder auf, daß der Weltkrieg nicht eine fast unvermeidliche gewaltsame Regelung der naturnotwendig entstandenen neuen Weltprobleme war, sondern daß er nur auf Grund ungeschickter diplomatischer Schachzüge entstanden wäre. Wer das aber glaubte, der war schon nicht mehr weit entfernt von dem verhängnisvollen Suchen nach deutscher Schuld oder doch Mitschuld am Kriege. Damit war dann der erste Schritt schon getan auf dem Wege zum Zweifel an Deutschlands Recht. Das selbstmörderische Aufgeben des Glaubens an sich selbst, ge-

wiß, es war eine Folge überanstrengter Nerven und hochverräterischer Hetzereien von seiten gewisser Parteien und Richtungen, des Uebels tiefste Wurzel aber ist in „den schönen alten Zeiten" zu suchen, in denen das deutsche Volk in ganz falschen Begriffen und Vorstellungen über die Beziehungen der verschiedenen Völker zueinander befangen gewesen war. Nur einzelne Führerpersönlichkeiten waren von diesem deutschen Fehler, dieser Unbefähigtheit weltpolitisch zu denken, frei gewesen. Sie hatten die Entwicklung der deutschen Geschichte in weltpolitische Bahnen gelenkt; langsam, ganz langsam begann unter Bismarck der deutsche Geist sich umzuformen, begann „das Volk der Dichter und Denker" ein Volk der Tat und des nationalen Willens zur Macht zu werden. Und es schien auch zunächst, als ob der Ausbruch des Weltkrieges nun die letzten Hammerschläge in der Schmiede der deutschen Zukunft tun würde, aber schließlich zeigte sich doch, daß noch zu viel Schlacken in der Materie waren, aus der das Deutschland von morgen werden sollte. Die Schmiedearbeit mißlang und mußte noch einmal ins Feuer. In das Feuer, in dem wir heute noch schmelzen, um ein Volk von nationalem Stahl zu werden.

Denn in diesem Kriege und in aller Zukunft genügte und genügt nicht mehr das Auftreten eines großen Führers. Die politische Reife mindestens großer Teile des Volkes muß vorhanden sein; eine ganze Führerschicht ist vonnöten. Sie ist jetzt (und war es schon im letzten Kriege) sogar wichtiger und unentbehrlicher als die von einer glücklichen Fügung abhängende Sendung eines hochgenialen Führers. In jenen „schönen alten Zeiten" war sie noch in den ersten Anfängen ge-

blieben. Sie konnte diesen Krieg daher noch nicht meistern, sondern mußte erst aus ihm erwachsen; vielleicht (erst unsere Nachkommen werden das klar übersehen können) war sogar dieser nach unserem Gefühl so unnötig trübe Ausgang des Krieges ein unvermeidlich notwendiger Entwickelungsprozeß. Wie dem aber auch sei, in den angeblich so „schönen alten Zeiten" wurzelt unleugbar das ganze traurige Geschehen der letzten acht Jahre.

Jedoch nicht nur betreffs unserer weltpolitischen Reise, auch hinsichtlich der Erfordernisse einfachster vaterländischer Moral, weisen die „schönen alten Zeiten" unter der mitleidlos scharfen Lupe der Wahrheit manche stockige Stelle auf, die gegen Ende des Krieges zum eitrigen Geschwür wurde:

Es heißt, wir hätten, im Gegensatz zu heute, damals doch wenigstens im ganzen Volke ein gesundes nationales Empfinden, Sinn für unsere große Vergangenheit, Freude am vaterländischen Wesen gehabt. Allerdings machte früher alles die nationalen Feiern mit, es gab keine verhetzten Pöbelmassen, die die schwarzweißroten Fahnen in den Dreck traten oder ein vaterländisches Lied mit der „Internationale" niederzubrüllen suchten. Aber denken wir einmal ehrlich nach: Waren es nicht oft nur sehr gedankenlose, geistesarme Saufgelage und Vergnügungsrummel, die unter vaterländischer Marke stattfanden? Und vor allem: Beherrschte diese zahlreichen, manchmal viel zu zahlreichen, Feiern nicht gar zu einseitig der Gedanke: „Uns kann keiner"? Es ist nicht wahr, was in der Linkspresse und von den Linksrednern behauptet wird, daß nämlich das kaiserliche Deutschland der Vorkriegszeit durch seine

Diplomatie, Politik, sowie durch sein ganzes Auftreten bei passenden (und unpassenden) Gelegenheiten die anderen Staaten bedroht und zu deutschfeindlicher Entente=(Zusammenschluß)=Politik gezwungen habe. Wir haben (leider!) so gut wie nichts beansprucht bei dem großen kolonialen Wettbewerb, der um die Wende des Jahrhunderts erneut unter den Großmächten einsetzte, wir liefen mit unseren militärischen Rüstungen stets um mehrere Längen hinter Rußland und Frankreich her, und auch in den vielen deutschen Nationalfestreden ist nie (wie in Frankreich ohne Unterlaß) von Ausdehnung und Machtvergrößerung, Eroberung weiterer (einst deutsch gewesener) Gebiete gesprochen worden. Wohl aber haben wir von Amts wegen in Diplomatie und Politik und von Volksseite in der Presse und in gelegentlichen Festreden nicht selten die Rolle des großspurigen Emporkömmlings gespielt, der sich seines Besitzes unanfechtbar sicher glaubt. Abgesehen davon, daß diese Sorglosigkeit die Angriffslust imperialistischer gegnerischer Regierungen geradezu herausforderte, ließ sie in unserer Volkspsyche eine verhängnisvolle nationale Trägheit und Schwerfälligkeit aufkommen, die zwar bei Ausbruch des Krieges und während seiner ersten Hälfte angesichts der großen Aufgabe, die uns gestellt wurde, zunächst nicht so in Erscheinung trat, die im Laufe des Krieges aber, als die Gefahr eines feindlichen Einbruchs gebannt schien, sich sehr bald wieder bemerkbar machte.

Wenn wir in der Vorkriegszeit uns mehr, als es geschehen ist, auf die Wahrscheinlichkeit eines nochmaligen großen Ringens eingestellt hätten, wären wir nicht nur militärisch und wirtschaftlich besser gerüstet, sondern auch seelisch widerstandsfähiger in den Krieg eingetreten.

Ganz besonders verhängnisvoll war ferner die Blindheit der maßgebenden Persönlichkeiten und Stellen im Deutschland von gestern gegenüber der bedeutungsvollen Veränderung, die nach 1871 in dem Organismus unseres Volkskörpers vor sich gegangen war:

Deutschland war aus einem Agrarstaat zu einem Industriestaat geworden. Immer dichter drängten sich in den Industriezentren die Riesenmassen der Arbeiterschaft zusammen. Nicht lediglich durch die Marxschen Ideen und seine Nachfolger lebte in diesen Massen eine mehr materialistische, dem alten patriarchalischen Nationalismus des agrarischen Deutschland mißtrauisch gegenüberstehende Welt- und Lebensanschauung. Vielmehr brachten schon die ganzen wirtschaftlichen Lebensverhältnisse dies mit sich. Das Gefühl der lebensnotwendigen Verteidigungsbereitschaft für die heimatliche Scholle fehlte; konnte auch aus sich selbst heraus gar nicht vorhanden sein in dem, der nicht einmal als Mitarbeiter (wie der Ackerknecht des Landwirts) an dieser Scholle unmittelbar interessiert war. Dagegen hatte der Gedanke der internationalen Solidarität des Industrieproletariats aller Länder für den urteilsungeübten einfachen Arbeiter viel Bestechendes. Es galt daher, den Industriearbeitermassen klar zu machen, daß auch vom materialistischen, rein wirtschaftlichen Standpunkte aus nur auf nationalem Wege die Existenz der breiten Massen sichergestellt werden konnte. Diese Erkenntnis aber fehlte den maßgebenden regierenden Stellen in Deutschland. Mochte die deutsche Reichsregierung in ihrer sozialen Fürsorge und Gesetzgebung auch noch so sehr an der Spitze aller Staaten der Erde marschieren, das seelische Empfinden und Denken der Arbeitermassen

wurde kampflos den Führern der Arbeiterpartei überlassen, denn die gelegentlichen Versuche nationaler Beeinflussung nach Art und Form der alten agrar-patriarchalischen Gepflogenheiten blieben natürlich wirkungslos. Und so überließ man die Arbeiterbewegung ihrem Schicksal, anstatt ihre unbesiegbare Macht zu erkennen, anzuerkennen und wohlüberlegt in einen national geschlossenen Volkskörper einzugliedern. Wie sich dieses Versäumnis der „schönen alten Zeiten" dann im Laufe des Krieges gerächt hat, ist bekannt. Vielleicht war es auch nicht nur unbewußte Blindheit gegenüber der neuen Gestaltung des Gesamtvolkskörpers, sondern teil- und stellenweise kurzsichtige Eitelkeit und beschränkte Rückständigkeit gewisser Kreise, die sich darin gefielen, nationales Empfinden und Denken als ihre Domäne zu betrachten, um die Macht nicht mit dem neu aufgekommenen vierten Stande zu teilen.

Was und wie es aber auch gewesen sein mag, in allen diesen und zahlreichen anderen Punkten wucherten verborgene Krankheitskeime in unseren „schönen alten Zeiten", in dem Deutschland von gestern. Nur äußerlich stellten jene Zeiten ein gleichmäßiges Weiterwachsen des von Bismarck gepflanzten deutschen Einheitsbaumes dar. Innerlich war mehr als eine Stelle faul und morsch geworden und daher dem Unwetter des Weltkrieges nicht gewachsen. Was morsch und widerstandsunfähig war, fiel daher auch diesem Kriege und dann dem heimtückischen Anschlag der Revolution ziemlich widerstandslos zum Opfer.

Aber eins ist und bleibt trotz allem, was vorher in scharfer Kritik der „schönen alten Zeiten" ausgeführt wurde, eine nicht minder einwandfreie feststehende Tat-

sache: Dieser Umsturz vom November 1918, er war ein Wahnsinn und ein Verbrechen. Wenn auch die Mängel der jüngsten Vergangenheit das Zustandekommen dieses grauenhaften Selbstmordversuches eines großen starken Volkes erklären, selbst das nervenzermürbte und politischen Denkens ungewohnte deutsche Volk hätte diesen Selbstmordversuch nie unternommen, wenn nicht Fantasten und skrupellose Machtpolitiker es planmäßig dazu verleitet hätten. Auch ohne den Umsturz des gesamten Gebäudes wären die Fehler und Altertümlichkeiten in seiner Konstruktion beseitigt worden. Das hätte das Erlebnis des Weltkrieges, das Millionen Deutsche mit nach Hause brachten, auf durchaus legalem und normalem Wege durchgesetzt und zwar wahrscheinlich viel radikaler, als es die revolutionäre Politik getan hat.

Denn gerade das ist ja das Bezeichnende an diesem Umsturz: Tatsächlich beseitigt hat er nur das, was an den „schönen alten Zeiten" wirklich schön und gut war. Was uns trotz aller Mängel und Irrtümer die Kraft gegeben hatte, uns vier Jahre lang gegen vier Fünftel des ganzen Erdballs siegreich zu behaupten, was heute noch unseren Hauptfeind, Frankreich, in blasser Angst vor uns befangen hält, was ferner unweigerlich das Fundament für den Aufbau des Deutschland von morgen bilden muß und bilden wird, alles das wurde im November 1918 und in den Jahren danach beseitigt oder verschüttet.

Was wir dagegen in den vorstehenden Ausführungen als Mängel und Gebrechen der „schönen alten Zeiten" erkannten, just das und manches andere vom alten Deutschland hat diese angebliche „Revolution" getreulich übernommen, konserviert und weiter ins Kraut

schießen lassen. Die Politik der letzten Kanzler des kaiserlichen Deutschland war etwa die gleiche wie die der republikanischen Führer bis auf den heutigen Tag, die Blindheit für die Notwendigkeit nationaler Außenpolitik möchten die Novemberfreunde auch heute unserem Volke möglichst auf ewig erhalten; der Arbeiter soll international eingestellt bleiben; Bürokratismus und Unmündigerhaltung der breiten Massen blühten nie üppiger als heute; die Herrschaft des Großkapitals ist nach Aeußerung des Sozialdemokraten Südekum nie schrankenloser und allmächtiger gewesen, als in der „freien, revolutionären Republik“. Es wäre daher eine Doktorarbeit für sich, zu untersuchen, ob die begeisterten Verteidiger des Deutschland vom November 1918 im Grunde genommen nicht viel mehr Berührungs- und Verbindungspunkte mit den „schönen alten Zeiten“ vor dem Kriege haben, als wir, die wir dem November-Deutschland ablehnend gegenüberstehen. Indessen wäre eine solche Untersuchung eine Arbeit ohne praktischen politischen Wert.

Wir ziehen es daher vor, die ganzen Geschehnisse der letzten Jahrzehnte deutscher Geschichte schlechthin zu nehmen als das, was sie letzten Endes einfach sind: Als einen schmerzhaften, aber nicht mehr rückgängig zu machenden Gärungsprozeß, den unsere Nachkommen in hundert Jahren vielleicht als eine unvermeidliche und alles in allem sogar notwendige und segensreiche Durch- und Uebergangsepoche ansehen werden. Ob und daß sie es in dem ruhigen Bewußtsein tun können, daß das Ende und damit alles doch gut ward, das liegt in unserer Hand, das ist unsere Aufgabe, unsere heilige Pflicht als Deutsche der Gegenwart.

# Das Revolutionsgespenst

„Du kennst die deutsche Seele nicht, König Etzel," sagt in Thea von Harbous „Nibelungen-Film" Rüdiger von Bechelaren zum Hunnenkönig, als dieser es nicht begreift, daß die Nibelungen, um sich zu retten, Hagen nicht ausliefern wollen, obgleich sie mit dessen Tat, der Tötung von Etzels Kind, keineswegs einverstanden sind und obgleich Hagen freiwillig sich stellen will.

Treue bis zur Selbstvernichtung und selbst bis zur sturen Unvernunft, diese altgermanische Eigenschaft ist trotz aller Blutmischungen, die die germanische Rasse im Laufe der Jahrhunderte durchgemacht hat, den Deutschen verblieben. Und zwar mehr den breiten Massen, den tragenden (ich sage mit Absicht nicht „unteren") Schichten, als den oberen Zehntausend und den Fürstengeschlechtern, die ja auch viel mehr in Bluts- und Geistesverbindung mit Nichtdeutschen getreten sind, als das eigentliche „Volk".

Seit sechs Jahren, seit dem 9. November, lastet wieder besonders schwer, jeden Schritt lähmend, jede Erkenntnis erstickend die Tragik der deutschen Treue auf uns und unserer Politik. Und diese Treue gewisser Kreise des deutschen Volkes gilt — da wird die Tragödie schon zur Groteske — einem Fantom, einem Gespenst. Nämlich dem Gespenst der Revolution von 1918.

Vier furchtbare Jahre hindurch hatte das deutsche Volk sich gegen vier Fünftel der gesamten Kraft- und Machtsumme des ganzen Erdballs zur Wehr gesetzt. Aus den verschiedensten Gründen begannen schließlich die physischen und seelischen Kräfte zu versagen. Auch die Führung wird unklar, unsicher, schwankend. Mit ihr die Idee und die Gesichtspunkte, unter denen bisher gekämpft wurde. Erst langsam, dann schneller, schließlich in katastrophaler Hast übernimmt — — — nicht ein neuer Führer, sondern eine neue, reichlich verschwommene, aber immerhin bestimmt und befehlend auftretende Idee, der Umsturz, die Revolution, die Leitung. Da sie auf so gut wie gar keinen Widerstand stößt, erscheint sie, muß sie geradezu den breiten Massen als der einzige noch einen Ausweg bahnende Führer erscheinen, und man folgt ihr infolgedessen. Damit aber setzt das Verhängnis, setzt die Tragik der deutschen Treue ein, man folgt jetzt in sturer Anhänglichkeit diesem neuen Führer, mag seine Befähigung auch immer fraglicher erscheinen, mag er auch noch so oft als falscher Heiland, als Schädling oder selbst als Betrüger entlarvt werden.

Aus dieser Erwägung heraus ist es meines Erachtens zunächst zu erklären, daß heute noch weiten Kreisen des deutschen Volkes die Revolution geradezu eine Majestät ist, an der keine Kritik geübt werden, an deren Autorität nicht gerüttelt werden, der man die einmal gelobte Treue (in diesem Fall war es übrigens nur ein ratlos verzweifeltes Mitlaufen) nicht brechen darf. Und allgemein ist für die weitaus meisten Deutschen aller Richtungen die Revolution nicht, was sie sein müßte, ein politischer Versuch, eine Unternehmung, eine Maßnahme, die man einfach vernunftmäßig auf Grund ihrer

Ergebnisse hin prüft und nötigenfalls kaltblütig liquidiert, um andere Maßnahmen zu treffen, sondern sie wird sowohl von ihren Anhängern wie von ihren Gegnern zu einem Götzen erhoben, den man anbeten oder bekämpfen muß. Bis auf den heutigen Tag thront dieses Götzenbild mitten unter uns. In ehrfurchtsvollem Abstand die einen, in furchtsam-gehässiger Entfernung die anderen, stehen rechts und links von dem Götzen die beiden Haufen, in die sich das deutsche Volk gespalten hat, und toben und kämpfen gegeneinander, anstatt von beiden Seiten einmal an das Götzenbild heranzugehen und zu untersuchen, woraus es eigentlich entstanden und zusammengesetzt ist.

Es ist merkwürdigerweise in der Oeffentlichkeit noch gar nicht recht bemerkt, wenigstens nie darauf hingewiesen worden, wie wenig und ungern schon seit Jahren gerade die Anhänger und Befürworter der Revolution von diesem Geschehnis selbst sprechen. Nur unmittelbar nach dessen Geburt rief Herr Scheidemann es als „Sieg des Volkes (???) auf der ganzen Linie" aus. Das ist aber auch alles. Ganz offen als des Kindes Vater hat dann 1919 nur der Sozialist Vater in einer Rede in Magdeburg die linksradikale sozialdemokratische Richtung gepriesen, mit diesem Bekenntnis aber im eigenen Lager gar keine Zustimmung gefunden. Teilweise schrecken wohl die kostspieligen Alimente ab, mehr noch liegt es aber vermutlich daran, daß dieses unglückselige Wurm so viele Väter hat, daß jeder einzelne, der diese Würde für sich allein in Anspruch nähme, Gefahr liefe, sich reichlich lächerlich zu machen. Trotzdem aber keine Partei so recht klipp und klar sich als Urheberin

der Revolution bekennt, geraten die Linksparteien, und zwar bis tief ins Zentrum hinein, gleichwohl in grimmen Zorn, wenn rechts jemand die Schönheit des Kindes anzweifelt. Die Art jedoch, wie man es dann verteidigt, kommt auch wieder nicht auf eine positive Rechtfertigung heraus, sondern erschöpft sich im wesentlichen in lediglich negativen Argumenten: Das gestürzte System habe eben abgewirtschaftet gehabt, habe gleichsam seinen Bankerott angemeldet, und im übrigen hätten die heutigen Revolutionsgegner, als der Stein ins Rollen kam, ja ihrerseits nichts dagegen getan, sondern den Dingen ihren Lauf gelassen.

Der erstere Einwurf beweist für den Wert der Revolution selbst gar nichts, der letztere zeigt eine sonderbare Bereitwilligkeit, andere, und noch dazu politische Gegner, an dem Ruhm, den Umsturz herbeigeführt zu haben, teilnehmen zu lassen. So spricht nicht der Sieger nach gewonnenem Kampfe, sondern hierin liegt ein verdächtiges Bestreben, die alleinige Verantwortung für das Geschehene abzulehnen. Da haben im Laufe der Weltgeschichte andere Revolutionäre (Cromwell, Robespierre, Gambetta, Lenin) ganz anders zu ihrer Tat und ihrem Werk gestanden. Ihnen lag im Gegenteil daran, als die alleinigen Träger und Gestalter des Neuerstandenen zu gelten.

Man muß daher annehmen, daß die deutschen Revolutionsanhänger in innerster Seele dem Geschehnis sehr viel skeptischer gegenüberstehen, als sie nach außen hin zugeben. Tatsächlich hat ja auch selbst die Sozialdemokratie von Partei wegen die Revolution gar nicht gewollt, geschweige denn sie planmäßig vorbereitet. Im Gegenteil, bis kurz vor ihrem Ausbruch haben führende

Persönlichkeiten der gesamten Linken noch alles versucht, um sie aufzuhalten. Erst, als sie einmal da war, taten sie so, als ob, und ergriffen scheinbar die Zügel des durchgehenden Gespanns.

Die Folge war, daß sie in der Tat persönlich dabei ganz gut gefahren sind. Sie bekamen die Macht in die Hand und wollen sie nun behalten. Dies aber ist nur möglich, wenn nachträglich jede Kritik an der Revolution unterbleibt. Und so ward sie zu einem Götzen und soll sie ein Götze bleiben für alle Zeiten.

Die Mittelparteien aber, bis einschließlich Deutsche Volkspartei, glaubten „realpolitisch" zu handeln, wenn auch sie den Zankapfel des Revolutionsproblems lieber möglichst verborgen hielten, wohl in der stillen Hoffnung, daß er allmählich verschimmeln oder einschrumpfen würde. Ihnen war die Revolution ein Götze, an den man zwar selbst nicht glaubte, den man aber stehen ließ, um die Gläubigen nicht unnötig zu reizen.

Nun ließe sich über diesen Gesichtspunkt und diese Taktik vielleicht reden, wenn wirklich dadurch der Weg für gemeinsame praktische Aufbauarbeit frei würde. Dies ist aber nicht der Fall, denn nach Millionen zählen heute schon die Deutschen, die diese Revolution verwünschen und verfluchen. Auch ihnen ist sie ein Götze, aber ein falscher, den man stürzen muß, und zwar nicht nur ihn, sondern mit ihm auch seine Anhänger und Anbeter.

Mithin, werden nach diesen Ausführungen nun viele sagen, ist also der Kampf um Bestehen oder Zertrümmern des Götzen unvermeidlich!? Ich glaube aber: Nein! Er ist nicht unvermeidlich, er ist sogar ein selbstmörderischer Unsinn. Welche Partei auch siegt, den Schaden hat die Gesamtheit auf jeden Fall, denn ein

innerer Friede, in dem es Sieger und Besiegte gibt, ist kein Friede. Und ich danke für ein neues national regiertes Deutschland, in dem starke Teile des Volkes nur deshalb dem nationalen Gedanken gehorchen, weil sie im Kampfe für ihren internationalen Glauben unterlegen sind.

Wie aber ist dann ein Ausweg zu finden, wie soll der Götze gestürzt werden, ohne daß seine bisherigen Anbeter ihm nachtrauern und auf seine Wiederaufrichtung sinnen?

Die nationalen Parteien und Richtungen haben die Lösung dieses Problems in der Hand. Ein Wort in ihrer Propaganda brauchen sie nur zu ändern, und der erste Schritt zum Zusammenbringen einer nationalen Einheit ist getan. An Stelle des Wörtchens „ihr" ist das Wort „wir" zu setzen. Aber ohne jede Klausel, ohne jeden einschränkenden Zusatz muß das geschehen. Offen und ehrlich muß erklärt werden: Wir, (nicht, wie bisher meist, ihr) wir alle haben im November 1918 diese Revolution entstehen lassen und wollen nun rein sachlich und nüchtern untersuchen,

1. ob dieses Unternehmen richtig oder falsch war;
2. was daran nach und nach zu ändern ist;
3. was daran sofort geändert werden kann und muß.

Vielleicht wird hiergegen eingewendet, daß hier zu einseitig nur der einen Parteirichtung ein hoher Grad von Selbstlosigkeit zugemutet wird und daß ferner hinsichtlich der Frage der Schuld am Umsturz doch ein großer Unterschied bestehe zwischen denen, die die Re-

volution artig mitgemacht, sogar ihre Parteisuppe an ihrem Feuer gekocht haben, und denen, die aus Mangel an Kraft oder Mut ihr nur ihren Lauf ließen. Gewiß bei Abwägung aller Umstände könnte man das sagen, aber vor einem wahrhaft vaterländischen Gewissen halten diese Einwände nicht stand: Zunächst gibt es für den wirklich national empfindenden Menschen überhaupt kein Opfer, das ihm zu groß sein darf, wenn das Wohl des Vaterlandes es fordert. Auch eine selbst etwas übertriebene Uebernahme von materiellen oder moralischen Schuldlasten muß ihm eine selbstverständliche Pflicht sein. Des weiteren aber ist nach höchsten moralischen Gesetzen der, der gegen seine Ueberzeugung einem Vergehen oder einer Torheit ihren Lauf läßt, auch in der Tat schuldiger an deren Folgen, als der, der sie im Glauben richtig zu handeln, aktiv gefördert, ja, selbst schuldiger, als der, der einen ganz bestimmten, vielleicht sogar eigennützigen Plan dabei verfolgt. Denn selbst der letztere hat wenigstens den mildernden Umstand des guten Glaubens für sich. Daß lediglich bösartige Absichten ihn geleitet haben, müßte ihm erst nachgewiesen werden und wird im vorliegenden Fall (Revolution) nie einwandfrei nachgewiesen werden können.

Daß wir Revolutionsgegner aber im November 1918 gegen unsere felsenfeste Ueberzeugung, teils aus Unfähigkeit, teils aus Müdigkeit, teils aus allerhand Gründen eines bösen Gewissens, teils einfach aus Mangel an Mut und Entschlußkraft (immer ehrlich und deutlich! Besser, man sagt es selbst, als daß man es sich immer von anderen sagen lassen muß!) den Dingen ihren Lauf gelassen haben, das steht, wir mögen uns drehen und winden wie wir wollen, nun einmal fest.

Mehr oder weniger widerstandslos haben wir uns doch alle sehr schnell mit dem Umsturz abgefunden. Und kein deutscher Fürst (gerade wir Monarchisten müssen uns das klar vor Augen halten!) hat den Revolutionsnarren getrotzt. Blamiert bis auf die Knochen haben wir uns, einer wie der andere, und darum nicht das Recht, gar zu große Töne über Novemberverbrecher und dergleichen laut werden zu lassen. *Denn zu diesen Novemberverbrechern gehören wir ja leider alle selbst.*

Nun wird man mir vielleicht hier vorhalten, daß gerade ich doch in den ersten Jahren nach dem Umsturz in zahlreichen Reden und Schriften viel schärfer gegen links, gegen die Revolutionsbefürworter aufgetreten bin und sogar mit besonderem Eifer das alte System und alles, was dazu gehörte, in Schutz genommen habe. Aber dieser Einwand ist hinfällig. *Damals* handelte es sich zunächst darum, zu retten, was noch zu retten war, zu tun, was wir schon einige Wochen vorher hätten tun müssen: sich dem revolutionären Wahnsinn, der auch nach dem 9. November immer noch im Vordringen war, entgegenzustemmen, die noch schwankenden Seelen und Geister zur Vernunft, ein gewisses Zurückebben der Revolutionswogen in Gang zu bringen. Ein wenig durch unser Reden und Schreiben, erheblich mehr durch die Wucht der Tatsachen ist diese Rückwärtsbewegung dann eingetreten, und heute dürfen wir sagen: Das nationale Erwachen ist im besten Gange. In allen Kreisen, und sogar besonders in denen, die gegen Ende des Krieges am nationalen Glauben gänzlich irre geworden waren. Gleichzeitig damit aber zeigen sich jetzt auch schon wieder die Keime der Uebel, die in den so-

genannten „schönen alten Zeiten“ im Verborgenen wucherten: Der oberflächliche, an Aeußerlichkeiten sich berauschende Hurra-Patriotismus und die Ueberheblichkeit, das Pharisäertum der öffentlich als national abgestempelten Richtungen und Bünde.

Dieses Taumeln aus einem Extrem ins andere muß gerade aus nationalen Gründen verhütet werden. Bedenklich sind auch die aus dem extremen Rechtslager unentwegt ertönenden Rufe, man müsse die „Novemberverbrecher“ zur Rechenschaft ziehen. Denn gerade weil das Volk auch im Linkslager in seinem innersten Gefühl von dem Unheil jenes Umsturzes überzeugt ist, sträubt man sich gegen die Liquidierung des 9. November in der Form, daß dabei ein Teil des Volkes über den andern Gericht hält. Und das nicht mit Unrecht, denn, wie vorstehend ausgeführt wurde: mit zustande gebracht haben wir ja tatsächlich samt und sonders diesen Tag. Und wenn von rechts gesagt wird, man wolle nur die Führer und Verführer zur Rechenschaft ziehen, so vergißt man eben das schon zu Anfang dieses Kapitels erwähnte Moment der deutschen Treue. Es gibt nun einmal zahlreiche Deutsche, die trotz aller schlimmen Erfahrungen nicht so leicht zum Abfall von ihren Führern zu bringen sind. Und ganz einwandfrei bewußte Verbrecher in nationalem Sinne unter ihnen festzustellen und als solche zu entlarven, ist auch nicht so einfach. (Uebrigens haben wir doch jahrelang auch mit diesen Leuten zusammengearbeitet.)

Ganz anders dagegen sieht sich die Sache an, wenn von rechts, wenn vom nationalen Lager aus jetzt unter dem Gesichtspunkt eines gemeinsam begangenen schweren Irrtums an die Erledigung des 9. Novembers

herangegangen wird. Es entspricht nicht nur den Tatsachen, und befreit von unfruchtbaren Debatten über zahllose Einzelfragen, sondern es ist auch gleichzeitig vom psychologischen Gesichtspunkt aus der einzig richtige Weg.

Vor allem aber wird auf diese Weise mit einem Schlage der Götze Revolution als solcher entthront und zu dem degradiert, was dieses Geschehnis in Wahrheit ist: *Ein Experiment, ein Versuch, ein verzweifeltes Unternehmen*, das man weder bekämpft noch verteidigt, sondern einfach kritisch beurteilt und, wenn es sich als törichte Verirrung erweist, rein geschäftsmäßig liquidiert.

Freilich, in der Form der Liquidation muß dann auch wieder auf seiten der nationalen Parteien die kühle Vernunft gewahrt werden.

Schon im täglichen Leben des Einzelnen kann man eine einmal gemachte Dummheit, einen Fehler, einen falschen Schritt meist nicht mit einem Schlage ungeschehen machen. Und noch weniger ist das bei der Gestaltung des Schicksals der Völker möglich. Es bedarf keiner Beweisführung, daß wir unmöglich, selbst wenn das Volk einstimmig dafür wäre, alles kurzerhand so umorganisieren können, daß ungefähr die Lage, sagen wir: vom 1. Oktober 1918 oder sonst irgendeinem Datum vor dem 9. November 1918 wiederhergestellt wird. In Erkenntnis dieser Tatsache ist es aber auch Unsinn, davon zu reden oder gar daraufhin zu arbeiten. *Nicht Altes wieder herzustellen, sondern Neues aufzurichten ist unsere Aufgabe!* Selbstverständlich unter sorgfältiger Wiederherstellung der Verbindung mit den alten Wurzeln unserer Kraft.

Im einzelnen wird im letzten Teile dieses Buches darüber zu sprechen sein. Hierher gehört nur noch die Erörterung der Frage, ob die Entthronung des Götzen Revolution folgerichtig auch die Klärung der Frage Republik oder Monarchie sofort aufs Tapet bringen muß.

Infolge dieser Revolution, das steht ohne Zweifel fest, trat in Deutschland an Stelle des monarchischen das republikanische System, und vom Standpunkte des monarchisch Eingestellten war dies schon an und für sich ein Fehler und Unrecht. Trotzdem aber war im Grunde genommen die Aenderung der Regierungsform bei dieser Revolution nur eine verhältnismäßig nebensächliche Begleiterscheinung. Am einfachsten ergibt sich diese Tatsache aus einem Vergleich der deutschen Revolution mit der französischen im September 1871. In dieser wurde die napoleonische Dynastie gestürzt, weil die revolutionären Republikaner mit Aufbietung der letzten Volkskräfte dem siegreichen äußeren Feinde weiter Widerstand leisten wollten, um zu retten, was noch zu retten war. Nicht gegen den nationalen Gedanken, sondern gegen die Dynastie als schlechte und unfähige Hüterin dieses Gedankens richtete sich der Verfassungsumsturz.

*Die deutsche Revolution dagegen war ein Aufgeben des nationalen Gedankens, eine bedingungslose Kapitulation vor dem Feinde.* Und weil der Feind seit Monaten schon in Flugblättern, in seiner Presse und in amtlichen Kundgebungen die Entthronung der Hohenzollern und allgemein die Einrichtung eines republikanisch-demokratischen Regierungssystems in Deutsch-

land gefordert hatte, verlangten auch die Sprecher der Revolution zunächst einmal die Erfüllung dieser feindlichen Forderung.

Der deutsche Verfassungsumsturz von 1918 ist daher seinem Kern und Wesen nach gar keine innerpolitische, sondern eine außenpolitische Angelegenheit gewesen. Nichts weiter, als der erste Schritt der bedingungslosen Erfüllungspolitik, zu der sich das deutsche Volk damals in seiner Zermürbtheit, Verzweiflung und Ratlosigkeit entschloß. Nach verschiedenen glaubwürdigen Angaben hat übrigens auch der Kaiser selbst mit der Möglichkeit gerechnet, daß sein und seines Hauses Verzicht die weitere deutsche Außenpolitik erleichtern und vielleicht einen milderen Frieden bringen würde. Ganz sicher hat dieser Gedanke sein bedingungsloses Sichfügen entscheidend beeinflußt. Daß den Kronprinzen ziemlich ausschließlich außenpolitische Gesichtspunkte abgehalten haben, die Dynastie zu retten, weiß ich genau.

Mithin hat weder das deutsche monarchistische System vor dem republikanischen System kapituliert, noch hat das deutsche Volk, sei es nun aus Ueberzeugung, sei es in einem Augenblick blinder Wut, den und die Monarchen verjagt, sondern beide gemeinsam, Volk und Monarchen, haben vor den Feinden kapituliert.

Auch dieser Gesichtspunkt trägt dazu bei, die Revolution ihrer Götzenherrlichkeit zu entkleiden. Es ist barer Unsinn und eine ganz unberechtigte Ueberschätzung dieser Revolution, wenn sie im Linkslager als ein Sieg über den monarchischen Gedanken, und ebenso, wenn sie im Rechtslager als ein Verbrechen an alten

Traditionen hingestellt wird. **Nichts weiter, als ein verzweifeltes Um-Gnade-Bitten bei den Feinden war diese Revolution!** Ein Versagen der Nerven und Körper, ein Zusammenbrechen, ein Einfach-nicht-mehr-können!

Allesamt konnten wir nicht mehr! Auch die Oberste Heeresleitung hatte schon seit Monaten die Nerven verloren. Leider hat noch keiner der höheren und höchsten Führer dies ganz unverblümt und offen von sich selbst gesagt. Warum eigentlich nicht? Ist es denn so unverständlich nach vier Jahren derartigen Ringens mit immer unzulänglicheren Mitteln und unter stetig wachsenden Schwierigkeiten? Und ebenso hatte jeder mittlere und untere Führer, jeder Soldat, letzten Endes das ganze Volk die Grenzen seiner Kräfte erreicht. Viele Fehler und Irrtümer kamen dazu, des weiteren einige Schurken im eigenen Lager, die den krankhaften Zustand des Volkes für ihre Hetzarbeit ausnutzten. Aber überschätzen wir doch nicht die Wirkung dieser Hetzarbeit. Wenn das deutsche Volk in Heimat und Heer nicht so körperlich und seelisch zermürbt gewesen wäre, hätten die Hetzer die schönsten Prügel bezogen und nicht die geringste Einwirkung auf das Volk gehabt. Weil aber — allerdings nicht nur infolge der Uebermacht der Feinde, sondern auch aus in uns selbst zu suchenden Gründen — das deutsche Volk in allen seinen Schichten zermürbt und erschöpft war, glaubte es eben, nicht mehr weiter zu können, und kapitulierte. Eine eiserne Faust, ein genial-dämonischer Wille an der maßgebenden Stelle hätte den Wahnsinn wohl noch bändigen können. Aber dieser Wille, diese Persönlichkeit fehlte

uns. Und so taumelten wir denn ratlos und entschluß=los hinein in das Chaos, das nachher Revolution genannt wurde.

Es war und ist aber in Wahrheit gar keine Revolution! Es handelte sich hier ja gar nicht um den Sturz einer Gewalt durch eine andere, um das gewaltsame Sichdurchsetzen einer neuen Idee. Innerlich geändert hat sich eigentlich so gut wie gar nichts. Einige andere Namensunterschriften erschienen unter den Regierungserlassen, bearbeitet wurde alles fast durchweg von denselben Menschen und nach den gleichen Gesichtspunkten wie zuvor. Daß die Wahlen zur Nationalversammlung eine starke Linksmehrheit ergaben, hat mit der Revolution an sich gar nichts zu tun. Das wäre bei ähnlichem Kriegsausgang in einem kaiserlich gebliebenen Deutschland genau so gewesen.

Warum also jetzt so tun, als ob diese Revolution wunders was für ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte gewesen wäre! Als ob Welten dabei miteinander gerungen hätten! Oder, wie man rechts sagt, als ob ein grausiges Verbrechen verübt worden wäre!

Es war weder eine Umwälzung noch ein Verbrechen, sondern lediglich ein Zusammenbruch des bisherigen Deutschland an Haupt und Gliedern. Und gewisse Begleiterscheinungen dabei ähneln den Ereignissen, die sonst bei richtigen, planmäßig vorbereiteten Revolutionen eintreten. Nur daß sie dann den Hauptzweck des ganzen Unternehmens darstellen: Sturz des Throns, Verschiebung der Macht in andere Volksschichten usw.

Erst nachträglich hat die Tragikomödie vom November 1918 den Nimbus einer Revolution bekommen. Durch die Wichtigtuerei der Linksparteien und durch die

nicht ganz ehrliche Absicht der Rechtsparteien, sich von der Mitschuld an der großen Torheit reinzuwaschen.

Gelingt es, in beiden Lagern mit dieser falschen, weil gänzlich unberechtigten, Stellungnahme zu dem Geschehnis vom 9. November aufzuräumen, dann stürzt der Götze Revolution in sich selbst zusammen. Es handelt sich dann nur noch darum, den Schaden, den nicht er, der Götze, sondern wir selbst in unserer fassungslosen Verzweiflung angerichtet haben, wieder gutzumachen. Wobei rein sachlich zu erörtern ist, was zunächst geschehen muß, was sofort geschehen kann und was einstweilen zurückzustellen ist. Bei diesen Erwägungen und Beratungen fallen dann, da der Götze Revolution ja seines Nimbus entkleidet ist, auch alle Begriffe und Vorstellungen von „reaktionären Gefahren" in sich zusammen. Nicht mehr in zwei feindliche Heere gespalten zerfleischt sich das deutsche Volk selbstmörderisch vor dem Standbild eines leblosen Popanz und Götzen, Revolution genannt, sondern ein in allen Gliedern zur Besinnung gekommenes Volk entwirft in ruhig-sachlicher Beratung einen vernünftigen Plan, gemeinsam verübten Unsinn zu beseitigen und in gemeinsamer Arbeit einen neuen Reichsbau zu errichten auf den alten, unerschüttert gebliebenen Fundamenten des Bismarckreiches, in seinem äußeren und inneren Ausbau aber gefügt und gegliedert nach den Erfahrungen, die jeder nicht gewollt blinde Deutsche in den letzten zehn Jahren gemacht hat. Welcher Art diese Erfahrungen sind, wäre in den folgenden Kapiteln zu untersuchen.

# Die politischen Parteien

Die gleiche unverdiente Werteinschätzung, die die Allgemeinheit bis jetzt den „schönen alten Zeiten" und dieser „Revolution" hat angedeihen lassen, genießen leider auch immer noch die heutigen politischen Parteien im parlamentarischen Deutschland. Dieser Umstand, sowohl wie die ganze Wesensart und Daseinsäußerung der Parteien, hängt mit dem, was in den beiden vorhergehenden Kapiteln ausgeführt wurde, auch eng zusammen. Mit der Beurteilung jener Zeiten und mit der Erhaltung oder dem Sturz des Revolutionsfetischs steht und fällt ihre Macht. Denn nur allzu natürliche, folgerichtige Sprößlinge der Revolution und ihrer innersten Ursachen sind die Parteien, die bis auf den heutigen Tag unseres Volkes Geschick bestimmen, mögen sie es nun aktiv als Regierungsbildner tun oder mehr in der Rolle der Opposition.

Daß die Gründer und kritiklos treuen Anhänger dieser Parteien, im besten Glauben befangen, dies nicht wahrhaben wollen, daß sie und die von ihnen aufgestellten Programme „das Beste wollen", mindert die nationale Gefahr, die in ihnen liegt, nicht im geringsten. Im Gegenteil, der bewußt bösartig handelnde Schädling ist viel weniger gefährlich als der „ehrlich strebend sich bemühende", aber stur unbelehrbare. Beschränktheit richtet häufig viel mehr Unheil an als ein verbrecherisches Unternehmen.

An nahezu unheilbarer Beschränktheit aber leiden leider fast alle Parteien im heutigen Deutschland. Wäre das nicht der Fall, so hätten sie sich samt und sonders längst als Notgebilde der chaotischen Novemberwochen erkennen und dann von Grund aus neu organisieren und aufbauen müssen. Daß sie wirklich höchst fragwürdige Notgebilde einer hilf- und ratlosen Zeit, die kein klares Erwägen aufkommen ließ, sind, sei zunächst in großen Umrissen nachgewiesen.

Wir führten uns in den vorstehenden beiden Kapiteln bereits vor Augen, daß die Novemberrevolution nur ein katastrophales Aufgeben des Widerstandes nach außen hin war, nicht etwa der Sieg einer bestimmten politischen Gruppe oder Koalition über eine andere. Infolgedessen waren auch die politischen Parteien, die bei der Wahl des ersten Parlaments im „neuen Deutschland", der Nationalversammlung, sich um die Stimmen des deutschen Volkes bewarben, ihrem innersten Wesen nach durchweg neue politische Gebilde. Auch wenn sie die alten Namen (Zentrum, Sozialdemokratie usw.) beibehielten. Keine von ihnen konnte sich oder ihr bisheriges Programm, ihr bisheriges politisches Wirken als bewußten Gestalter des Neugewordenen betrachten und demgemäß den gewohnten Weg weitergehen, sondern allen war das Neue über den Hals gekommen, und es galt, in irgendeiner Form nun dazu Stellung zu nehmen. Von den bisherigen Parteiprogrammen war keins dafür zu gebrauchen. Auch die scheinbaren Sachwalter (in Wahrheit nur Nutznießer) der Revolution mußten Hals über Kopf ihre politischen Programme neu aufstellen.

Einigermaßen logisch verfuhren auf dem linken Flügel nur die Radikalen, die Unabhängigen Sozialdemokraten und Spartakus, der Vorläufer der heutigen Kommunisten. Sie suchten aus der Revolution das zu machen, was ihr bisheriges Programm erstrebte: Eine internationale Aufstandsbewegung des Proletariats aller Länder und Staaten gegen den internationalen Großkapitalismus, die allgemeine große „Weltrevolution". Dieser an sich vom Standpunkte jener Leute aus folgerichtige Gedanke erwies sich aber als undurchführbar, weil das Proletariat der Siegerstaaten nicht mitmachte und weil auch das deutsche Proletariat zum weitaus größten Teil für die radikale Internationale nicht zu haben war. Den Linksradikalen blieb daher zunächst nichts anderes übrig, als zu dieser Revolution und ihren bisherigen sozialistischen Verbündeten in Opposition zu treten und die Propaganda für eine spätere Durchführung ihrer Gedanken und Absichten aufzunehmen. Auch die heutige kommunistische Partei steht offiziell nach wie vor auf diesem Standpunkt. Jedoch darf nicht übersehen werden, daß die deutschen kommunistischen Wähler und Anhänger innerlich keineswegs geschlossen hinter diesen radikal-internationalen und klassenkampflichen Programmen ihrer Führer stehen. Deutliche Beweise für diese Tatsache fand ich in meinem Wahlkreise während der beiden Reichstags-Wahlkämpfe des verflossenen Jahres 1924. Die zum Teil sehr geschickt und mir gegenüber fast durchweg erfreulich sachlich sprechenden kommunistischen Diskussionsredner, die sämtlich auch wirklich „Arbeiter" waren, redeten manchmal so stark nationale Töne, daß der Abgrund zwischen ihren und meinen (des deutschnationalen

Hauptredners) Ausführungen schon gar nicht mehr so tief und unüberbrückbar erschien. Ich glaube daher nicht uferlos optimistisch zu sprechen, wenn ich behaupte, daß selbst unter den eingetragenen Mitgliedern der deutschen kommunistischen Partei ein immerhin nennenswerter Prozentsatz dem offiziellen Parteiprogramm gar nicht mit innerster Seele anhängt. Der Parteiterror, nicht überzeugte Gefolgstreue, hält diese Leute einstweilen noch bei der roten Fahne. Wenn einer der kommunistischen Diskussionsredner, mit denen ich im vergangenen Jahre im Havellande die Klinge mehrfach gekreuzt habe, sich bewußt würde, welche Abgründe ihn und seine Genossen von den Herren Katz und Scholem in Berlin trennen, und wenn er seinen „Kommunismus" in der Partei einmal zur Geltung zu bringen suchte, ich glaube, in so manchen Punkten wäre ein Zusammenarbeiten deutschnationaler und kommunistischer Politiker gar nicht so unmöglich, wie es jetzt der Fall ist, wo das Tun und Lassen der deutschen Kommunisten von den wenigen Menschen bestimmt wird, denen (ob nun aus ehrlichem Fanatismus oder aus eigennützigen Gründen, ist für die Wirkung gleichgültig) die Partei und ihr Programm über alles geht. In der Praxis aber ist der Umstand, daß die Führer die Bestimmenden sind, vorläufig der allein maßgebende, und infolgedessen können wir mit der Tatsache, daß sehr viele deutsche Kommunisten viel besser und deutscher sind, als ihre Partei es ihnen zu erscheinen gestattet, nicht viel anfangen. Erst wenn die Ehrfurcht vor der Partei und ihren offiziellen Vertretern gebannt ist, kann und wird das bessere Ich so manches deutschen Kommunisten zum Durchbruch kommen.

Gerechterweise muß aber hier schon vorweggenommen werden, daß mehr oder weniger in allen Parteien das bessere politische Ich so manches Deutschen unterdrückt wird. Ob Deutschnational, Volkspartei, Zentrum, Demokratie, Sozialdemokratie oder Kommunismus, in einem Punkte sind die Parteien als solche allesamt wesensverwandt miteinander: In dem Unfehlbarkeitsdogma, das sie für sich in Anspruch nehmen. Und noch nie im Laufe der Weltgeschichte hat ein Despot oder Tyrann mit solcher Unverfrorenheit die eigene Unfehlbarkeit in Anspruch genommen, wie es eine, wie es jede politische Partei fertigbringt. Auch in Fällen, wo noch nicht ein Grashalm über einen schweren Irrtum oder Fehler gewachsen ist. Auch der verlogenste Einzelmensch hat nicht die Stirn, so kaltblütig und selbstbewußt schwarz zu nennen, was er vor einer Minute noch weiß oder grün genannt hat.

Einen Rekord an Verlogenheit hat vor allem die deutsche Sozialdemokratie aufzustellen verstanden. Sie begann damit in ihrer Einstellung zur Revolution im November 1918, als sie die Führung und Weiterleitung dieser sogenannten Revolution übernahm. Man muß ohne weiteres zugeben, daß der nach wie vor international und klassenkampflich eingestellte Arbeiter durchaus logisch handelte, wenn er 1918 aus der sozialdemokratischen Partei austrat und zu den Linksradikalen überging. Denn eine „Arbeiterpartei" in seinem Sinne war die Sozialdemokratie entschieden nicht mehr. Die Partei hat seit ihrem Bestehen bis heute drei Entwicklungen durchgemacht. Sie war international, revolutionär und klassenkampftreibend bis zum Ausbruch des

Krieges. Daß es ihr, d. h. ihren Führern, hierbei von jeher mehr auf Entwicklung ihrer politischen Macht als auf wirklich soziale Erfolge ankam, hätte der aufmerksame Arbeiter schon längst des öfteren beobachten können. Mehr als ein soziales Gesetz im alten kaiserlichen Deutschland ist gegen die Stimmen der Sozialdemokraten geschaffen worden. Jede Beruhigung der Gemüter im Lager der besitzlosen Arbeitnehmer wurde künstlich hintertrieben. Alles, was den Klassenhaß dämpfte, war den Linksführern ein Dorn im Auge. Die größte heimliche Sorge war die, daß etwa ein nationalsoziales Kaisertum organisch heranwachsen könne. Die Kurzsichtigkeit und der materielle Egoismus manches Rechtspolitikers hat da leider oft sehr im Sinne der sozialistischen Führer gewirkt.

Während des Krieges beobachtete die Sozialdemokratie dann eine sehr komplizierte, aber, wie der Erfolg zeigt, in ihrem Parteisinne geschickte Taktik. Sie fügte sich nach außen hin dem natürlichen nationalen Empfinden ihrer Wählermassen, lag aber ständig auf der Lauer, den Augenblick wahrzunehmen, wo die Nöte und die Länge der Zeit diesen nationalen Willen ins Wanken bringen würden. Daß es der Sozialdemokratie „fester Wille" war, „daß Deutschland nicht mit siegreicher Flagge aus diesem Kriege heimkehren dürfe", hätte der „Vorwärts" im Oktober 1918 gar nicht erst schwarz auf weiß zu erklären brauchen. Daß er es getan hat, wollen wir nicht versäumen, immer wieder in Erinnerung zu bringen.

Ein gänzlich neues Gesicht aber nahm die Sozialdemokratie dann nach dem Umsturz an. Daß sie trotzdem nach wie vor die weitaus meisten Arbeiterstimmen

hinter sich hat, ist in erster Linie nur aus dem großen Trägheitsgesetz zu erklären. Sie ist nun einmal seit Jahrzehnten die „Arbeiterpartei", die Gewerkschaften arbeiten unter ihrer Flagge, und der Arbeiter liest, wie sein Vater und Großvater, den „Vorwärts". Das genügte bis auf den heutigen Tag, um den Proletarier darüber hinwegzutäuschen, daß keine Partei so restlos wie die sozialdemokratische der Handlanger des internationalen Großkapitalismus geworden ist. Des Sozialdemokraten Südekum Geständnis, daß das Großkapital nie allmächtiger gewesen ist, als seit Gründung der sozialistischen Republik, ist nur wenigen deutschen Arbeitern tiefer ins Hirn eingedrungen. Die historische eiserne Disziplin des Deutschen, diese auf zahllosen Schlachtfeldern so glänzend bewährte deutsche Jugend, verbunden mit der Wucht echt deutscher Vasallentreue, hält einstweilen immer noch sieben Millionen Deutsche bei den sozialdemokratischen Fahnen. Wie lange noch? Das ist zeitlich schwer zu bestimmen. Aber ewig wohl schwerlich, denn eines Tages brechen alle auf dem Flugsande der Unwahrhaftigkeit errichteten Bauten zusammen. Und die Verlogenheit der heutigen Sozialdemokratischen Partei ist zu groß, als daß der Zeitpunkt ihres Bankrotts noch in gar zu weiter Ferne stehen könnte. Sie sucht seit einiger Zeit ihre Lebensdauer dadurch zu verlängern, daß sie eine, natürlich möglichst gemäßigte, nationale Note von Zeit zu Zeit erklingen läßt. Dadurch (und, wie wir gleich sehen werden, durch die Schwerfälligkeit der Rechtsparteien) ist es ihr gelungen, das Abwandern starker Massen ins positiv nationale Lager einstweilen noch hintanzuhalten.

Diese nationale Note ist nach wie vor am schwächsten hörbar im Lager der Demokratischen Partei. Begreiflicherweise, denn sie ist die Partei der rein kaufmännisch eingestellten Wirtschaftskreise und gleichzeitig die der kosmopolitischen Aestheten in Kunst und Wissenschaft. Infolgedessen auch nicht mit Unrecht häufig die „Judenpartei" genannt. Nur ist nach meiner Ansicht (im Gegensatz zu der Auffassung der Radikal-Völkischen) der Jude als solcher nicht so sehr von vornherein die treibende Kraft hierbei gewesen. Vielmehr dürfte es so sein, daß die der Demokratischen Partei und ihren politischen Vorgängern eigene Weltanschauung nach dem Gesetz der Wahlverwandtschaften die meisten Juden auf und an sich gezogen hat. Und als er einmal drin war, da hat dann der Jude sehr bald infolge seiner geistigen Regsamkeit und Geschäftigkeit in dieser Partei eine führende und verschärfende Rolle gespielt.

Wenn wir die Demokratische Partei hinsichtlich ihrer Wähler und Anhänger die am wenigsten national eingestellte nennen, so darf doch nicht versäumt werden, darauf hinzuweisen, daß auch hier bereits eine ganze Menge Menschen vorhanden sind, die im Grunde ihres Herzens gute Deutsche — — — zu sein glauben. Der kleine Kaufmann, allgemein der Mittelstand, glaubt aus wirtschaftlichen Gründen demokratisch wählen zu müssen, wie der Arbeiter sozialdemokratisch oder kommunistisch. Die Rechtsparteien sind ihm die Parteien der Oberen Zehntausend, unter denen er nach seiner Ansicht nichts zu suchen hat. Seinen wirtschaftlichen Interessen tragen die Zeitungen der Mosse- und Ullstein-Presse am meisten Rechnung, und darum liest er sie. Liest aber

damit täglich Leitartikel und Abhandlungen, die das natürliche nationale Empfinden in ihm systematisch ertöten und jede derartige Regung unterdrücken.

Diese offenkundige Abkehr der Demokratischen Partei vom nationalen Gedanken, ihr hemmungsloses Abtreiben nach links führte kurz vor Auflösung des Reichstages im Herbst 1924 zu einer immerhin bemerkenswerten Aufstandsbewegung im eigenen Lager: Mehr als ein halbes Dutzend namhafte Abgeordnete traten aus der Partei aus, weil sie deren unentwegte Linkspolitik und ihre ablehnende Haltung gegenüber den nationalen Kreisen nicht länger mitmachen wollten. Und auch unter denen, die noch im Rahmen der Partei blieben, sind einige, die entschieden nationaler denken, als von Partei wegen gehandelt wird. Aber auch hier hat einstweilen noch der Dämon der Parteidisziplin gesiegt.

Aehnliche innere Unruhen gären im „Zentrum". Von jeher waren in dieser Konfessionspartei nahezu alle politischen Weltanschauungen von der äußersten Rechten bis weit nach links hin vertreten. Bis jetzt hat die eiserne Disziplin, nicht nur der Partei, sondern noch mehr der katholischen Religion, die taktische Geschlossenheit der Partei gewahrt. Sie wird sie voraussichtlich auch weiter wahren und ihren Anschluß nach rechts oder links davon abhängig machen, auf welcher Seite die Macht ist. Es mag für viele Nur-Deutsche betrüblich sein, daß Roms Macht so unabänderlich stark auf unser nationalpolitisches Leben einwirkt. Die Jahrhunderte haben aber gezeigt, daß alle radikalen Maßnahmen dagegen zu nichts geführt haben. Im Gegenteil, vergessen wir nicht, daß gerade durch den unglückseligen Kultur-

kampf im vorigen Jahrhundert der Zusammenschluß des Zentrums als widernationale Partei erst heraufbeschworen wurde.

Begnügen wir uns daher mit der Tatsache, daß gut nationaldeutsche Kräfte im Zentrum lebendig sind. Sie an Stelle der politisch links eingestellten zur Führung zu bringen, ist nur möglich, wenn allgemein im politischen Deutschland die nationale Richtung die Oberhand gewinnt. Ein nationales Deutschland wird stets auch eine im großen und ganzen nationale Politik mitmachende Zentrumspartei haben; gegen eine starke politische Linke wird das Zentrum aber aus nationalen Gründen nie als Kampftruppe auftreten und die Berücksichtigung seiner parteilichen Sonderinteressen aufs Spiel setzen. Das hat in besonders klarer Form der 9. November gezeigt. Es entspricht auch in gewissem Sinne dem Charakter des Zentrums als religiöse Partei, daß es, wie der liebe Gott, „stets auf seiten der stärksten Bataillone ist".

Aus dem bisher Ausgeführten geht hervor, daß vom Zentrum bis zum äußersten linken Flügel in allen Parteien des nachnovemberlichen Deutschland zwar von Partei wegen eine widernationale Politik getrieben wird, daß aber unter den Anhängern und Wählern all dieser Gruppen mehr oder weniger starke nationale Bewegungen sich regen oder wenigstens schlummern. Sie dem allgemeinen nationalen Erwachen dienstbar zu machen, sollte natur- und vernunftgemäß das erste Hauptziel der positiv national eingestellten Parteien sein. Daß sie in ihrer bisherigen Politik dementsprechend verfahren wären, ist leider nicht zuzugeben.

Versucht hat es auf rein friedlichem, Verständigung anbahnenden Wege die „Deutsche Volkspartei". Sie ist nach der Wesensart fast ihrer gesamten Wählerschaft und auch hinsichtlich der meisten ihrer Führer unzweifelhaft eine positiv nationale Partei. Man nennt sie allgemein die Partei der Schwerindustrie. Jedoch trifft das den Kern der Sache nicht. Gewiß, die Schwerindustrie ist stark, sogar vorwiegend in dieser Partei vertreten, sie ist auch die finanzielle Nährquelle ihrer Presse, Organisationen usw. Etwa so, wie hinter den Deutschnationalen der Großgrundbesitz steht. Aber den seelischen Charakter geben der Deutschen Volkspartei doch mehr andere Kreise oder wenigstens andere Geistesrichtungen. Nämlich eine ganz bestimmte Schicht des gebildeten Mittelstandes. Gewisse Berufsklassen kann man dabei nicht anführen. Es sind Leute aus allen gebildeten Schichten, durchweg „schwarzweißrot", also stramm entschieden national und rechtspolitisch eingestellt, die sich aber trotzdem bei der Deutschnationalen Volkspartei nicht wohl fühlen, weil ihnen diese in einzelnen Dingen und Fragen zu schroff, zu einseitig, zu „altertümlich" und in wirtschaftlichen (Angelegenheiten) zu „agrarisch" gerichtet scheint. Dazu kommt bei vielen das Bestreben, eine Brücke von rechts zur Mitte und darüber hinaus möglichst weit nach links zu bilden. Diese politische Biegsamkeit hat ihre Vorteile und ihre Nachteile; für die Partei sowohl wie für das Ganze. Es war und ist dem Ganzen zuweilen nützlich, daß eine Partei vorhanden ist, die die rechtsnationalen Grundsätze in etwas milderer Form vertritt, als es die Deutschnationalen tun; mancher Deutsche würde ausgesprochen widernational wählen, wenn es keine Deutsche Volks-

partei gäbe. Und die Partei an sich wiederum war infolge ihrer Gemäßigtheit in vielen politischen Lagen nicht so sehr von vornherein von aktiver Mitarbeit in der Regierung usw. ausgeschlossen wie die schroffer-nationalen. Auf der anderen Seite aber hatte die D. V.-P. natürlich das Los aller auf schmaler Basis Balancierenden. Die Zahl ihrer Anhänger und Wähler war wechselnder als bei allen anderen Parteien. Je nach der Lage strömen sie ihr von allen Seiten zu oder nach allen Seiten ab. Die Partei ist national (im geheimen sogar monarchisch), es kann aber vorkommen und ist durch ihren Führer Stresemann lange Tatsache gewesen, daß sie fast ganz nach links abglitt und als Regierungspartei eine linksgerichtete Außen- und Innenpolitik trieb, die ihren Hauptgrundsätzen in keiner Weise entsprach. Die Folge war denn auch eine starke Revolte im eigenen Lager. Sie führte zur Absplitterung der „Nationalliberalen Vereinigung" (später „Nationalliberale Reichspartei" genannt) im Frühjahr 1924. Und bei Beratung des Dawes-Gutachtens im Spätsommer 1924, sowie noch offenkundiger nach Auflösung des Reichstags im Herbst, erfolgte das Anschlußsuchen der gesamten Deutschen Volkspartei nach rechts an die Deutschnationalen. Wenn beide Parteien in den Dezemberwahlen nur 1—2 Dutzend Stimmen mehr erhalten hätten, wäre eine nationale Mehrheit bereits vorhanden und eine Rechtsregierung damit erzwungen gewesen. Nicht mit Unrecht darf man daher wohl annehmen, daß die Volkspartei der nationalen Wiedergeburt bessere Dienste geleistet hätte, wenn sie von jeher ihren Charakter als nationale Partei mehr betont und auf die zeitweise Teilnahme am Regieren verzichtet hätte. Auch hier dürften Gründe des per-

sönlichen Ehrgeizes zusammen mit einseitiger Partei- und Wirtschaftsinteressenpolitik die Schuldigen sein. Sie schufen den jahrelang durch das nationale Lager gehenden Riß und schoben die klare Entscheidnug zwischen Vaterländisch und Nichtvaterländisch unnötig hinaus.

Ihrem Programm und ihrer allgemeinen Politik nach hat die „Deutschnationale Volkspartei" versucht, diesen Trennungsstrich stets klar zu ziehen und erkennbar zu halten.

Als Nachfolgerin der alten konservativen Partei lehnte sie jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ab und hielt auch ihre monarchischen Tendenzen weniger verborgen als die Deutsche Volkspartei. Hinter den Deutschnationalen steht als festes Rückgrat und ergiebigste finanzielle Nährquelle der Großgrundbesitz. Es ist aber bewußte Tatsachenentstellung, wenn deshalb von gegnerischer Seite behauptet wird, der Großgrundbesitz bestimme ausschließlich den inneren Charakter und die Wesensart der Deutschnationalen Volkspartei. Die treibenden Kräfte sind hier in erster Linie das alte Preußentum, die höheren Beamten, viele ehemalige Offiziere und auch gewisse Kreise des Mittelstandes.

Die Gegner nennen die Deutschnationalen kurzerhand die Partei der Reaktionäre und Monarchisten. Das ist falsch. Gewiß, wer in Deutschland monarchisch gesinnt ist und am liebsten alles wiederherstellen möchte, was die Revolution vernichtet hat, wählt wohl vorwiegend deutschnational. Die Partei als solche aber treibt keineswegs eine geradlinig darauf eingestellte Politik. Eine einwandfrei als solche tätige Partei der Monarchisten (wie die Royalisten in Frankreich) haben wir in Deutschland überhaupt nicht. Es gibt im Grunde ge-

nommen auch nur ganz wenige (meist nur ältere und darunter wieder vorwiegend solche weiblichen Geschlechts), die die Wiederaufrichtung der Monarchie als ersten und Hauptprogrammpunkt aufzustellen sich getrauen. Vorherrschend, auch bei den seelisch sehr leidenschaftlich monarchisch Eingestellten, ist die Erkenntnis, daß mit dieser Forderung an der Spitze der nationale Vormarsch kaum Boden gewinnen, wenn nicht überhaupt für lange lahm liegen würde. Zu viel praktische Schwierigkeiten stehen dem im Wege: Unsere Machtlosigkeit gegenüber dem Ausland, die Kompliziertheit der Frage infolge der vielen Throne, die in Deutschland zusammenbrachen, und vor allem die Unklarheit über die gegebene Person für den Kaiserthron. Norddeutsche, Süddeutsche, Großdeutsche, Alldeutsche, Völkische, jede dieser Gruppen hat ihre Sonderauffassungen und Wünsche. Erst kürzlich sagte mir ein hoher ehemaliger Offizier, der durch und durch Monarchist ist: „Im Kampfe für ein Wittelsbach-Kaisertum trete ich als Republikaner auf Zeit auf.“ Nebenbeigesagt, eine nicht seltene Auffassung. Ein nationaler Verband hat seinen Mitgliedern mehrfach in langen Schriften klar gemacht, daß einzig und allein der älteste Sohn des früheren deutschen Kronprinzen der legitime Kaiserthron-Anwärter sei. Demgegenüber weisen andere Monarchisten wieder auf die Unzweckmäßigkeit hin, einen so jungen Menschen für so schwierige Aufgaben aufzustellen. Endlich gibt es auch Strömungen, die ein Wahlkaisertum befürworten, was natürlich letzten Endes nur eine Republik unter anderer Etikette wäre. Angesichts dieser Verworrenheit in der monarchischen Frage hat denn auch die Deutschnationale Volkspartei von Amts

wegen jede monarchistische Propaganda unterlassen. Sie „feiert" gelegentlich die ehemaligen Fürsten; aber daß sie bis jetzt wirklich etwas für sie getan hätte, kann man beim besten Willen nicht behaupten.

Ueberhaupt ist ein heftiges Geisterringen gerade in dieser Partei unverkennbar. Sie läuft seit ihrem Bestehen zwar in ihren politischen Entschlüssen und Maßnahmen einen geraderen Kurs als die Deutsche Volkspartei, aber in der eigenen Familie platzen die Geister oft um so schärfer aufeinander. Ganz besonders ist dies durch das Aufkommen der völkischen Bewegung entstanden. Worauf der völkische Gedanke basiert und was er in erster Linie fordert, ist bekannt. Auch seine Berechtigung als Widerpart des unvölkischen, international verseuchten Geistes vom November 1918 liegt für jeden Nationaldenkenden klar zutage. Nicht minder aber für den Politiker der kühlen Vernunft und der unabänderlichen Wirklichkeiten die Uebertreibungen und Auswüchse, die der völkische Radikalismus hervorgerufen hat.

Demzufolge hielt daher auch die Deutschnationale Volkspartei es mit dem völkischen Gedanken, der letzten Endes ja vorwiegend in der Judenfrage gipfelt, etwa so, wie es ihre politische Mutter, die konservative Partei des alten Kaiserreichs, getan hatte, das heißt, sie stellte über diesen heiklen Punkt überhaupt keine bindenden Grundsätze auf. Juden waren nicht nur Mitglieder, sondern spielten hier und da sogar eine bedeutende Rolle. Wie der „Hammer (Leipzig) in seiner Nr. 522 vom 15. 3. 24 behauptet, soll eine besonders prominente Persönlichkeit der D. N. V. P. im Juni 1920 sogar zu einem jüdischen Bankier gesagt haben: „Der Antisemi-

tismus hat am 6. Juni abends 6 Uhr aufgehört." Die „Kreuz-Zeitung" schrieb am 16. 4. 22: „wie falsch es wäre, von deutscher Seite die Juden als einheitliche Masse zu behandeln", und deshalb sei „der Judenfrage in der Hauptsache nur mittelbar beizukommen: durch eine Stärkung und Gesunderhaltung des eigenen Volkstums, die ihm möglichst Immunität gegen fremde Schäden verleiht." —

In der breiten Masse der Mitglieder der D. N. V.-P. entstanden nun aber schon sehr frühzeitig Unruhen und Mißstimmungen über das ausweichende Verhalten der Parteileitung in der Judenfrage. Aus der Mitgliederschaft heraus kam ein starkes positiv völkisches Drängen. Die Parteileitung tat zunächst nichts dafür und nichts dagegen, sie verzichtete auf jegliche Führung in dieser Angelegenheit, änderte an ihrem Hauptprogramm nichts, wandte aber auch nichts dagegen ein, daß die Landesverbände und Ortsgruppen, besonders die letzteren, und zwar vornehmlich die, die sich neu auftaten, ihre Statuten durchaus im völkischen Sinne abfaßten. Sie nahmen keine Juden als Mitglieder auf, komplimentierten Juden, die Mitglieder waren, hinaus, und so bildete sich sehr bald der Zustand heraus, daß, wie Friedrich v. Oppeln-Bronikowski in seiner Broschüre „Antisemitismus" im Frühjahr 1920 sagte, man in der D.N.V.P. die Juden „de facto, wenn auch nicht de jure ausschloß". Auf dem Parteitage in Görlitz im Oktober 1922 kam es dann zu schärfsten Zusammenstößen der Leitung mit den radikalen Völkischen. Ergebnis: Auszug der positiven Gegner Israels und am 16. 12. 22 Gründung der „Deutschvölkischen Freiheitspartei" durch die bisherigen deutschnationalen Reichs-

tagsabgeordneten Wulle, von Graefe-Goldebee und Henning.

Als diese neue Partei dann aber begann, in gewissen nationalen Kreisen starken Anhang zu finden, als sie den Deutschnationalen so manches Mitglied wegschnappte, glaubte die Leitung der D.N.V.P., dies nur dadurch verhindern zu können, daß sie dem Strom der Zeit sich fügte. Es wurde innerhalb der Partei ein „Völkischer Reichsausschuß" gebildet, und dieser faßte am 17. Februar 1924 folgende Entschließung:

„Die völkische Weltanschauung ist für die Politik der Deutschnationalen Volkspartei richtunggebend. Sie ist in unserer Geschichte und in der nordrassischen, uns von unseren germanischen Vorfahren überkommenen Eigenart unseres Volkes begründet. Der völkische Staat entwickelt sich aus dem Zusammenwirken aller gesunden, artgleichen Kräfte unseres Volkes und auf der bewußten Ablehnung alles Fremdblütigen, Jüdischen und Fremdartigen in Politik, Kultur und Wirtschaft. Entschlossenes Führertum mit persönlicher Verantwortung steht dem Massen- und Gleichheitswahn der westlichen Demokratien gegenüber.

Deshalb fordern wir:

1. Deutschland ist von Deutschblütigen zu regieren! Die öffentliche Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden ist deutsch zu gestalten. Nur Deutschblütige dürfen zur Wahl in eine Volksvertretung aufgestellt werden. Heerwesen, Rechtsprechung und Jugenderziehung müssen in die Hände von Deutschblütigen gelegt werden.

2. Die deutsche Familie ist von fremdrassigen Eindringlingen freizuhalten. Durch gesteigerte Auf-

klärung über die dem Volkstum drohenden Gefahren ist die Deutscherhaltung der Familie zu sichern.

3. Die deutsche Kultur ist von fremdrassiger Gedankenwelt zu säubern und Rechtsleben, Wissenschaft, Literatur, Presse und Kunst sind rücksichtslos zu reinigen. Sie müssen deutschem Volkstum dienen.

4. Die deutsche Wirtschaft ist auf dem Grundsatz der freien Entfaltung der Persönlichkeit aufzubauen. Die Herrschaft des jüdischen Weltkapitals und die Reste der marxistischen Wirtschaft sind zu beseitigen und durch eine dem deutschen Volkscharakter entsprechende völkisch-soziale Wirtschaftsform mit Beteiligung des deutschen Arbeiters am Werk seines Fleißes zu ersetzen."

Ich kann dieses Nachgeben gegenüber dem völkischen Druck, dieses Anschlußsuchen an die völkischen Aufrührer vom Görlitzer Parteitage nicht für richtig halten. Die Radikalgesinnten hält und hielt es tatsächlich doch nicht in den Reihen der Deutschnationalen Partei fest, in die vernunftgebändigte nationale Politik der Partei aber bringt und brachte es nur unnötige Verwirrung und Unruhe.

Es ist allerdings heutzutage nicht so einfach für eine nationale Partei, praktische, dem Vaterland nützliche Politik zu treiben und dabei die Anhänger unter der Fahne zu halten. Die ewige Unruhe unseres heutigen politischen Daseins, unsere Wehr- und Machtlosigkeit geben ehrgeizigen Phantasten ja dauernd Gelegenheit, mit großen Tiraden und Versprechungen die kritikunfähige Menge an ihren nationalen Führern irre zu machen und an sich zu locken. Es ist aber grundfalsch, wenn die Führer, um dem zu begegnen, in ihren Reden

und ihrer Presse schärfer und kühner reden, als sie nachher zu handeln entschlossen sind.

Die D.N.V.P. verkennt daher ihre große nationale Aufgabe, wenn sie, dem Strom der allgemeinen Stimmung folgend, heute schärfer redet als in den ersten Jahren nach dem Umsturz. Im Gegenteil, es kommt m. E. jetzt gar nicht mehr so sehr auf ein Aufrühren der nationalen Gefühle an, sondern vielmehr auf Verbreitung von Besonnenheit und Geduld. Mag daraufhin auch ein Teil der Anhänger und Wähler ungeduldig und vorübergehend abtrünnig werden, sie kommen schon wieder, wenn sie ihren Rausch bei den Radikaleren ausgetobt und sich den unausbleiblichen Katzenjammer geholt haben.

Bewußte Spekulanten auf den neuerlichen nationalen Rausch weiter Volkskreise sind die Radikalvölkischen, die sich in der „Deutschvölkischen Freiheitspartei"*) als Partei aufgetan haben. Spekulanten nicht im bösen Sinne des Wortes. Die Führer meinen es sicher ganz ehrlich, aber Spekulanten sind sie doch insofern, als sie an diese Stimmung im Volke Hoffnungen knüpfen und Pläne darauf aufbauen, deren Verwirklichung ein maßvoller Vernunftpolitiker für ausgeschlossen halten muß. Sie schüren im Grunde genommen die begreifliche nationale Leidenschaft der Masse genau so skrupellos und unvorsichtig, wie es die linksradikalen Führer mit dem materiellen Verlangen der notleidenden Massen machen.

Das A. und O. der Freiheitspartei ist der völkische Gedanke, die Judenfrage. Auch hier verfahren die

---

*) Später „Nationalsozialistische Freiheitspartei" getauft.

Führer reichlich skrupelos und oberflächlich. Denn man mag noch so überzeugt sein (und ich bin es) von der Schädlichkeit des jüdischen Geistes in der Vergangenheit und Geschichte unseres Volkes, es ist und bleibt doch immer nur eine der zahlreichen Ursachen unseres Niedergangs. Die Völkischen aber, indem sie diese eine zur Kardinalschuldigen machen, unterdrücken damit die so notwendige Wiedergeburt in allen Teilen und Gliedern unseres Volkskörpers.

Aber sehr begreiflicherweise gewann diese neue Partei gerade ob ihrer Unentwegtheit sehr schnell Zustimmung und Anhang in allen nationalen Kreisen. Um so mehr, als sie auch sehr radikale soziale, man kann ruhig sagen: sozialistische Gesichtspunkte in ihr Programm aufnahm. Das lockte die Arbeiterschaft.

Besonders wirksam in den vaterländisch regsamen Kreisen war aber doch die klare Kampfansage der neuen Partei gegen das Judentum. Was da gefordert wurde, klang so recht einfach und bestimmt, deutschmännlich-entschlossen, kurz und bündig: „Frei vom unfruchtbaren Parlamentarismus! Frei von Judenherrschaft und Börsenkapitalismus! Frei von jeder Ausbeutung der Arbeit!" Da war kein Ausweichen mehr vor dem Judenproblem; das goldene Kalb Israels wurde bei den Hörnern gepackt. Insbesondere die ehemaligen Soldaten und die verschiedenen nationalen Jugendbünde jubelten dem trutzig errichteten Hakenkreuz zu. Mächtig ergossen sich die deutschvölkischen Wogen über Stadt und Land. 32 Sitze errang die neugeborene Partei in den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924. Aber schon einige Monate später, bei den Wahlen am 7. Dezember, ging die Hälfte der Sitze wieder verloren.

Der Rausch begann dem Katzenjammer des politischen grauen Alltags zu weichen. Und schwerlich wird die Partei, wenn sie ihre Taktik nicht wesentlich ändert, wieder stärker oder gar zu einer entscheidenden Macht werden. Ihre Wählerschaft rekrutiert sich vorwiegend aus der Jugend. Jüngere ehemalige Offiziere, Studenten, auch viele Kriegsteilnehmer, die nicht Offizier waren, bilden ihren Stamm und Kern. Die Führer sind bemerkenswerterweise aber vorwiegend ältere, sogar politisch erfahrene Leute. Bei ihnen ist dies wohl aus dem Drang zu erklären, Führer und Wegweiser des jungen Deutschland in eine bessere Zukunft zu sein. Ganz so radikal, wie sie zur freudigen Begeisterung ihrer Anhänger und Wähler reden, denken sie ja auch nicht alle. Wenigstens sagte mir einer der prominentesten Führer und Gründer gelegentlich: „Ich fordere 100 Prozent, um wenigstens 50—75 Prozent zu bekommen." Auch ein Gesichtspunkt, nur lehrt die Erfahrung, daß maßlose Forderungen häufig von vornherein das Zustandekommen eines Geschäftes unterbinden. In der Weltgeschichte nahm es sogar meist diesen Verlauf. — — —

* *
*

Fragt man sich nach dieser Betrachtung und Begutachtung der Hauptparteien, die wir in Deutschland haben, welche von ihnen nun wohl den Weg ins neue Deutschland wirklich erfaßt hat, ihn bahnen und auf ihm zum Ziele führen wird, so glaube ich (ohne Haß und Leidenschaft) sagen zu müssen: Keine von ihnen, so wie sie jetzt ist und handelt. Denn gemeinsam ist ihnen allen, das heißt ihren Füh-

rern eins: Teils bewußt, teils unbewußt geht ihnen nicht Deutschland, sondern ihre Partei, ihr Glaube über alles.

Krampfhaft bemüht, zunächst und vor allem die Macht und Größe der Partei zu vermehren, strebt jede Partei danach, die anderen zu schwächen und zu schädigen. Das, worin man von den anderen abweicht, wird betont, nicht das, was man mit den anderen gemeinsam hat. Darin aber liegt ja das Hauptelend unserer Tage: Umgeben von Feinden ringsum, schließen wir uns nicht zusammen, sondern streben auseinander.

Des Uebels Wurzel dürfte in folgendem liegen: Die meisten, vor allem bei den nationalen Parteien, glauben, zunächst müsse einmal ein klares Formulieren der Weltanschauung, der staatspolitischen Grundsätze, der Gesinnung erfolgen. Und dann müsse nach festumrissenem Plan vorgegangen werden. Theoretisch klingt das sehr schön und klar, praktisch aber verzögert es das positive Handeln auf unabsehbare Zeit. In unserer Lage ist jeder, auch der kleinste Schritt vorwärts und aufwärts eine Erleichterung, eine Stärkung für den nächsten Schritt. Wir haben keine Zeit zu geruhsamer Vorbereitung. Infolgedessen muß jede Möglichkeit, außenpolitisch oder wirtschaftlich vorwärts zu kommen, erfaßt und ausgenutzt werden. Das heißt nicht, wie die Linksparteien glauben, Erfüllungspolitik nach außen und Ertötung des nationalen Willens im Innern. Im Gegenteil, Widerstand mit allen möglichen Mitteln nach außen und Schüren des Freiheitswillens im Innern schaffen allein die Möglichkeit, von Fall zu Fall die Versailler Ketten zunächst zu lockern, um sie dereinst

abzuwerfen. Aber ebenso notwendig ist ein klares Erkennen der Grenzen des jeweilig Erreichbaren. Kein eng parteilich gebundener Politiker wird jemals imstande sein, diese echte Politik nationaler Praxis durchzuführen. Immer und immer wieder werden die rein nationalen und die jeweiligen Parteiinteressen sich kreuzen. Wirklich national und deshalb würdig und fähig zur Führung wird daher nur die Partei sein und werden, die es fertig bringt, nach gründlicher Reformation ihrer ganzen Erscheinung und Betätigung ein Sammelbecken zu werden für die zahlreichen nationalen Strömungen, die überall im deutschen Volke schon rege sind. Vorhanden sind sie in ziemlich allen Parteien. Sie zu erkennen und zusammenzuführen, das ist das Problem der nächsten Zukunft. Wer wird es lösen?

# Entwurzelte

Wer wird es lösen, das Problem unserer Tage und nächsten Zukunft? Daß es eine der im vorstehenden Kapitel geschilderten Parteien schaffen wird, glaubt fast niemand, in welchen Kreisen man auch nachfragen möge. Es ist merkwürdig: Die Macht des Parteigötzentums war nie größer als jetzt, nie hat ein Volk sklavischer sich das Recht der eigenen Meinungsäußerung von irgendeiner Gewalt beschneiden lassen, als es die Deutschen von heute von ihren jeweiligen Parteileitungen erdulden, und doch hat man im täglichen Leben wohl nie so allgemein spöttisch und verächtlich von den Parteien gesprochen, wie es die weitaus meisten Deutschen heute zu tun pflegen. Und am bösartigsten wird in allen Parteien, wenn man unter sich ist, über das eigene Nest und die eigenen Häupter gesprochen. Die Parteihäupter selbst (in allen Parteien ist es ziemlich das gleiche) tun meist, als ob sie blind wären gegen diese Stimmung in ihrer Truppe, sind vielleicht auch tatsächlich blind dagegen, oder aber sie haben das nicht ganz unberechtigte Gefühl, daß ein So-tun-als-ob-man-nichts-merke noch das einzige Mittel zur Behauptung der eigenen Machtstellung sei. Denn, wie gesagt, einstweilen steht diese Machtstellung ja noch unerschüttert fest. Das aus der Not der Zeit sich bildende neue

Deutschland, das Deutschland von morgen, ist eben noch zu sehr im ersten schwachen Keimen begriffen, als daß es schon selbsttätiger Bewegungen fähig wäre.

Ueberhaupt lassen in mehr als einer Hinsicht die Zustände und Verhältnisse im heutigen Deutschland sich mit bekannten Vorkommnissen im Pflanzenreich vergleichen:

So hat u. a. der furchtbare Sturm, der über Deutschland dahingebraust ist, nicht nur alle morschen Aeste und Zweige fortgefegt, nicht nur winterliche Kahlheit an Stelle grünen Laubes und an Stelle der Blüten und Früchte geschaffen, sondern er hat leider auch manchen guten, starken und in sich noch sehr lebensfähigen Stamm entwurzelt. Herausgerissen aus der Stelle, an der er am Platze war, beraubt des Nährbodens, den er brauchte, um zum Nutzen der Allgemeinheit sich zu entwickeln und zu wirken.

Es lag im urinnersten Wesen und in der organischen geschichtlichen Entstehung des alten Preußen-Deutschland begründet, daß (mehr, als bei anderen Völkern) die meisten und vor allem die tüchtigsten Kräfte des Volkstums seit Jahrhunderten sich als unmittelbare Räder und Organe der großen Staatsmaschine betätigten. Die Entwickelung Deutschlands zu einem Industrie- und Handelsstaat hatte daran verhältnismäßig wenig geändert. Nach wie vor blieben der Verwaltungsapparat und allgemein alles, was mit der Leitung und Sicherstellung des Staatsganzen betraut wurde, Einrichtungen, in denen nur planmäßig dafür vorgebildete Fachmänner angestellt wurden. Es kamen auf dem Gebiet der höheren Verwaltung zwar Ausnahmen vor, jedoch blieben dies eben Ausnahmen, die die im

übrigen gültigen Regeln nur bestätigten. Ein Landrat, der nicht Regierungsassessor gewesen wäre, war ein vereinzelter, besonders begründeter Sonderfall, ein Schulrat mußte ein akademisch gebildeter Philologe sein, aus der Regierungslaufbahn entstammten die höheren Regierungs- und Provinzialbeamten, und der erste Kriegsminister in Frankreich, der nicht Offizier gewesen war, erregte, wie ich mich entsinne, in der gesamten deutschen Presse allgemeine Heiterkeit. So etwas konnte man sich einfach nicht vorstellen.

So wenig revolutionär nun in ihrem wahren Geist und Sinn die sogenannte deutsche Revolution von 1918 war, in einem Punkte war sie in der Tat gründlich umstürzlerisch: Sie machte die Besetzung der wichtigsten und leitendsten Staatsämter nicht mehr abhängig von einer bestimmten Fachausbildung, sondern erklärte hierfür lediglich die „Bedeutung der Persönlichkeit" für maßgebend. Wohlverstanden: Erklärte!

Nun gibt es gewiß viele Posten und Aemter in der höheren Verwaltung und Regierung eines Staates, deren bestmögliche Wahrnehmung unbedingt mehr von der jeweiligen Persönlichkeit und ihren natürlichen Fähigkeiten abhängt, als von den mehr handwerksmäßigen fachmännischen Kenntnissen. Ein für einen bestimmten Posten besonders „prädestinierter" Mann wird die fachmännische Handhabung dieses Handwerkszeuges auch schnell begriffen haben und beherrschen. Im vorliegenden Fall hatte aber diese Abkehr von den bisherigen Gepflogenheiten den Haken, daß die angebliche Wahl nach Persönlichkeitsgesichtspunkten in Wahrheit ein bewußter Schwindel oder zum mindesten ein unbewußter Selbstbetrug war. Man hatte sich im

alten kaiserlichen Deutschland in Linkskreisen oft darüber ereifert, wenn ein regierungspolitisch nicht ganz zuverlässiger Regierungsassessor als Landrat oder Bürgermeister nicht bestätigt wurde, daß aber jetzt im nachrevolutionären Deutschland neue Landräte zu Dutzenden ernannt wurden, nur weil sie sozialdemokratische Parteiangehörige waren, im übrigen aber nicht die geringste „Prädestination" für diesen Posten aufwiesen, fand jeder Revolutionsgetreue ganz in der Ordnung. Mit dem gleichen Recht hätte aber im alten Preußen der König vorwiegend ehemalige oder zu diesem Zweck schnell verabschiedete Offiziere, als zuverlässigste Regierungsstützen, zu Landräten machen können. Was heute ehemalige Maurer als Kreisoberhäupter leisten, hätten Majore und Hauptleute a. D. ja wohl auch noch schaffen können.

Es lag ein ganz klar durchdachtes System in der massenweisen Ablösung so vieler höherer Verwaltungs- und Regierungsbeamter durch Persönlichkeiten, die lediglich nach ihrer politischen Parteizugehörigkeit ausgewählt waren, die nur strebsame Gehorcher, in Wahrheit aber nichts weniger als wirkliche „Persönlichkeiten" waren.

Denn ideen- und inhaltlos, wie diese Revolution nun einmal war, konnte sie sich nur behaupten, wenn möglichst alle Kräfte wirklichen Könnens und tatbereiten Willens aufs tote Geleis abgeschoben wurden. Mißtraute man doch selbst den Parteifreunden, die auch nur etwas Anlage zu tatkräftigem Handeln zeigten und die Fähigkeit aufwiesen, den Parteistandpunkt aufzugeben, um Staatsmann und Führer sein zu können. Noske und Winnig waren schnell äußerst verhaßt im eigenen

Lager, beliebt blieben nur die, die in ihren neuen hohen und höchsten Aemtern durch und durch Parteimänner blieben. Man behauptet, der Reichspräsident habe sich bis heute in seinem Amte gehalten, weil er wirklich als überparteiliches Staatsoberhaupt sich bewährt habe. Ich glaube, nur sein (allerdings meist geschickt verschleiertes) unentwegtes Vertreten seiner Parteieinstellung hat ihn bis auf den heutigen Tag vor dem Sturze bewahrt. Dies allein sicherte ihm die Rückenstütze einer großen Partei und ihrer Verbündeten. Das nachrevolutionäre Deutschland und auch das heutige noch würde über ein wirklich überparteiliches Staatsoberhaupt wahrscheinlich hinwegtrampeln wie eine toll gewordene Ochsenherde über ihren Hirten.

Wer tatsächlich und offensichtlich nicht parteigebunden, sondern schlechthin vaterländisch spricht, schreibt oder sich betätigt, gehört in dem Deutschland der letzten sechs Jahre zu den Entwurzelten. Er hat keine „Position", keinen bestimmenden Einfluß und selbstverständlich auch keine klar umrissene Gefolgschaft. Man hört und liest ihn von Fall zu Fall mit Interesse, es dämmert oft vielen, daß hier wohl ein wirklich brauchbarer Ratgeber und Führer vorhanden ist, aber man ist noch zu sehr auf Schlagworte und „Grundsätze" eingestellt, als daß man nicht bei der ersten Gelegenheit, wo der Nur-Nationale zu allen Parteiprogrammen im Gegensatz steht oder gar plötzlich auf einer Seite zu stehen scheint, die er sonst bekämpfte, an ihm irre würde und mit der ganzen Wut des sich betrogen wähnenden Liebhabers über ihn herfiele.

Es war daher bisher und ist einstweilen immer noch eine ungünstige Zeit für alle die geistigen Arbeits-

kräfte in unserer Volksgemeinschaft, die einst die Hauptstützen des alten Deutschland waren: die nicht parteilich irgendwie behinderten bedingungslosen „Diener des Staates", das heißt Hüter und Verteidiger des Wohles der Gesamtheit. Weder in öffentlichen Aemtern noch im politischen Leben blühen ihnen große Erfolge; sie liegen meist mehr oder weniger einsam oder gar völlig entwurzelt brach. Häufig verspottet und verachtet man sie sogar als Halbe und Laue. Obgleich heute wahrhaftig moralischer Mut weder zum stürmischen Bejahen noch zum Verneinen eines bestimmten Parteistandpunktes gehört. In beiden Fällen ist man eines starken Anhangs gewiß. Gefährlich ist zur Zeit nur die Erklärung an die Parteien, daß „ihre Ringe allesamt nicht echt" seien und der echte nationaldeutsche Ring erst geschmiedet werden müsse.

Auf Schritt und Tritt begegnen wir im heutigen Deutschland dieser Art von Entwurzelten. Vorwiegend gehören sie den Kreisen an, die im alten Deutschland pflichtgemäß parteifrei-vaterländische Diener der Gesamtheit waren als Beamte und Offiziere. Teils zwangsweise, teils freiwillig aus Gewissensgründen haben sie ihre früheren Posten geräumt. Das Wirtschaftsleben hat manche tüchtige Kraft dadurch gewonnen. Es wird allgemein anerkannt, wie bewunderungswürdig geschickt und entschlossen ehemalige Beamte und Offiziere es verstanden haben „sich umzustellen". So anerkennenswert aber in rein beruflichen und wirtschaftlichen Dingen diese Umstellung auch ist, bedenklich in vaterländisch-politischem Sinne ist es, daß vielfach damit auch, teils unbewußt, teils bewußt eine

merkliche Umstellung des inneren Verhältnisses zum Staatsganzen, zum Vaterlande, sich verbunden hat. Die im ehemaligen staatlichen Berufe erworbene, dem Wohle der Gesamtheit so nützliche parteifrei nationale Weltanschauung und Betätigung ist verloren gegangen.

Am beklagenswertesten in vaterländischem Sinne ist das Abströmen einer leider nicht kleinen Zahl besonders tüchtiger und tatkräftiger ehemaliger Beamter und (noch mehr) Offiziere in diejenigen Wirtschafts- und Gesellschaftskreise, die dem vaterländischen Gedanken zwar äußerlich mit verbindlicher Höflichkeit gegenüberstehen, innerlich aber mit keiner Faser ihres Empfindens daran teilnehmen, weil lediglich wirtschaftlich-materielle Interessen ihre Zeit und Kraft in Anspruch nehmen. Das starke Abfluten ehemaliger Offiziere in Bankwesen, Handel und Industrie war zwar unvermeidlich; die Leute brauchten eine Brotstelle und die Erwerbsaussichten waren hier besonders günstig. Es war aber nicht nötig, daß so stark, wie es leider geschehen ist, der neue Beruf auch eine neue Weltanschauung, eine rein materialistische an Stelle einer wenigstens hochprozentig idealistischen, aufkommen ließ. Daß die Träger des alten Staates äußerlich entwurzelt wurden, war nicht ihre Schuld, das brachte der Orkan der Revolution mit sich, daß sie sich aber zum Teil auch innerlich mehr und mehr von den alten Wurzeln ihres Preußen-Deutschtums losrissen, lag vielfach an ihnen selbst. Es ist nicht zu leugnen und muß daher warnend hervorgehoben werden, daß die apathische, träge politische Interesselosigkeit gerade bei ehemaligen Beamten und Offizieren ganz auffallend häufig zu finden ist. Und

zwar bedauerlicherweise am meisten beim Mittelalter, d. h. bei denen, die ihrer Erfahrung nach gepaart mit noch voller körperlicher Frische gerade besonders geeignet wären, in ihrer freien Zeit als Führer und Unterführer dem nationalen Gedanken ihre Dienste zu leisten.

Bei den jüngeren und jüngsten ehemaligen Offizieren (Beamte kommen hier weniger in Frage; an ihrer Stelle stehen in diesen Altersschichten die Studenten und Angestellten) ist über solche politische Interesselosigkeit im allgemeinen nicht zu klagen. Im Gegenteil, mit Feuer und Leidenschaft widmen sie fast jede freie Minute vaterländischer Arbeit. Aber leider macht sich bei ihnen das Entwurzeltsein eigentlich noch schlimmer bemerkbar, als bei ihren älteren Kameraden. Sie wurden entwurzelt, noch ehe sie im alten Boden, der alten Armee, überhaupt wirklich fest Wurzel gefaßt hatten, und ermangeln daher vielfach der wichtigsten und der Staatsgemeinschaft nützlichsten Eigenschaften, die dem fertig erzogenen Angehörigen der alten deutschen Armee und Beamtenschaft in Fleisch und Blut übergegangen waren: Tadellose gesellschaftliche Formen, besonnene Selbstkritik und vor allem die Fähigkeit, vaterländische Leidenschaft und nationalen Stolz mit kühler Besonnenheit und gesundem Wirklichkeitssinn zu vereinigen. Bei Anerkennung aller Verdienste des feldgrauen deutschen Kriegsleutnants dürfen wir doch nicht vergessen, daß er immerhin nur ein Hals über Kopf hergestellter Ersatz des preußisch-deutschen Leutnants war, von dem Bismarck einst so stolz und zuversichtlich sprach. Dieser Typ liegt leider größtenteils auf den Schlachtfeldern Europas begraben.

Der jüngere ehemalige Offizier, der erst kurz vor dem oder gar erst im Kriege die Achselstücke bekam, hat meistenteils keinen rechten Begriff, was eigentlich sein ehemaliges Offiziertum im heutigen Deutschland bedeutet. Wenigstens dann, wenn er, wie sie es überwiegend doch wollen, als Vertreter des alten preußisch-deutschen „ersten Standes im Staat" gelten will. Er hält Tapferkeit, Verwegenheit, Tatenlust für die Hauptkennzeichen seines Standes. Er irrt sich aber in diesem Glauben. Unerschrockenheit und Bereitschaft zum Tode waren im alten Heere Selbstverständlichkeiten, über die man nicht weiter sprach. Die Hauptpflichten aber, deren Erfüllung man von ihm forderte, waren *Selbstbeherrschung, Takt, Verantwortlichkeitsgefühl und Urteilsfähigkeit.* Wenn viele ehemalige Offiziere jüngeren und leider sogar einige mittleren Alters diese altpreußischen Offizierseigenschaften sich zu wahren gewußt hätten, wäre manche schwere Schädigung des nationalen Gedankens im Laufe der letzten sechs Jahre vermieden worden. Man mag vom Standpunkte des Romantikers aus für die Abenteuerstreiche eines Kapitän Ehrhardt, für die Putschversuche eines Roßbach, Buchrucker und der Gefolgsleute Hitlers Verständnis haben, sogar das Abschießen politischer Gegner (und dann Ausreißen!!) entschuldigen, *aber als typische Vertreter des alten Offizierkorps soll man diese Herren nicht hinstellen.* Es waren und sind durch die Ungunst der Verhältnisse und den Mangel innerer Gefestigtheit: Entwurzelte! Persönlichkeiten, die in den plötzlich neu erstandenen Verhältnissen nicht mehr aus und ein wußten. Ihr leidenschaftlich nationales

Empfinden drängte sie zu vaterländischer Arbeit. In richtigem Instinkt fühlten sie, daß dieser törichte Umsturz nur geglückt war, weil auf nationaler Seite jegliche Entschluß- und Verantwortungsfreudigkeit gefehlt hatte. Nun aber begann bei ihnen das Abirren vom Wege der Vernunft: *Was bei Ausbruch der Revolution das Gegebene und allein Richtige gewesen wäre: Entschlossener Widerstand, gestützt auf die besten Kräfte der Armee, das war schon wenige Wochen nach dem Umsturz nicht mehr möglich.* Der Gegner, die Revolution, hatte sich inzwischen in der eroberten Stellung festsetzen können. Und, was vor allem ins Gewicht fiel, die neuen Machthaber hatten infolge des Versagens der alten Machthaber jetzt den Schein der Legitimität für sich. Maßgebende und nach wie vor angesehene Größen des alten Staates und auch der alten Armee hatten sich dem neuen System zur Verfügung gestellt. Ob sie darin richtig oder falsch gehandelt hatten, spielte keine Rolle angesichts der Tatsache, daß damit fürs erste keine einheitliche gegenrevolutionäre, nationale Front mehr vorhanden war. Im November 1918 hätte sie aus irgendeiner kühnen Tat heraus entstehen können; *damals hätte eine Art Kapp-Putsch Sinn, Zweck und wahrscheinlich auch Erfolg gehabt; was man aber dieser Minute ausgeschlagen, konnte keine Ewigkeit mehr zurückbringen.*

Es ist aber, wie zuzugeben ist, nicht so befremdlich und darum mehr eine Torheit als ein Verbrechen, wenn besonders von den jüngeren ehemaligen Offizieren viele

dafür zunächst gar kein Verständnis hatten. Weder von Staats noch von Gesellschafts wegen geschah etwas, diesen Entwurzelten neuen Pflanzboden zu geben. Auch und sogar gerade die sozialdemokratischen Machthaber hatten im Gegenteil in den ersten Wochen nach der Revolution diese Kondottierenaturen als Freikorps- und Selbstschutzführer sehr gern gesehen und reichlich als Helfer gegen Spartakus herangezogen. Auf einen Schlag sollten dann nachher die Mohren, die ihre Schuldigkeit getan hatten, gehen. Der Aufstand des Kapitän Ehrhardt beruhte bekanntlich auch großenteils auf solchen Gründen.

Nun ist die Putsch- und Aufstandsgefahr jetzt ziemlich gebannt. Aber in anderer, nicht weniger bedenklicher Weise wirkt das Gefühl des Entwurzeltseins bei vielen jüngeren ehemaligen Offizieren sich immer noch politisch aus. Nämlich in dem Radikalismus ihrer politischen Ansichten und Betätigung. Geputscht wird nun nicht mehr, weil es eben nicht geht, aber leitend ist nach wie vor für diese Leute in der Politik *das Gefühl blinder Wut gegen alle, die nicht genau so wollen wie sie.* Wer das bezweifelt, lese nur die radikal-völkischen Blätter, die vielfach von ehemaligen Offizieren redigiert und in ihren Kreisen gern gelesen werden. Man weiß manchmal nicht recht, ob man sich ärgern oder lachen soll über dieses Getobe und Geraunze, das in dieser Form bisher nur in der linksradikalen Presse üblich war. Es ist der typische brutale Lärm von Menschen, die sich in ihrer ganzen Existenz vernichtet, so zu sagen aus allen Himmeln gerissen fühlen. So begreiflich das nun auch in mancher Hinsicht ist, so sollten die Herren

doch nicht vergessen, daß andere ebenso viel und sogar noch mehr als sie verloren haben, daß letzten Endes eben das ganze deutsche Volk „entwurzelt“ und gezwungen ist, sich selbst darum zu bemühen, irgendwie neue Wurzel zu schlagen. Und genau wie das Volk in seiner Gesamtheit muß jeder Einzelne danach streben. Dieses Streben nach neuem nationalen Wurzelschlagen ist gewiß mit politischem Kampf gegen die Ströme und Richtungen verbunden, die unser nationales Erwachen verhindern oder hintanhalten wollen; es darf aber nicht in der Form geschehen, in der die Rechtsradikalen es versuchen, die bewußt und planmäßig auf eine unter allen Umständen gewaltsame Lösung aller Zukunftsfragen hinarbeiten. *Gegen die Atmosphäre des Hasses wende ich mich, die man in diesen Kreisen so oft antrifft.* Des Hasses um jeden Preis, des geradezu krankhaften Suchens nach Gegnerschaft. Es ist manchmal, als ob diese Entwurzelten nichts mehr befürchten, als daß die Atmosphäre des allgemeinen Kampfzustandes milderen Lüften weichen könnte.

Das „Heldentum“ liegt vielen Jüngeren vom Kriege her noch stark in den Gliedern. Wobei vergessen wird, daß auch im Kriege es uns und dem Vaterlande dienlicher gewesen wäre, wenn wir gar keinen oder nur vereinzelte „Helden“ und dafür lieber *eine große wuchtige Masse nüchterner Pflichtmenschen* gehabt hätten. In neuzeitlichen Kämpfen ist das Heldentum einzelner selten imstande, das Versagen der Allgemeinheit wettzumachen.

In allen nationalen Kreisen und Lagern sollte daher ein *planmäßiges Heimischmachen der*

vielen „Entwurzelten“ auf einem neuen Boden vernunftklarer nationaler Politik einsetzen. Das Schaffen von politischen Arbeitsgemeinschaften nach dem Muster und Beispiel des alten preußisch-deutschen Offizierkorps ist das Gebot der Stunde. Arbeitsgemeinschaften würden und wären das, in denen der Drang nach vaterländischer Arbeit sich mehr im täglichen Tun und Lassen, als in lärmenden Gelegenheitsveranstaltungen ausdrückt.

Auf dem besten Wege, eine solche Arbeitsgemeinschaft zu werden, ist der „Bund der Frontsoldaten“, im allgemeinen unter dem Namen „Stahlhelm“ im politischen Leben bekannt. In diesem Bunde haben bereits viele, die bisher als Entwurzelte im gegenwärtigen Deutschland herumirrten, neuen Boden gefaßt. Wir werden weiter unten noch näher darauf zu sprechen kommen.

Zunächst müssen wir, in dem ehrlichen Bemühen, in allen Punkten Klarheit zu schaffen und das Chaos zu lichten, unseren Betrachtungen über die Tragik so mancher entwurzelten Kräfte des alten Deutschland ein Kapitel anschließen zur Würdigung einer bestimmten Einzelpersönlichkeit, die besonders schwer von der Tragik des Entwurzeltseins getroffen und in Gefahr ist, daran politisch, wenn nicht sogar geschichtlich, zugrunde zu gehen.

# Der tragische Irrtum der „Gruppe Ludendorff"*)

Das deutsche Erlösungs- und Befreiungsproblem wäre um ein Vielfaches einfacher und übersichtlicher und seine Erfüllung auch sicher schon erheblich weiter gediehen, wenn sich nur die beiden Gruppen Unterwerfungs- und Freiheitspolitiker gegenüberständen. Oder, wie neuerdings der Gegensatz gekennzeichnet wird, „Schwarzrotgold" und „Schwarzweißrot". Es gibt aber leider in Deutschland erheblich mehr Gruppen als diese beiden, und zwar Gruppen, die sich in unversöhnlichem Haß gegenüberstehen, obgleich angeblich das gleiche Ziel ihnen vorschwebt. Und zwar ist der Drang zum Streiten und Hadern widereinander entschieden im schwarzweißroten Lager lebhafter als im schwarzrot-

---

*) Anmerkung: Während der Drucklegung dieses Buches ist in den politischen Unterlagen zu diesem Kapitel eine bemerkenswerte Aenderung eingetreten: General Ludendorff hat laut Pressemitteilung die „Reichsführerschaft der Nationalistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands" niedergelegt, bleibt jedoch „Schirmherr der völkischen Verbände".

Auf diese äußere Umgestaltung der Beziehungen des Generals zur nationalsozialistischen Bewegung und Partei sei ausdrücklich hingewiesen. Sie ändert indessen wohl nichts an dem Sinn und Zweck des Kapitels: dem Wunsche und der Hoffnung, daß General Ludendorff die ganze völkische Bewegung in entradikalisierendem, verständigungsbereitem Sinne beeinflussen möge. Der Verfasser.

goldenen. Der Verein „Reichsbanner Schwarzrotgold“, in dem sich Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum zu gemeinsamer „Verteidigung“ (nicht der Republik im Sinne Deutsches Reich und Vaterland, sondern der Republik vom November 1918, d. h. des nationalen Verzicht- und Unterwerfungssystems) zusammengefunden haben, hat, das muß man zugeben, das Gesetz erfaßt und begriffen, daß ein großer politischer Vormarsch nur dann angetreten werden kann, wenn vorher das vielgestaltige Gepäck der Einzelansichten und Sonderwünsche bei der großen Bagage abgegeben wird, die ganz, ganz hinten auf mehrere Kilometer Abstand der fechtenden Truppe folgt. Die Führer der einzelnen schwarzweißroten Verbände und noch mehr ihre Unterführer und Mannschaften haben diese Erkenntnis größtenteils leider noch nicht gewonnen, obgleich sie ihrer Vergangenheit nach eigentlich ganz besonders dazu neigen sollten, militärische Grundsätze und Gepflogenheiten auf die politische Taktik zu übertragen. Aber nein, es läßt sich im Gegenteil aus den Geschehnissen der letzten sechs Jahre leicht nachweisen, daß die Anschauungen und Grundsätze unserer alten Armee bei den verschiedenen politischen Gruppen meist um so weniger beobachtet werden, je mehr diese Gruppen sich vorwiegend aus Vertretern der alten Armee zusammensetzen und je leidenschaftlicher sie ihre Eigenschaft als alte Soldaten nach außen hin betonen. Auch ihnen kann man den Vorwurf nicht ersparen, daß sie sich innerlich viel mehr aus dem gesunden, nährkräftigen Boden, dem sie entstammen, entwurzeln ließen, als die äußeren Umstände es mit sich brachten. Sie hätten mehr, als es geschehen ist, der Typ des alten preußisch-deut-

schen Soldaten bleiben können und sollen. Da es nicht so schwer ist, sich wieder dahin zurückzufinden, da sie nur wieder zu werden brauchen, was sie Jahrzehnte hindurch waren, sei hier der Versuch gemacht, zu zeigen, wo sie vom Wege abirrten.

Der Versuch, Einigkeit und geschlossenes Zusammengehen in den schwarzweißroten Heerbann zu bringen, muß ohnehin immer wieder gemacht werden, und zwar getrost auch vor aller Oeffentlichkeit. Aussprachen und Abmachungen in kleinem Kreise hinter verschlossenen Türen mögen für bestimmte taktische Handlungen geboten sein; wenn es sich aber um Klärung und Festsetzung allgemein und grundsätzlich wichtiger Richtlinien handelt, haben alle Beteiligten, hat die Allgemeinheit ein Recht, den Verhandlungen als Hörer oder Leser beizuwohnen. Mehr noch wie in der Außenpolitik sollte in der Innenpolitik die Geheimdiplomatie abgeschafft werden. Und ganz besonders in der Aussprache wesensverwandter Richtungen.

Wenn aus diesen Gründen hier der Versuch gemacht wird, in öffentlicher Gedankenentwicklung dem Zustandekommen einer schwarzweißroten Einheitsfront zu dienen, dann ist eine kritische Beurteilung der Politik des General Ludendorff und seiner Anhänger unvermeidlich. In ganz besonders scharfer Form hat diese Gruppe und ihr Führer den Sonderweg, den sie zum schwarzweißroten Endziel gehen will, immer betont und sich auf den Standpunkt gestellt: Wer nicht für mich ist, ist wider mich. Es ist kein gehässiger Angriff gegen diese Richtung, sondern im Gegenteil ein Zeichen, welchen Wert „wir anderen Nationalen“ auf ein Zusammengehen mit jenen legen, wenn im folgenden gezeigt wird,

daß solch ein Sonderweg zum mindesten ein Zersplittern der nationalen Kräfte zur Folge hat, wahrscheinlich sogar die Erreichung des gemeinsamen Ziels aufs Unabsehbare verzögert.

Um zu einer gerechten Beurteilung der Entwickelung der Dinge zu kommen, müssen wir uns zunächst vor Augen halten, wie General Ludendorff und seine vorbehaltlosen Anhänger zu einer so besonders scharf in sich abgeschlossenen, radikal-nationalen politischen Gruppe wurden.

In den vorstehenden Kapiteln, besonders im zweiten, wurde bereits nachgewiesen, daß die sogenannte Revolution vom November 1918 in Wahrheit gar nicht der Sturz eines bestimmten Systems durch ein stärkeres neues war, daß nicht eine neue Idee sich darin siegreich Bahn brach, sondern daß dieser Umsturz lediglich eine bedingungslose Kapitulation des nervenzerrütteten deutschen Volkes vor dem Willen des feindlichen Auslandes war. Gewisse Ehrgeizpolitiker in Deutschland nutzten den deutschen Nervenzustand für sich aus, und die bisherigen Machthaber taten nichts dagegen, sondern fügten sich einem angeblichen Volkswillen, der bewußt gar nicht vorhanden war.

Es liegt auf der Hand, daß von dieser bedingungslosen Kapitulation keiner mehr ins innerste Mark seiner Seele getroffen sein konnte, als der, der die letzten zwei Kriegsjahre hindurch der geistige Leiter und Organisator des Widerstandes Deutschlands gegen seine Feinde gewesen war, als der frühere Erste Generalquartiermeister, General Ludendorff. Selbstverständlich war es auch für den höchsten verantwortlichen Führer, den Feldmarschall von Hindenburg, ein furchtbarer Schick-

fehlschlag, jedoch blieb ihm immerhin der Trost, daß selbst die sonst jedes vernünftigen Denkens damals unfähig gewordenen Teile des deutschen Volkes das dankbare Vertrauen zu ihm nicht aufgaben. Von ganz wenigen Verrückten oder Verleumdern abgesehen, hat Hindenburg auch und sogar gerade in den finstersten Stunden unserer vaterländischen Geschichte die Früchte seiner dem deutschen Volk und Vaterlande geleisteten Lebensarbeit ernten können. Selbst die politischen Nutznießer des Umsturzes wagten sich an seine Person nicht heran, im Gegenteil, sie bettelten wehmütig, er möge doch um Himmels willen bis zur Demobilisation den Oberbefehl behalten. Und wenn es auch natürlich ein großes Opfer war, das Hindenburg dem Vaterlande brachte, als er dieser Bitte nachkam und so auch für seine Person mit der „Revolution" gleichsam paktierte, so bot sich ihm dadurch doch wenigstens die Gelegenheit, das Schlimmste zu verhüten und die deutsche Armee in musterhafter Ordnung in die Heimat zurückzuführen. Es ward ihm Gelegenheit gegeben, den Ausbruch des allgemeinen Chaos zu verhindern.

Demgegenüber entlud sich über Ludendorf alle Wut und Empörung wegen des unglücklichen Kriegsausgangs. Auch Hindenburgs stets erneutes ritterliches Eintreten für den jahrelangen Ratgeber und Mitarbeiter half nichts. Bis auf den heutigen Tag hat sich die maßlose, urteilsunfähige Ungerechtigkeit behauptet, Hindenburgs Verdienste gelten zu lassen, Ludendorff dagegen nur die Fehlschläge und Mißerfolge anzurechnen. Es ist schon aus diesem Grunde menschlich erklärlich, daß in natürlicher Gegenwirkung Ludendorff zu einem unversöhnlichen Kampfpolitiker wurde, wäh-

rend Hindenburg eine maßvolle Ruhe bewahrte, die man vom rein nationalen Standpunkte aus gern bei jedem der ehemaligen hohen und höchsten Führer sehen würde. Man darf nicht verkennen, daß Ludendorff wirklich bis aufs Blut gereizt worden ist. Selbst Politiker, die den Anspruch erheben, als nationale bewertet zu werden, wie Professor Delbrück, ließen und lassen kein gutes Haar an ihm. Militärische Unfähigkeit, verbrecherischen Leichtsinn, grobe Fahrlässigkeit, kurz alles, was das Gegenteil eines brauchbaren Heerführers ausmacht, warf man ihm vor. Das war unstreitig eine beispiellose Ungerechtigkeit und Undankbarkeit gegen einen Mann, der (ob er ein Genie ersten Ranges war oder nicht, kann erst die spätere, alles überschauende Kriegsgeschichte entscheiden) doch auf jeden Fall während der letzten zwei Kriegsjahre die deutschen Heere so geleitet hatte, daß sie einer fünffachen Uebermacht an Menschen und einer in Zahlen überhaupt nicht auszudrückenden Ueberlegenheit an Material siegreichen Widerstand hatten leisten können. Man versetze sich in den Seelenzustand eines Menschen, der das geschafft hat und dann dafür von Millionen von Volksgenossen als Betrüger, Verbrecher und unfähiger Dummkopf hingestellt wird.

Man beschuldigt ihn, sein „wahnwitziger Ehrgeiz" habe den Krieg unnötig verlängert. Jeder sachlichen Denkens fähige Mensch muß aber zugeben, daß die Länge des Krieges doch erheblich mehr von den Gegnern als von der deutschen Führung abhing. Daß die Entente für einen frühzeitigen Frieden nur unter den später in Versailles festgelegten unerhörten Bedingungen zu haben war, steht heute fest. Ludendorff handelte mithin nicht nur militärisch pflichtgemäß, son=

dern auch politisch richtig, wenn er, falls ein deutscher Sieg nicht gelang, den Krieg wenigstens so lange hinzuziehen suchte, bis die Gegner, auch ihrerseits die Hoffnung auf restlosen Sieg aufgebend, für einen tragbaren Verständigungsfrieden ohne Siegerdiktat zu haben waren. Man spricht und schreibt so viel darüber, daß Friedrich der Große sich gegen ganz Europa zu behaupten gewußt habe. Er schaffte es aber nur, weil er eben sieben Jahre durchhielt und nicht schon vorher, z. B. 1760, vom eigenen Volke zur Kapitulation gezwungen wurde.

Aber, so wird man hier einwenden, Ludendorff war es ja selbst, der im September 1918 Hals über Kopf innerhalb von 48 Stunden den Waffenstillstand verlangte! — Allerdings, aber nehmen wir selbst an, daß das ein Augenblick des Nervenzusammenbruchs gewesen wäre, so war dieser dann doch nur die Folge davon, daß in jenen Tagen ganz plötzlich das moralische Versagen deutscher Truppenteile in großem Umfange einsetzte. Es ist überhaupt merkwürdig: Ludendorffs Gegner, nach deren Urteil er eigentlich nichts wie ein aufgeblasener Scharlatan sein soll, haben anscheinend im stillen die Leistungen eines Uebermenschen allergrößten Formats von ihm erwartet.

Ob es nun der vielumstrittene „Dolchstoß von hinten" war, oder ob Deutschlands Volk und Heer auch ohne die Hetzereien der Linken nicht mehr hätten weiterkämpfen können, sei hier nicht erörtert; halten wir uns einmal lediglich an die Tatsache, daß große Teile der Armee einfach nicht mehr mitmachten, daß 1,5 Millionen Deserteure hinter der Front herumwimmelten. Diese Tatsache genügt ja schon für die Feststellung, daß dann doch

die Führung nicht mehr für die militärischen Fehlschläge verantwortlich gemacht werden kann. Bei Soldaten, die großenteils nicht mehr kämpfen, nützt die genialste Führung nichts. Höchstens, daß die O. H. L. zu milde war und nicht zu Hunderten die Deserteure erschießen ließ, könnte man ihr vorwerfen. Wird diese Frage aber aufgerollt, so antwortet bekanntlich von links stets ein Wutgeheul. Der deutsche Soldat hat nach Ansicht dieser Herren durchaus recht gehabt, wenn er desertierte, Ludendorffs und allgemein der Heeresleitung Sache war es, trotzdem zu siegen.

Man wende nicht ein, daß das sarkastische und karikierende Uebertreibungen sind. Es gibt keine Ungeheuerlichkeit an Unlogik, die ein fanatischer Politiker nicht fertig brächte und die der Pöbel, „öffentliche Meinung“ genannt, nicht gläubig hinnähme. Hierfür nur ein Beispiel aus der Praxis: In einer Wahlversammlung sprach ich über das sinnlose Hetzen gegen die deutsche Heerführung im Kriege und kam zu der einleitenden Frage: Wodurch haben wir denn den Krieg verloren? Darauf sofort Zwischenruf eines (nachher als Diskussionsredner sehr gewandt und geschult sprechenden, höhere Schulbildung zeigenden) Sozialdemokraten: „Weil die Führer drüben mehr konnten als Ludendorff.“ — Ich ging darauf ein und stellte die Gegenfrage: „Wie kommt es aber dann, daß diese tüchtigeren Gegner mit ihrer Uebermacht an Menschen und Material uns nicht früher und vor allem richtig militärisch besiegt haben?“ — Der Zwischenrufer: „Weil die deutschen Soldaten sich so lange opferten und Schindluder mit sich treiben ließen.“ — Meine Gegenfrage: „Deshalb also konnten die Feinde uns so lange nicht besiegen?“ — Der Zwi-

schenrufer: „Jawohl, nur an den deutschen Mannschaften hat das gelegen!" — Meine Gegenfrage: „Dann wären wir also auch 1918 noch nicht besiegt worden, wenn der deutsche Soldat weiter, wie Sie sagen, Schindluder hätte mit sich treiben lassen?" — Der Zwischenrufer: „Ja, Gott sei Dank waren die Soldaten zur Vernunft gekommen und machten nicht mehr mit." — Darauf ich: „Dann hat also nach Ihren Worten der Feind so lange nicht siegen können, so lange der deutsche Soldat den General Ludendorff Schindluder mit sich treiben ließ, und verloren haben wir schließlich, weil der Soldat „Vernunft annahm" und der Ludendorffschen Führung nicht mehr gehorchte!" Der Zwischenrufer: „Wir wollten ja auch gar nicht siegen." Meine Gegenfrage: „Dann sind Sie also die Urheber des verlorenen Krieges?" — Der Zwischenrufer: „Nein, Ludendorff!" — — Und so ging das Karussellfahren weiter, bis ich es abbrach.

Sehr bezeichnend ist auch der Eifer unseres lieben Volkes, immer darauf hinzuweisen, daß an allen Erfolgen und Siegen natürlich jeder einzelne Deutsche im Heer wie in der Heimat mitbeteiligt sei; die Mißerfolge dagegen sind einzig und allein der Führung zuzuschreiben, da hört die Teilhaberschaft der Gesamtheit auf. Und als Hauptsündenbock wurde und wird dem Volke unentwegt der frühere Erste Generalquartiermeister ausgeliefert. Er war plötzlich der nahezu Alleinschuldige, er hatte womöglich in teuflischer Absichtlichkeit auf diesen unglücklichen Kriegsausgang hingearbeitet. — — —

General Ludendorff nun ist ein kluger und bedeutender Mann, aber, soweit man nach seinem ganzen Tun und Lassen annehmen muß, kein Philosoph. Im Gegen-

teil eine Persönlichkeit temperamentvollster Leidenschaft. Er antwortete den Ungerechtigkeiten der kritiklosen Masse daher nicht mit kühlem, verächtlichem Achselzucken, sondern er setzte sich zu Wehr, verteidigte sich. Aber nicht nur diese persönlichen Gründe riefen ihn auf den politischen Plan, sondern mehr noch sein heißes vaterländisches Empfinden. Er wollte nicht tatenlos warten, ob und wann seine Stunde wiederkäme, sondern sofort am großen Werke mitarbeiten.

Nun ist gewiß in einem Volke, das wie wir aus furchtbarstem Zusammenbruch wieder hochkommen will, jede ehrlich daran mitarbeitende Kraft zu begrüßen. Um so mehr, je fähiger sie dazu ist, und ganz besonders, wenn sie bereits erwiesenermaßen in führender Stellung die schwierigsten Lagen bemeistert hat. Der Fall liegt aber etwas anders, wenn die betreffende Persönlichkeit in engstem Zusammenhang mit dem vorausgegangenen Niedergang steht. Mag der Betreffende für seine Person noch so sehr zu Unrecht als Mit- oder Hauptschuldiger an dem Mißerfolg hingestellt werden, er ist und bleibt unweigerlich Partei bei allen Auseinandersetzungen über das Gewesene. Sein bloßes Auftreten genügt für sofortiges leidenschaftliches Stellungnehmen für oder gegen ihn. Er müßte auch kein Mensch sein, wenn ihn im Streit der Meinungen nicht so und so oft der Augenblick zu Unvorsichtigkeiten und Einseitigkeiten hinrisse, die das Bild seiner Gesamterscheinung trüben. Darum: Je mehr eine solche Persönlichkeit zu Unrecht von den Gegnern der Urheberschaft an dem gewesenen Mißerfolg beschuldigt wird, je mehr ihre Anhänger in ihr den Mann der Zukunft sehen, je mehr sie vor allem selbst in sich den Drang und

das Vermögen fühlt, das Vaterland einst doch noch zum endgültigen Siege zu führen und alle innerpolitischen Gegner durch die Wucht der Tatsachen zu entwaffnen, um so entschiedener sollte sie ein vorzeitiges Wiederauftreten vermeiden. Erst dann ist die Stunde eines solchen Mannes wieder gekommen, wenn das wieder sehend gewordene Volk ihn reumütig zurückruft, oder aber, wenn wenigstens seine Anhängerschaft so stark ist, daß sie ihn auch gegen den Widerstand einer unversöhnlichen Gegnerschaft erfolgreich auf den Schild heben kann. Mehr als einmal im Laufe der Weltgeschichte ist ein ohne seine Schuld oder selbst durch seine Schuld gestürzter Führer wieder aufgestiegen, mehr als ein großer Mann ist der Retter und Heiland seines Volkes geworden, obgleich ihn lange Zeit die blinde Masse verkannt und mit ihrem Haß verfolgt hat, aber nichts war solcher Entwicklung der Dinge von jeher schädlicher, als wenn eine derartige Persönlichkeit nach einem großen Mißerfolg zu frühzeitig wieder auftrat. Der alte Barbarossa der deutschen Sage hielt sich bekanntlich unentwegt verborgen, so lange die Raben noch um den Kyffhäuser flatterten. Er kam nicht von Zeit zu Zeit versuchsweise zum Vorschein, geschweige denn, daß er dauernd außerhalb des Berges aufgetreten wäre und für seine Person versucht hätte, die Raben zu verscheuchen.

Allerdings hat General Ludendorff vielleicht in voller Erkenntnis dessen, was er dabei aufs Spiel setzt, nur seinen leidenschaftlichen Arbeitsdrang entscheiden lassen. Vielleicht kam auch er, der Zeit seines Lebens an rastlose Arbeit von früh bis spät gewohnt war, in der Rolle eines kühl beobachtend Abwartenden sich entwur-

zelt und lebensunfähig vor. Man könnte dies in mehr als einer Hinsicht durchaus verstehen. Vom Standpunkte nationaler Taktik aus aber ist und bleibt es bedauerlich. Abwarten und schweigen, wäre in Ludendorffs Lage besser. Der Vorwurf freilich, daß er es aus unstillbarem Ehrgeiz nicht fertig gebracht hätte, ist sicher ungerechtfertigt. Ich kann wenigstens keinen Ehrgeiz darin sehen, wenn ein Mann, der einst Herr und Führer über Millionen war, den Posten eines Parteiführers übernimmt. Eher wäre anzunehmen, daß er die Absicht hatte und hat, durch Einsatz seiner Person in die völkische Bewegung diesem in Deutschland neu aufgekommenen Gedanken einen besonderen Ruck nach vorwärts zu geben. Aber auch dieser Entschluß, gerade diese Parteieinstellung seitens einer Persönlichkeit wie Ludendorff hat vom allgemein nationalen Standpunkt aus manche Gefahren. Je einseitiger und radikaler eine Partei ist, um so weniger ist sie im allgemeinen die geeignete Umgebung und Basis für eine Persönlichkeit, die für eine Führung in größerem Rahmen in Frage kommt. Denkbar wäre ein solcher Fall allenfalls, wenn die betreffende Persönlichkeit selbst der Schöpfer und Gründer einer solchen neuen Idee ist. Das aber ist hinsichtlich Ludendorffs und der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung" nicht der Fall. Ludendorff gehört hier lediglich zu den Gewonnenen, zu den Bekehrten. Ich zweifle keinen Augenblick, daß er der Bewegung aus tiefinnerster Ueberzeugung beigetreten ist. Wir dürfen uns aber nicht verhehlen, daß der Führercharakter einer bereits geschichtlich gewordenen Persönlichkeit nicht gerade besonders betont und erneut hervorgehoben wird,

wenn diese Persönlichkeit sich (zunächst doch als Jünger!) einer von anderen geschaffenen Bewegung anschließt.

Ein tragisches Verhängnis waltet über Ludendorffs politischer Betätigung nach dem Kriege, ein tragischer Irrtum liegt besonders in seinem Anschluß an die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung. Und zwar liegt die Tragik darin, daß richtige Erkenntnisse und fruchtfähige Gedanken dadurch, daß sie in scheinbarer Folgerichtigkeit bis ins äußerste durchgeführt werden sollen, in einen verhängnisvollen Irrweg auslaufen.

Unstreitig ist es ein Zug von Charaktergröße, wenn ein vollausgereifter Mann wie Ludendorff um der Sache willen sich entschließt, Mitarbeiter zu werden in einer Bewegung, die jüngere und zum Teil den einfachsten Schichten entstammende Persönlichkeiten ins Leben gerufen haben. Nicht ohne eine gewisse Rührung konnte man in dem Münchener Putsch-Prozeß beobachten, wie willig und selbstlos der befehlsgewohnte General sich einem einfachen Mann wie Hitler unterordnete und mit welcher Treue er zu ihm stand. Bemerkenswert ist ferner die darin zum Ausdruck kommende Fähigkeit eines jahrzehntelang in gänzlich anderen Anschauungen aufgewachsenen Mannes, sich auf neue Ideen umzustellen. Und nicht nur bemerkenswert, sondern in nationalem Sinne sogar von größter und wertvollster Bedeutung ist diese Umstellung. Denn zu ihr werden sich alle durchringen müssen, die wirksam an dem Deutschland von morgen mitarbeiten wollen. Nicht in reaktionärem, rückbildendem, sondern in revolutionärem, von Grund aus neugestaltendem Verfahren liegt unsere Erlösung, unsere ganze nationale Zukunft. Es ist daher wichtig und erfreulich, daß nicht nur die Jugend, nicht

allein gänzlich neue Männer die Träger und Vorkämpfer dieser Erkenntnis sind, sondern auch bekannte und hervorragende Vertreter des altnationalen Deutschland, vor allem ein Mann wie Ludendorff. Und durchaus richtig ist auch das Gefühl, daß die wesentlichsten Gesichtspunkte der Neuerungen, deren unser künftiges nationales Leben bedarf, in der nationalsozialistischen Bewegung rege sind. Richtig ist der Gedanke, daß diese Bewegung berufen ist, wesentlich m i t z u w i r k e n an der Gestaltung des künftigen Deutschland.

Der verhängnisvolle Irrtum, und darin liegt die Tragik, ist aber der, daß Ludendorff und seine Freunde in dieser Bewegung nicht nur eine der zahlreichen jetzt in Deutschland sich regenden Kräfte, sondern die Lösung des deutschen Problems schlechthin sehen. Daß sie sich von der Hitlerschen Bewegung blenden ließen und infolgedessen sich ihr weihten, anstatt sie lediglich heranzuziehen. So ward die Größe in der Fähigkeit, sich umzustellen und einzuordnen, durch ihre Vorbehaltlosigkeit zur Schwäche.

Auch für die Bewegung selbst ward dies verhängnisvoll. Denn längst bedurfte sie und dringend bedarf sie immer noch erfahrener und gereifter Persönlichkeiten, die das Moment der Nüchternheit und Realpolitik in diese Strömung reinster Gefühlspolitik hineinbringen. Gewiß, revolutionär, nicht reaktionär, muß der Neubau Deutschlands vorgenommen werden, aber nicht hemmungslos revolutionär. Denn restlos nach nationalsozialistischem Programm ist Deutschland genau so wenig aufzubauen wie nach kommunistischem.

Daß Ludendorff und zahlreiche andere gereifte Offiziere sich der nationalsozialistischen Bewegung förm-

lich mit Haut und Haaren verschrieben haben, anstatt, wenn sie ihr schon durchaus beitreten wollten, sie in zügelndem, bändigendem Sinne zu beeinflussen, darin liegt der große tragische Irrtum.

Die Persönlichkeit und der Schicksalsverlauf Ludendorffs haben in mehr als einer Hinsicht große Aehnlichkeit mit dem Werdegang des ganzen deutschen Volkes in den letzten zehn Jahren. In beiden Fällen hervorragende Fähigkeiten, ungeheuere Leistungen, größtes Können, gewaltige Erfolge. In beiden Fällen trotzdem ein schließliches Scheitern an der Ungunst der Verhältnisse und gewissen Irrtümern und Versehen. In beiden Fällen dann kein mutloses Verzichten und Ersterben, sondern ein trotziges Ringen und Suchen nach neuen Wegen und Möglichkeiten. In beiden Fällen deutliche Anzeichen ungeschwächter Kraft, sogar verstärkten Könnens auf Grund größter Entwicklungs- und Aufnahmefähigkeit. In beiden Fällen aber auch (bis jetzt) ein bedenkliches Abirren auf zu schmalen und ungangbaren Wegen, ein Sichverlieren in Nebensächlichkeiten und Einzelheiten, die den Blick für die großen Hauptgesichtspunkte trüben und die Kräfte zersplittern. Beim deutschen Volke äußert sich diese Erscheinung in seiner Parteiwütigkeit, seinem Aufgehen im Hader der Parteiprogramme widereinander, bei Ludendorff darin, daß er sich einer bestimmten Partei weiht und opfert. In beiden Fällen also ein freiwilliges Binden und Beschränken der vorhandenen Kräfte.

Beide, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, wie Ludendorff, dieser typische Exponent und Vertreter deutscher Wesensart, werden erst dann den Weg zu neuem Vorgehen und Schaffen frei finden, wenn sie die frei-

willig übernommenen Ketten einseitiger Parteigebundenheit abwerfen.

Und gerade General Ludendorff könnte und sollte hierin dem gesamten Volke mit seinem Beispiel vorangehen. Begreiflicher Zorn, verständliche Erbitterung über unverdienten Undank, sowie der Drang nach schneller Erlösung des Vaterlandes, haben ihn zum radikalpolitischen Kämpfer gemacht, haben ihn einer ganz besonders stark auf Kampf eingestellten Partei zugeführt. Das ist nun nicht mehr ungeschehen zu machen, mit der Tatsache muß man sich abfinden. Eine kraftvolle Persönlichkeit aber kann alle Lagen, auch die grundsätzlich nicht als günstig anzusehenden, zu einem großen Erfolge ausnutzen. So liegt in Ludendorffs Hand immer noch die Möglichkeit, jetzt im Rahmen seiner Partei dem allgemeinen nationalen Gedanken zu einem großen Siege zu verhelfen, indem er *seinen Einfluß dahin ausübt, daß diese Partei der praktisch-nationalen Arbeit zugänglicher wird*, daß sie wieder mehr Bewegung, weniger Partei wird. Der General sollte bedenken, daß seine Person mit ihrem Können und ihren Erfahrungen dem ganzen deutschen Volke gehört. Daß immer noch viele dies nicht zu würdigen wissen und keinen Gebrauch davon machen wollen, darf ihn an seiner vom Schicksal ihm gewordenen Aufgabe und Pflicht nicht irre machen. Die breite Masse ist ein Kind, ihr Urteil, ihre Gunst oder Ungunst, dürfen den nationalen Politiker nicht beirren, dürfen keine Gegenregungen in ihm auslösen. Ob und an welchem Posten einst dem früheren Ersten Generalquartiermeister, dem deutschen Führer im Weltkriege, wieder eine große Auf-

gabe an leitender Stelle bevorsteht, ist heute nicht abzusehen und zur Zeit auch belanglos. Wohl aber bietet sich dem General eine Gegenwartsaufgabe von allergrößter Bedeutung: Die Rolle des unbeirrten und unermüdlichen versöhnenden Beraters. Wie ein wüster Traum muß ausgelöscht werden im Gedächtnis des deutschen Volkes das grauenhafte Bild, daß deutsche Soldaten auf einen Trupp schossen, in dessen Reihen der ehemalige Führer des deutschen Heeres sich befand. Es waren gute, das Beste wollende Deutsche, die diesen Trupp bildeten, der General war an und für sich durchaus in einer seiner würdigen Gesellschaft. Es waren aber auch gute, pflichttreue Deutsche, die in ihrer Eigenschaft als Reichswehrsoldaten auf diesen Trupp schossen. *Schon dieser Umstand beweist, wie falsch gewählt des Generals Stellung war, als er auf der einen Seite stand. Zwischen beiden*, sei es nun buchstäblich oder bildlich, geistig, wäre er am Platze gewesen. Zwischen beiden, um zu verhindern, daß es überhaupt zum Schießen kam.

Es wird manchen Leser, vor allem wahrscheinlich General Ludendorff selbst, befremdlich berühren, daß die Ausführungen dieses Kapitels schließlich darauf hinauslaufen, dem General Ratschläge zu erteilen. Insbesondere, weil der Verfasser ein ehemaliger (als N. O. der O. H. L. sogar unmittelbarer) Untergebener und erheblich jüngerer Offizier ist. Ich hege auch, offen gestanden, wenig Hoffnung, daß Seine Exzellenz meinen Ausführungen Bedeutung beimessen wird. Weder im Kriege in meiner Stellung als N. O. Kronprinz bin ich in nähere Fühlung mit ihm gekommen (ich versuchte es im kritischen Sommer 1918 mehrmals, vermochte aber

die lebende Wand, die dazwischen stand, nicht zu durchbrechen), noch gelang es mir, bei einer Besprechung, die ich nach dem Kriege (1919) mit dem General hatte, sein Interesse für meine Ansichten zu erwecken. Grundsätzliche Verschiedenheiten der Auffassung mögen da zu stark und hemmend gewesen sein. Trotzalledem mußte ich mir als nunmehr sechs Jahre lang tätiger und anerkanntermaßen in meinem Wirkungskreis auch nicht ganz erfolgloser nationaler Politiker dieses Kapitel von der Seele schreiben. Es ist ein dringlicher Aufruf, nicht allein an General Ludendorff, sondern gleichzeitig an alle Persönlichkeiten, die ähnlich wie er, auf Grund ihrer Stellung und ihrer Leistungen im alten Deutschland, sowie ihrer dabei gesammelten Erfahrungen auch heute noch allgemein beachtet, gefragt, gehört und als Vorbilder hingestellt werden. Nach wie vor, trotz Revolution und allem, was dazu gehört, üben die altbekannten „Autoritäten" einen bestimmenden Einfluß aus auf das politische Tun und Lassen von Millionen Deutschen. Auch hier spielt die altdeutsche Vasallentreue eine große Rolle. Es ist daher für die Weiterentwickelung der politischen Seele des deutschen Volkes von wesentlicher Bedeutung, in welcher Form und Richtung sich Persönlichkeiten wie Ludendorff politisch betätigen. Tausende richten sich nach ihrem Vorbilde, nach einem Ludendorff, vor allem viele ehemalige Offiziere.

Um so mehr ist es daher ein Verhängnis, daß nicht nur Ludendorff, sondern auch viele andere Persönlichkeiten von Ansehen und Können auf mehr oder weniger radikale Wege politischer Betätigung geraten sind. Dabei gärt im Volke selbst in allen Schichten seit geraumer

Zeit schon ein starkes Drängen nach Ausgleich der Meinungen, nach nationalem Zusammenschluß. Man sehnt sich nach einem nationalen Sammelprogramm, in dessen Sinne schon längst Millionen denken, sich jedoch nicht zu betätigen wagen, weil die „Autoritäten" ja fast alle in irgendeiner bestimmten Partei oder Richtung aufgegangen sind und (leider) sich darin nahezu verloren haben.

Wie anders könnte alles werden, wenn Persönlichkeiten wie Ludendorff den Schwerpunkt ihres Wirkens darauf legten, die Gegensätze auszugleichen und die Gemeinsamkeiten in den einzelnen nationalen Gruppen hervorzuheben. Erst dann würde Luft und Licht, um den großen allgemeinen nationalen Gedanken auch den breitesten Massen hörbar, sichtbar und verständlich zu machen.

Und wenn dann eine große positive nationale Partei ihr bisheriges Programm in revolutionär-nationalem Sinne revidierte und gleichzeitig dahin reformierte, daß auch innerpolitisch, vor allem wirtschaftlich, alle Klassen und Schichten ihre berechtigten und lebensnotwendigen Wünsche darin vertreten fänden, dann würde durch dieses Entstehen einer großen *nationalen Sammelpartei* am besten und nachdrücklichsten das jetzige Elend der Parteizersplitterung überwunden.

Das Entstehen einer solchen nationalen Sammelpartei zu fördern, nicht der Kampf für eine in engsten Sonderbedingungen sich in sich selbst verzehrende Radikalbewegung, wäre m. E. die politische Aufgabe und das gegebene Arbeitsgebiet für alle, deren Namen schon allein einigend, weil an die größten Zeiten des Weltkriegs erinnernd, wirken *könnte*, also auch und gerade Aufgabe eines Ludendorff.

Es gab Zeiten, wo der Name Ludendorff genügte, um Anhänger und Vertreter aller Parteien zu einer schlagkräftigen und schlagwilligen Einheitsmasse zusammenzuschweißen. Die Wirkung davon waren deutsche Siege auf allen Schlachtfeldern Europas. Es ist ein nationaler Jammer, daß der Name Ludendorff nach dem Kriege zu einer Parteiprogramm-Ueberschrift degradiert worden ist. Aber abzuändern ist bei gutem Willen jeder ungesunde Zustand.

# Kampf oder Verständigung, Gewalt oder Verhandlung?

Phantast, Ideologe, Theoretiker hat sicher so mancher Leser bei jeder Zeile der letzten Ausführungen des vorstehenden Kapitels gesagt. Vielleicht auch empört Einspruch erhoben gegen die Forderung, daß eine Persönlichkeit wie Ludendorff die undankbare und so wenig heldenmäßige Rolle eines Versöhners und Friedensvermittlers übernehmen solle. Ich bin überzeugt, daß viele es für selbstverständlich und natürlich halten, daß ein Ludendorff, wenn er schon als politischer Redner oder Schriftsteller auftritt, dann auch einzig und allein als donnernder Rufer zum Streit denkbar wäre. Alles andere sei widersinnig, man könne solchen Männern, noch dazu in Kampfzeiten wie den heutigen, unmöglich die Rolle eines Friedensapostels zumuten. Zumal es sich auch im innerpolitischen Streit der Meinungen nur um Sieg oder Niederlage handeln könne.

Allerdings ist das der springende Punkt, ist das die Wegstelle, an der sich die Geister scheiden, die große Frage, ob Kampf oder Verständigung das gebotene Verfahren für den nationalen Politiker ist. Merkwürdigerweise ist meines Wissens diese Frage ganz abgesondert für sich noch gar nicht erörtert worden. Die eine oder die andere von beiden Auffassungen

ist immer nur nebenbei oder auch einleitend, auf jeden Fall aber als weiter nicht der Erörterung bedürfend, festgelegt worden. Selbst die Gruppen und Parteien, die in der Praxis durchaus Verständigungs- und nicht Kampfpolitiker sind, hüten sich wohlweislich, ihren innerpolitischen Pazifismus gar zu offen zuzugeben. Es ist ein scheinbarer Widerspruch in sich selbst, aber es ist Tatsache: die meisten sind viel zu furchtsam, um sich zur Politik des inneren Friedens zu bekennen. Mut gehört heute entschieden dazu, eine politische Rede ohne geifernde Haßausfälle gegen andere Parteien zu halten.

Denn die Masse lebt heute im Rausche des innerpolitischen Kampfes. Wir sind glücklich wieder so weit, daß starke Nachfrage nach „Helden" ist. Helden im Sinne himmelstürmender Kämpfer, nur Sieg oder Untergang kennender Führer, bedingungsloser Freunde, heißer Hasser. „Schwarz oder weiß, aber nicht grau; kalt oder heiß, aber nicht lau", und was an schönen Sprüchen mehr angeführt wird.

Dabei kann bei still-ehrlicher Ueberlegung kein Parteipolitiker, welche Richtung er auch vertreten mag, ernstlich des Glaubens sein, daß sein Programm jemals wirklich siegreich über die anderen triumphieren und sich in solchem Siege behaupten wird. Sollte er ganz ehrlich sein, so wird er sich selbst auch wohl nicht vorlügen wollen, daß in seinem Programm wirklich alle Punkte besser sind als in den anderen. Aber das macht nichts, die Anschauung von der natürlichen Notwendigkeit politischen „Kämpfens" hat sich im Laufe der Jahrzehnte derartig tyrannisch aller Gemüter bemächtigt, daß selbst die vor sich selbst Ehrlichen nach außen hin

nicht wagen, ihre Eigenschaft als Kämpfer in Frage zu stellen und offen zu erklären, daß es ihnen auf Kampf und Sieg im wirklichen Sinne des Worts gar nicht ankommt.

Mechanisch, ohne jedwede nachdenkliche Prüfung werden die Begriffe und Vorstellungen des Kampfes, in den die Völker, Nationen und Rassen zuweilen gegeneinander geraten, auch auf den Streit der Parteien und Weltanschauungen innerhalb eines Volkes widereinander übertragen. Und so bleibt möglichst uneingeschränkter Sieg über den Gegner die erstrebenswerteste Lösung auch in der inneren Politik.

Ist es denn aber wirklich so? Ist es dem Wesen der Dinge entsprechend, Weltanschauungen und Parteiauffassungen den widerstreitenden Interessen der Völker gleichzustellen und deshalb die Lösung dem Kampf zu überlassen und dem Sieg die Entscheidung?

Die Antwort auf diese Frage ist zunächst von der Auffassung abhängig, die wir vom Sinn oder Unsinn des Kämpfens der Völker widereinander haben.

Es gehört schon ein erheblicher Teil Unkultur und Bestialität dazu, auch heutzutage noch den Krieg für etwas Schönes, Erhebendes, Erstrebenswertes zu halten. Er erweckt zwar nach wie vor gewisse hohe und große menschliche Regungen im Sinne der Darlegungen des alten Moltke, ich bezweifle aber trotzdem sehr, ob dieser große Philosoph den ewigen Frieden auch heute noch einen „nicht einmal schönen“ Traum nennen würde. Nein, schön wäre es schon, wenn irgendein Mittel denkbar wäre, den ewigen Frieden zu gewährleisten und, wenn der Untergang eines ganzen

Volkes dieses Mittel wäre, so stehe ich sogar nicht an, zu erklären, daß dann der Gewinn selbst ein solches Opfer wert wäre. Es ist doch aber Unsinn, wie jetzt nicht mehr nur theoretisch, sondern schon praktisch erwiesen feststeht, dies zu glauben. Deutschlands gewaltsame Entwaffnung und Versklavung hat den Weltfrieden in keiner Weise gesichert, im Gegenteil, ihn unsicherer gemacht, als er jemals war. Frankreich rüstet gegen England und umgekehrt, Amerika gegen Japan, Rußland drängt nach wie vor nach eisfreien Häfen und so weiter. Es bleibt also alles beim alten: Einzig und allein rüstendes Aufbieten aller Kräfte sichert einem Volke den Frieden, das Sicheinstellen auf den Krieg ist unvermeidlich, und im Kriege selbst ist ein möglichst einwandfreies Besiegen des Gegners das sicherste Mittel, für möglichst lange Zeit Ruhe vor ihm zu haben. Nichts „Frisch-Fröhliches", sondern etwas Grauenhaftes ist der moderne Krieg, aber ihn abzuschaffen liegt nicht in unserer Macht, denn — und das ist dabei der tröstende tiefe Sinn vom Werden und Vergehen, der dieser tragischen Unabänderlichkeit zugrunde liegt —, die Entwicklung aller menschlichen Kultur wurzelt sogar im Wettbewerb und Ringen der Völker widereinander. Das Starke muß das Schwächliche überwinden, das Gesunde das Kranke, das Junge das Alte, das Bessere das Gute. Beseitigung aller Kriegsgefahr brächte allgemeine Fäulnis, lähmte alle Geister. Die Scheu vor Krieg und Kampf der Nationen widereinander, der Drang, Konflikte unter allen Umständen zu vermeiden, würde entwickelungsfähige Völker zwingen, auf jedes Hoch-

kommen zu verzichten, da dieses ja andere zu Feinden machen könnte. Wenn Deutschland in freiwilliger Selbstverstümmelung nach 1871 auf sein natürliches Weltmachtstreben verzichtet, wenn es überhaupt keine Bismarcksche Blütezeit durchgemacht hätte, wäre der Weltkrieg sicher nie entstanden. Der Ausfall des treibenden „deutschen Moments“ in der Menschheitsentwickelung aber wäre allgemein-kulturell dann doch ein größerer Verlust gewesen, als es selbst diese grauenhaften vier Weltkriegsjahre gewesen sind.

In alledem liegt, auch heute noch im Zeitalter der grauenhaften modernen Kampfführung, der tiefe Ursinn des unabänderlichen Kampfzustandes der Völker widereinander. Er muß daher alle gesunde Außenpolitik leiten, und er rechtfertigt die Lösung der Völkerprobleme in Form von Sieg oder Niederlage, Ueberwindung des Schwächeren durch den Starken. Hier stehen wir vor dem allgewaltigen Willen der Natur, deren Gesamtentwicklung nun einmal auf Werden und Vergehen, auf Kampf der Arten ums Dasein eingestellt ist. Ob spätere Menschengeschlechter dies Naturgesetz zu überwinden wissen werden, steht dahin. Wir von heute müssen uns mit seiner Allmacht nach wie vor abfinden.

Dieser tiefe Sinn aber liegt dem Streit der Parteien und Weltanschauungen innerhalb eines Volkes nicht zugrunde! Wenigstens heute nicht mehr, wo Inhalt und Zweck der großen maßgebenden Parteien trotz aller verlogenen Fahnensprüche, die sie sich vorantragen lassen, doch lediglich mehr oder weniger egoistischer

Natur sind. Als noch Religions- und Glaubensfragen die innere Politik in einem Volke bestimmten, konnten diese Meinungsstreite allenfalls noch mit den Kämpfen der Völker gegeneinander verglichen werden. Der 30 jährige Krieg, so teuer er uns zu stehen gekommen ist, hatte wenigstens den Sinn, daß die Frage, ob die deutsche Reformation (ich sage absichtlich deutsche und nicht allgemein die Reformation) sich Rom gegenüber behaupten könnte, nur durch Kampf entschieden werden konnte. Es ging da wirklich um Kulturwerte!

Die innerpolitischen Kämpfe unserer Zeit dagegen sind, wenn sie als Kämpfe um Sieg oder Unterwerfung aufgefaßt und durchgeführt werden sollen, ein Wahnsinn ohnegleichen. Nicht grausame Naturnotwendigkeiten sind sie, wie die Kämpfe der Nationen gegeneinander, sondern krankhafte Unnatur. Die Ideologen des Pazifismus mögen Bände schreiben für ihre Auffassung, daß die gesamte Erdenmenschheit ein in sich geschlossenes organisches großes Ganzes bilde, dessen Glieder sich daher nicht gegenseitig bekämpfen dürften. Der Wahrheit der Natur entspricht das nicht. So moralisch verwerflich es natürlich wäre (um ein krasses theoretisches Beweisbeispiel anzuwenden): die Gesamtmenschheit verlöre nichts, wenn heute irgendein Volk niederen Kulturgrades mit Stumpf und Stiel bis auf den letzten Säugling niedergemacht, ausgerottet würde. Wohl aber würde ein Volkskörper aufs schwerste verstümmelt, wenn in innerpolitischen Kämpfen eine bestimmte Klasse so besiegt würde, daß sie zur willenlosen Sklavin der anderen herabgedrückt würde. Denn ein Volk

*ist ein in sich geschlossener, organisch in allen Gliedern miteinander zusammenhängender Gesamtkörper.*

Infolge der menschlichen Unzulänglichkeiten und Fehler besteht allerdings die Gefahr, daß innerhalb dieses Gesamtvolkskörpers die Verteilung der Pflichten und Rechte auf die einzelnen Glieder ungerechte und damit ohne weiteres auch gemeinschädliche Formen annimmt. Dies zu verhüten, als Sachwalter und Vertreter der einzelnen Klassen und Schichten, ist Sinn und Zweck der verschiedenen Parteien und Weltanschauungsgruppen. Gerade daraus aber geht schon hervor, *daß Verständigung und Ausgleich der Auffassungen und Ansprüche, nicht aber Besiegung und Unterwerfung der einen durch die anderen Zweck und Ziel* der innerpolitischen, sagen wir lieber hier überhaupt nicht: Kämpfe, sondern: Bewegungen sein muß.

Eine Frage freilich müssen wir noch klarstellen, bevor wir die Notwendigkeit einer auf Ausgleich und Verständigung, nicht auf Kampf eingestellten Innenpolitik weiter erörtern. Man könnte nämlich einwenden, daß gewisse Parteien doch derartig gemeingefährliche Auffassungen in ihren Programmen haben und verbreiten, daß diesen gegenüber nicht von Verständigung die Rede sein könnte, sondern daß man sie wie schädliche Krankheiten zu vernichten und auszurotten bestrebt sein müsse. Man könnte in Form eines praktischen Beispiels mich auch fragen, wie ich mir denn die Verständigung nationaler Parteien mit den linksradikalen Parteien in Deutschland vorstelle. Dieses praktische Beispiel annehmend will ich antworten:

Die in nationalem Sinne unstreitig gemeinschädlichen Punkte und Strömungen in den linksradikalen Parteien zu überwinden und möglichst bis zur letzten Wurzel auszurotten, muß selbstverständlich Ziel und Zweck jeder nationalen Innenpolitik sein. Gerade dies wird aber nie erreicht, wenn die nationalen Richtungen den Linksparteien und ihren Anhängern unentwegt nur unter der Parole Kampf bis aufs Messer gegenübertreten. Denn selbst, wenn (was praktisch wohl kein klar sehender Politiker für erreichbar hält) der Kampf mit einem völligen Diktatsiege der nationalen Richtungen endete, — — wäre damit etwa das Gift der gemeinschädlichen Auffassungen an sich aus dem Volkskörper entfernt? Träumt kein deutscher Arbeiter mehr von dem Wahngebilde der Diktatur des Proletariats, wenn es gelingt, der Kommunistischen Partei jede politische Aktionsfähigkeit zu nehmen? Oder vernichten wir die internationale Gefahr in Millionen deutschen Denkvorgängen, wenn es uns glückt, die Sozialdemokratische Partei durch Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien oder durch eine nationale Diktatur von jeder politischen Mitarbeit auszuschalten und durch bestimmte Gesetze in ihrer Bewegungsfreiheit zu lähmen?

Beide Fragen enthalten schon die Antwort auf den vorstehenden Einwand: Selbst nachweislich im nationalen Sinne gemeinschädliche Parteien darf der nationale Politiker nicht ansehen wie außenpolitische Gegner, die man möglichst restlos zu besiegen und niederzuwerfen bestrebt sein soll. Denn im innerpolitischen Leben handelt es sich um geistige Begriffe, um Gedanken. Vernichten, beseitigen kann sie kein Gewaltmittel, kein Sieg, höchstens niederhalten. Dann aber genügt ein

kleiner Wechsel im Kräfteverhältnis, um die niedergedrückten Gedanken aufs neue, und meist größer als zuvor, wieder aufschießen und mächtig werden zu lassen. Wir haben doch auch auf diesem Gebiet praktische Erfahrungen. Denken wir an die Zeit der Sozialistengesetze im verflossenen Jahrhundert. Die untrügliche nationale Gemeingefährlichkeit gewisser Punkte des damaligen sozialdemokratischen Programms veranlaßte die Regierung und die Regierungsparteien zum Kampf um Sieg oder Niederlage. Als schärfstes Kampfgeschütz fuhren dann die Sozialistengesetze auf. Und der Erfolg, das Ergebnis? Millionen Arbeiter gingen dem nationalen Gedanken für lange verloren, weil selbst einem Bismarck in jener Zeit der scharf witternde politische Instinkt und das psychologische Verständnis dafür gefehlt hatte, daß die sozialistische Bewegung trotz aller Abirrungen denn doch mehr war als nur eine staatsfeindliche revolutionäre Regung, die man durch energisches und frühzeitiges Eingreifen im Keim ersticken konnte und mußte. Die sozialistische Bewegung war und ist vielmehr ihrem innersten Kern nach *eine Reformation des sozialen Zusammenlebens und Zusammenwirkens der einzelnen Volksschichten.* Eine Reformation und Auflehnung gegen die ebenso allgemein unsittliche wie insbesondere undeutsche Allgewalt des Großkapitals und der Plutokratie. Daß damals nun Bismarck und Bebel sich auf Kampf gegeneinander anstatt auf Verständigung miteinander eingestellt haben, ist unserer nationalen Entwickelung verhängnisvoll geworden, es ist eine wesentliche Mitursache, daß der Weltkrieg schließlich den unglücklichen Ausgang nahm. Die

kampfliche Einstellung des Staates zum Sozialismus stärkte gerade die in nationalem Sinn gemeingefährlichen Beimischungen in ihm, eine Verständigung hätte diese Beimischungen im Keim erstickt. Ein gesunder Nationalsozialismus hätte alsdann erstehen können.

Und nicht viel anders ist die Lage heute. Höchstens insofern anders, als *noch gebieterischer alles auf Ausgleich und Verständigung hinweist als damals*. Denn inzwischen hat sich im Weltkriege gezeigt, daß die Millionen sozialistischer Wähler ihrer innersten Seeleneinstellung nach trotz allem sehr wohl noch nationalen Denkens und Handelns fähig sind. Wenn sie daran wieder irre wurden, so ist das auch nicht nur Schuld der Linksparteien und ihrer Wortführer. Es ist leider gar nicht so einfach, auf die Frage zu antworten, die ein sozialistischer Schwärmer einmal gestellt hat mit den Worten: „Gibt es ein Extrem auf dieser (nämlich der sozialistischen) Seite, das so unbillig, so herausfordernd, so verwerflich sein könnte, wie es das Extrem auf der anderen Seite, der Uebermut, der Luxus, die Schwelgerei, die Fühllosigkeit und sinnlose Verschwendung an jedem Tag und zu jeder Stunde wirklich ist?" — —

Welche Partei von den 28, die wir heute glücklich haben, könnte ferner ein so einwandfrei rein-nationales Programm, von ihrem praktischen Handeln gar nicht zu reden, aufweisen, daß ihr im vaterländischen Sinne ein Sieg auf der ganzen Linie überhaupt zu wünschen wäre? Ich wüßte keine, es sei denn, daß einer der positiv nationalen Parteien die kühne Selbstüberwindung zuzutrauen wäre, daß sie nach errungenem Sieg freiwillig darauf verzichtet, ihr bisheriges Programm als

alleinbestimmend für die nationale und soziale Neugestaltung des Staatswesens beizubehalten. Wo aber solche auf Selbsterkenntnis erwachsene Selbstüberwindung vorhanden sein sollte, da wäre es dann doch wohl das einfachste, schon jetzt die gegebene politische Schlußfolgerung daraus zu ziehen, indem auf Kampf und Sieg von vornherein verzichtet und Ausgleich und Verständigung angestrebt wird.

Allerdings, wie zu Anfang des Kapitels schon erwähnt wurde, Mut gehört heute dazu, als innerpolitischer Friedensapostel aufzutreten. Denn zunächst steht man mit solchem Programm in jeder Versammlung allein auf weiter Flur. Tosenden Beifall erntet heute nur der Kampfredner. Mag er national oder international, rechts- oder linkspolitisch sprechen, getreulich antwortet donnernde Zustimmung seinen „kraftvollen Worten". Ich meine aber, dieser „tosende Beifall" einer durch einigermaßen geschickte Redeform mitgerissenen Hörermenge sollte uns allen, die wir jetzt seit Jahren allmonatlich rund ein dutzendmal in großen Versammlungen sprechen, nachgerade mehr Gefühle des Ekels als der Genugtuung erregen. Da brüllen, jauchzen und klatschen zunächst Hunderte, weil sie zu diesem Zweck überhaupt nur gekommen sind und hören, was sie gern hören wollten. Und mit ihnen jauchzen und rufen Beifall weitere Hunderte, weil (günstigstenfalls) die packende Redegewalt des Sprechers sie für den Augenblick mitreißt. Und befriedigt wandern die guten Leute nach Hause mit dem angenehmen Kitzel, einen „Sieg" erlebt und miterfochten zu haben, denn die Gegner wurden ja überschrieen. Der Redner „hat's den anderen ordentlich gegeben!"

Welchen Nutzen aber haben eigentlich diese „Siege“? Während ich in den Teltower Kammersälen mit meiner Zungengewandtheit und der Lungenkraft meiner Anhänger einen deutschnationalen Sieg erfochten habe, hat zur gleichen Stunde ein paar tausend Meter von uns entfernt in der „Neuen Welt“ ein sozialdemokratischer Redner den gleichen Erfolg erzielt. Alle Parteien und Richtungen erfechten unentwegt überall „Siege“ — — in ihrer Einbildung. Wann aber hätte schon jemals eine Partei so gesiegt, daß ihre Gegner wirklich überwunden waren? Wenn es ganz hoch kam, gelang es, einige hunderttausend Wählerstimmen zu erobern, von Ueberwindung des oder der Gegner an sich konnte auch dann keine Rede sein. Es liegt also schon ein großer Selbstbetrug darin, wenn man im innerpolitischen Meinungsstreit überhaupt von Kampf um Sieg oder Niederlage spricht. Es kommt ja letzten Endes doch nur darauf hinaus, daß man den Gegnern ein Anzahl Anhänger, Wähler abspenstig macht. Die gegnerischen Parteien und Weltanschauungen als solche kann man nie besiegen (im Sinne beseitigen gesprochen), so lange dort die finanziellen Mittel noch für ein Bureau und eine Zeitung ausreichen. Das aber hängt nicht von der Wucht und Kraft unseres Parteiprogramms, unserer Weltanschauung ab, sondern von Umständen, die so gut wie nichts mit dem Wert oder Unwert einer Parteirichtung zu tun haben.

Wenn aber somit das wirkliche Ueberwinden gegnerischer Parteien oder Richtungen praktisch gar nicht in Frage kommt, ist es doch, abgesehen von der Verlogenheit und dem Selbstbetrug, der darin liegt, sinnlos, eine Unsumme von Geist und Arbeit überhaupt dafür

einzusetzen. Einen gewissen Vorteil davon, das sollte sich das deutsche Volk in allen Schichten und Parteien doch einmal recht klar vor Augen halten, haben lediglich wir politischen Redner für unsere Person: Unser Wunsch, bekannt zu werden, eine gewisse Rolle zu spielen, wird erfüllt, unsere persönliche Eitelkeit auf bühnenmäßige Erfolge wird immer wieder angenehm gekitzelt. Sie sind um so stärker, je „mannhaftere" Worte wir sprechen, je „charakterfester" und „zielklarer" wir jeden „faulen Kompromiß" ablehnen. Oder, ehrlicher ausgedrückt, *je weniger wir unsere Worte nach den Taten bemessen, die wir durchführen können, wenn wir morgen berufen werden, an verantwortlicher Stelle unsere theoretischen Ansichten praktisch durchzuführen!*

Denn die praktische Durchführung eines politischen Programms läuft letzten Endes bei aller Energie des jeweiligen Führers erst recht auf eine Verständigung, zum mindesten mit mehreren Parteien, hinaus. Selbst eine Diktatur kann die oppositionellen Kräfte nicht einfach unberücksichtigt lassen. Nicht einmal die bolschewistische Tyrannis in Rußland hat das geschafft. Die Zugeständnisse, die sie erst der Bauernschaft und dann auch dem Kapitalismus gemacht hat, um sich am Ruder zu behaupten, stehen in schroffstem Gegensatz zum reinkommunistischen Programm, das sie aufstellten, um ans Ruder zu kommen. Also selbst hier kein Sieg, sondern Verständigung, Ausgleich.

Warum also, wenn nicht nur aus moralischen und nationalen Nützlichkeitsgründen, sondern auch auf Grund zwangsläufiger Unabänderlichkeiten ein wirk-

licher Kampf um Sieg und Niederlage im innerpolitischen Leben gar nicht durchführbar ist, warum dann fortgesetzt unter der Maske des Kämpfers auftreten? Da dürfte es doch wohl ehrlicher und gemeinnützlicher sein, wenn von vornherein auch die noch nicht amtlich verantwortlichen politischen Redner und Schriftsteller zum mindesten ein Sichverstehen der Parteien und Weltanschauungen anbahnen.

Unter Verständigung und Ausgleich ist hier keineswegs ein Aufgeben auch nur eines kleinen Stückes der eigenen Weltanschauung, des eigenen Programms gemeint. Den taktischen Schachzug meiner (deutschnationalen) Partei im Herbst 1924, als plötzlich die Hälfte unserer Reichstagsabgeordneten das Dawes-Gutachten annahmen, das fünf Minuten vorher von Partei wegen noch für widernational im höchsten Maße erklärt worden war, halte ich für ganz falsch. Nein, Verständigung und Ausgleich muß nur in zwei Dingen zum Ausdruck kommen: Erstens im Anpassen aller politischen Forderungen an die jeweilig vorhandenen Möglichkeiten, und zweitens in der Form des Ausspielens der eigenen Ansichten und Grundsätze gegenüber den politischen Gegnern. Besonders der letztere Punkt ist der ausschlaggebende.

Selbst nationale Gründe und Ziele rechtfertigen es nicht, wenn ein politischer Redner oder Schriftsteller im Polemisieren gegen die anderen Richtungen das beim Radaupöbel aller Parteien so beliebte Moment des Hasses wirksam werden läßt. So berechtigt, natürlich und gesund ein ehrlicher Haß in der Außenpolitik ist, so verwerflich und volksschädigend ist er in der Innenpolitik. Mag er auch ganz vereinzelten Persönlich-

keiten gegenüber berechtigt sein, an der grundsätzlichen Notwendigkeit restloser Ausmerzung der Haßgefühle aus der inneren Politik ändert das nicht. Und, was das wesentliche ist: Weltanschauungen, Parteigrundsätze als solche, die man schlechthin als verbrecherisch und darum tödlichen Hasses wert, hinstellen könnte, gibt es einfach nicht! Irgendeinen guten Kern, so und so viele richtige Ansichten und Gedanken hat jede. Es ist daher nicht nur gerechter, sondern auch viel klüger, beim Wettbewerb um die Seelen der Gläubigen und Anhänger so friedlich und sachlich wie möglich nur die falschen und irrtümlichen Punkte in den gegnerischen Programmen nachzuweisen. Gleichzeitig aber vor allem die Punkte hervorzuheben, in denen unser Programm mit den gegnerischen übereinstimmt. Je leichter ich es jemandem mache, sich aus seiner Gedankenwelt in die meinige hineinzufinden, um so wirksamer werbe ich für meinen Glauben. Und sind nicht tatsächlich eigentlich allen Parteien in Deutschland heute schon gewisse Grundsätze und Ansichten durchaus gemeinsam? Warum verschweigen die sozialistischen Redner und Schriftsteller so geflissentlich das stete Anwachsen sozialer Ansichten, Bestrebungen und Betätigungen im rechtspolitischen Lager? Warum legen die parteinationalen Redner und Artikelschreiber so wenig Gewicht auf die nationalen Regungen im Sozialistenlager? Weil alle diese Nur-Parteipolitiker sozusagen vom Kampfe leben. Weil sie, ähnlich den Landsknechten im Dreißigjährigen Kriege, bei der Aussicht auf Frieden um ihre Zukunft bangen. Weil ihnen der

Kampf nicht Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck ist.

Und das läßt sich seit sechs Jahren ein außen rings von Feinden umringtes Volk gefallen! Im Gegenteil, es jauchzt den Rufern zum inneren Streit auch noch begeistert zu und verharrt in mißtrauischem Schweigen gegenüber den wenigen, die vorurteilslos am Zusammenschließen der Gruppen und Anschauungen arbeiten.

Bis heute noch ist es so. Aber darum erst recht ein Feigling der nationale Redner und Schriftsteller, der, obgleich selbst sehend geworden, sich nicht aufrafft, den Massen die Parteibinden von den Augen zu reißen. Mögen sie, geblendet vom ungewohnten Licht der Erkenntnis, auch die ersten, die sie sehend machen, schmähen oder gar niedertrampeln, was kommt es auf den einzelnen von uns an. Wenn in absehbarer Zeit das deutsche Volk auf diese Weise sehend wird und, weil es sehend ward, nicht mehr in stumpfer Wildheit aufeinander losschlägt, sondern sich zusammenzuschließen beginnt, dann war kein persönliches Einzelopfer dafür zu groß. Und ob es denen, die sich dieser Aufgabe gewidmet haben, dereinst gedankt wird, ob man sich ihrer überhaupt noch erinnert, ist ebenfalls völlig belanglos. Wir, die wir diesem Einigungswerke heute schon dienen, fragen jedenfalls nicht danach. Getreu unserer Ueberzeugung gehen wir auch in diesem unserem innerpolitischen Arbeiten nicht auf Kampf gegen und triumphierenden Sieg über die anderen aus, sondern lediglich auf Verständnis und Einigung. Es gilt die Gestaltung des Deutschland von morgen.

# Reaktionäre Hemmungen

Nicht durch haßerfüllten Vernichtungskampf, sondern einzig und allein durch verständnisvolles Erkennen der Ursachen und überzeugendes Klarstellen der Begriffe sind auch vor allem die reaktionären Hemmungen zu überwinden, die sich dem Werden des Deutschland von morgen entgegenstemmen.

Der Begriff „Reaktion" gehört zu jener starken Gruppe von Schlagworten, die sich in den letzten sechs Jahren zahlloser deutscher Gemüter bemächtigt und in ihnen eine völlige politische Farbenblindheit hervorgerufen haben. Da wird so ein Wort in die Massen geworfen, dessen Sinn und Bedeutung seit undenklichen Zeiten als volksfeindlich und volksschädlich feststeht. Kein vaterlandliebender Mensch will als „Reaktionär" gelten. Denn reaktionär denken heißt rückschrittlich gesonnen sein, überwundene Ungerechtigkeiten wieder einführen wollen, gesunde Entwicklungen ersticken, das Vorwärts- und Aufwärtsstreben junger Kräfte ertöten, mühsam errungene Freiheit wieder unter das Sklavenjoch mittelalterlicher Zwangszustände pressen.

Gibt es im heutigen Deutschland in diesem Sinne reaktionäre Bewegungen und Gefahren?

Alle Linksparteiler werden darauf mit einem stürmischen Ja antworten und als reaktionäre Gefahr

alle die Kreise und Richtungen bezeichnen, die angeblich den Bestand der jungen deutschen Republik bedrohen.

Wenn diese Ansicht richtig wäre, dann müßte zunächst feststehen, daß die Republik als solche ein Fortschritt ist.

Bekanntlich sind die Ansichten hierüber sehr verschieden. Den Beweis, daß jede Republik ohne weiteres politisch und kulturell das äußere Wahrzeichen eines höher entwickelten Volkes ist und daß Monarchien allemal eine niedrigere Kulturstufe darstellen (von der nationalen Zweckmäßigkeit gar nicht zu reden), hat bisher noch kein Republik-Schwärmer zu erbringen vermocht. Allen Vorzügen, die man für das republikanische System anführen kann, stehen Vorteile gegenüber, die jede Monarchie mit sich bringt. Gänzlich abwegig und verfehlt ist die Auffassung, daß die Freiheit und das Mitbestimmungsrecht des einzelnen Staatsbürgers in einer Republik weitgehender und gesicherter wäre als in einer Monarchie. Die Machtbefugnisse des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika waren und sind noch ungleich größer, als es die des deutschen Kaisers und selbst die des Königs von Preußen waren. Zu erklären ist das sehr einfach aus dem Umstand, daß die amerikanische Verfassung Ende des 18. Jahrhunderts festgelegt wurde, zu welcher Zeit man nach allgemeiner Anschauung jedem Staatsoberhaupt mehr Eigenmächtigkeit zubilligen zu müssen glaubte, als sechs und acht Jahrzehnte später bei Abgrenzung der Machtstellung des preußischen und deutschen Monarchen. Aber nicht einmal die Verfassung ist da entscheidend, sondern letzten Endes die jeweilige Persönlichkeit. Während des Weltkrieges war in Frank-

reich Herr Clemenceau entschieden mehr Autokrat als Kaiser Wilhelm. In der französischen Republik hätte die Kammer sich Eingriffe in die Außenpolitik, wie es der deutsche Reichstag im Juli 1917 tat, nicht erlauben dürfen. Die Bezeichnung „Reaktionär" für alle, denen das republikanische System allgemein und die deutsche Republik im besonderen nicht recht gefällt, entbehrt daher jeder Begründung, Gegenrevolutionäre könnte man sie allenfalls nennen.

Und doch stehen in der Tat im heutigen Deutschland fortschrittliche und reaktionäre Bewegungen einander gegenüber und ringen miteinander um die Seele des Volkes. Es fragt sich nur: Was ist heutzutage als rückschrittlich und was als fortschrittlich anzusehen?

Fortschritt heißt Uebergang aus nachweislich ungünstigen und ungerechten Verhältnissen in bessere.

Daß die gegenwärtigen politischen Verhältnisse Deutschlands keine glücklichen sind, bedarf wohl keiner Beweisführung. Den guten Willen, aus ihnen in bessere hinaus- und hinaufzuführen, haben auch ihren Beteuerungen und Programmen nach alle Parteien und Richtungen. Theoretisch wären sie daher alle fortschrittlich. Immerhin könnte ein mißtrauischer Kritiker bei dieser oder jener Gruppe und noch deutlicher bei gewissen Einzelpersönlichkeiten Anzeichen feststellen, daß sie sich in der für die Allgemeinheit so traurigen Gegenwart für ihren Teil so behaglich eingebaut haben, daß man ihren guten Willen zu einer fortschrittlichen Aenderung einigermaßen anzweifeln könnte. Die Mikroben und Würmer an einem wunden und eiternden Körper sind eigentlich an sachgemäßer ärztlicher Behandlung nicht sonderlich interessiert.

Aber setzen wir einmal bei allen Parteien, Richtungen und Bünden den besten Willen voraus. Maßgebend für das Urteil, ob sie als reaktionär oder fortschrittlich anzusprechen sind, bleibt doch einzig und allein ihr tatsächliches politisches Verhalten. Dieses aber geht bei allen rechtspolitischen Bewegungen doch unstreitbar darauf aus, die gegenwärtigen Zustände zu überwinden und baldmöglichst günstigere zu schaffen. Ob ihre Taktik dabei immer richtig ist, ist eine Frage für sich. Viele Fehler und Irrtümer wurden schon erwähnt, manche werden noch bemängelt werden. Aber das Streben und Drängen nach vorwärts ist nicht abzustreiten; höchstens als stellenweise zu stürmisch und inpulsiv könnte es bezeichnet werden. Reaktionär im Sinne rückschrittlich oder stagnierend kann man also keine dieser Bewegungen nennen. Auch dann nicht, wenn, wie in Bayern und bei einigen Bünden in Preußen, monarchische Strömungen dabei mitgehen. Denn auch der monarchische Gedanke stellt sich hier nur in den Dienst einer fortschrittlichen Entwicklung. Und erst recht nicht reaktionär im Sinne rückschrittlich kann ein gerechter Beurteiler das Wiederaufleben der militärischen Empfindungen in den nationalen Bünden usw. nennen, es sei denn, daß er in unserer von den Feinden erzwungenen gänzlichen Entmilitarisierung einen kulturellen und nationalen Fortschritt sehen will.

Reaktionär im lähmenden, hemmenden, jede gesunde Aufwärtsentwicklung verzögernden Sinne wirken vielmehr nur alle die Bünde, Parteien und Richtungen, die ein Beharren und Verweilen in den gegenwärtigen Zuständen fordern und bewirken. Wer aber tut das?

Zunächst alle Parteien, Redner und Schriftsteller, die eine Außenpolitik unbedingter Erfüllung und Unterwerfung treiben und fordern. Sie behaupten, daß dies nur eine zur Zeit unvermeidliche Gegenwartsmaßnahme sei. Der einzige Weg, auf dem man aus der augenblicklichen Zwangslage herauskommen könne. Merkwürdigerweise haben sie aber in früheren Zeiten diese Auffassung über das Wesen fortschrittlicher Politik nicht gehabt. Als wir noch ein Kaiserreich waren, in dem angeblich die breiten Massen benachteiligt, entrechtet, versklavt ihr Dasein fristeten, hat kein sozialdemokratischer Führer, geschweige denn die Partei als solche, sich damit abgefunden, dem „Unterdrücker", d. h. dem kaiserlichen Regierungssystem, weil es die Macht hatte, nun keinerlei Schwierigkeiten zu machen. Damals wäre innere Erfüllungspolitik „reaktionär" gewesen, denn wenn auch dem übermächtigen „Feinde" kein offener Kampf angesagt werden konnte, es galt, wenigstens den Willen zur Freiheit zu wecken, zu erhalten, zu fördern. Und unzweifelhaft war diese Taktik in sozialistisch-revolutionärem Sinne richtig. Die „Erhebung" des „Volkes" gegen die kaiserliche Regierung im Jahre 1918 wäre trotz aller Nöte des Krieges nie zustande gekommen, wenn die Arbeitermassen nicht jahrzehntelang mit der Sehnsucht und dem Willen zur Auflehnung gegen das kaiserliche System erfüllt worden wären. Wenn wir im zweiten Kapitel sahen, daß die Revolution im wesentlichen nur eine nervenschwache Kapitulation vor den Forderungen der Feinde war, so schafft das natürlich nicht die Tatsache aus der Welt, daß vor dem Kriege die Sozialdemokratie der

Arbeiterschaft die Lust und den Willen zum Umsturz planmäßig eingeimpft hatte.

Heute aber verwirft eben diese Sozialdemokratie von Grund aus jede Propaganda zur Auflehnung gegen den äußeren Unterdrücker. Solange keine Kampf- oder Widerstandsmöglichkeit vorhanden ist, soll auch der Wille zur Freiheit nicht geweckt werden. Merkwürdig, diese Verschiedenheit der Ansicht und Taktik bei den gleichen Leuten in so ähnlichen Lagen. Merkwürdig vor allem bei einer Partei, die doch so glänzende Erfolge mit dem System zielbewußten Aufwiegelns der Geister erzielt hat. Da bleibt also nur die Erklärung, daß sie früher in der Vorbereitung der „Befreiung" der Arbeiter vom kaiserlichen „Sklavenjoch" nicht so sehr in Sorge war, daß der Freiheitswille zu stark und stürmisch werden könnte, während sie jetzt offensichtlich bemüht ist, die Auflehnungsgefühle gegen die ausländischen Unterdrücker in recht bescheidenen Grenzen zu halten und den Gedanken an Kampf überhaupt nicht aufkommen zu lassen. Blut mußte zum Vergießen bereitgehalten werden für Parteisiege, aber nicht etwa jetzt für die Freiheit eines ganzen Volkes.

Die Sozialdemokratie ist reaktionär geworden in dem Augenblick, in dem sie ans Ruder kam. Sie ist im wahren Sinne des Wortes überhaupt nie revolutionär gewesen. Stürzen, beseitigen wollte sie nur Personen, den Kaiser, das monarchische System (wenn möglich, nicht unbedingt) und vor allem die bisher führenden Schichten. Dann aber unbedingt

weiter regieren in dem halbnationalen, halbweltbürgerlichen Sinne, wie er schon seit fast drei Jahrzehnten die Politik Deutschlands bestimmt hatte. Man kann sogar, so paradox es auf den ersten Blick hin auch erscheinen mag, sagen: *Die sogenannte Revolution von 1918 war ihrem innersten Wesen nach nichts weiter als eine reaktionäre Bewegung zur Verhinderung der nationalen Revolution*, die bei günstigerem und natürlicherem Verlauf des Weltkrieges aus diesem hervorgegangen wäre. Deutschland hatte bis kurz vor Kriegsausbruch eine Politik getrieben, die im Grunde genommen auf Frieden um jeden Preis ausging. Ganz ähnlich, wie jetzt wieder seit sechs Jahren die Linksregierungen, hatten auch die kaiserlichen Regierungen nach Bismarcks Abgang eine ausgesprochene Erfüllungspolitik durchgeführt. Denken wir nur an die Rolle, die wir seit Beginn des Jahrhunderts unentwegt bei allen Reibungen unter den Mächten gespielt hatten: Burenkrieg, russisch-japanischer Krieg, das nordafrikanische Problem usw. Es war genau wie heute: Hin und wieder ein papierner oder rednerischer Protest, eine große Gebärde (Panthersprung!), dahinter aber allemal die deutliche Absicht, nachzugeben, sich zu fügen, *Verzicht auf jeden Willen zur Macht*. Bis schließlich der Augenblick des Bis-hierher-und-nicht-weiter kam. Was nun folgte, der Krieg und unser Verhalten im Kriege, *das war Revolution*. Umsturz des Systems der letzten dreißig Jahre! Dagegen aber setzte sehr bald denn auch *von links die reaktionäre Bewegung* ein. Daß kein Kanzler klare Kriegsziele nannte, die den erwachten Willen zur

Macht kundgaben, war schon ein Zurückweichen vor der sozialdemokratischen und allgemein der linkspolitischen Reaktion. Daß der deutsche Soldat nicht wußte, wofür er eigentlich sein Blut vergießen sollte, hat bekanntlich am meisten seinen Kampfwillen gelähmt. In den ersten Monaten, als es in der Armee für selbstverständlich galt, daß man für ein größeres und gesicherteres Deutschland kämpfte, hat kein Soldat an diesem gesunden Imperialismus etwas auszusetzen gehabt. Man brauchte nur die Gespräche der Mannschaften zu belauschen, um festzustellen, daß kein Großindustrieller, kein General, kein Imperialismuspolitiker solche radikalen Machtänderungen erhoffte wie der deutsche Muschko. Ein neuer, ein wahrhaft revolutionärer Geist war, nicht durch irgendwelche künstliche Propaganda, sondern durch den Zwang der Geschehnisse und auf Grund eines freigewordenen natürlichen Instinkts, über das deutsche Volk gekommen. Daß dieser Krieg seinem innersten Wesen nach eine neu-germanische Völkerwanderung nach Westen und Osten gleichzeitig werden sollte, weil siebzig Millionen auf zu engen Raum gebannte Deutsche Licht, Luft und Land brauchten, dämmerte im Unterbewußtsein dem ganzen Volke. Diese revolutionäre Umgestaltung des deutschen Denkens aber paßte natürlich nicht in ein linkspolitisches Programm, und sobald die Nöte des Krieges begannen, den national-revolutionären Geist zu lähmen, setzte denn auch planmäßig die reaktionäre Propaganda von links ein, bis sie schließlich im November 1918 ihren großen Triumph feiern konnte. Und wie immer jede Reaktion

in ihrer Rückentwicklung den Zustand, der vor der Revolution herrschte, noch nach rückwärts erweitert, so auch diese Reaktion. Noch um ein vielfaches vermehrt wurde der bis zum Kriege der deutschen Politik eigene Verzicht auf alle Rechte gegenüber den anderen Nationen.

Es ist daher bei näherer Untersuchung kein Spiel mit Worten und Widersprüchen, wenn wir als wahrhaft reaktionäre Elemente in Deutschland die Linksparteien und ihre Anhänger bezeichnen. Sie sind auch die reaktionären Hemmungen, die sich der nationalen Revolution entgegenstemmen, die jetzt wieder in Millionen Deutschen sich zu regen beginnt.

Reaktionär bis auf seinen innersten Kern ist vor allem die erst vor einem Jahre geschaffene Vereinigung des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold". Reaktionär im wahren Sinne des Wortes sind ja schon diese Farben: Jahrhundertelang hatte das deutsche Volk geträumt vom Wiederauferstehen des großen einheitlichen alten Deutschland, vom Wiederentrollen der schwarz-rot-goldenen Kaiserstandarte der Hohenstauffen. Alle Versuche, dieses zusammengebrochene Reich wieder aufzurichten, waren gescheitert. Denn nicht im Wiederherstellen gewesener und überlebter Formen und Zustände war — damals genau so wie heute! — die Frage des (damaligen) „Deutschland von morgen" zu lösen, sondern nur auf radikal-revolutionärem Wege. Und der große geniale Revolutionär, der das Rätsel löste, war (der links ja auch so fälschlich immer als Reaktionär bezeichnete) Bismarck. Seinen sichtbaren Ausdruck fand das revolutionäre Moment in dem 1870/71 neuerstan-

denen Deutschen Reich, indem (ob dieses Sinnes damals bewußt oder nicht, ist für uns heute gleichgültig) nicht das alte Schwarz-Rot-Gold, sondern neue Farben (Schwarz-Weiß-Rot) als Reichssturmfahne erschienen. Buchstäblich mittelalterlich-reaktionär war daher schon die Aufgabe der schwarz-weiß-roten Reichsfarben zugunsten des alten Schwarz-Rot-Gold durch die (bekanntlich winzig schwache) Mehrheit der Nationalversammlung 1919.

Reaktionär bis auf die Knochen im echten Sinne des Wortes ist denn auch der Verein „Reichsbanner". Er gibt selbst zu, eine Abwehr sein zu wollen gegen die sehr bald nach dem Zusammenbruch entstandenen und allmählich gewaltig angewachsenen nationalen Verbände. Was paßt den Reichsbannerleuten nicht an diesen Verbänden? Das stürmische Drängen nach Wiederherstellung der nationalen Freiheit und Ehre, ihre angeblichen „militärischen Spielereien" und ihr angebliches „monarchistisches" Wühlen gegen den Bestand der Republik.

Es ist merkwürdig, mit welcher Nervosität alle Anhänger und Nutznießer der Novemberänderung vom ersten Tage der Republik an deren Bestehen unausgesetzt gefährdet sahen. Trotzdem diese Republik bei ihrer Gründung doch auf so gut wie gar keinen Widerstand stieß. Die Angst der Republikaner um ihre Republik ist so groß, daß sogar kluge Leute ganz vergessen, wie sehr sie eigentlich die Würde der Republik herabsetzen, wenn sie selbst sie als gar so schwächlich und dem Absterben geweiht erscheinen lassen. Sie ähneln darin den Franzosen in deren unausgesetzter zitternder Angst vor

der Revanche des waffenlosen Deutschland. Diese Aehnlichkeit des Gemütszustandes bei den Franzosen und bei den überzeugten deutschen Republikanern (zwischen denen bekanntlich auch sonst noch zahlreiche zarte Fäden gegenseitigen Verstehens und herzlichster Sympathie hin- und herlaufen) erklärt sich aus den gleichen Ursachen: Eigenes schlechtes Gewissen und vor allem das unbehagliche Gefühl, keinen echten, wahren Sieg erfochten zu haben. Aber genau wie die Franzosen, zittern auch unsere Republikschwärmer zur Zeit vor ganz wesenlosen Gespenstern. Es gibt eine klar umrissene monarchische Bewegung allenfalls in Bayern, aber, worauf es hinsichtlich des deutschen Republikbestandes doch ankommt: Eine deutsch-monarchische Bewegung gibt es nicht. Am wenigsten in den vaterländischen Verbänden von einigermaßen Bedeutung und Kraft. Aus den verschiedensten und zwar sehr triftigen Gründen hat man dort die Frage Monarchie oder Republik ganz und gar einstweilen beiseite gelegt und überläßt es einfach dem Lauf der Ereignisse, ob und wie diese Frage sich später einmal selbst löst. Auch ein Beweis, wie selbst der äußere Schein gewisser reaktionärartiger Anschauungen und Bestrebungen bei den nationalen Verbänden fehlt. Ob durchweg richtig und taktisch-klug operiert wird, werden wir im nächsten Kapitel untersuchen, auf jeden Fall aber herrscht in fast all diesen Verbänden die Erkenntnis und der Wille, auf neuen, revolutionären Wegen das Ziel des Deutschland von morgen zu erreichen. Reaktionär dagegen ist das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, in-

dem es starres Erhalten des Verzweiflungs- und Verlegenheitsgebildes vom November 1918 als Grundlage aller Innen- und Außenpolitik ansieht und propagiert.

Das Eifern der Schwarzrotgoldenen gegen gewisse militärische Formen und Bräuche bei Festen und Versammlungen der nationalen Verbände ist noch unlogischer. Denn seitdem das „Reichsbanner" auch eine stärkere Mitgliederzahl erreicht hat, hat es die „militaristischen Spielereien" schleunigst auch bei sich eingeführt. Fahnen einholen, Uniformen, Paradeaufstellungen und Parademärsche, alles ist da, und — „frei Heil" den Braven — auch zwei richtiggehende Generale zum Abnehmen der Paraden sind vorhanden. Die Herren von Deimling und von Schönaich haben sich der Sache angenommen; auch der Reichsbannertopf hat endlich seinen Generalsdeckel. „So'n bisken Militärklimbim" ist doch auch zu schön, selbst bei schwarzrotgoldenen Republikanern, selbst bei Pazifisten. Auch mit Rücksicht auf das schönere Geschlecht kann man vielleicht nicht ganz darauf verzichten. Dessen erfreulichste Betätigung wird nun einmal durch soldatische oder soldatenähnliche Veranstaltungen unweigerlich günstig beeinflußt. Na und überhaupt und so. — — —

Bleibt also nur noch als Notwendigkeitsgrund für Gründung und Bestehen des „Reichsbanners" der Vorwurf, die nationalen Verbände machten eine zu stürmische Propaganda für die Befreiung und Wiedererstarkung Deutschlands und „hetzten damit unser Volk wieder in einen neuen furchtbaren Krieg".

Daß die nationalen Verbände die Abwerfung der Versailler Ketten predigen und nach besten Kräften vor-

zubereiten suchen, ist richtig; daß dieser Wille dereinst vielleicht (nicht unbedingt) nur durch einen Befreiungskrieg durchgesetzt werden kann, ist möglich. Ob das in vaterländischem Sinne nützlich oder schädlich ist, darüber ist jede Auseinandersetzung mit schwarz-rot-goldenen Pazifisten natürlich zwecklos. Sie sind und bleiben nun einmal bei der Auffassung, daß nur in Güte und durch eines Tages zu erwartende Freundlichkeiten der anderen Völker unsere Befreiung angestrebt werden dürfe. W i r sind und bleiben der Ansicht, daß die Unfreiheit eines auf allen Gebieten so konkurrenzgefährlichen Volkes wie des deutschen für die meisten seiner Nachbarn, auf jeden Fall für Frankreich, ein viel zu angenehmer und bequemer Zustand ist, als daß sie den jemals freiwillig ändern werden. Nur die begründete Furcht, daß die 70 Millionen Deutschen ungemütlich werden könnten, wird das ändern.

Aber lassen wir den Streit um diese Frage; es handelt sich hier darum, ob in dieser Verschiedenheit der Anschauungen das reaktionäre Moment bei den nationalen Verbänden oder beim Reichsbanner festzustellen ist. Wenn reaktionär mit veraltet, überlebt, rückschrittlich übersetzt wird, dann trifft diese Bezeichnung auf jeden Fall auch hierin nur auf das „Reichsbanner" zu. Die politische Ohnmacht und Handlungsbeschränktheit der deutschen Nation war ein Jahrhunderte hindurch bestehender Zustand. Es war ausgemacht und gehörte zum status quo, daß im Herzen Europas ein „Volk der Dichter und Denker" lebte, das als politischer Machtfaktor nicht in Frage kam. Durchaus folgerichtig sahen die europäischen Nationen, vor

allem die Großmächte, daher von ihrem Standpunkt aus in dem 1871 abgeschlossenen Bismarckwerk *eine Revolution gegen das bisherige europäische System*. Dieses wieder in seine alten Gewohnheitsrechte einzusetzen, war Zweck der Einkreisung Deutschlands. Mithin war gerade dies eine reaktionäre Bewegung, wie sie im Buche steht. Wäre das nachbismarckische Deutschland sich seines revolutionären Charakters bewußt geblieben, so hätte es den früher oder später unvermeidlichen Ausbruch des Weltkrieges als reaktionären Gegenrevolutionsversuch voraussehen und sich dementsprechend ausgiebiger darauf vorbereiten müssen. *Es verkannte aber seine eigene revolutionäre Natur und verirrte sich selbst in der reaktionären Politik seiner Gegner.* Erst der Weltkrieg zwang es wieder in seine revolutionäre Sonderstellung zurück.

Wenn nun heute die nationalen Verbände dahinstreben, die Art, wie Deutschland während des Krieges sich und die übrige Welt ansah, wieder aufleben zu lassen, so tun sie mithin nichts weiter, als daß sie *Bismarcks revolutionäre Politik wiederaufnehmen*. Reaktionär dagegen handelt das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", dem zugestandenermaßen das Deutschland der Zukunft als wiederum ein „Volk der Dichter und Denker" vorschwebt.

Verkennen wir nicht die Gefahr, die in diesen reaktionären Hemmungen der sogenannten Republikaner liegt. Ihre Mitgliederzahl geht in die Millionen. Es ist nicht richtig und führt nur zur Unterschätzung des Gegners, wenn wir diese hohe Mitgliederzahl nur

auf unlautere Machenschaften zurückführen. Die Sache wurzelt vielmehr erheblich tiefer.

Es lebt, teils bewußt, meist aber wohl unbewußt, in sehr vielen Deutschen immer noch das aus jahrhundertewährenden Gewohnheiten überkommene Gefühl, daß unsere Weltrolle in der Tat die der „Dichter und Denker" sei. Genau so, wie entgegengesetzt in fast jedem Engländer das Jahrhunderte alte Herrengefühl gegenüber anderen Völkern mächtig ist. Millionen von Deutschen ist der revolutionäre Charakter des Bismarckwerkes nie zum Bewußtsein gekommen. Sie sind sich infolgedessen des reaktionären, d. h. jede natürliche Fortentwicklung verleugnenden Wesens im Rahmen der schwarzrotgoldenen Bewegung gar nicht bewußt. Im Gegenteil, sie glauben Fortschrittler zu sein, wenn sie sich „zum Schutze der Republik" zusammenscharen. Daß *diese Republik* nach den Tendenzen, aus denen sie entstand, und in der Politik, die sie betreibt, *selbst finsterste Reaktion* ist, bleibt ihnen verborgen.

Nun wäre das alles noch nicht so schlimm, wenn die Wiederherstellung etwa des mittelalterlichen Deutschland, wie es aus der Politik der reaktionären Republikaner unweigerlich hervorgehen muß, wenigstens ein lebensfähiges Volks- und Staatsgebilde ergeben könnte. Das ist aber einfach ausgeschlossen: die Bismarcksche Revolution hat alle Daseinsbedingungen und Daseinsformen Deutschlands von Grund aus verändert. Mußte sie entsprechend der ganzen Weltentwicklung verändern. *Wir können daher gar nicht mehr das Volk der Dichter und Denker sein oder wieder werden. Wir*

sterben einfach ab, wenn wir endgültig auf alle Weltmachtrechte und Weltmacht-Lebensäußerungen verzichten. Nur die Wiederaufnahme des nach Bismarcks Ausscheiden aufgegebenen und im Kriege vorübergehend wieder betätigten revolutionären Charakters des neuzeitlichen Deutschland sichert unser Dasein. Industrie-, Wirtschafts-, Bevölkerungsfragen und zahlreiche andere Momente des großen Völkerproblems sprechen da mit. Und sie alle treiben zu einem klaren Entscheid über die beiden Fragen: Leben durch Wiederaufnahme der natürlich entstandenen nationalen deutschen Revolution, die Mitte des 19. Jahrhunderts begann, deren Durchführung aber erst noch bevorsteht (weil wir im Weltkrieg sie nicht erkannten und sie daher aufgaben) oder langsames Dahinsterben als reaktionäre Wiedererscheinung eines längst vergangenen Volks- und Staatsgebildes, als galvanisierte Leiche des Mittelalters unter der alten verstaubten Hohenstauffenfahne.

Eine nur schwach und nebenbei zuweilen sich bemerkbar machende, aber immerhin vorhandene reaktionäre Hemmung rechtspolitischer Art darf der Gerechtigkeit wegen nicht verschwiegen werden. Sie geht von den monarchischen Kreisen aus, die in weltfremder Vasallentreue derartig leidenschaftlich an ihren Landesdynastien hängen, daß sie deren Wiedereinsetzung selbst den großdeutschen Gedanken zu opfern bereit wären. Selbstverständlich muß jeder nationalrevolutionäre Deutsche auch diese Regungen als reaktionäre Gefahr bekämpfen. Es sei sogar offen ausgesprochen: Von einer Wiederher-

stellung aller Throne, die 1918 geräumt wurden, kann überhaupt keine Rede sein! Die deutschen Fürsten werden da hoffentlich als Vorbilder wahrhaft nationalen Deutschtums mit bestem Beispiel vorangehen. Nicht alles, was 1918 zerbrach, braucht unbedingt wieder hergestellt zu werden.

Manches ging in Scherben, was bruchreif war. Genau, wie nach 1806 das napoleonische Unwetter manches niederriß, was wieder aufzurichten Unsinn gewesen wäre.

Im übrigen ist aber die Gefahr, daß all die vielen bunten Fähnchen aus dem Deutschland früherer Zeiten wieder aufflattern, fast bedeutungslos gering. Dazu ist die wirtschaftliche (von der moralischen gar nicht zu reden) Bindung der deutschen Länder untereinander schon viel zu unlösbar geworden. Nur nicht ganz aus dem Auge gelassen werden darf die reaktionäre Gefahr mit klein-monarchisch-dynastischer Beimischung. Die Hauptgefahr reaktionärer Hemmungen droht, wie wir sahen, unbedingt aus dem Lager derer, die mit dem Schlagwort „gegen die Reaktion" ihre mittelalterliche, von den Geschehnissen der letzten 100 Jahre und vor allem vom Atem des Weltkrieges unberührt gebliebene Politik durchführen wollen. Die Reaktion als leben- und keimestörendes Gift steckt dort, wo schwarzrotgoldene Phantasten und Träumer dem natürlichen Entwicklungsgang unserer Landes-, Staats- und Volksgeschichte Gewalt antun wollen.

# Die nationalen Strömungen

Das verstörte Erwachen aus dem Rausche des November 1918 setzte in allen Volkskreisen sehr frühzeitig ein. Die „neue Zeit" und die „neuen Führer" zeigten zu schnell und zu gründlich ihr wahres Gesicht, als daß es nicht den meisten Deutschen sehr bald klar werden mußte, daß das, was sie da hatten geschehen lassen, denn doch nicht ihr Wille und ihre Absicht gewesen war. Sehr richtig war auch das Gefühl, daß vor allem der weiteren Entwickelung deutschen Denkens und deutscher Politik im Sinne restloser Aufgabe aller nationalen Grundsätze schnellstens Einhalt geboten werden müsse.

Aus diesem Gefühl heraus ergingen von den verschiedensten Seiten nationale Sammelrufe. Man erkannte, daß der Novemberwahnsinn nur geglückt war, weil keine organisierte Abwehr ihm gegenübergestanden hatte. Man suchte dies nachzuholen, um in letzter Stunde zu retten, was noch zu retten war, und dann wenigstens einiges von dem verlorenen Boden schnellstens zurückzuerobern.

Zunächst galt es, das Weiterfressen der Novemberseuche zu verhindern. An sich durchaus logischerweise waren die radikalen Teile des Umsturzheerbannes der Ansicht, daß das, was unter Leitung der Sozialdemokratie bei dem Novemberunternehmen herausgekommen war, alles andere, nur keine richtige

Revolution gewesen war. „Spartakus“ und die Seinen nahmen sich daher dieser Versäumnis an und bemühten sich, die Sache singemäß weiterzutreiben.

Das aber war niemandem unangenehmer als den Zehntelrevolutionären der Linksparteien. Ihre Programme und ihre ganzen Proklamationen aus früheren Zeiten sowie kurz vor dem Umsturz und während seiner Durchführung waren indessen durchaus nicht geeignet, nunmehr als Aufrufe zum Kampf gegen Spartakus verwandt zu werden, der ihre früheren agitatorischen Theorien doch nur in eine gründliche Praxis umsetzen wollte. Sie waren daher heilfroh, als ihnen nicht nur in der Armee und deren Freikorps-Ausläufern, sondern auch in verschiedenen nationalen Verbänden tatentschlossene Helfer erstanden. Es ist eine unleugbar feststehende Tatsache, daß die Republik der Herren Ebert, Scheidemann, Erzberger usw. ihre Errettung vor den Spartakusstürmern im Jahre 1919 nicht etwa ihren Trägern und Nutznießern verdankt, sondern lediglich den schwarz-weiß-roten Organisationen, die sich damals zunächst als „Selbstschutz“ und dann unter verschiedenen ihren nationalen Charakter andeutenden Namen auftaten. Damals, als in der Tat der Bestand der jungen Republik, so, wie ihre Anhänger und Liebhaber sie auffaßten, sehr ernstlich bedroht war, kam der Gedanke, zu ihrem Schutze ein schwarz-rot-goldenes „Reichsbanner“ zu entrollen, merkwürdigerweise nicht auf! Man überließ diese schwierige und stellenweise blutige Arbeit vertrauensvoll den nationalen Bünden,

die man heute, wo keine linksradikale Gefahr mehr droht, am liebsten mit Stumpf und Stiel ausrotten möchte.

Die bedingungslose Art, in der sich damals alle nationalen Vereinigungen für die Verteidigung des Staates gegen seine linksradikalen Feinde einsetzten, zeigt schon zur Genüge, daß Sinn und Zweck ihrer Gründung schlechthin ein vaterländischer und ihr Handeln ein realpolitisches war. Es war aber natürlich ihr gutes Recht, daß sie, nachdem die linksradikale Chaos-Gefahr durch ihre Entschlossenheit und Tatkraft beseitigt war, sich nunmehr das staatliche Notgebilde des neuen Deutschland auf seine Vorzüge und Unschönheiten hin einmal näher ansahen. Da gerade sie, die nationalen Verbände, diesen Staat vor seiner Ueberrumpelung durch Spartakus errettet hatten, glaubten sie das Recht zu haben, nunmehr auch bei seiner Weitergestaltung und seiner politischen Betätigung einige Worte mitsprechen zu dürfen. Einfach logisch war das: Einzig und allein der nationale Gedanke hatte die Abwehrkräfte im Volke gegen Spartakus und Moskau mobil zu machen verstanden; einzig und allein nach nationalen Grundsätzen war mithin auch des Vaterlandes Sicherung gegen neue innen- oder auch außenpolitische Gefahren denkbar.

Die Herren Nutznießer des Novemberunternehmens jedoch waren anderer Ansicht. Sie sahen nunmehr, befreit vom spartakistischen Alb, in den nationalen Verbänden den Mohren, der nach Erledigung seiner Schuldigkeit zu verschwinden hatte, und, weil der Mohr störrisch war, mußte er jetzt als reaktionärer Aufrührer verfolgt und bekämpft werden.

Die Hauptanschuldigung, die von links gegen alle nationalen Verbände erhoben wird, ist die, daß sie mehr oder weniger alle *monarchische Verschwörerbanden* seien:

Nun gibt es allerdings, wie im vorigen Kapitel schon ausgeführt wurde, einige (aber nur ganz wenige) Verbände, denen es in der Tat in erster Linie auf Propagierung des monarchischen Gedankens ankommt. Ganz ohne allgemein nationalen Nutzen sind auch sie nicht. Die Errichtung eines befreiten Deutschland ist auch ihr Sehnen und ihr Ziel. Ehrliche Eiferer im nationalen Glauben sind sie auch. Nicht zu verkennen ist ferner, daß das Voranstellen des monarchischen Gedankens bei vielen Deutschen die Opferwilligkeit steigert. Psychologisch eine interessante Erscheinung, die ebenfalls mit der altdeutschen Vasallentreue in Verbindung steht. Für ein bestimmtes Herrscherhaus, noch lieber für eine ganz bestimmte Person, zu arbeiten und Opfer zu bringen, fällt vielen leichter, als für das Vaterland schlechthin. So schmerzlich es ist, wir kommen nicht vorbei an der Wahrnehmung, daß vielen, an sich tüchtigen und ehrlichen Deutschen das Vaterland rein als solches immer noch ein Begriff ist, unter dem sie sich nichts Rechtes vorstellen können. Erst, wenn die Person eines Monarchen auftaucht, werden sie national-lebendig. Ich kenne einen Herrn, der einen erheblichen Teil seines Vermögens einem Bunde gewidmet hat, der unmittelbar nur Hohenzollernpropaganda treibt, in der Ueberzeugung, daß damit auch das ganze deutsche Problem automatisch gelöst wird. Derartige Opfer für rein nationale Bewegungen, die die Frage der Staats-

regierung offen lassen, sind meines Wissens nie gebracht worden.

Es ist aber bedauerlich, daß es so ist, und es muß anders werden. Das grundsätzliche Einstellen aller nationalen Arbeit in erster Linie auf den monarchischen Gedanken hat nämlich die Gefahr, daß damit gar zu blindlings des Vaterlandes und Volkes Schicksal einer bestimmten Person oder doch einer bestimmten Einrichtung überlassen wird. Nehmen wir einmal an, die gesamte nationale Arbeit konzentrierte sich (wie es die Um-jeden-Preis-Republikaner sich immer fälschlich einbilden) auf Wiederherstellung der Monarchie. Der Vorteil könnte sein, daß vielleicht gerade bei den breiten und untersten Massen die Propaganda für einen Kaiser als Symbol nationaler Wiedergeburt viel einfacher sein und schneller Boden gewinnen würde, als das Werben nur für ein freies Vaterland schlechthin. Recht häufig hört man ja gerade bei „kleinen Leuten" als Sehnsuchtsseufzer angesichts der Not und Schande der Gegenwart das Wort: „Willem sollte man wiederkommen!" Aber welche Gewähr haben wir denn, daß daraus auch ohne weiteres das neue, freie und große Deutschland entstände, das wirklich alle die Eigenschaften hat, die das Deutschland von morgen haben muß, um lebensfähig zu sein? Denkbar wäre doch immerhin der Fall, daß der so oder so wieder ans Ruder gebrachte Monarch genau so vorsichtig und schwächlich die widernationale Politik der bisherigen Republik weiterführt, wie 1918 die Republik ja auch nichts weiter tat, als (nur in schnellerem Tempo) auf den Wegen weiterzugehen, die die letzten kaiserlichen Kanzler eingeschlagen hatten.

Wir können es uns gar nicht oft genug klar vor Augen halten: Nicht in der Ueberwindung der offenkundigen Torheiten und nationalen Verbrechen lediglich des November 1918, sondern im Erkennen und Ueberwinden schon viel früherer Entgleisungen und Verirrungen hat die neu-nationale Aufbauarbeit zu bestehen. Das Novembergeschehnis war ja leider nur der letzte Schritt auf einem fortlaufenden Irrwege mehrerer Jahrzehnte.

Auch ich halte aus allgemeinen Nützlichkeitsgründen sowie im Hinblick auf die deutsche Wesensart und Geschichte die Monarchie für die geeignetere Staatsform, aber eine Bedingung ist daran zu knüpfen: Ihre Träger und Vertreter müssen, genau wie das gesamte übrige Volk, die Anforderungen erkannt und begriffen haben, die das neue Deutschland, das Deutschland von morgen, an uns alle und gerade an sie als Staatsoberhaupt besonders stellt.

Wir haben ohne Zweifel Dynastien in Deutschland von Jahrhunderte hindurch bewährten Verdiensten um ihre Länder und Völker. Das Moment schnöden Undanks kann aus dem Umsturz von 1918 auch nicht ausgelöscht werden. Aber andererseits verpflichtet der Dank für das, was auch noch so viele Ahnen geleistet haben, denn doch nicht zu bedingungslosem Einsatz eines ganzen Volkes für die fürstlichen Nachkommen. Dankbarkeit kann auch Unvernunft werden. Auch wollen wir einmal feststellen: das deutsche Volk hat seine Fürsten gar nicht verjagt und verraten, sondern das Volk und seine Fürsten haben sich gemeinsam von den

Geschehnissen und einer Anzahl von Gaunern und Phantasten übertölpeln lassen. Schließlich hätten die Fürsten ja auch nicht samt und sonders abzuwarten brauchen, ob „das Volk“ sich gegen die Umstürzler wehren würde, sondern sie hätten ihrerseits zum Kampf dagegen aufrufen können. General Groener hat am 9. November in Spaa dem Kaiser allerdings erklärt, Widerstand wäre aussichtslos, und ähnlich mögen die Ratgeber an den anderen Höfen gesprochen haben. Aber ein Fürst kann doch auch einmal einen eigenen Entschluß fassen. Vor allem, wenn es sich so klar um seine eigene Sache handelt. Versagt haben wir, wie ich seit Jahren immer wiederhole, samt und sonders! Die Thron- und Kronen-Inhaber und -Anwärter aber auch! Zur Verteidigung der Monarchie und vor allem zur Verhinderung des bedingungslosen Aufgebens jeder weiteren nationalen Verteidigung gegen die äußeren Feinde wären sie ja schließlich wohl „die nächsten dazu“ gewesen. Es ist daher abwegig und führt zu falscher Politik, wenn einzelne (ganz vereinzelt übrigens) nationale Bünde gar zu einseitig immer von dem Unrecht sprechen, das das deutsche Volk seinen Fürsten angetan habe. Versündigt am Vaterland haben sich Fürsten und Volk gemeinsam. Gemeinsam haben sie daher ihre Fehler und Vergehen wieder gutzumachen und damit an ihrer eigenen Zukunft, dem Deutschland von morgen, zu arbeiten. Diese Auffassung gefährdet keineswegs das Liebe- und Treueverhältnis zwischen Volk und angestammtem Herrscherhaus, sie schafft im Gegenteil die allein brauchbare neue Bindung für die Zukunft. Ein Entthronter, der mit Rachegefühlen auf den Tag seiner

Wiederkehr auf den Thron warten sollte (ich bin aber überzeugt, daß es unter den deutschen Fürsten keinen einzigen solchen gibt!), hätte wenig Aussicht, überhaupt jemals wiederzukommen, oder aber er würde, wenn er sich als Strafrichter in eigener Sache nachträglich aufwerfen wollte, sehr schnell, und diesmal wirklich verjagt, den Thron wieder räumen müssen. Der Gedanke des Gottesgnadentums, ganz gleich in welcher Auffassung oder Klausulierung, gehört ebenfalls der Vergangenheit an. In dem revolutionär-nationalen Deutschland von morgen ist er jedenfalls unhaltbar.

Vielleicht wundert sich der eine oder andere Leser, der meine Schriften und Reden aus den ersten Jahren nach dem Umsturz kennt, daß gerade ich jetzt so scharfe Vorbehalte zur monarchischen Frage festlege. Sie stehen aber in keinerlei Widerspruch zu meinem damaligen Verhalten. Wenn ich in der ersten Zeit nach dem Umsturz den monarchischen Gedanken allgemein und einzelne Kronen-Träger und -Anwärter im besonderen ohne jede Einschränkung verteidigt habe, so geschah das erstens, weil damals bekanntlich nur ganz wenige als Monarchisten den Mund aufzumachen wagten (am allerstillsten waren viele, die heute am lautesten schreien und Fridericus-Lieder singen) und zweitens, weil es sich zunächst einmal darum handelte, den Wust von Haß- und Verleumdungsdreck fortzukehren, der gegen Throne und Kronen zusammengeschleppt wurde.

Heute ist die Lage eine andere: der fanatische Haß gegen alles Monarchische ist im Volke verschwunden. Vereinzelt machen sich im Gegenteil schon wieder kleine byzantinische Regungen bemerkbar.

Besonderer Mut gehört jedenfalls schon längst nicht mehr zum monarchischen Bekenntnis. Vielmehr ist es heute fast gewagt, so kritische Bemerkungen wie die vorstehenden zur monarchischen Frage zu machen.

Sie müssen aber gemacht werden! Denn nicht die Monarchie schlechthin, sondern nur eine Monarchie mit gewährleisteter nationaler Politik kommt für uns in Frage. Und mit aller Offenheit muß alles hierzu Einschlägige vorher erörtert werden. So müßte z. B. eine verfassungsmäßig festgelegte Abmachung getroffen werden, daß kein Thronerbe eine Ausländerin heiraten darf. — — — Ausländische Prinzessinnen auf deutschen Thronen haben in der deutschen Geschichte mehr Nachteile als Vorteile gebracht. Der „Ebenbürtigkeitsbegriff" könnte dafür wesentlich erweitert werden, was nebenbei im Sinne gesunder Blutauffrischung nützlich wäre. Und noch viele andere Punkte müßten klipp und klar festgelegt werden. Das „taktvolle" Uebergehen „diffiziler Fragen", „diskretes Ausschalten" aller „peinlichen Momente" hat in unserer Vergangenheit schon genug Unheil angerichtet. Die Folge war und ist meist, daß unter der Oberfläche Gifte sich entwickeln konnten, die eines Tages doch ausbrachen und dann erst recht verderblich wirkten.

Teils dieses mehr oder weniger klar bewußte Gefühl, daß die monarchische Frage ein gar nicht so einfaches Problem ist, teils die Verworrenheit in personeller Hinsicht und ganz besonders endlich die außenpolitischen Schwierigkeiten, die zur Zeit da auch noch ein gewichtiges Wort mitsprechen, haben alle größeren und einflußreicheren nationalen Verbände, Vereine

und Klubs veranlaßt, sowohl in ihren Programmen wie in ihrer politischen Betätigung die monarchische Frage einstweilen vollständig auszuschalten.

Die Hauptgesichtspunkte, denen diese Bünde ihre Arbeit widmen, sind

1. Wiedererweckung nationalen Glaubens und Willens in allen Volksschichten,
2. Wiederaufnahme treuer und stolzer Verbindung mit des Vaterlandes ruhmreicher Vergangenheit,
3. Abkehr von den weltbürgerlichen und pazifistischen Wahnideen, die sich weiter Kreise des Volkes bemächtigt hatten,
4. tatkräftige Bekämpfung der Weltlüge von Deutschlands Schuld am Kriege,
5. Ueberwindung der innerpolitischen Zerrissenheit, insbesondere des Klassenkampfes,
6. Vorbereitung unserer Befreiung von den Versailler Ketten mit allen erdenkbaren Mitteln. — —

Bei allen nationalen Vereinigungen bilden diese sechs Punkte die Grundpfeiler des Vereinsgebäudes. Unterschiede bestehen nur in der Taktik, mittels deren sie diese Forderungen durchzusetzen suchen, und in der radikaleren oder gemäßigteren Vorstellung, die sie von den in diesen Punkten enthaltenen Begriffen haben.

Es ist eine erfreuliche Tatsache und verdient volle Anerkennung, daß alle nationalen Vereinigungen in den verflossenen sechs Jahren ihr redliches und tüchtiges

Teil dazu beigetragen haben, daß wir heute wieder von einem nationalbewußten deutschen Volke reden können.

Dabei lege ich den Schwerpunkt nicht einmal auf die stattliche Mitgliederzahl, die viele, sogar die meisten dieser Verbände aufweisen. Viel wichtiger erscheint mir die Wirkung ihres Vorhandenseins und ihres Arbeitens auf die innerpolitischen Gegner und deren Verhalten!

Daß die Linksparteien als solche und alle mit ihnen zusammengehenden Gruppen und Strömungen nach wie vor jede positiv-nationale Politik ablehnen und bekämpfen, bedarf keines Beweises. Ihr Auftreten und Gebaren aber haben sie in den letzten Jahren doch ganz wesentlich umgestellt. Man lese einmal nach in den Jahrgängen 1919, 1920 und 1921 der sozialdemokratischen, demokratischen und der Links-Zentrumspresse. Was enthielten die Leitartikel, was ergab sich aus den Reden der Linken in jenen Jahren? Klipp und klar und unverblümt Aufgabe aller nationalgebundenen Weltanschauung, Verächtlichmachung der größten Personen und Geschehnisse unserer preußisch-deutschen Geschichte, Lobpreisung der feindlichen Nationen, Abwälzung aller Schuld am Kriege auf die kaiserlich-deutsche Regierung, wilde Hetze gegen alle Offiziere, Ablehnung jedes ernstlichen Versuches, von den Versailler Ketten frei zu werden.

Der linkspolitisch eingestellte, aber trotzdem nach seiner Ansicht und sicher auch nach seinem Willen national-deutsch fühlende Leser (ich bin überzeugt, daß es z. B. Hunderttausende innerlich recht national ge-

sinnter sozialdemokratischer Wähler gibt!) wird empört auffahren, wenn er dies liest und mir zahllose Artikel der „Germania", des „Berliner Tageblatts" und des „Vorwärts" entgegenhalten, die durchaus nationale Ansichten vertreten und sich ausdrücklich als (sogar nach ihrer Behauptung wahrhaft) nationaldenkend bekennen; die die Kriegsschuldlüge bekämpfen, Befreiung der besetzten Gebiete fordern, sich für den General von Nathusius gegen die französischen Anschuldigungen einsetzten usw. — — Jawohl, meine Herren, ich kenne diese Artikel; ich lese Ihre wichtigsten Blätter ziemlich alle täglich. Aber ich lese sie seit sechseinhalb Jahren und fand sie so wertvoll, daß ich mir viele davon aufbewahrt habe. Und infolgedessen habe ich hier schwarz auf weiß den Beweis vor mir, wie merkwürdig anders bei Behandlung nationaler Fragen in diesen Blättern die Artikel von heute im Vergleich zu denen in den ersten Jahren nach dem Umsturz klingen. Ich stelle natürlich mit Freuden fest, daß sie alle, einschließlich des „Vorwärts", heute nicht mehr so vaterlandsverleugnend schreiben wie noch vor zwei bis drei Jahren. Denn es ist im allgemeinnationalen Sinne nicht gleichgültig, ob Millionen Lesern immer wieder jeden Tag jegliche Lust und Liebe zum Vaterland verekelt wird. Aber zu frohem Danke dafür gegenüber den betreffenden Verlagen und Redaktionen könnte ich mich erst dann entschließen, wenn jedes Blatt einmal klipp und klar bekennen würde, daß es das, was es früher schrieb, nunmehr ausdrücklich zurücknimmt. Erst dann hätten nationale Ausführungen im „Vorwärts" oder „Berliner Tageblatt" wirklich entscheidenden Wert. Mit solchen Bekennt-

nissen ist aber nicht zu rechnen. Denn leider ist *nicht tatsächlicher Ueberzeugungswechsel* die Ursache des Unterschiedes zwischen heute und einst, *sondern lediglich die* (allerdings sehr richtige) *Erkenntnis, daß heute so gut wie kein Deutscher mehr ausgesprochen vaterlandsverleugnende Anschauungen hören oder lesen will.*

Wenn dem aber heute so ist, wenn die allgemeine Volksstimmung sich derartig gewandelt hat, daß selbst innerlich gar nicht positiv-nationale Zeitungen und Redner schon notgedrungen etwas *nationale Schminke* auflegen müssen, so danken wir das (neben der brutalen Belehrung durch die rauhe Wirklichkeit) *in erster Linie den nationalen Organisationen* und ihrer treuen rastlosen Arbeit. *Sie* haben Millionen deutscher Volksgenossen, die in dem sehr bald nach dem Novemberrummel eintretenden Katerzustand weder aus noch ein wußten, zunächst einmal ein seelisches Heim geboten. *Sie haben die Arbeit geleistet, auf die es zunächst einmal ankam:* Ein Aufrichten der niedergebrochenen Gemüter, ein Ueberwinden der Verzweiflungsstimmung. Denn das war fürs erste die größte Gefahr: daß nach der Erkenntnis der furchtbaren Verirrung von 1918 ein Zustand hoffnungsloser Apathie und Niedergeschlagenheit eintrat. Daß man sich 1918 zu einer unsagbaren Torheit hatte verleiten lassen, sahen zahllose Deutsche ein. Gleichzeitig aber hatten die meisten das Gefühl, daß man nun eben rettungslos dem Schicksal verfallen war, das man über sich hatte hereinbrechen lassen.

In diesem Sinne waren auch die nationalen Feiern und Veranstaltungen durchaus psychologisch richtig gewählte Belebungsarzneien. Es galt, zunächst einmal das Selbstgefühl wieder wachzurufen. Die Linksblätter und Linksredner höhnten und spotteten über diese „Siegesfeiern" in einer „besiegten Nation". Nehmen wir aber einmal an, wir wären, was tatsächlich und nachweislich ja nicht der Fall ist, wirklich mit den Waffen niedergerungen worden. Selbst dann hätte das nationale Selbstgefühl mit allen Mitteln wiederhergestellt werden müssen. Weniger zur Vorbereitung eines Vergeltungskrieges, als zunächst einfach zur Aufrichtung des Lebenswillens. Es handelte sich doch um die in zahllosen deutschen Gemütern wühlende große Frage, ob irgendwelches Arbeiten im Interesse der Staatsgemeinschaft überhaupt noch Sinn habe. Erhielt sich die Auffassung, daß wir rettungslos bankerott, schimpflich besiegt, ja geradezu als erwiesene Verbrecher der Strafgewalt der anderen Nationen für alle Zeiten verfallen seien (mit einer schwachen Aussicht auf Begnadigung im Bewährungsfall), — erhielt sich diese Auffassung, war sie sogar richtig, dann war es doch ganz logisch, wenn jeder Deutsche nunmehr einzig und allein auf seinen rein persönlichen Vorteil hinarbeitete. Wenn er mit allen Mitteln jedem Opfer für die staatliche Gemeinschaft in Gestalt von Steuern und dergleichen auszuweichen suchte. Warum sich als mitverantwortlicher Staatsbürger fühlen und betätigen in einem Staate und gegenüber einer Staatsregierung, die nur der Strafvollstrecker und Gerichtsvollzieher für andere Nationen war? Warum für eine deutsche Zukunft

arbeiten, wenn diese lediglich von der Gnade anderer Völker abhing? Warum ehrlich Verträge erfüllen und sich abmühen, wenn man doch in der Welt als „Verbrecher“ galt? Der innerpolitische und wirtschaftliche Chaos-Zustand in Deutschland während der ersten zwei Jahre nach dem Zusammenbruch, die fortgesetzten Streiks, das Abschieben großer Kapitalien ins Ausland, die Steuerhinterziehungen, der Beamten-Parasitenbetrieb und vieles anderes waren letzten Endes nur *ganz naturgemäße Folgeerscheinungen eines völlig aufgegebenen Nationalbewußtseins.* Und ich kann es sogar keinem Menschen verdenken, wenn er für einen Staat, der sich selbst als souveränes und machterstrebendes Nationalgebilde aufgegeben hat, nicht eine Minute Arbeit, nicht einen Pfennig Steuer, nicht einen Tropfen Schweiß übrig hat. „Pflichttreu-selbstloses Arbeiten“ für andere Völker? Nein, das ist denn doch zu viel verlangt von menschlicher Selbstüberwindung. Idealismus und Opferwilligkeit können auch krankhafte Formen annehmen. *Nationaler Egoismus ist ein Naturgesetz zur Arterhaltung!*

Erst mit Wiedererwachen des nationalen Stolzes und Selbstbewußtseins traten daher auch in Deutschland nach und nach wieder vernünftigere innerpolitische Zustände ein. Arbeitslust und Arbeitsfreude erwachten erst wieder, *sobald man begann, an seinem Deutschtum wieder Freude zu haben.*

Nicht minder wertvoll war die segensreiche Wirkung dieser Verbände auf das Verhältnis der ver-

schiedenen Volksschichten zueinander. So lange das Nationalempfinden verschüttet war, hatten Klassenhaß und Klassenkampf die furchtbarsten Orgien feiern können. Das Zusammenkommen in den nationalen Bünden brachte Arbeitnehmer und Arbeitgeber wieder menschlich einander näher, wirkte auf den letzteren in sozialem Sinne, überwand beim ersteren seine klassenkämpferische Voreingenommenheit.

Kurzum, alle innerpolitischen Krankheits-, Zersetzungs- und Auflösungserscheinungen, an denen zugrunde zu gehen Deutschland damals Gefahr lief, überwanden großenteils die vielgeschmähten vaterländischen Vereinigungen. Natürlich bestreitet die politische Linke das. Sie beschuldigt diese Organisationen im Gegenteil des Unfrieden-Stiftens und der Gesetzwidrigkeiten. In der Tat kamen auch Auswüchse vor, und ich selbst werde noch auf manche Fehler und Irrtümer in der nationalen Bewegung hinweisen. Welche große Bewegung aber hätte nicht ihre Mängel und Abirrungen? Vor allem, wenn sie von Natur, wie es unsere nationalen Strömungen sind, in erster Linie die berechtigte Auflehnung gegen schwere Vergehen anderer Gruppen am Wohle der Allgemeinheit darstellen. Es gab und gibt vereinzelt auch unter nationaler Flagge Rowdies und Verbrechernaturen. Aber vergessen wir nicht, von wem sie das Verprügeln und Niederbrüllen des politischen Gegners, das Stink- und Todesbombenwerfen, die Nichtachtung aller Gesetze und guten Formen gelernt haben. Ursprünglich waren dies bekanntlich Sonderbräuche des Linksradikalismus. Daß sie auch in unserem Lager Anhänger fanden, ist be-

dauerlich, aber schließlich bei Berücksichtigung aller Begleitumstände kein Wunder.

So viel aber steht trotzalledem fest: das Anwachsen der nationalen Organisationen und dadurch angeregt das Wiederaufkommen nationalen Fühlens und Denkens im ganzen deutschen Volke ist dauernd vom Wiederaufkommen staatsbürgerlichen Empfindens und Handelns begleitet oder gefolgt gewesen. Der unmittelbare Zusammenhang zwischen beiden Seelenzuständen ist durch den Gang der Ereignisse also mit geradezu verblüffender Wucht bewiesen worden. Wie unbedingt und unmittelbar unser ganzes Wirtschaftsleben, schlechthin unser Dasein auch innenpolitisch von einer starken nationalen Grundlage abhängt, haben wir auf Schritt und Tritt in diesen Jahren beobachten können. Dieses innerpolitische Verdienst aber haben in erster Linie die nationalen Vereinigungen und Bünde.

Sie haben aber damit ihre große deutsche Aufgabe nicht vollendet. Nur der erste Teil der schweren Arbeit ist geleistet, der zweite und schwierigere harrt noch der Erledigung. Darüber müssen sie sich klar sein, und es ist dringend notwendig, einmal eingehend zu prüfen, wie dieser zweite Teil des deutschen Werkes nunmehr zu erledigen ist, worin er zunächst zu suchen ist.

Einige Gedanken, die auf diese Frage hin jetzt zu erörtern wären, sind bereits in dem Kapitel „Kampf oder Verständigung" eingehend besprochen worden. Wenn wir dort zu dem Ergebnis kamen, daß unentwegte Fortsetzung des innerpolitischen Kampfes der Weltanschauungen miteinander jetzt nicht mehr im

Sinne wahrhaft nationaler Politik liegt, so gilt das selbstverständlich auch für alle nationalen Organisationen. Vielmehr bietet sich gerade ihnen jetzt eine Aufgabe, die wesentlich anders und freilich auch weit schwieriger ist als die bisherige.

Mancher Leser wird hier erstaunt einwenden, die weitere Arbeit liege doch klar vor Augen: Nach wie vor die immer größer werdenden Sammellager aller nationalen Geister und Kräfte bilden. Hüter und Mehrer des nationalen Gedankens sein, in jeder Hinsicht und immer ausgiebiger Stätten der Aufklärung, Arbeit und Vorbereitung des ganzen Volkes auf den Tag, da . . . . . . . . . — — — —

Die Punkte und Gedankenstriche, die ich hier hinter die bedeutungsvollen Worte von „dem Tage, da" . . . gemacht habe, macht wohl meist jeder schriftlich, mündlich oder in Gedanken, der in seinen nationalen Zukunftsbetrachtungen soweit gekommen ist. Und die meisten deuten dann an, daß an Stelle dieser Punkte und Gedankenstriche eben Dinge zu verstehen sind, von denen man besser nicht spricht, an die man nur denkt, wobei ja aber auch jeder „Bescheid weiß". — Und: „Na, Sie wissen schon . . .," schließen dann meist die mündlichen Gedankenentwicklungen. — — —

„Na, Sie wissen schon . . .?" Nein, ich persönlich muß zu meinem großen Bedauern gestehen, daß ich leider gar nichts weiß. Daß ich auch nicht die geringste Ahnung habe, w a n n ungefähr oder wenigstens w i e schließlich das große deutsche Problem zu lösen sein wird. Wüßte ich das, hätte ich nur ein einigermaßen klar umrissenes Bild von dem, was unser wartet, dann hätte ich längst mir aus den ja gar nicht

wenigen Leuten, die meinen Worten glauben und mir trauen, einen Bund, eine Gruppe oder Partei gebildet, mit denen ich als Vorhut in flottem Marschtempo auf das mir klar vor Augen liegende Ziel losginge. Dann hätte ich längst mit allen Persönlichkeiten, die eine gewisse Macht hinter sich haben und einigermaßen meiner Weltanschauung sind, Verbindung aufgenommen, sie von meinem hellseherischen Blick in die Zukunft in Kenntnis gesetzt, und gemeinsam würden wir dann mit Güte oder Gewalt das deutsche Volk auf dieses Ziel in Marsch setzen. Ein Putsch, ein Staatsstreich, jedes Gewaltmittel wäre dann recht, wenn man auf Widerstand stieße.

Es ist aber leider ganz ausgeschlossen, daß auch der politisch eingeweihteste Mensch eine wirklich zuverlässige Ahnung haben kann, wann und wie der bewußte große Tag uns einst dämmern wird.

Wir ergehen uns viel zu viel immer in Vergleichen mit der Zeit von 1807—1813. Nur seelisch, innerlich bestehen da Zusammenhänge und Aehnlichkeiten. Die Lagen selbst sind gänzlich verschieden. Vergessen wir vor allem schon eins nicht: das geknechtete Preußen und Deutschland von 1807—13 stand gemeinsam mit fast allen übrigen Völkern Europas unter dem Joch einer Nation, im Grunde genommen eines Mannes. Das geknechtete Deutschland von heute dagegen liegt in Fesseln, die ihm vier Fünftel der Völker und Staaten der Welt in stimmungsvoller Zusammenarbeit aufgelegt haben, und vorläufig denken diese Staaten und Völker gar nicht daran, ihr großes antideutsches Aktienunternehmen aus moralischen, politischen oder wirtschaftlichen Gründen zu liquidieren.

Sicher ist nur, daß sie es aus moralischen Gründen nie liquidieren werden.

Der schöne große „Tag, da . . .“, auf den wir alle hoffen, schwebt also vor uns in einer auch nicht annähernd abzuschätzenden Entfernung. Er *kann* in kürzester Zeit da sein, er kann noch lange auf sich warten lassen. Und ebenso ist es unmöglich, sich bestimmte Vorstellungen zu machen, in welcher Weise und durch welche Maßnahmen wir uns ein freies Deutschland werden erzwingen können.

Fest steht nur, daß wir es uns so oder so eben werden *erzwingen müssen*. Durch unseren eisernen Willen, gestützt auf positive Machtmittel (die nicht unbedingt Waffen zu sein brauchen) und unter Ausnutzung günstiger Begleitumstände und Konstellationen.

Diese Gesichtspunkte müssen heute *die Richtlinien geben für das weitere Wirken der nationalen Verbände*. Sie dürfen sich heute *nicht mehr nur als Abwehrorganisationen* gegen die widernationale Gefahr betrachten und betätigen, auch nicht den Schwerpunkt etwa darauf legen, nun in weiterem schärfstem innerpolitischen Kampfe zur Offensive gegen die immer noch nichtnationalen Kreise und Gruppen vorzugehen, sondern *ihr Hauptzweck muß jetzt sein*, jeder in seiner Weise, *eine Art Modell zu werden für das Deutschland, das möglichst einheitlich bereit stehen muß, wenn (vielleicht früher und plötzlicher, als man es heute annehmen kann) „die Minute“ gekommen ist*, deren Verwertungs-

möglichkeit bekanntlich „keine Ewigkeit zurückbringt“. Auch aus diesem Grunde verwerfe ich den innerpolitischen Kampf bis aufs Messer. (Vgl. Kapitel 6.) Er hat keinen Sinn und Zweck mehr; wesentliche Gewinne kann er nicht mehr bringen. *Die* Kreise und Teile des Volkes, die jetzt noch nicht so radikal-national umgestimmt sind, wie wir es am liebsten hätten, werden immer nur Mitläufer sein. Es handelt sich daher jetzt nicht mehr so sehr um starken Zulauf zu den nationalen Gruppen, als darum, *daß diese nationalen Gruppen sich nunmehr zu praktisch-politischen Arbeitsgemeinschaften entwickeln und vervollkommnen*, deren überragendes politisches Können und Beherrschen der Lage stillschweigend auch von denen anerkannt werden muß, die ihnen aktiv beizutreten sich nicht entschließen können oder wollen. Also keine Kampforganisation sollten sie mehr sein, sondern in erster Linie *Hochschulen für praktische nationale Politik!* Der „Kampf“, soweit er in gewissem Sinne überhaupt noch innerpolitisch fortgesetzt werden soll oder vielleicht muß, kann ruhig den politischen Parteien überlassen werden. Sie besorgen das zur Genüge; manchmal mehr als gut und klug ist. Selbstverständlich müssen natürlich Angriffe gegnerischer Organisationen, wie z. B. des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“, abgeschlagen werden. Aber den Kampf mit solchen Gruppen zu suchen, hat keinen Zweck mehr; er hält nur von der praktisch-politischen Arbeit ab und verbraucht wertvolle nationale Kräfte, die anderweitig unentbehrlich sind. Die Gefahr, die von diesen widernationalen Gruppen droht, indem sie

größere Teile des Volkes dem nationalen Gedanken wieder entfremden könnten, wird durch fortgesetzte Katzbalgereien mit jenen nicht beseitigt. Ihr begegnen wir gerade nur dadurch, daß unsere nationalen Organisationen allen, die zu ihnen kommen, lebendiges nationales Brot geben, statt der Zank- und Schlagwortsteine, mit denen man nur den Gegner bewerfen kann.

Unter lebendigem nationalem Brot ist zu verstehen Erfüllung und Schulung der Geister und Seelen zu klarem Erkennen und Beurteilen aller innen- und außenpolitischen Probleme und Aufgaben.

Auch in dieser Hinsicht sollten die nationalen Verbände sich nicht mehr nur als Ueberwinder der Novemberverirrung betrachten, sondern, in echt national-revolutionärem Sinne, als die Operateure gegen einen jahrhundertealten Krebsschaden am deutschen Volkskörper. Wir waren und sind immer noch eins der unpolitischsten Völker der Erde. Die große Mehrheit unseres Volkes hat auch heute noch nur schwache Vorstellungen von innerpolitischen Notwendigkeiten und vollständig verschwommene Begriffe von außenpolitischen Zusammenhängen und Vorgängen. In der inneren Politik zeigt sich dies in der, jeden Ausländer einfach lächerlich und kindisch anmutenden, Zahl der Parteien. Offiziell haben wir 28, so nebenbei im stillen noch zwei bis drei Dutzend. Außenpolitische Augen, Ohren und Instinkte fehlen fast gänzlich. Es ist zahllosen Deutschen z. B. unfaßbar, daß England, Amerika und Italien, die doch längst schon viele Haare in Frankreichs Gewaltpolitik gefunden haben, im entscheiden-

den Augenblick nicht nur uns nicht helfen, sondern immer wieder neben Frankreich stehen. Hunderttausende lassen sich gläubig die merkwürdigsten Märchen erzählen von schon fix und fertigen Plänen anderer Großmächte, mit Hilfe Deutschlands Frankreichs Hegemonie in Europa zu beseitigen. Wieder andere glauben an den Erlöser Rußland, der (natürlich nur ein vorher bolschewisiertes) Deutschland mit einer Riesenarmee sofort zu unterstützen bereit ist. Ganz gerissene Außenpolitiker flüstern von einem deutsch-französischen Bündnis. (Davor bewahre uns der Himmel; dann lieber noch zwanzig Jahre offiziell unter Versailler Ketten!) Ein Häuflein Unentwegter meint alle Augenblicke, das erwachende Weltgewissen gähnen und grunzen zu hören, und eine ganze Menge Deutscher schwören, der Völkerbund sei nicht lediglich eine hübsch eingebundene Neuauflage der deutschfeindlichen Entente. Millionen Linksparteiler endlich glauben trotz Mac Donald und Herriot, englische und französische Sozialisten machten nicht lediglich englische und französische Politik.

So rechnen, je nach ihrer politischen Einstellung, immer noch die meisten Deutschen mit zwar sehr verschiedenen, aber gleichermaßen ausgeschlossenen außerpolitischen Möglichkeiten. Jede Gruppe, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, wartet auf den Augenblick, wo *ihre* erhoffte Möglichkeit Ereignis wird, inzwischen aber lassen alle gemeinsam jeden unerwartet eintretenden Augenblick, aus dem wirklich ein deutscher Erfolg herausgeschlagen werden könnte, *ungenutzt verstreichen*. Einige Male war das sogar schon in den letzten sechs Jahren der Fall.

Solche Augenblicke werden nun in Zukunft immer häufiger kommen. Dafür den Blick zu schulen und allgemein weitere Kreise des deutschen Volkes zu innen- und außenpolitisch denk-, urteils- und handlungsfähigen Staatsbürgern zu machen, das sollte jetzt Hauptarbeit in den nationalen Organisationen werden.

„Patriotische" Vorträge und Artikel in nationalen Kreisen haben wirklich keinen großen Wert mehr. Nicht, was die nationalen Vereinsmitglieder längst wissen und selbst glauben (aber allerdings auch immer wieder gern hören, weil jeder gern sich stets aufs neue bescheinigen läßt, was für ein Mordskerl er ist), nicht das muß besprochen und verhandelt werden, sondern vielmehr alles, was vielen noch unklar ist, vor allem das, was die meisten nicht gern hören! Auf letzteren Punkt seien alle nationalen Vereinigungen ganz besonders nachdrücklich aufmerksam gemacht! Die hoffnungslose Niedergeschlagenheit der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch ist, wie bereits bemerkt, glücklich überwunden. Nationaler Stolz und Wille sind wieder aufgewacht. Aber stellenweise ist nun die Stimmung ins entgegengesetzte Extrem hinübergetaumelt, vor allem in außenpolitischen Fragen. Die in einigen nationalen Gruppen sehr starke Neigung zur Nichtachtung aller innen- und außenpolitischen Zwangszustände muß ganz entschieden unterdrückt werden. Nur mit sehr nachdrücklichen Einschränkungen können wir in dem Deutschland von morgen den vielgerühmten „Geist von 1914" gebrauchen. Die reklamehaft und

übermütig lärmende, entschieden mehr orientalische als arisch-germanische Beimischung, die die Begeisterung damals hatte, wollen wir nicht wieder aufleben lassen. Mit solchem Geschrei wie wir 1914, gingen 1870 die Franzosen, nicht aber Friedrichs des Großen und Scharnhorsts Preußen oder Bismarcks Deutsche in den Kampf. Wenn das deutsche Volk 1914 etwas nachdenklicher und schwerblütiger in den Krieg gezogen wäre, wäre vielleicht die seelische Ausdauer widerstandsfähiger gewesen. Damals verhieß man ein frohsiegreiches Weihnachtsfest nach fünf bis sechs Monaten, heute spricht man auch schon wieder mit größter Bestimmtheit von gar nicht so fernem Anbruch des „Morgenrots der Freiheit".

Zügeln, mäßigen, bändigen, das ist heute vielfach Hauptaufgabe aller Organisationen, die das neue Deutschland errichten wollen! Auf Anspornen, Entflammen, Vorwärtstreiben kommt es zur Zeit gar nicht mehr an. Erst in der Stunde der Entscheidung und, wenn der Ausgang auf des Messers Schneide stehen wird, ist dazu der Augenblick wieder gekommen.

Glänzend gelöst haben unsere nationalen Organisationen den ersten Teil ihrer großen deutschen Aufgabe: Die Zertrümmerung des internationalen Götzen, die Wiedererrichtung der deutschen Altäre und das Sammeln der versprengten und betäubten Kämpfer. Mögen sie nun auch klar erkennen, was sie jetzt zu leisten haben, und mögen sie, ebenso vollendet wie den ersten Teil, auch den zweiten Teil ihres Werkes meistern, der darin besteht, daß sie ein brauchbares Modell werden, nach dem ein

festgefügtes neues Reichsgebäude errichtet werden kann. Ein genialer Führer könnte es vielleicht ohne solch Modell schaffen. Wir wissen aber nicht, ob ein solcher uns gerade zur gegebenen Stunde kommen wird. Darum sollten die nationalen Verbände dafür sorgen und dahin arbeiten, daß auch ohne solchen dämonischen Heiland und Heros eine starke Truppe geschulter und zielklarer Führer, Unterführer und Stamm-Mannschaften sich bildet, um die sich das Deutschland von morgen herumkristallisieren kann.

# Der Schrei nach dem Führer

Der Ersatz eines genialen Führers durch die Arbeit auserwählter und planmäßig sich selbst schulender Schichten und Gruppen ist nach Ansicht der meisten Deutschen nur ein kümmerlicher Notbehelf. So recht klar und deutlich können sich viele das Werk der Erlösung ohne den dazu gehörigen Heiland nicht recht vorstellen.

Dieses Sehnen nach einer bestimmten Einzelpersönlichkeit als Erlöser und Befreier aus traurigen Lagen ist charakteristisch deutsch. So scharf auf einen Mann der Zukunft eingestellt, wie die Deutschen im Mittelalter auf den Kaiser der Zukunft (Barbarossasage), und jetzt wieder auf eine Art Bismarck, waren nur die vorchristlichen Juden in ihrem Messiasglauben, der ja auch eine mehr nationale Bewegung war als eine religiöse, wie das Christentum sie später gedeutet hat.

Die anderen Kulturvölker haben in kritischen Zeiten nicht so einseitig ihr Hoffen auf einen bestimmten Führer gerichtet. Am wenigsten die Engländer, die allerdings dank ihrer günstigen geographischen Lage auch nie Zeiten wirklicher Unterdrückung durch äußere Feinde durchgemacht haben. Aber auch in Frankreich, das von 1871 bis 1914 doch unablässig wartete und hinarbeitete auf den großen rächenden und (wovon

eigentlich?) „befreienden“ „jour de gloire“, verband man mit dem Gedanken an diesen Tag nicht so unbedingt auch die Vorstellung von „dem Mann“, der diesen Tag bringen würde. Ganz verschwindend taucht in der französisch-nationalen Literatur oder in den politischen Reden die Hoffnung auf einen großen Napoleon der Zukunft auf. Auch die Royalisten und Napoleoniden haben ihre monarchische Propaganda niemals in dem Sinne geführt, als ob Frankreichs Freiheit und Zukunft einzig und allein davon abhinge. Dabei haben im Grunde genommen gerade in Frankreichs neuzeitlicherer Geschichte Einzelpersönlichkeiten mit autokratischer Zentralisation aller Führermacht in ihrer Hand eine viel größere Rolle gespielt, als es in Deutschland der Fall war. Vielleicht gerade, weil Geist und Verstand und damit auch die Neigung zu kritischem Mißtrauen bei anderen Völkern in der breiten Volksmasse weniger stark entwickelt ist als beim deutschen, stellt man dort nicht so phantastisch hohe Anforderungen an die Persönlichkeit des Führers, sondern folgt geschlossen dem Mann oder den Männern, die der einfache nationale Instinkt als im großen und ganzen geeignet zur Führung empfindet. In Deutschland dagegen seufzt und jammert man fortgesetzt nach einem Erlöser allergrößten Formates, möchte die Anerkennung eines solchen aber am liebsten von einer Art vorher abzulegenden Examen abhängig machen. Ein staatsmännisches Genie jedoch entwickelt sich bekanntlich erst im Verlauf seines Wirkens; wenn das deutsche Volk daher jemals Aussicht haben will, den ersehnten zweiten Bismarck zu erleben, wird es sich früher oder später doch einmal entschließen müssen, irgendeiner einiger-

maßen geeignet erscheinenden Persönlichkeit in nationaler Geschlossenheit zu folgen. Ringt es sich zu diesem Entschluß durch, so ist das Wagnis ohnehin nicht so groß; Schlechtes kommt auf keinen Fall dabei heraus, selbst wenn der Betreffende nicht gleich ein Alexander, Friedrich, Napoleon oder Bismarck sein sollte.

Denn das ist ja schließlich doch die erste Vorbedingung: die nationale Geschlossenheit! Fehlt sie, dann ist in den heutigen Verhältnissen selbst ein Genie hilf- und machtlos.

In dieser Hinsicht stehen die parlamentarischen Verhältnisse unserer Zukunft besonders hinderlich im Wege. Bismarcks Berufung ans preußische Staatsruder entsprang der Menschenkenntnis eines mit der nötigen Machtgewalt versehenen Monarchen. Das preußische Parlament hat es dem Erwählten damals bekanntlich auch gründlich schwer gemacht, sich als Genie zu erweisen und zu betätigen. Ein Monarch wird überhaupt meist leichter dazu geneigt sein, einen überragend großen Mann mit der Führung zu betrauen. Aus dem einfachen Grunde, weil er sich selbst damit am besten dient und auch „der Ruhm" zu gutem Teil auf ihn fällt. Anders, wenn ein Parlament entscheidet. Da steht die Eitelkeit einzelner Persönlichkeiten der Wahl eines wirklich Großen hemmend im Wege. Da ist Regel, was im monarchischen System Ausnahme ist. (Denn vorkommen kann es natürlich auch, daß ein Monarch aus persönlicher Eitelkeit wirklich bedeutende Persönlichkeiten geflissentlich übersieht.)

Aus alledem ergibt sich meines Erachtens, daß das in Deutschland so weit verbreitete Warten auf und Schreien nach dem großen Führer und Heiland zur

Zeit gänzlich zwecklos ist. Selbst wenn er, was durchaus möglich ist, längst vorhanden wäre, könnte er gar nicht auftreten, weil er augenblicklich schwerlich auf seinen Posten gerufen würde. Die Parteien, in deren Hand das deutsche Volk ja immer noch bedingungslos die Verwaltung seines Schicksals beläßt, „präsentieren" bei jeder Regierungsneubildung ihre „prominenten Persönlichkeiten". Die Hoffnung, daß unter diesen einmal ein universeller großer Führergeist ohne Parteischeuklappen sein wird, ist leider gering. Es wäre also nur möglich, daß auf dem Wege eines Staatsstreiches eine bedeutende Persönlichkeit sich zum Führer aufschwingt, die bereits eine positive Macht hinter sich hat. Ich wüßte aber im heutigen Deutschland noch keine Macht, die so stark wäre, daß sie sich zutrauen könnte, alle Gegenwirkungen wie Aufmarsch der gegnerischen Parteien, Schwierigkeiten im eigenen Lager, außenpolitische Verwickelungen und vielleicht sogar Generalstreik, siegreich zu überwinden. Alle Vergleiche mit anderen Ländern, z. B. mit dem Mussolini-Italien, sind abwegig. Abgesehen davon, daß in Italiens Politik sich andere Länder nicht einmischen, ist vor allem der Volkscharakter der Deutschen und der Italiener grundverschieden. Bei uns wäre Mussolinis Marsch auf Rom mit tödlicher Sicherheit auf irgendein Staatsgefängnis abgebogen worden. Brauchen wir noch mehr Beispiele, als wir schon haben, daß Staatsstreiche in Deutschland, selbst wenn bedeutende, energische und sogar berühmte Persönlichkeiten mit an der Spitze stehen, nicht nur nicht gelingen, sondern, was das Schlimmste ist, geradezu lächerlich enden? Bei uns glückt so etwas nur, wenn, wie 1918,

der leere Magen die Denkfähigkeit der Deutschen völlig ausgeschaltet hat. Sobald die guten Deutschen wieder zu denken anfangen, widersetzen sich 75 Prozent jedem „illegalen“ Unternehmen, selbst wenn es in nationalem Sinne ganz vernünftige Gesichtspunkte im Auge hat.

Weder auf verfassungsmäßigem noch auf gewaltmäßigem Wege hat daher zur Zeit ein wirklich großer Mann Aussicht, auf den Posten zu kommen, auf dem er sein Genie oder wenigstens seine Führerbefähigung erweisen und betätigen könnte. Das Rufen nach ihm ist mithin sinn- und zwecklos. Und auch das Suchen nach ihm kann erst dann beginnen, wenn eine so starke Mehrheit für entschlossen nationale Politik im deutschen Volke vorhanden ist, daß die Parteien (d. h. die Parteileitungen) bei der Wahl und parlamentarischen Behandlung der regierenden Persönlichkeiten nicht mehr das entscheidende Wort sprechen und daß, im Falle gewaltsamer innerer Widerstände, die hinter dem Führer stehende positive Macht wenigstens nur noch gegen eine Minderheit des Volkes eingesetzt zu werden braucht.

Es kommt also auch in dieser Frage zunächst auf nichts weiter an, als auf größtmögliche Verbreitung nationalen Empfindens, Fühlens und Denkens im Volke. Verständnis, Instinkt für nationale Politik und nationale Führung muß mit allen Mitteln gefördert werden. Und zwar nicht lediglich durch Propaganda für die nationalen Parteien und Verbände, denn dabei stößt man auf Hemmungen, die nie ganz beseitigt werden können, sondern über die Partei- usw. -Schranken hinweg in die Lager hinein, die programmgemäß keine

positiv-nationale Politik kennen. Wir werden Millionen sozialdemokratischer Wähler niemals ins deutschnationale Lager bringen; wir können aber wohl große Teile dieser Wähler so nachdrücklich von der Notwendigkeit nationaler Politik und Führung überzeugen, daß sie gewaltsamen Widerstand gegen eine nationale Führung nicht mitmachen oder ihre Führer sogar zwingen, wenigstens in den Hauptpunkten vaterländischer Politik die Führung zu unterstützen. Diese nationale Einwirkung über die Parteischranken hinweg ist aber nur durch eine offenkundig überparteiliche, alle Schroffheiten vermeidende nationale Propaganda möglich, *und ebenso kommen auch als Führer der Zukunft voraussichtlich nur Persönlichkeiten in Frage, die nicht Parteigrößen sind*, sondern auf Grund ihres bisherigen Auftretens im politischen Leben als Männer bekannt sind, die zwar entschieden national denken und handeln, der Denkweise und den Auffassungen in anderen politischen Lagern aber Verständnis entgegenbringen. Die vor allem aber nicht nur den politischen Gegnern, sondern gegebenenfalls auch einmal den befreundeten Parteien die eiserne Stirn und Faust des Führers der Volksgesamtheit zeigen, wenn lediglich Parteiinteressen ausgespielt werden.

Ob alle die Deutschen, die am meisten und lautesten nach dem großen Führer und Heiland der Zukunft schreien, sich wohl klar machen, wie oft er, wenn er einmal kommen sollte, *gerade ihnen* recht unangenehme Wahrheiten sagen und ihnen ein äußerst unbequemer Herr sein wird? Es gab Zeiten, wo Bismarcks erbittertste Feinde in der konservativen Partei

und in der Redaktion der Kreuz-Zeitung saßen. Und allgemein ward seit Menschengedenken der endlich erschienene Messias oft am meisten angefeindet von den „Pharisäern“, die vorher die Träger und Propagandisten des Messiasglaubens gewesen waren.

Die nationale Propaganda über die Parteischranken hinweg ist aber nicht minder nötig für den Fall, daß ein übermenschlich großes Führer-Genie uns überhaupt nicht gegeben wird. Abgesehen davon, daß, wie bereits erwähnt, sein Erkennen und Berufen bei unseren Verhältnissen ganz besonders schwierig und fraglich ist, *können wir auch unmöglich in denkfauler Selbstträgheit warten, bis solch ein Mann seinen Genius leuchten läßt oder bis unser Gefühl einen wittert.* Auch darf die geschichtliche Erfahrung, daß „Männer die Geschichte machen“, nicht falsch gedeutet und ausgewertet werden. Gewiß, Männer machen die Geschichte, das heißt, nicht im stumpfen Gleichtrott rein mechanischer Aneinanderreihungen und ebensowenig bei durchschnittsmäßigem Weiterführen übernommener Vorgänge kommen große Vorwärts- und Aufwärtsentwickelungen der Völker und (was nicht immer das gleiche ist) der Staaten zustande, sondern revolutionäre, ihrer Zeit vorauseilende Gedanken und Erkenntnisse müssen von Zeit zu Zeit eingreifen (vornehmlich, wenn Stockungen oder gar Rückwärtsbewegungen eingetreten sind). Gedanken und Erkenntnisse, wie sie die breite Masse nie hervorbringen wird, zu deren Gestaltung sie sogar oft mehr oder weniger gewaltsam gezwungen werden muß. Es ist aber nicht gesagt und auch nicht unbedingt notwendig, daß die Fähigkeiten,

solche Gedanken und Erkenntnisse zu erfassen und zu betätigen, immer nur in einer einzigen Persönlichkeit verkörpert sind. So vorteilhaft und den Gang der Dinge beschleunigend es auch ist, wenn ein Friedrich, ein Napoleon, ein Bismarck alle Fäden in seiner Hand vereinigt und in seiner Person die Summe alles zeitweiligen Könnens der Nation darstellt, möglich ist es auch, daß statt des einen Menschen *eine ganze Schicht* vorhanden ist oder sich gestaltet, die das Volk zu einem großen Entschluß hochreißt und bei dessen Durchführung leitet. Mag es dabei langsamer und reibungsvoller zugehen, so hat es dafür den Vorteil, daß Gedeih und Verderb des Werkes dann auch nicht lediglich von einem sterblichen Menschen abhängen, sondern daß die Weiterführung auf lange Zeit hinaus einigermaßen gesichert ist. Die regelmäßigen Niedergänge oder Stockungen in der deutschen Geschichte nach ziemlich allen großen Einzelführern (Karl dem Großen, Otto dem Großen, Friedrich dem Großen, Bismarck) geben entschieden zu denken. Um so mehr, wenn wir uns klarmachen, daß die unaufhaltsame Umgestaltung des neuzeitlichen menschlichen Denkens und Empfindens unstreitig von der Zusammenfassung aller Führermacht in einer Hand abdrängt, sie auf jeden Fall sehr erschwert.

Dieser Entwicklung des allgemeinen Denkens ist schwerlich Einhalt zu gebieten. Sie ist auch im Sinne der Vervollkommnung der Geistesbildung und Urteilsfähigkeit moderner Kulturvölker, Menschen des 20. Jahrhunderts, ganz natürlich. So wünschenswert in gewissen Lagen auch heute noch Autokratie und Absolutismus, z. B. in Form einer Diktatur, wären

(und im Weltkriege bei einigermaßen tüchtiger Führung, wie sie uns hinsichtlich der Persönlichkeiten auch zur Verfügung gestanden hätte, sicherlich gewesen wären), ihre restlose Durchführung wäre selbst für einen ganz großen Genius heutzutage fast unmöglich. Verfehlt war und ist aber die Folgerung, daß aus dieser Geistes- und Kulturentwicklung heraus sich die Demokratie als einzig mögliche Staatsform von heute ergibt.

Mit der Frage Monarchie oder Republik hat dies nicht das geringste zu tun. Das deutsche Kaiserreich in seinen letzten Jahrzehnten und besonders während des Weltkrieges war, genau wie die heutige deutsche Republik, im Grunde genommen eine Demokratie reinsten Wassers. Denn bestimmend für die Maßnahmen der damaligen Regierungen war, trotz aller äußerlichen monarchistischen Kundgebungen und Gesten, der Wille der Masse. Der Masse schlechthin entsprechend ihrer Vertretung im Reichstage. Die einfache Mehrheit dieses nach dem Willen der politisch doch ziemlich schimmerlosen Wählerschaft zusammengewürfelten (es war wirklich meist ein Würfelspiel!) Parlaments entschied über die lebenswichtigsten Daseinsfragen der Nation.

Hier lag und liegt das Abirren vom Wege nationaler Vernunft. So berechtigt der Wille und die Forderung eines Kulturvolkes ist, bei der Leitung seiner Geschicke mitzubestimmen, so unbedingt notwendig bleibt es trotzdem, daß eine überragende geistige Kontrolle vorhanden ist, ausgeübt von Kräften aus dem Volke selbst, die ihrer besonderen Befähigung, Erziehung und Erfahrung nach gewissermaßen eine Auslese der Volksgemeinschaft darstellen. Die ganze

Unlogik des süßen Pöbels und der um seine Gunst buhlenden Redner und Artikelschreiber kommt zum Ausbruch, wenn man theoretisch behauptet, man wolle von den Besten und Tüchtigsten (als den Männern des allgemeinen Vertrauens) geführt werden, in der Praxis aber das Prinzip der Demokratie verlangt und das der Aristokratie (im wahren Sinne dieses Wortes) ablehnt. Denn Demokratie in restloser Durchführung ihres Wesens und Strebens will „Angestellte", nicht „Führer" an der Spitze haben. Sie schließt daher die Führung durch die wirklich Besten und Tüchtigsten in den meisten Fällen der Praxis aus; sie macht ihr Zustandekommen zum mindesten zu einem seltenen Glückszufall. Solche Glückszufälle sind vorgekommen in demokratisch regierten Staaten, wie im alten Athen, im nachrevolutionären Frankreich usw., aber immer nur dann, wenn (meist in Zeiten größter nationaler Not) das offizielle demokratische Prinzip beiseite trat und für die politische Praxis vorübergehend dem aristokratischen Prinzip Platz machte. Wenn unter dem Druck der Not die Massen, die „Straße", kleinlaut wurden und glücklich waren, wenn sie von dem Zwange, sich selbst zu helfen, befreit, unter das „Joch" einer starken Führung kriechen durften. Im heutigen Deutschland hat diese Seelenstimmung schon längst stark um sich gegriffen, sie äußert sich ja so deutlich in dem allgemeinen Schrei nach „dem Führer".

Da es nun sehr unsicher ist, ob diesem Schrei die Gewährung zuteil werden wird, dürfte es die beste Aushilfe sein, *wenn aus eigenem Entschluß heraus sich eine führende, eine aristokratische Schicht bildet*, in der alle die

Eigenschaften und Fähigkeiten, die der vom Volke ersehnte große Heiland haben müßte, entwickelt, gepflegt und dem Volke verständlich gemacht werden.

Die Verwirklichung dieses Gedankens ist übrigens bereits im Gange. Der trotz aller Krankheitsausbrüche, Ansteckungen und planmäßigen Vergiftungen innerlich gesund gebliebene Kern des deutschen Volkes hat das in aller Stille vor sich gehende Erstehen und Aufkeimen solcher Gesundungszellen ermöglicht. Außerhalb und unabhängig von den politischen Parteien sind in fast allen Kreisen und Lagern schon heute teils Einzelpersönlichkeiten, teils sogar schon kleine Gruppen erstanden und herangereift, deren Zusammenschluß zu einer führenden Schicht sehr wohl denkbar wäre. Es ist in Deutschland eine neue „Aristokratie" im geistigen und nationalen Sinne des Wortes bereits im Entstehen und Werden begriffen. Daß die meisten sich ihres „dunklen Dranges", „Aristokraten" zu werden, nicht bewußt sind und die Seelenfühlung von Lager zu Lager infolgedessen nur langsam vor sich geht, ist kein Unglück. Im Gegenteil, es schützt vor dem Aufkommen persönlicher eitler Ehrgeizmachenschaften und ferner vor der Gefahr, daß diese noch jungen und schwachen Keime vom Parteimoloch zu frühzeitig erkannt und dann, da dieser Moloch in ihnen natürlich seine Gegner und Ueberwinder wittert, planmäßig niedergehalten und vernichtet werden. Je mehr aber im Volke der Ekel vor dem Parteiübel zunimmt, je mehr das Verständnis für rein nationales Empfinden und Handeln sich ausbreitet, je stärker und allgemeiner die Sehnsucht nach dem rettenden Führer wird, um so unbehinderter wird das Erstehen der neuen führenden Aristokratie vor sich

gehen. Der aufmerksame Beobachter konnte in letzter Zeit sogar bei den Wahlkämpfen schon feststellen, daß gewisse nationale Redner trotz aller Gegenminen der Parteien, vor allem ihrer Führer und Nutznießer, auch in den gegnerischen Wählern gespannt aufmerksame und keineswegs alles ablehnende Hörer hatten.

Das Heranreifen einer *nationalen Oberschicht* ist also im Gange und ihre dereinstige Anerkennung im Volke sehr wohl denkbar. Es kommt nur darauf an, daß alle, die bewußt die Teilhaberschaft an solcher Oberschicht anstreben oder unbewußt durch ihr ganzes politisches Denken und Handeln ihr zutreiben, sich innerlich weiter so entwickeln und äußerlich so betätigen, daß sie nach und nach auch zu einer politischen Macht werden. Hierzu ist im wesentlichen zweierlei notwendig: Männer der werdenden Oberschicht dürfen keiner Versuchung und keiner Verlockung unterliegen, in bindende Parteifesseln zurückzufallen. Diese Gefahr wird manchmal nicht gering sein. Die vorläufige Betätigung der Betreffenden im Rahmen irgendeiner bestimmten Partei wird sich nicht immer vermeiden lassen, wenn sie positive politische Mitarbeiter auch an der Gestaltung der Gegenwart sein wollen; sie ist sogar wünschenswert, damit jetzt schon dem weiteren Umsichgreifen des Parteigeistes Hindernisse und Hemmungen erstehen. Innerhalb der Parteien aber werden diese Leute natürlich kein allzu angenehmes Los haben, vielen Anfeindungen ausgesetzt und oft in schweren Seelenkonflikten sein, bis zu welcher Grenze sie sich der Parteidisziplin noch unterwerfen müssen und dürfen. Einigen von ihnen wird sich vielleicht die Aussicht bieten, im Rahmen ihrer Partei die

kühnsten Ehrgeizhoffnungen sofort verwirklichen zu können. Diesen Schwierigkeiten oder Lockungen gegenüber fest zu bleiben und immer das Richtige zu treffen in verwickelten Entscheidungsfragen, wird häufig die höchsten Anforderungen an Charakterfestigkeit, politischen Instinkt, taktische Gewandtheit und diplomatische Begabung stellen. Gerade daraus ergibt sich aber auch die beste Schulung für den dereinst der Führerschicht zufallenden schweren Beruf.

Zum zweiten aber muß folgende Vorbedingung erfüllt sein, bevor der Weg für eine aristokratische Führung und Leitung des Staates frei ist:

*Das Volk, oder wenigstens eine starke Mehrheit, muß sich darüber klar werden, was seiner selbst bei Eintritt der ersehnten starken und erlösenden nationalen Führung wartet: Nämlich eine Periode schwersten Kämpfens, Arbeitens, Sicheinordnens und Opferns.* Eine entschlossene, kühne und unter Umständen alles auf eine Karte setzende Führung, mag sie nun von einer Einzelpersönlichkeit oder einer führenden Schicht ausgehen, wird selbstverständlich immer innere Widerstände zu bekämpfen haben und sie auch mit allen Mitteln zu überwinden wissen. Aber nur dann wird es möglich sein, wenn wenigstens ein starker Teil des Volkes von vornherein willig ist, den steilen und dornenreichen Weg zu gehen, der allein aufwärts und zum Licht führt.

Verhehlen wir uns nicht, daß gerade diese Vorbedingung im deutschen Volke von heute noch nicht im entferntesten vorhanden ist. Sie kann noch nicht vor-

handen sein, nachdem Jahrzehnte hindurch die leitenden Stellen und Persönlichkeiten es stets vermieden haben, im Volke die Lust und den Willen zu schwerem Werk zu wecken, vielmehr immer darauf ausgingen, die Stimmung darauf einzustellen, daß bei braver Folgsamkeit aller „Untertanen" alles schon ein gutes Ende nehmen würde. In bester Absicht, aber nichts destoweniger verhängnisvoll und bis auf den heutigen Tag nachwirkend ist in dieser Hinsicht wider den heiligen Geist der Nation gesündigt worden. *Nur eine Politik mit dem Willen zur Macht ist eine wahrhaft nationale und zugleich das Bestehen der Nation gewährleistende. Wille zur Macht darf aber keine Schranken und Grenzen kennen.* Er muß, zum mindesten im Unterbewußtsein, in der Mehrheit und den besseren Teilen des gesamten Volkes so dämonisch mächtig sein, *daß seiner Befriedigung kein Opfer, keine Entbehrung zu groß erscheint.* Sache einer weisen Staatsregierung ist es zwar, von Fall zu Fall den Machtwillen zu zügeln, wenn er zur Gier zu werden droht, aber die Neigung, selbst zur Gier, mag ruhig aufkommen; sie wirkt auf jeden Fall arterhaltender als außenpolitische Selbstgenügsamkeit.

Es wird voraussichtlich noch lange Zeit währen, bis eine derartige gesunde Machtgier sich des deutschen Volkes bemächtigt haben wird. Das Deutschland von morgen aber, darüber müssen wir uns klar sein, muß gerade auch diese Eigenschaft haben, wenn es nicht wieder nur eine vorbereitende Epoche werden soll, wie sie

das Deutschland von 1871 bis 1914 darstellt. Es muß geschafft werden, daß die Denkweise des Volkes über Recht und Unrecht im Wettbewerb der Völker, über Bodenverteilung und alle sonstigen Ansprüche auf Verwaltung und Nutzbarmachung dessen, was der menschliche Geist der Natur abringt, der geistigen und physischen Entwicklung eben dieses Volkes sich naturentsprechend anpaßt. Es war ein Unterdrücken aller natürlichen Regungen und Instinkte, wenn man einem sich dauernd vermehrenden und gleichzeitig durch natürliche besondere Befähigung und einen unstillbaren Arbeitsdrang immer größeren Vorsprung gewinnenden Volke unausgesetzt das Schema von der angeblichen Pflicht eines bedingungslos friedlichen Wettbewerbes der Völker eintrichterte. Man hätte dann logischerweise auch das später von Clemenceau geprägte Wort daran anknüpfen sollen, daß unter diesen Umständen 20 Millionen Deutsche zu viel unter dem Licht der Sonne atmeten.

Vielleicht bedurfte es der furchtbaren Leidensepoche von 1918 bis heute, um die Basis zu schaffen, auf der endlich ein innerlich wie äußerlich lebensfähiges Deutschland von morgen mit dem Willen und Entschluß zur Macht errichtet werden kann. Die für die Dauer unerträgliche und unhaltbare Lage des deutschen Volkes kann schließlich, wenn alle Kompromißversuche der Erfüllungs- und Verzichtpolitiker gescheitert sein werden, nur zu dem Scheidewege führen, wo die eine Straße zur Freiheit und Erlösung, die andere zur Auflösung führt. Wir wollen uns darüber klar sein, daß nicht zu

unterschätzende Mächte bei uns am Werke sind, die Entwicklung der Seelen und Dinge dahin zu leiten, daß das deutsche Volk dann den Weg zu seiner Auflösung einschlägt. Ganz ausgeschlossen ist es leider noch keineswegs, daß es ein Deutschland von morgen überhaupt nie geben wird. Indessen spricht die größere Wahrscheinlichkeit doch dafür, daß, bei Weiterentwicklung der jetzt schon recht kräftig und widerstandsfähig gewordenen nationalen Schößlinge, das deutsche Volk in gewaltiger Mehrheit und die Minderheit mitreißend auf den Weg zur Freiheit drängen wird.

Dann aber kommt es, wie gesagt, darauf an, *daß es sich der ganzen Rauheit der ersten Wegstrecke vorher bewußt ist*, damit es nicht nach wenigen Schritten schon überrascht und betäubt zusammenbricht oder nach kurzem Vormarsch doch auf den noch nahe liegenden Verzicht- und Auflösungsweg abgleitet.

Es ist hohe Zeit, daß in allen Kreisen, Schichten, Verbänden usw., wo der Wille und das Sehnen nach Erlösung lebendig ist, jetzt auch die Erkenntnis aufkommt und verbreitet wird, *welche ungeheueren Leistungen damit verbunden sein werden.* Mögen daraufhin zunächst die einen oder anderen auch wieder abschwenken; lieber ein etwas kleinerer Stoßtrupp vorne als ein großer blind darauf los torkelnder. Es bleibt doch auf jeden Fall die Aussicht und Wahrscheinlichkeit, daß die letzten Jahre schon genügend Deutsche zu der Erkenntnis gebracht haben, daß *kein Opfer, keine Not, kein Leiden so grauenvoll sein kann, wie eine Verewigung des Daseinszustandes, in dem*

wir jetzt als recht- und willenlose Sklaven grausamster Herrenvölker leben.

Wird dieses Gefühl ausschlaggebend, dann wird auch die Erkenntnis der zu überwindenden Schwierigkeiten nicht mehr lähmend und abschreckend wirken. Und dann, aber auch erst dann, ist die Stunde des Führers oder der führenden Schicht gekommen.

Zu hoffen ist, daß dann aus der Summe der Erfahrungen der gesamten Vergangenheit dem deutschen Volke auch die Jahrhunderte hindurch künstlich verkümmerte und verkrüppelte Erkenntnis erwächst und geistiges Nationaleigentum wird, daß die mühsam wieder errungene Freiheit und Atmungsmöglichkeit nur dadurch gesichert werden kann, daß man weiter dem Führer oder der Führerschicht auf dem eingeschlagenen Wege folgt, daß man weiter den mit dem aristokratischen Prinzip eng verwachsenen Willen zur Macht, der zunächst als Wille zur Freiheit wirkte und Erlösung brachte, betätigt und von ihm die gesamte Innen- und Außenpolitik bestimmen läßt. Jede Rückkehr zum rein demokratischen Prinzip würde selbstverständlich mit tödlicher Sicherheit den Willen zur Macht wieder einschläfern und zum Absterben bringen. Denn der Demos, die breite Masse, scheut große Aufgaben und Ziele. Nur wenn seine geruhsame Trägheit oder seine kindische Urteilsunfähigkeit ihn ins Elend gebracht hat, schreit er verzweifelt nach dem großen erlösenden Führer oder den verhaßten Aristokraten.

Es ist hohe Zeit, daß die Jahrhunderte deutscher Geschichte, in denen periodenweise immer wieder diese Schreie aus der Tiefe nach dem Führer gellten, nunmehr abgelöst werden von einer fortlaufenden Entwicklung, in der das Kommen eines Heilands sich erübrigt, weil eine befähigte Oberschicht vorhanden ist, die, so lange das Volk selbst lebt, auch ihrerseits nicht abstirbt, sondern sich unablässig aus den besten Kräften des Volkes selbst ergänzt, auffrischt und vervollkommnet.

# Gärender Most

Das Sehnen und Schreien nach dem erlösenden Heiland und Führer verbindet sich in gewissen Kreisen und Bewegungen im heutigen Deutschland (bezeichnender Weise und sich der darin liegenden Unlogik gar nicht bewußt) mit ganz bestimmten, ja geradezu streng bedingten Vorstellungen von der Natur und Wesensart des Erwarteten und Erhofften. Diese Richtungen begnügen sich nicht mit der Hoffnung und dem Wunsche, daß die Vorsehung uns einen zweiten Bismarck erstehen läßt, der als genialer Innen- und Außenpolitiker alle Schwierigkeiten meistert und (was man, wenn es wirklich solch ein genialer Uebermensch sein soll, eigentlich von vornherein voraussetzen müßte) vielleicht eine Lösung findet, an die überhaupt noch niemand gedacht hat, sondern sie stellen im Gegenteil eine Bedingung an ihn, die er unter allen Umständen erfüllen muß: Er muß völkisch sein!

Was das Stellen dieser Forderung an die Person des etwaigen Führers anbetrifft, so hat sie den Vorzug und das Gute, daß darin immerhin eine gewisse Klarheit über das, was man selbst will, zum Ausdruck kommt. Der Wille und die Entschlossenheit, sich nicht nur dankbarst erlösen zu lassen, sondern an seinem Teil auch mitarbeiten zu wollen, spricht sich hierin aus. Auf der anderen Seite hat es den Nachteil und die Unlogik,

daß man den Führer in einer Weise festlegen will, die er sich, wenn er wirklich eine Führernatur ist, niemals gefallen lassen wird. Daß er völkisch im Sinne national, daß er auch völkisch im Sinne des Stammes- und Rassebewußtseins sein muß, ist selbstverständlich. Daß er aber völkisch im Sinne der radikalen Richtung dieser Bewegung und Anschauung sein soll, ist schon zu viel verlangt. Es würde nach meiner Ansicht seine Geeignetheit als universeller Führer schon in Frage stellen. Und wenn gar die Blutsprobe auf seine „Deutschstämmigkeit“ auf hundert und mehr Jahre rückwärts gemacht werden soll, dann dürfte dies gänzlich abwegig sein. Es wäre immerhin (ich kann diese kleine Bosheit meinen deutschvölkischen Freunden gegenüber wieder einmal nicht unterdrücken) denkbar, daß wir ein gewaltiges Führergenie entdecken oder spüren, dessen Ur- oder Urgroßvater Herz, Hand und Familienfortsetzung irgendeiner hübschen Rahel oder Rebekka anvertraut hat. Dürfte der Urenkel, wenn er sonst nachweislich ein Kerndeutscher ist, seine Führergaben nicht dem Vaterlande widmen? Oder wenn die Mutter des Mannes Französin war, auch nicht? Hätte der große Moltke nicht Bismarcks Mitarbeiter werden sollen, weil er geborener Däne und sogar mehrere Jahre zunächst dänischer Leutnant gewesen war? Oder darf ich nicht deutsch-vaterländischer Politiker sein, weil mein Urgroßvater noch dänischer Staatsangehöriger war und ein entfernter Oheim von mir sogar als dänischer Leutnant und hartnäckigster Verteidiger der Schanze II gegen die Preußen auf dem Düppeler Denkmal verzeichnet steht? — (Ich flechte diese rein persönliche

Angelegenheit hier ein, weil ganz fanatische „völkische" Gegner auch diese Tatsachen zu meiner Bekämpfung einmal ausgegraben haben.)

Aehnlich, wie in den vorstehenden Beispielen, krankt der völkische Gedanke auch noch in manch anderer Hinsicht an Auswüchsen und Uebertreibungen, deren Beseitigung nicht nur wünschenswert, sondern sogar notwendig ist, die aber an der Gesundheit seines Kerns und an der Notwendigkeit seines Vorhandenseins und seiner Ausbreitung über das ganze Volk nichts ändern. Denn alle Forderungen, die wir in den bisherigen Ausführungen dieses Buches an das Deutschland von morgen stellten, können nur erfüllt werden, wenn ein wahrhaft völkischer Geist das ganze deutsche Volk in allen seinen Gliedern, Ständen und Schichten erfüllt und durchdringt.

So manche Fehler, Irrtümer und Entgleisungen im alten Deutschland, auf die wir in den vorstehenden Kapiteln hinwiesen, wären vermieden worden, wenn mit der Zusammenfassung aller deutschen Stämme zu einem nationalen Einheitsstaate auch völkisches Fühlen und Denken Gemeingut geworden und eine bewußt-völkische Innen- und Außenpolitik von den Regierungen zielklar und unbeirrt durchgeführt worden wäre.

Ein richtiger nationaler Instinkt leitete daher die Persönlichkeiten und Gruppen, die nach der Novemberkatastrophe zum Aufbau eines neuen Deutschland vor allem auch die völkische Bewegung ins Leben riefen. Des Vaterlandes Dank gebührt ihnen, daß heute der völkische Gedanke schon eine Macht in Deutschland darstellt. Aber gerade, weil dieser völkische Gedanke ein

kraftvoller Baum ist, der seine Zweige schützend und hütend über ganz Deutschland ausbreiten soll, gerade darum darf sein Wachstum nicht einfach sich selbst überlassen bleiben, gerade darum muß er vielmehr in sorgfältigster Forstpflege stehen und von allen Auswüchsen und geilen Trieben befreit werden.

Denn nützlich und unentbehrlich ist die große völkische Bewegung unstreitig für unsere allgemeine nationale Auferstehung. Sie ist eine gute Sicherung gegen einen Rückfall in die Wahnideen des Internationalismus, sie hält die in jeder deutschen Seele von Natur schlummernde Neigung zu wirklichkeitsfremdem und vaterlandsschädlichem Weltbürgertum nieder, sie rüttelt kraftvoller und unwiderstehlicher als alles andere die Geister und Seelen in allen Volksschichten auf zum Willen und zur Entschlossenheit, „aus dem zerstampften Gut ein neues, starkes, freies, echt völkisch zusammengeschweißtes und regiertes Deutschland zu zimmern". Mag sich der völkische Most daher oft sehr absurd gebärden, — die Bewegung deshalb zu unterdrücken, käme einem Ersticken und Ertöten der besten und lebenskräftigsten Keime einer hoffnungsvollen nationalen Saat gleich.

Wenn ich trotzdem schon in den vergangenen Jahren so häufig in Wort und Schrift die Sonde schärfster Kritik an die „deutschvölkische Bewegung" gelegt, wenn ich besonders ihren „Jungmannen" gegenüber immer und immer wieder etwas zu geißeln, zu verwerfen mir herausnahm, wenn ich so oft das eisige Wasser kältester Vernunft, Logik und Wirklichkeit in

den feurigen Wein völkischen Rausches und Tatendrangs schüttete, so geschah das, weil diese so erfreuliche Bewegung nur dann uns zum Segen werden kann, wenn sie die richtigen Wege einschlägt. Einstweilen neigt sie dazu, aus einem Extrem ins andere zu fallen. Das war ja unser Unglück schon vor dem Kriege, daß völkisches Leben eigentlich nirgends in Deutschland zu spüren war. Offen gezeigte vaterländische Begeisterung wurde bespöttelt oder mit langweiliger Handbewegung abgetan. Je vornehmer ein Offizierkorps oder eine studentische Korporation zu sein glaubte, um so kühl-gelassener und ältlich-würdevoller gab man sich bei nationalen Festen usw. Und abends vor dem Einschlafen las man, entsprechende Träume einzuleiten, noch ein paar Seiten Landsberger.

Da kamen Krieg, Revolution, Zusammenbruch einer ganzen Welt. Und wie einst in den Notjahren 1807—1813, tritt auch jetzt wieder unter dem Druck des Elends das große völkische Erwachen ein. Und zwar bewußter, stärker, zielklarer als in jenen Jahren, als der „Untertan" noch weniger unmittelbar berufen war, des Landes Schicksal mit zu gestalten. Aber welche Uebertreibungen begleiten dieses völkische Erwachen!

Deutschlands Schicksal und Zukunft hängen davon ab, welchen Weg die jetzt erstandene völkische Bewegung einschlägt. Findet sie den richtigen, dann beginnt damit das Hauptkapitel deutscher Geschichte, und des deutschen Volkes Lehr- und Wanderjahre (durch die Jahrhunderte) sind abgeschlossen. Gerät die Bewegung auf einen Abweg, dann verpufft wieder einmal zwecklos beste deutsche Kraft.

Großes, Gewaltiges kann die jetzt alle deutschen Gaue wie Lenzsturm durchbrausende völkische Bewegung schaffen. Aber hohe Zeit ist es, daß sie nicht länger sich selbst überlassen bleibt. Jetzt ist es heilige Pflicht und Aufgabe jedes wahrhaft völkischen Politikers, den großen völkischen Strom nicht länger hemmungslos seiner Naturkraft zu überlassen, sondern ihn zur Regelung seiner Stromgeschwindigkeit, Richtung usw. in ein fest umdeichtes Bett zu lenken, damit das Endergebnis eine fruchtbare vaterländische Landschaft, nicht aber eine alles Leben und alle Kultur vernichtende Ueberschwemmung ist. Diese letztere Gefahr steht drohend im Hintergrunde, wenn die Bewegung noch lange so sich selbst überlassen bleibt wie bisher. Wenn nicht baldigst feste Führerhände zufassen und dem Gefühlsrausch, der nur große Parolen, aber keine nüchtern schaffende Arbeit kennt, mit ruhiger Bestimmtheit ein Ende machen. Es gilt jetzt, die idealen Wünsche und Forderungen auf allen Gebieten des neuen völkischen Lebens auf ein Maß herunterschrauben, das mit den Wirklichkeiten der umgebenden Welt einigermaßen in Einklang zu bringen ist.

Auch für die von den „Völkischen" so besonders leidenschaftlich angestrebte Lösung der Judenfrage gelten diese Gesichtspunkte.

Ich kann mich zu diesem Sonderpunkt ganz kurz fassen, da ich ihm vor einigen Monaten erst eine eingehende Broschüre von fast 100 Seiten gewidmet habe.

Es ist die Abhandlung „Teut wider Juda“ (Verlag Freie Meinung, Leipzig-R., Oststraße 40/46).

Was die Völkischen gegen den im deutschen Volksleben mächtig gewordenen jüdischen Geist sagen, über seine schädliche Einwirkung auf Presse, Literatur, Kunst und allgemein die Denkweise und politische Einstellung des deutschen Volkes, ist alles ganz richtig. Aber die Art, wie sie dem Uebel zu Leibe gehen und welche Ziele sie sich stecken, ist verfehlt. Verfehlt, weil sie auf diese Weise wenig von dem Erstrebten, in mancher Hinsicht sogar genau das Gegenteil erreichen werden. Auch die Judenfrage, wie alle politischen Probleme unserer aufgabenreichen Zeit, muß realpolitisch, nicht gefühlsmäßig betrieben werden.

Gefühlspolitik aber herrscht leider in der ganzen heutigen völkischen Bewegung sehr stark vor. Auch in den sozialen Reformen, die sie anstreben. Sie haben als Parteibezeichnung mit Absicht den Namen „National-Sozialisten“ gewählt. An sich ein schöner Gedanke. In der Tat sind National und Sozial keine Gegensätze, sondern im Gegenteil, sie bedingen einander. Nur auf innerpolitisch sozialer Grundlage läßt sich heutzutage nationale Außenpolitik treiben, und umgekehrt kann nur ein durch nationale Außenpolitik gefestigter und gesicherter Staat das Dasein seiner Angehörigen nach sozialen Gerechtigkeitsgrundsätzen gestalten.

Die sozialen Forderungen der Partei-Völkischen nähern sich aber in vielen Punkten doch schon bedenklich dem kommunistischen Radikalismus. Ihr besonderer Kampf gilt dem internationalen Großkapitalismus. Der Nationalsozialist Feder sagt, alle Staaten seien

heutzutage nur Puppen in der Hand der Hochfinanz, und so unrecht hat er mit dieser schroffen Zeichnung des Bildes keineswegs.

Es ist Tatsache, daß die Interessen der Völker heute nur zu einem Teil nach weltpolitischen und innerpolitischen Grundsätzen wahrgenommen werden, vielmehr großenteils den Interessen der Hochfinanz untergeordnet sind. Es ist Tatsache, daß alle Staaten, auch die sogenannten Siegerstaaten, heute mehr als je den Großbanken verschuldet sind und Zinsen über Zinsen zahlen müssen, ohne absehen zu können, wann sie ihrer Schulden quitt sein werden.

Die Staatsschulden der Länder an die Großbanken sind ins Ungeheuerliche angewachsen; es schulden:

England 7 537 200 000 Pfund Sterling mit jährlichen Zinsen von rund 350 Millionen Pfund,

Frankreich 310 Milliarden Goldfranken,

die Ver. Staaten von Nordamerika 25 Milliarden Dollar.

Und in allen anderen Ländern herrscht die gleiche Verschuldungsnot der Staaten und Völker gegenüber dem Großleihkapital.

Deutschland aber hat es jetzt bereits auf eine Schuld von nahezu 500 Goldmilliarden Mark gebracht.

Diese Zahlen beweisen, daß in der gesamten heutigen Kulturwelt und ganz besonders in Deutschland die Banken und Börsen die bestimmenden Beherrscher über Leben oder Tod, Stillstand, Rückschritt oder Fortentwicklung sind.

Wie die Radikal-Völkischen dieses Uebel beseitigen wollen, geht, bis in alle Einzelheiten ausgeführt, hervor aus dem Buche von Gottfried Feder: „Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage, Neue Wege in Staat, Finanz und Wirtschaft."

Wirklich neue, ganz neue Wege weist uns in diesem auch für uns Andersdenkende hochinteressanten Werk der Nationalsozialist. Es kommt im wesentlichen auf das hinaus, was Feder am Schluß seines Buches sagt: „Ein neues Eigentumsrecht muß entstehen, ein neues Wirtschaftsrecht muß kommen, die Zinsknechtschaft muß gebrochen werden, die Arbeit muß wieder ehrlich werden und ihrer eigentlichen Aufgabe, der Bedarfsdeckung, zugeführt werden. Der Staat muß sich auf seine wichtigsten Aufgabenkreise besinnen und sich auf sie beschränken. Er ist Verwalter und Treuhänder der Gesamtheit, Hüter und Schützer von Staat und Volk, der Wahrer von Recht und Ordnung, der Vertreter der Volksgemeinschaft nach außen." —

Es handelt sich also letzten Endes hier um eine Weltrevolution größten Stils. Nicht, um den nationalsozialistischen Gedanken zu diskreditieren, wird dies gesagt, durchaus nicht; die Welt, in der wir leben, ist so voll von Unstimmigkeiten, Widerwärtigkeiten und Torheiten, daß eine wirklich Besseres schaffende Revolution zu begrüßen wäre, selbst wenn unangenehme Begleiterscheinungen und harte Uebergangszeiten in Kauf genommen werden müßten.

So glaubensehrlich aber Feders Buch vom neuen Staat auch geschrieben ist, ich bin wirtschafts- und

finanztechnisch zu wenig Fachmann, um lediglich daraufhin mit Feder zu gehen und dem deutschen Volke diese neuen Wege zu empfehlen. Im Gegenteil, ich pflichte mehr der „Deutschen Tageszeitung" bei, die am 17. April 1924 zu Feders Plänen schrieb:

„Es ist nicht leicht, sich in dieser Wirrnis von Widersprüchen und hoffnungsloser Utopie zurechtzufinden. Ganz deutlich aber muß gesagt werden: die Durchführung eines solchen Wirtschaftsprogramms würde auf den Grund und Boden ganz ähnlich wirken, wie bodenreformerische Gedanken nach dem Rezept Damaschkes. Die schönste Theorie würde eben Theorie bleiben, wenn nicht nur stimmungsgemäß der Landhunger angestachelt wird, sondern durch die Ausschaltung zinstragender Anlagen auch noch diejenigen Sparer, die sonst gar nicht daran denken würden, direkt darauf hingedrängt werden, sich ein Stück Land für ihre Ersparnisse zu kaufen. Nun wird die Unbeleihbarkeit des Grund und Bodens durch das Privatkapital allerdings in einer der genannten Quellen nur als Ziel bezeichnet, in anderen aber nicht; wie überhaupt die Linien der verschiedenen Programme noch öfter durcheinanderlaufen. Sowohl für das Boden- wie für das sonstige Wirtschaftsprogramm aber muß ebenso deutlich gesagt werden: wenn das Programm der ‚völkischen Bauernschaften', das man an sich fast durchweg unterschreiben könnte, erklärt, ‚zum Schutze des deutschen Heims' sei ‚jede offene und versteckte Sozialisierung zu bekämpfen', so ist das schon nicht mehr nur Unklar-

heit und Widerspruch: denn das gesamte Finanz- und Wirtschaftsprogramm geht auf Sozialisierung und Zwangswirtschaft größten Stils hinaus. Wenn beispielsweise die Freiheitspartei ‚Ablösung der Profitwirtschaft durch die Bedarfswirtschaft' fordert, so ist das genau so eine sozialdemokratische Grundforderung wie die oben mitgeteilte programmatische Aeußerung zur Wohnungsfrage: wie überhaupt dieses Programm der Parteien, die den Juden Marx endlich erledigen wollen, mehr geistige Anleihen beim Marxismus macht, als heute manche mehr kleinbürgerlich eingestellten Teile der deutschen Sozialdemokratie. In einem Flugblatt an die Arbeiterschaft Leipzigs wurde auch die ‚Einführung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung auf nationaler Grundlage' offen als Ziel bezeichnet." — —

Man kann also wohl nur eindringlichst davor warnen, den großen Sprung zu wagen, bevor berufene und befähigte Fachmänner, deren vaterländische Einstellung natürlich einwandfrei feststehen muß, sich eingehend dazu geäußert haben. Es wird sicher dabei darauf hinauskommen, daß eine radikale Umwälzung unseres gesamten Staats-, Finanz- und Wirtschaftssystems einfach nicht möglich ist, ohne daß ein Riesentrümmerhaufen entsteht. Ob es sich in späteren Jahrzehnten oder Jahrhunderten ermöglichen läßt, müssen wir schon unseren Nachfahren überlassen. Das

Deutschland von morgen, dessen Aufbau unsere Sache ist, ist auf dieser Basis nicht zu errichten, im Gegenteil, nicht einmal das unterste Mauerwerk kann darauf gegründet werden.

Reichlich verschwommen sind häufig auch die außenpolitischen Gedanken einiger radikalvölkischer Gruppen. Wenigstens ist dies bei ihrer Propaganda für Deutschlands Befreiung der Fall. In ihrer heißblütigen Leidenschaft haben sie oft nicht den richtigen Instinkt für die Grenzen zwischen dem, was man sagen und predigen muß, und dem, was man besser für sich behält. Sie haben oft allzu sehr das Herz auf der Zunge. Auch neigen einige zu einer bedenklichen Unterschätzung der Macht technischer Gewaltmittel gegenüber dem kühnsten Wollen und tapfersten Handeln.

Es ist vielfach der Geist und das Feuer eines Schill und eines Friedrich Wilhelm von Braunschweig-Oels, das in ihnen lodert und zu Taten drängt. Der Geschichtskenner weiß, wie der politische Wert der Unternehmungen dieser beiden Helden aus der Zeit zwischen 1807 und 1813 zu bewerten ist, nämlich gleich Null. Nichts wurde erreicht, der feindliche Unterdrücker nur erneut mißtrauisch gemacht und die vaterländische Regierung in die Zwangslage versetzt, öffentlich von diesen tapferen Freiheitsdrängern abzurücken. Was natürlich patriotische Kreise und Geister wieder stark gegen die verantwortlichen und berufenen Leiter einnahm und Spaltungen und Unfrieden im damaligen nationalen Lager zur Folge hatte. Es war überhaupt

im damaligen Preußen und Deutschland ganz ähnlich wie im heutigen. Man befehdete und beschimpfte sich gegenseitig nach Kräften. Nur drang es — zum Segen der Sache — nicht so an die Oeffentlichkeit wie heute, weil es — die Glücklichen — nur einen winzigen Bruchteil von der Zahl an Zeitungen und Zeitschriften gab, die heute das deutsche Volk und die Außenpolitik über alles auf dem laufenden hält. Heute führt jede zornige Aufwallung eines Ueberpatrioten sofort zu ausgiebigem „Gedanken"-Austausch in der Presse. Und gerade die völkische Presse kennt darin oft weder Maß noch Ziel. Ihre Redner stehen dahinter in nichts zurück. Es ist leider Tatsache, daß z. B. deutschnationale Politiker als Artikelschreiber oder Redner manchmal von keiner Partei so angegriffen und sogar beschimpft werden, wie von den „Völkischen". Es kam und kommt vor, daß in Wahlversammlungen „Völkische" Redner die Angriffe sozialdemokratischer und kommunistischer Sprecher gegen den deutschnationalen Vertreter unterstützen. Dieses absurde Sich-Geberden des völkischen Mostes stellt die Hoffnung, daß er sich zu gutem vaterländischen Wein ausgärt, schon einigermaßen in Frage. Allertatkräftigstes Eingreifen besonnener völkischer Führer ist da dringend notwendig.

Daß die völkische Bewegung überhaupt in eine politische Partei mit parlamentarischer Fraktion ausgelaufen ist, ist ohnehin ein Unglück. Eine Bewegung, die auch bei maßvoller Bändigung radikaler Neben- und Unterströmungen doch immer eine gefühlsmäßige sein und bleiben wird, kann im parlamentarischen Leben doch nie irgendwie zur Bedeutung kommen. Sie kann

am Parlamentarismus geradezu sterben. Im ersten großen Gründungsrausch eroberte die „Nationalsozialistische Freiheitspartei“ bei den Wahlen am 4. Mai 1924 gleich 32 Sitze. Nach einem halben Jahre, bei den Wahlen vom 7. Dezember 1924 verlor sie schon wieder fast die Hälfte davon. Und nicht nur die Wählerschaft war ob des Gebarens und politischen Auftretens der „Völkischen“ als Partei stutzig geworden und versagte die Gefolgschaft, sondern unter den Abgeordneten selbst entstanden sofort, als die praktische politische und parlamentarische Arbeit begann, die stärksten Meinungsverschiedenheiten. Ich kenne einen nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten, der im Mai mit ehrlichster Begeisterung in den Reichstag einzog und im November mit trübem Kopfschütteln über die Weltfremdheit und die Ideologien seiner Partei und ihrer Führer auf seine Wiederaufstellung verzichtete. Der Herr, ein mitten im Wirtschaftsleben stehender und tätiger Mann, war um nichts weniger „völkisch“ denkend und handelnd geworden, aber er hatte erkannt, daß die Arbeitsgebiete des völkischen Gedankens nicht die Parlamentsräume, auch noch nicht die Beratungen der Gegenwartsgesetze, sondern die Seelen und Herzen aller Stände und Schichten des Volkes sind.

Es gehört zu den Vorbedingungen für das Entstehen des Deutschland von morgen, daß völkisches Empfinden und Fühlen die treibende Kraft im politischen Auftreten und Handeln des deutschen Volkes wird. Das Bewußtsein des Blutes und der Rasse, dessen natürliche Regung jahrhundertelang unterdrückt wurde, muß geweckt und verbreitet, der Drang, fremdländische Beimischungen abzusondern, lebendig werden.

Insbesondere der Jugend müssen die völkischen Ideale vorschweben. In allen nationalen Parteien und Gruppen müssen (sogar möglichst viel) völkische Blutkörperchen kreisen und die nationale Gesundheit des Ganzen gewährleisten.

Wenn die völkische Bewegung diese Aufgabe erkennt und sich darauf mit der ganzen Kraft ihres leidenschaftlichen Wollens und Könnens einstellt, dann wird sie die Gärungserscheinungen, die sie jetzt (wie jede junge Bewegung) aufweist, glücklich überwinden, zu einem guten Wein ausreifen und einer der Grundsteine des Deutschland von morgen werden. Dann wird sie nicht, was einigen ihrer Heißsporne jetzt vorschwebt, die vorherrschende Macht in Deutschland werden, sondern das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wird schlechthin, was eigentlich selbstverständlich sein sollte, völkisch eingestellt sein. Völkisch im Sinne klaren, stolzen Bewußtseins, *der neudeutschen Rasse* anzugehören, die auf germanischen Wurzeln durch Blut- und Kulturzuflüsse aus den Deutschland umgrenzenden Stämmen und Rassen im Laufe der letzten Jahrhunderte entstanden ist. Eine kampf- und wirrenreiche Geschichte hat dieses Mischvolk nach und nach zu einem in sich geschlossenen Volksganzen heranreifen lassen. Seine Lebensfähigkeit hat dieses Volk auf den Schlachtfeldern der letzten anderthalb Jahrhunderte glänzend bewährt. Jetzt und für seine Zukunft kommt es nur noch darauf an, daß es sich endlich *auch innerlich* in all seinen Schichten und Gruppen *seines Volkstums bewußt und von wahrhaft deutschvölkischem Geist erfüllt und getrieben wird.*

# Wer ist „das deutsche Volk“?

Damit aber sind wir bei einer Frage angelangt, die merkwürdigerweise (soweit mir bekannt) noch nie für sich und eingehender untersucht und kritisch behandelt worden ist.

Wer ist das deutsche Volk? — —

Der überlegen lächelnde oder achselzuckende Hinweis auf eine politische Landkarte sagt gar nichts zur Sache. In heutigen Zeiten schon deshalb nicht, weil rund fünfzehn, wenn nicht mehr Millionen Menschen rundherum um das politische Deutsche Reich, großenteils sogar auf deutschem Boden, leben, von Amts wegen aber dank dem Versailler Vertrag oder schon jahrhundertealten Entrechtungen nicht zum deutschen Volk gehören. Sogar jeden Tag in die Lage kommen können, um einen ganz krassen Fall anzunehmen, auf Befehl ihrer Regierungen gegen ihre Bluts- und Stammesbrüder zu Felde zu ziehen. Schon im letzten Kriege haben Tausende von Männern rein deutschen Blutes als Offiziere oder Mannschaften der russischen Armee gegen Deutschland kämpfen müssen. Heute dienen Tausende von Deutschen pflichtmäßig in der polnischen, tschechoslowakischen, italienischen und französischen Armee. Von den Amerikanern, weil das ein anderer Fall ist, sei dabei gar nicht gesprochen.

Immerhin lohnt sich in diesem Zusammenhang eine Aufstellung, wieviel Deutsche es eigentlich in der Welt gibt. Wir bringen daher im folgenden eine Uebersicht aus dem Vereinsblatt der Deutschen Eisenbahner. Unter „geschlossenem deutschen Siedelungsgebiet“ ist zu verstehen der Raum in Europa, in dem die Menschen deutsch sprechen und dem Deutschen Reiche zugehörig sein wollten, also nicht die Schweiz, Luxemburg und Lichtenstein.

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1. **Deutsche in der Welt** | **etwa** | **100** | **Mill.** |
| davon **in Europa** | **etwa** | **80** | **Mill.** |
| in Amerika | rund | 19 | Mill. |
| in Afrika | | 0,6 | Mill. |
| in Australien | | 0,1 | Mill. |
| in Asien | | 0,08 | Mill. |
| 2. Deutsche in Mitteleuropa | | 76,8 | Mill. |
| 3. **Deutsche in geschloss. Siedlungsgeb.** | | **71** | **Mill.** |

4. Deutsches Reich 1914:

| | | |
|---|---|---|
| | 540 000 qkm | 64,9 Mill. Einwohner. |
| 1921: | 470 000 qkm | 58,48 Mill. Einwohner. |
| Verlust: | 70 000 qkm | 6,47 Mill. Einwohner. |
| | = 13 v. H. | = 10 v. H. |

5. Deutsches Reich hat abgetreten:

| | |
|---|---|
| Memelgebiet . . . . . | 71 000 Deutsche |
| Danzig . . . . . . . . | 330 000 Deutsche |
| an Polen einschl. Oberschles. | 1 100 000 Deutsche |
| Hultschiner Ländchen . . . | 6 500 Deutsche |
| Elsaß-Lothringen . . . . | 1 870 000 Deutsche |
| Eupen-Malmedy-Monschau | 55 000 Deutsche |
| Nordschleswig . . . . . | 50 000 Deutsche |

Außerdem wurde auf Grund des Waffenstillstandes und des Versailler Friedensvertrages das Rheinland (mit 6 300 000 Deutschen) von den alliierten Truppen besetzt und das Saargebiet (mit 700 000 Deutschen) unter die Oberhoheit des Völkerbundes und der französischen Armee gestellt.

| | | | |
|---|---|---|---|
| 6. | Deutschösterreich . . . . | 6 400 000 | Deutsche |
| 7. | Ungarn . . . . . . . . | 550 000 | Deutsche |
| 8. | Südslawien . . . . rund | 520 000 | Deutsche |
| 9. | Südtirol . . . . . . . . | 260 000 | Deutsche |
| 10. | Tschechoslowakei . . . . . | 3 600 000 | Deutsche |
| 11. | Großrumänien . . . rund | 1 000 000 | Deutsche |
| | davon Siebenb. Sachsen . . | 235 000 | Deutsche |
| | Schwaben (einschl. Szatm. Geb.) | 550 000 | Deutsche |

Zusammengefaßt: Von den 71 Millionen Deutschen des geschlossenen Sprachgebietes sind durch Versailles und St. Germain rund 12 Millionen wider ihren Willen auf 12 Staaten aufgeteilt worden.

Aber bei der hier beabsichtigten Klärung des Begriffs „deutsches Volk“ wollen wir die nicht dem Deutschen Reich angehörigen Deutschen ganz beiseite lassen. Nur von 60 Millionen Reichsdeutschen sei gesprochen. Sie sind offiziell ja anerkannt „das deutsche Volk“.

Es ist nur merkwürdig, welch ein dauernd wechselndes Gesicht dieses „deutsche Volk“ hat, wenn in der Oeffentlichkeit, in der Presse, in Reden, in diplomatischen Noten oder bei ähnlichen Gelegenheiten von ihm die Rede ist.

Was das deutsche Volk alles denkt und will! — Zu gleicher Zeit, in derselben Minute die entgegen-

gesetztesten Dinge! Da verbittet sich „das deutsche Volk“ das „militärische Gebaren und leichtfertige Spielen mit neuen Völkerkonflikten“ bei einer „Stahlhelm-Veranstaltung“ . . . sagt ein demokratisches oder sozialdemokratisches Zeitungsblatt. In eben dieser Veranstaltung wußte aber der Stahlhelm „das deutsche Volk“ hinter sich. Und die Rechtsblätter bestätigen ihm das, denn „das deutsche Volk“ verbittet sich im Gegenteil die Denunziationen seiner nationalen Bestrebungen bei den äußeren Feinden. Ein Kommunist wiederum weiß, daß „das deutsche Volk“ sich nicht darüber täuschen läßt, daß es von allen nichtkommunistischen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, gleichermaßen betrogen wird.

„In elementarer Gewalt“ äußerte sich „der Wille des deutschen Volkes“ bei einer Gedenkfeier des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“; zur gleichen Stunde aber rief dieser Wille Hurra, als einige Kilometer weiter westlich ein Wald von schwarz-weiß-roten Fahnen aufzog.

Im „Berliner Tageblatt“ ist „das deutsche Volk“ nicht gesonnen, sich die mühsam errungene republikanische Staatsform von wenigen byzantinischen Kreisen wieder nehmen zu lassen; in der „Kreuz-Zeitung“ steht eben dieses deutsche Volk der ihm aufgedrungenen Republik, wenn nicht durchweg ablehnend, so doch kalt gegenüber und nur wenige Nutznießer des neuen Systems sind um sein Bestehen besorgt.

Und den Gipfel des Lächerlichen, das das Jonglieren mit dem Begriff „deutsches Volk“ mit sich bringt, erlebte ich im November/Dezember 1924 im Wahlkampf. In vier verschiedenen Versammlungen

schlossen je ein deutschnationaler, Zentrums-, demokratischer und sozialdemokratischer Redner nach krampfhaftem Werben um die Stimmen der Wähler für ihre Partei fast wörtlich mit dem gleichen zuversichtlichen Ruf: „Das deutsche Volk hat am 4. Mai schon deutlich zu erkennen gegeben, wie es regiert werden will, man hat es nicht verstanden; nun gut, das Volk wird jetzt am 7. Dezember noch deutlicher sprechen".

Der letztere Fall zeigt besonders klar, *wie irreführend es ist, wenn ein Parteipolitiker überhaupt vom „deuschen Volke" spricht.* Das deutsche Volk nämlich, das heißt die Wählerschaft, ließ am 7. Dezember, genau so wie bei allen Wahlen vorher, die Frage gänzlich offen, was es eigentlich will. Es sprach weder deutlich noch undeutlich, es sprach überhaupt nicht, es war gar nicht da! *Denn an Wahltagen gab es bisher leider, wenigstens an den Wahlurnen, gar kein deutsches Volk, sondern nur Parteianhänger oder Mitläufer.* Wer einmal das deutsche Volk, und allgemein überhaupt ein Volk, in seiner Gesamtheit und Geschlossenheit sehen will, der muß dazu schon Augenblicke wählen, wie den August 1914, wo ein großes Ereignis, eine furchtbare Gefahr oder eine große Freude für kurze Zeit die reine Stimme der Natur zum Sprechen und alle politischen Grundsätze und Auffassungen zum Schweigen bringt.

Eine Partei, ja selbst eine Weltanschauung wird nie so überzeugend und bezwingend auf alle einwirken, daß man jemals sagen könnte, „das Volk" stände hinter ihr. Günstigstenfalls wird eine starke Mehrheit zu ge-

winnen sein, gegen die die Minderheit nicht aufkommen kann. Ein ehrlicher Parteipolitiker oder Leitartikler sollte daher schon aus Gründen der Aesthetik und um sich nicht lächerlich zu machen, das hochtrabende Wort vermeiden, er spräche im Namen des „deutschen Volkes".

So annähernd im Sinne des deutschen Volkes, wenigstens mit der Aussicht, daß 80—90 Prozent des Volkes ihm beistimmend zunicken werden, spräche oder schriebe allenfalls ein Politiker, der in Rede oder Schrift — — — es mit sämtlichen Parteien und Weltanschauungen verdirbt. Er kann aber trotzdem, heutzutage wenigstens, auch sicher sein, daß diese 80 bis 90 Prozent ihn unbedingt im Stiche lassen, sobald die sämtlichen Parteien dann über ihn herfallen. Denn das ist das Charakteristische bei der Sache: Ein Volk, und mehr noch als alle anderen das deutsche Volk, ist in seiner Gesamtheit immer noch ein viel zu kindhaftes, unreifes, urteilsunfähiges, in kurzer Aufeinanderfolge weinendes und lachendes, verzagtes und mutiges, Hüh und Hott sagendes Geschöpf, als daß es überhaupt fähig wäre, einen festen Willen auf längere Zeit hinaus durchzuhalten und durchzuführen. Erst von ganz wenigen Ländern mit langer geradliniger politischer Geschichte, wie dem englischen, kann man sagen, daß sie schon eine gewisse Stufe feststehenden Volkswillens erreicht haben. Englands Außenpolitik änderte und ändert sich daher auch in ihren Grundzügen nicht, ganz gleich, ob die Whigs oder Tories am Ruder waren, nicht einmal die sozialistische Regierung des Arbeiters Mac Donald änderte die Linienführung in Britannias hartem Volks-Gesicht.

Ein ausgereiftes deutsches Volks-Gesicht aber gibt es auf jeden Fall noch nicht. Hier haben wir entschieden noch die zwar hübschen, aber weichen, verschwommenen und im Ausdruck stetig wechselnden Züge eines Kindes in seinen ersten Lebensjahren. Denken wir an den Gesichtsausdruck von 1914 und dann an den von 1918. Augenblicklich ist das Kind im Zustande fortgesetzten Gesichterschneidens; ob nun ein kühnes Mannesantlitz oder die demütige Grimasse eines Sklaven daraus wird, wird die nächste Zukunft entscheiden.

Wir können ruhig die schroffe Behauptung aufstellen, daß es ein deutsches Volk als eine seiner Wesensart und seinem Wollen nach feststehende Persönlichkeit überhaupt noch nicht gibt. Was aber gar kein Wunder ist, denn was ist dem Alter nach in den Zeitzahlen der Weltgeschichte ein Wesen, eine Daseinserscheinung, die erst etwas über 50 Jahre alt ist? Ein Kind! Ein blutjunges, noch vollständig in der Entwicklung begriffenes Kind. Allerdings ein Riesenkind mit gewaltigen Kräften des Körpers und auch des Geistes. Jahrelang lebten ausgereiftere Völker kleineren Formates in wahnsinniger Angst vor diesem Kinde. Aber schließlich erlöste sie aus ihrer Angst zwar nicht die eigene Ueberlegenheit, sondern der Umstand, daß das Riesengeschöpf eben ein Kind war ohne klaren und positiven Willen.

Erst wenn ein einheitlicher nationaler Wille in einem Volkskörper nicht mehr nur als gelegentliche Daseinsäußerung auftritt, wie 1914 im deutschen Volke, sondern zu einem Grundbestandteil der ganzen

Gehirntätigkeit geworden ist, wie es der Wille zum Leben in jedem gesunden Einzelmenschen ist, erst dann kann man von einem Volk als politisch feststehender Erscheinung sprechen.

Auch in solchem, politisch zu wirklicher Geschlossenheit ausgereiftem Volke wird es stets Parteien, Interessenvertretungen geben, werden Weltanschauungen miteinander um den Vorrang ringen, aber unverrückbar feststehen wird in der Gesamtheit das Bewußtsein des Zusammenhanges, der Wille in diesem Zusammenhang zu bleiben, und vor allem der natürliche Trieb jedes ein Ganzes darstellenden Lebensgebildes, sich der Umwelt gegenüber durchzusetzen.

Der deutlichste Beweis, daß es bis heute ein wirklich in sich abgeschlossenes deutsches Volk noch gar nicht gab, ist der bisher unleugbare Ausfall jeglichen geschlossenen Willens, sich der Umwelt gegenüber durchzusetzen. Daß das dem deutschen Volkscharakter an sich nicht läge, kann man nicht behaupten. In allen germanischen Stämmen der Völkerwanderungszeit war der Wille, sich durchzusetzen, sehr stark entwickelt. Und nicht etwa an der Ueberspannung dieses Willens gingen die an die Ufer des Mittelmeeres vorgedrungenen Stämme zugrunde, sondern im Gegenteil, *weil sie unter den anderen Völkern und Rassen den eigenen nationalen Willen aufgaben.* Die Annahme der überlegenen Kultur der südeuropäischen Völker hätte an und für sich das Aufgeben des nationalen Willens nicht mit sich zu bringen brauchen. Die Römer in den größten Epochen ihrer Eroberungszeiten machten sich die höhere Kultur der Besiegten und Verdrängten *dienstbar.* Aber halten wir fest, daß

der Wille sich durchsetzen, nicht nur sich zu behaupten, ursprünglich eine germanische, eine deutsche Volkseigenschaft war. *Karl der Große*, den wir durchaus als deutschen Politiker ansprechen dürfen, *sowie die Sachsen- und Staufenkaiser* waren auch noch Vertreter nationaler Aktivität und hätten das, bei aller Würdigung ihrer Führerpersönlichkeiten, nicht in so großem und erfolgreichem Maße betätigen können, wenn nicht auch der deutsche Volkscharakter damals noch hinter ihrer gesund-imperialistischen Politik gestanden, sie gebilligt und nachempfunden hätte.

Was den nationalen Willen im deutschen Volke ertötet, was nach und nach planmäßig das deutsche Volk als solches überhaupt zersetzt und dem Aussterben nahegebracht hat, waren die Jahrhunderte des Mittelalters und der Neuzeit, die mit der Wahl des ersten Habsburgers zum „römischen Kaiser deutscher Nation" (1273) begannen. Die auf alle Stammes- und Landesfürsten ansteckend wirkende *reine Hausmachtpolitik der Habsburger* schaltete automatisch nach und nach den Begriff und natürlich auch die politische Lebensäußerung des deutschen Volkes aus und damit selbstverständlich auch jede deutsche Willens-Empfindung und -Regung.

Ein Ansatz, eine Möglichkeit bot sich zu frühzeitiger Wiedergeburt eines deutschen Volkes, als die Wogen der *Reformation* alle germanischen Länder überfluteten. Aber leider blieb Luther zu gewissenstreu nur auf die religiöse Seite der Bewegung eingestellt und zeigte sich ihrer Ausdehnung auf das nationalpolitische Gebiet, die der Volksinstinkt mehr als einmal angestrebt hat, nicht gewachsen. Die Hutten,

Sickingen, Moritz von Sachsen u. a. aber, die das deutschvölkische Moment in dieser Bewegung sehr wohl spürten, vermochten es auch nicht, ihre allerdings mehr oder weniger unklaren Empfindungen und Ahnungen in eine alle Deutschen mitreißende große deutsche Tat umzusetzen. Der Hausmachtgedanke, das absolutistische System war schon zu mächtig und erstickte alle großdeutsch-nationalen Regungen und Anfänge im Keim. Schwächer und schwächer wurde der Begriff „deutsches Volk"; wir können froh sein, daß wenigstens die Spracheinheit noch blieb und — — — das Sehnen. Das Sehnen, das allerdings jahrhundertelang nur noch in der Dichtung zum Ausdruck kam.

Ein politisch noch nicht wirksames, aber immerhin schon tastendes deutsches Volksempfinden regte sich zum ersten Male unter dem Eindruck der Friedericianischen Siege und politischen Erfolge in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Wenn der Frankfurter Süddeutsche, Goethe, schreibt „. . . wir waren eben alle „„fritzisch"" gesinnt", so drückt sich darin der deutsche Volksinstinkt aus, der mit der sich selbst unbewußten Sicherheit des urwüchsig-gesunden Naturgeschöpfes das schlechthin deutsche Moment in des Preußenkönigs Politik wittert. Des Preußenkönigs, der als Realpolitiker mit Franzosen, Engländern und Russen gelegentlich Bündnisse gegen die „deutschen" Habsburger schloß, der an und für sich (aber freilich mit anderen, nämlich nationalen Zielen) auch nur absolutistische Hausmachtpolitik betrieb und sich selbst natürlich auch

nicht bewußt war, daß er den Grundstein zum neuen deutschen Einheitsstaate legte. — — —

Bewußtes großdeutsch-nationales Empfinden, Denken und Wollen, zielklares Volksempfinden regte sich dann zum ersten Male in und nach den Freiheitskämpfen gegen Napoleon. Die Leidensjahre von 1807 bis 1813 hatten endlich des deutschen Uebels Wurzeln freigelegt. Es war aber natürlich kein Wunder, daß sich die meisten Hausmachtvertreter, vor allem Habsburg, gegen das Wiedererstehen eines einheitlichen Volkes sträubten. Vor allem aber, wie im Kapitel „Reaktionäre Hemmungen" schon erörtert wurde, fehlte den damaligen Vertretern und Vorkämpfern des deutschen Volks-Gedankens die Erkenntnis, daß nicht auf reaktionärem (weil ins Mittelalter zurücktastendem) Wege, sondern nur auf radikalrevolutionäre Weise der Aufbau eines neuen deutschen Einheitsbaues zu erreichen war. Die ganze Tragik menschlichen Irrens und Leidens liegt darin, daß die nach ihrer eigenen Ansicht revolutionären und in der Tat ja auch Revolutionen versuchenden deutschen Schwärmer von 1817 bis 1848 an der reaktionären Lebensunfähigkeit ihrer Ideen zugrunde gingen, während dem als Reaktionär abgestempelten Bismarck das große Werk gelang, weil er es (und zwar bewußt!) revolutionär anfaßte und löste.

Aber freilich, das Genie einer großen Führerpersönlichkeit kann einen Staat schaffen oder zusammenschweißen, aber nicht ein Volk. Ein Volk ist ein Naturgebilde, das entsprechend dem Boden, dem

es erwachsen, und den geschichtlichen Witterungsverhältnissen gemäß, denen es ausgesetzt ist, heranwächst (oder abstirbt).

Wenn auch in vieler Hinsicht ein nationales Phänomen wie das eines Bismarck die Entwicklung des Volksbewußtseins günstig beeinflußt, weil es nationalen Stolz, Selbstbewußtsein, Freude an Sieg und Macht erweckt, so wirkt solch eine Riesenpersönlichkeit doch gleichzeitig auch leicht (besonders bei einem als solches erst neu geborenen Volk, wie es das deutsche von 1871 war) *hemmend auf das Gedeihen des nationalen Tatwillens im Volke selbst.* Eine Macht in sich selbst und aus sich selbst heraus wird ein auf Schritt und Tritt von einem großen Manne geführtes, geleitetes und betreutes Volk nicht so leicht. So viel steht jedenfalls fest, wenn wir die Jahrzehnte von 1871 bis 1914 überschauen: *Wir hatten einen deutschen Staat, aber ein deutsches Volk im Sinne eines geschlossenen, bewußten nationalen Willens gab es noch nicht.* Das furchtbare Unwetter von 1914 drängte die Angehörigen des deutschen Staates für kurze Zeit zu einem Volke von eigenem nationalen Willen und Handeln zusammen, aber so stark war das Volksbewußtsein innerlich leider noch nicht, daß es den Nöten eines allzulangen Daseinskampfes bei schwächlicher seelischer Führung und gleichzeitigem Unterminieren des Volksgedankens an zahllosen Stellen gewachsen gewesen wäre. *Weil es in der Vollendung und vor allem im Eigenbewußtsein ein wirkliches deutsches Volk noch*

gar nicht gab, nur deshalb letzten Endes war die Katastrophe von 1918 denkbar.

Und doch, was an ersten Anfängen des Werdens eines deutschen Volkes vorhanden war, das hielt stand; ja, es war sogar das einzige, was nicht zusammenbrach, trotz aller heimtückischen Unterminierungsversuche, trotz aller Lockungen und Drohungen von feindlicher Seite bis in unsere Tage hinein. Alte Throne stürzten, deutsches Wollen und Denken bröckelten ab, Parteihader zerfleischte und zerfleischt noch den Volkskörper, die undeutschesten Korruptionserscheinungen kamen und kommen als ekelhafte Geschwüre zum Vorschein, aber merkwürdig und Gott sei Lob und Dank: der politische Einheitsstaat vom 18. Januar 1871 hat sich behauptet und behauptet sich weiter. Ein deutsches Volk klaren bewußten politischen Wollens gibt es noch nicht, aber ein zwar vielfach unklares allgemeines Volksempfinden ist doch in den Jahrzehnten seit 1871 so mächtig geworden, daß es sich — als einziges — in diesem furchtbaren Unwetter behauptet hat. Und kein Parteiprogramm, auch das widernationalste nicht, wagt an diesem Empfinden zu rütteln. In diesem einen Punkte ist Bismarcks Geist selbst im rötesten deutschen Kommunisten lebendig und wirksam geblieben.

Wenn alle anderen Aussichten auf ein freies und starkes Deutschland von morgen fehlten, wenn noch weit mehr, als es schon der Fall ist, Krankheits-, Erschöpfungs- und Fiebererscheinungen das Sterben und den Untergang des deutschen Reiches möglich erscheinen

ließen, wenn noch so niederdrückend klar zutage liegt, daß es ein deutsches Volk im wahrsten Sinne des Wortes noch gar nicht gibt, so genügte doch die eine Tatsache zu zuversichtlichem Hoffen: Diese in nationaler Hinsicht so vollständig an sich selbst irre gewordenen Angehörigen des Deutschen Reiches haben in dunklem Selbsterhaltungsinstinkt sich doch allesamt mit der Kraft der Verzweiflung an den Reichsgedanken geklammert wie Schiffbrüchige an das umgestürzte Boot.

In diesem Instinkt lebt und quillt der Keim, aus dem einst ein deutsches Volk im wahren Sinne des Wortes erwachsen wird. Ein Volk, das in so verzweifelter Lage, in solchen Bedrängnissen von innen und außen, bei so unsicherem Hin- und Herschwanken zwischen den verschiedensten Weltanschauungen und Strömungen, bei Aufgabe so vieler innerer Werte, die nur ein Kranker oder Tobsüchtiger von sich wirft, doch mit zäher Festigkeit an seiner politischen Staatseinheit festhält, trotzdem es sie seit fünf Jahrzehnten überhaupt erst kennt und vorher Jahrhunderte hindurch nicht gehabt hat, in einem solchen Volke lebt, ihm selbst unbewußt, der unsterbliche Wille und vor allem auch die hervorragendste Befähigung, einst wirklich ein Volk mit geschlossenem politischen Willen zu werden.

Das aber genügt, damit ist das Werden eines Deutschland von morgen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 zu 1 gesichert.

Hier aber ist naturgemäß auch die Stelle, an der alle praktische nationale Arbeit einsetzen muß. Hier

ist gleichzeitig die Stelle, deren Beschädigung, von welcher Seite sie auch kommen mag, das größte nationale Verbrechen ist.

Förderung des Heranwachsens eines sich bewußten deutschen Volkes ist der Hauptgedanke aller nationalen Arbeit. Jeder Sonderwunsch, jedes Parteiprogramm hat sich diesem Gedanken unterzuordnen. Auch das Tempo der gesamten nationalen Innen- und Außenpolitik ist von der Rücksicht auf diesen Gedanken abhängig zu machen. Natürlich nicht in dem Sinne, daß die nationale Aufklärung und Widerlegung aller nationalwidrigen Bestrebungen lahmer oder auch nur zögernder betrieben werden soll. Das käme einem Ertöten des keimenden Volkwerdens gleich. Wohl aber muß scharf aufgemerkt und erkannt werden, wo bei sonst abweichender politischer Einstellung nationaler Wille und nationale Absichten sowie das Bewußtsein der Volksgemeinschaft vorhanden sind. Alle Gesichtspunkte, die in dem Kapitel „Kampf oder Verständigung" untersucht und gesichtet wurden, kommen auch hier zur Geltung, sind auch hier zu berücksichtigen.

In der Vorliebe der ausgesprochenen Nur-Partei-Politiker, im Namen „des deutschen Volkes" zu sprechen, obgleich sie ganz genau wissen, daß nur ein mehr oder weniger geringer Bruchteil des Volkes, meist nicht einmal alle Wähler, die ihnen als dem geringeren Uebel ihre Stimme gaben, hinter ihnen stehen, zeigt sich deutlich, wie nichtachtend der Nur-Parteipolitiker vom Volke als solchem denkt. Allerdings hat das tüchtige Volk vielfach auch nichts besseres verdient. Sind doch die meisten Wähler der Auffassung, daß mit

der Wahl ihre politische Tätigkeit erledigt ist. Das weitere ist Sache der Herren Volksvertreter. Ja, meist stehen die Wähler, in echtdeutscher Ehrfurcht angesichts des Titels, bescheiden und andachtsvoll vor dem „politischen Fachmann", den sie selbst gerade erst durch ihre Wahl zu einem solchen gemacht haben. Ausgesucht haben sie ihn sich meist gar nicht, sondern auf den Parteigeschäftszimmern hat man ihn als „brauchbar" befunden. Das Lebendigwerden eines wirklichen deutschen Volkes wird sich zunächst wahrscheinlich darin äußern, daß mehr und mehr *die Wähler selbst die Personen, die kandidieren sollen, bestimmen* werden. Ueberhaupt wird ein Erwachen des Volksbewußtseins naturgemäß zunächst einen heftigen Kampf gegen sämtliche Parteiorganisationen zur Folge haben. Wenn wir sahen, daß in der zweiten Hälfte des Mittelalters und der ersten der Neuzeit der Hausmacht- und Absolutismus-Gedanke der großen und kleinen Potentaten das Erstehen eines sich bewußten und politisch handelnden deutschen Volkes unmöglich gemacht hat, so haben wir heute eine ganz ähnliche Erscheinung. Hausmacht- und Absolutismusgedanken leiten auch in mehr oder weniger bewußter und in mehr oder weniger verschleierter Form die Parteien. Gewiß sind viele wohl des besten Willens, deutsche Politik zu treiben, aber die Ueberzeugung, daß sie allein den richtigen Weg erkannt haben, ist zu mächtig in ihnen, als daß sie imstande wären, den Machtgedanken auszuschalten. Den Machtgedanken im Sinne: Stärkung der eigenen Stellung auf Kosten aller anderen Parteien und Gruppen. Hat man schon einmal gehört oder gelesen, daß ein Parlamentarier oder ein Partei-Leitartikler

offen erklärt, daß etwas, was er gesagt oder geschrieben hat, von einem politischen Gegner widerlegt wäre und er daher seinen Irrtum zugebe? Der Fall dürfte selten sein*). Meines Wissens laufen die meisten Abgeordneten der gegnerischen Partei sogar aus dem Beratungssaal in die Restauration, wenn die andere Richtung das Wort hat. *Und das heißt dann Beratung eines Gesetzes.* Das läßt sich das sogenannte deutsche Volk von den Leuten, die es anstellt und gut bezahlt, gefallen! Wenn es ein sich seiner bewußtes Volk gäbe, würde es in dieser Hinsicht seine Herren Vertreter kontrollieren. Wozu eigentlich all die langen Reichstagsreden? Es steht ja doch von vornherein laut Fraktionsbeschluß fest, wie abgestimmt wird. Wenn es ein um sein Geschick besorgtes Volk gäbe, würde es Mittel und Wege finden, *seine Vertreter zu zwingen, einander aufmerksam zuzuhören und in den Gegenreden aufeinander einzugehen.* Wenn drei Brüder vor der Frage stehen, wie sie einen gemeinsamen und nicht teilbaren Besitz an Geld oder Gut verwalten lassen wollen, holen sie die verschiedensten Ansichten ein und wägen

---

*) Aber gerade weil solch ein Geständnis selten ist, sei hier erwähnt, daß hinsichtlich der Kriegsschuldfrage der *Sozialist Kautsky* einmal *aus freien Stücken ein Unrecht bekannt hat*, indem er schrieb: „Ich kann *hier das Geständnis machen, daß es eine Zeit gab, in der ich der deutschen (kaiserlichen) Regierung Unrecht tat* ... Ich war sehr überrascht, als ich Einsicht in die Akten bekam. *Meine ursprüngliche Auffassung erwies sich mir als unhaltbar!*" — —

Gerade als scharfer politischer Gegner Kautskys kann ich nicht umhin, diese erfreuliche Ausnahme festzustellen.

Der Verfasser.

rein sachlich die Für und Wider gegeneinander ab, wenn aber die Herren Reichstagsabgeordneten ein lebenswichtiges Gesetz für das deutsche Volk schaffen sollen, hört jede Partei nur zu, wenn ein eigener oder befreundeter Redner spricht. Der Ausfall der Abstimmung hängt nicht ab vom Abwägen dessen, was die Redner jeder Gruppe dafür und dagegen vorgebracht haben, sondern von der Vollzähligkeit der Anwesenheitsliste der einzelnen Parteien. *Und das angebliche Volk läßt sich das gefallen.*

Liebes deutsches Volk, du hattest zu Zeiten des Absolutismus im 16., 17. und 18. Jahrhundert Despoten, die ohne dich zu fragen bestimmten, was aus dir wurde. Ein einziger Mann entschied über das Schicksal „seines" Landes. Aber selbst ein Dummkopf oder Narr steht unter dem Druck der Verantwortlichkeit dessen, was er tut, in der Regel stärker, als ein größeres Konsortium, bei dem der einzelne nicht so leicht oder gar nicht zu fassen ist. Ueberlege einmal in diesem Sinne, liebes deutsches Volk, *ob du heute so viel besser dran bist, wo du rund 500 absolutistische Despoten hast*, die auch nicht im Traum daran denken, dich zu fragen, was du von Fall zu Fall wünschst. Es stimmen ohne Zweifel so und so oft die Fraktionen in einer Weise, die gerade vielen ihrer Wähler in keiner Weise zusagt.

Wie aber soll dem abgeholfen werden? Wie soll allgemein das Erstehen eines seines Willens bewußten deutschen Volkes zustande kommen?

Fürs erste durch umgehende *Abschaffung des Listenwahlsystems und Einführen der Persönlichkeitswahl.* In jedem Wahlkreise

stelle jede Partei (d. h. die Wähler der Partei) ihren Kandidaten auf. Er sage in erster Linie, was er innen- und außenpolitisch denkt und will. Ob er nun streng oder weniger streng auf das Programm seiner Partei eingestellt ist, das Wahlergebnis wird zeigen, wer das Vertrauen der Mehrheit des Wahlkreises hat. Vielleicht haben irgendwo für den deutschnationalen Kandidaten wegen seiner ganzen Persönlichkeit und seiner Ansichten und Absichten eine ganze Menge bisher sozialdemokratische Wähler gestimmt, während manche Deutschnationale ihm ihre Stimme nicht gegeben haben; ganz gleich, das Wahlergebnis zeigt auf jeden Fall mehr als heute den Willen des Volkes. Die Verbindung zwischen Volksvertreter und Wähler wird persönlicher, enger; der erste Schritt zu politischem Auftreten des Volkes selbst ist getan. Allerdings auf Kosten der Parteigeschlossenheit und der Parteidisziplin. Der oben erwähnte deutschnationale Abgeordnete wird seiner Fraktion ein etwas unbequemer Herr sein. Aber solche unbequemen Herren mit verdächtigen Verständigungsneigungen werden in allen Fraktionen sitzen. Und das Ergebnis wird ein weniger schroffes Abgrenzen der Parteien gegeneinander sein. Wäre das ein Unglück? Nein, im Gegenteil, ein Segen wäre es im Sinne sachlicher Beratung aller Entschlüsse und ganz besonders im Sinne der Erstehung eines politisch handelnden Volkes. Denn abgesehen von den geschichtlichen Ursachen des Umstandes, daß man von einem deutschen Volke als einer in sich geschlossen denkenden und handelnden Persönlichkeit noch gar nicht sprechen kann, hat die nach dem Umsturz verfassungsgemäß ins Ungeheuerliche gesteigerte Allgewalt der Par-

teien den Begriff deutsches Volk noch mehr zu einer rein äußerlichen Bezeichnung eines politisch-körperlich gar nicht vorhandenen Phantoms gemacht, als es vorher schon der Fall war.

Systematische Beschränkung der Parteibefugnisse und Parteigewalt ist eine Vorbedingung für das Erstehen eines greif- und fühlbaren deutschen Volkes.

Gerade im Sinne des nationalen Gedankens ist die Einschränkung aller Parteigewalten zugunsten des Volkes selbst sogar taktisch (nicht nur moralisch!) jetzt geboten. Wir hätten schon jetzt eine erheblich stärkere nationale Rechte im Reichstag wie im preußischen Landtage, wenn bei Herabsetzung der sogenannten Parteidisziplin-Gesichtspunkte mehr rein-nationale Persönlichkeitskandidaten zur Wahl gestanden hätten. Denn im Volke ist der nationale Gedanke rege und lebendig, er kann sich aber nicht ungezwungen äußern, solange der Wähler weiß, daß der Mann, der in der Versammlung zu ihm spricht und der seit langem ein Mann seines Vertrauens ist, entweder von der Partei gar nicht oder doch an aussichtsloser Stelle auf die Wahlliste gesetzt ist oder aber nachher im Reichstage ein willenloses Stimmvieh der Fraktion sein muß, wenn er bei der nächsten Wahl wieder kandidieren will.

Wer ist das deutsche Volk? Im heutigen Deutschland ein Sammelsurium von Wählern, die zwar vieles sehr gemeinsam glauben und denken, in ihrer politischen Auswirkung aber automatisch sich in 28 Gruppen auflösen, so daß ein deutsches Volk dann hinter nicht einem einzigen, weder innen- noch außenpolitischen, Entschluß mehr steht.

Die Zukunft aber wird vor Entschlüsse stellen, die, wenn sie durchführbar sein sollen, auch bei genialster und rücksichtslosester Führung zum mindesten eine so überwältigende Mehrheit hinter sich haben müssen, daß man von ihr als dem deutschen Volke sprechen kann. Wer auf ein Deutschland von morgen hofft und an seinem Aufbau mitarbeiten will, überlege daher vor allem, was geschehen und was unterlassen werden muß, damit wieder ersteht, was in den ersten Weltkriegsmonaten vorhanden war: *Ein greif- und fühlbares deutsches Volk!* Aber innerlich festgegründeter und in seinen Gliedern stärker zusammengewachsen muß es sein wie das vom August 1914. *Die Basis* haben wir in dem *nationalen Einheitsgedanken*, der selbst dem November 1918 standgehalten hat, *den Kitt und Mörtel im Erlebnis des Weltkrieges*.

# Beweis: Die Reichswehr

Daß mehr oder weniger sämtliche vorstehenden Kapitel bei vielen Lesern und wohl den meisten „prominenten“ und „führenden“ Politikern manches Kopfschütteln erregt haben werden, unterliegt kaum einem Zweifel. Daß die Radikalen rechts wie links toben werden, ist sicher. Aber auch die mir immer noch wohlgesinnten Freunde in der eigenen (deutschnationalen) Partei und allgemein im nationalen Lager werden manchen Seufzer über das „enfant terrible“ ausstoßen und vor allem einwenden, daß alle vorstehenden Forderungen und Vorschläge theoretisch vielleicht ganz schön klängen, in der politischen Praxis aber einfach nicht durchführbar seien.

Daß es in der zur Zeit herrschenden „politischen Praxis“ sehr schwer, vielleicht sogar in der Tat unmöglich sein wird, gebe ich ohne weiteres zu. „Politische Praxis“ ist aber nicht so zu bewerten wie das, was man sonst als Welt der Wirklichkeit oder praktisches Leben allen theoretischen Gedanken, Plänen und Vorschlägen entgegenzuhalten pflegt. So zum Beispiel den an sich teilweise theoretisch sehr schönen Forderungen und Bestrebungen der Pazifisten, Kommunisten und ähnlicher Weltbeglücker. Hierbei stehen den theoretischen Gedanken eben Wirklich-

keiten entgegen, die naturgegebene und mit dem ganzen Weltorganismus eng verwachsene und zusammenhängende Erscheinungen sind. Die sogenannte „politische Praxis“ aber, die sich den vorstehenden Ausführungen und Gedanken abwehrend und abschließend gegenüberstellt, ist nichts naturgegebenes. Diese politische „Welt der Wirklichkeit“ ist in Wahrheit vielmehr ihrerseits eine Theorie, wenn auch leider eine, die trotz aller natürlichen Widerstände als Praxis sich hat aufmachen und durchsetzen können. Sie ist aber trotzdem nichts naturentsprossenes, sondern eine rein menschliche Einrichtung. „Was Hände bauten, können Hände stürzen“; unmöglich ist es also nicht, wenn der Wille dazu vorhanden ist, die bisherige politische Praxis zu ändern oder zu beseitigen und ganz neues an ihre Stelle zu setzen. Einstweilen ist es allerdings noch z. B. „politische Wirklichkeit“, aber doch nur ein rein künstlich großgezüchteter Zustand, wenn bei einer Gesetzesberatung oder sonstigen Aussprache im Parlament jeder Redner in allen Punkten die Ansicht seiner Partei vertreten muß. Wenn man dagegen einwendet, daß abweichende Ansichten ja in den vorhergehenden Fraktionsbesprechungen vorgebracht und erörtert werden können, so ist dem entgegenzuhalten, daß man dann noch keinen Gegner über die Sache hat sprechen hören. Es ist zwar praktischer politischer Brauch geworden, bleibt aber trotzdem theoretischer Wahnsinn höchsten Grades, daß ein grundsatzfester Politiker sich unter keinen Umständen vom Gegner überzeugen läßt, es auf jeden Fall nie zugiebt. Nicht nur aus moralischen Gründen verwerflich, sondern, was für das Dasein des

Volkes und Staates viel schlimmer ist, ein hirnverbrannter Unsinn ist es, daß ein Parlamentarier ohne gelegentliche Lüge und Heuchelei einfach nicht politisch sich zu halten vermag. Daß ziemlich jede Partei, bevor sie ans Ruder kommt, Dinge und Taten fordert, preist oder verspricht, von deren Unausführbarkeit sie selbst überzeugt ist und an deren Verwirklichung sie auch gar nicht denkt, wenn sie Regierungspartei geworden ist. Bismarcks Größe gründete sich vor allem auf seinem nüchternen Wahrheitsgrundsatz, den er in die Innen- wie in die Außenpolitik eingeführt hat.

Damit soll nicht gesagt sein, daß ein Staatsmann immer die nackte Wahrheit reden müsse. Aber wenn er schon schwindelt, soll er es wenigstens wohlüberlegt und scharf durchdacht tun und nur in solchen Fällen, wo er vor sofortiger oder baldiger Entlarvung sicher ist. An ihrer maßlos dummen Verlogenheit krankt die „Revolution" von 1918 und alles, was sie „schuf". Das von uns erstrebte „Deutschland von morgen" wird genau so wacklig und lebensunfähig sein, wenn wir in gleicher Weise durch plumpesten Lug und Trug ihm zum Dasein verhelfen wollen. — —

Daß auch und gerade in unserer heutigen Lage nur nüchternster Wahrheitssinn unter Ausschaltung aller radikalen und gefühlsmäßigen Momente und Grundsätze lebensfähige und gemeinnützliche, also wirkliche nationale, Werte und Einrichtungen schaffen kann, beweist uns eine Betrachtung des einzigen positiven Machtgebildes, das in dem Deutschland der letzten sechs Jahre zustande gekommen ist, beweist uns

**die Reichswehr!**

Die Reichswehr ist für jeden nationalempfindenden Deutschen in der Tat einstweilen wohl die einzige Erscheinung, an der man als an etwas fertigem (wenn auch natürlich stetig weiter sich entwickelndem) seine ungetrübte Freude haben kann. Alles, was sonst aus Fleiß und rastlosem Eifer an nationalen Werten entstanden ist, berechtigt zwar zu einigen Hoffnungen, ist aber einstweilen noch so unvollendet, so verbesserungsbedürftig (wie wir sahen) und vor allem in sich selbst noch so wenig einheitlich, daß man auf jeden Fall die gerade Linie in der Bewegung noch nicht wahrnehmen kann.

*Die Reichswehr dagegen hat diese gerade Linie.* Diese „Söldnertruppe" ist in nationalem Sinne und realpolitisch betrachtet in fast noch höherem Maße, als es das frühere Volksheer war, *eine Auslese des deutschen Volkes* geworden. Denn in ihr sind all die Voraussetzungen erfüllt und die Grundsätze Wirklichkeit geworden, die auch das gesamte deutsche Volk (oder wenigstens eine entscheidende Mehrheit) leiten und bestimmen müssen, wenn es mit einiger Sicherheit einer besseren Zukunft entgegengehen will. Die Reichswehr könnte und sollte daher *als Modell für den Aufbau des „Deutschland von morgen"* dienen und benutzt werden. Wie sie zu einem solchen brauchbaren nationalen Modell geworden ist und inwiefern diese gänzlich unpolitische Organisation in Wahrheit *die realpolitischste nationale Bewegung im heutigen Deutschland* ist, wollen wir uns einmal klarmachen. Wobei ich ausdrücklich bemerke, daß ich jeden

Gedankenaustausch, jede vorherige Rücksprache über dieses Thema mit irgend einem Angehörigen der Reichswehr, unter deren älteren und höheren Offizieren ich natürlich noch viele nähere Bekannte habe, absichtlich unterließ.

Die *heutige* Reichswehr entstand nicht, als bald nach dem Umsturz dieser Name für die bewaffnete Macht eingeführt wurde, sondern nach dem Zusammenbruch des Kapp-Putsches im Frühjahr 1920. Bekanntlich war es die oberste Führung der Reichswehr, die damals gewissermaßen das Rückgrat dieses rechtspolitischen Staatsstreiches bildete oder wenigstens bilden zu können hoffte. Mehr oder weniger war in den ersten Jahren nach dem Umsturz die Reichswehr ohnehin eine rechtspolitische Gruppe gewesen. Wenigstens hinsichtlich des Offizierkorps. Und die Mannschaften standen schon wieder ziemlich geschlossen hinter ihren Führern, ohne selbst durchweg rechtspolitisch eingestellt zu sein. Ihnen genügte, daß sie ausreichend gelöhnt wurden und eine Verpflegung hatten, die in jenen Jahren auf jeden Fall erheblich über dem stand, was der Durchschnittsdeutsche zu essen bekam. Daß das Offizierkorps, vor allem die höheren Führer, national, also rechtspolitisch dachten, entsprach ihrer Vergangenheit und Erziehung; daß sie großenteils es für ihre Aufgabe hielten, gemeinsam mit den nationalen Parteien, wenn irgend möglich, wieder eine nationale Regierung ans Ruder zu bringen, ist begreiflich. Erstens standen sie noch stark unter dem Druck des beschämenden Gefühls, daß sie sich 1918 von der widernationalen „Revolution" hatten überrumpeln lassen, und zweitens waren die innerpolitischen Verhält-

nisse sowie Deutschlands amtliche Außenpolitik damals so verfahren und trostlos, daß ein möglichst baldiger, selbst gewaltsamer nationaler Eingriff wohl als vaterländische Pflicht erscheinen konnte. Die Stimmung in der damaligen Reichswehr war überwiegend ähnlich, wie sie heute noch in den radikaleren nationalen Parteien und Verbänden ist: Ungeduldig, drängend, leidenschaftlich und — — — etwas phantastisch. Dazu kam, daß in ziemlich enger Verbindung mit der Reichswehr immer noch einige Freikorps bestanden, die im Grunde genommen nichts weiter waren als radikal-nationale bewaffnete politische Verbände. Die Ehrhard-Truppe gab ja auch tatsächlich das Signal zum Ausbruch des Staatsstreiches.

Der Ausgang des Putsches hat gezeigt, daß die radikal-nationale Politik der Reichswehrführung und aller, die sich ihr anschlossen, verfehlt war. Daß der Putsch denkbar oberflächlich vorbereitet, schlecht geleitet und vor allem sogar unentschlossen und schwächlich geführt wurde, hat seinen schnellen Zusammenbruch beschleunigt. Aber abgesehen davon, wäre er wohl sicher, auch wenn diese Fehler vermieden worden wären, mißglückt, denn nicht allein die gesamte Arbeiterschaft antwortete mit dem Generalstreik, sondern nicht einmal das gesamte höhere Offizierkorps war mit dieser Betätigung radikal-nationaler Politik einverstanden. Selbst in Berlin, am Sitze der Reichswehrleitung, versagten mehrere hohe Offiziere dem General von Lüttwitz einfach die Gefolgschaft. Es ist hier ganz überflüssig, zu erörtern, ob sie darin im nationalen Sinne Recht oder Unrecht hatten; daß einige der tüchtigsten, gescheitesten und bewährtesten hohen Offiziere

den Gehorsam verweigerten, gibt auf jeden Fall zu denken. Es gehörte im übrigen am Morgen des 13. März in Berlin entschieden mehr Mut hierzu, als zum Anschluß an den allgemeinen Taumel. Genau so, wie es heute mehr Mut erfordert, in einer radikal-nationalen Vereinigung Mäßigung anstatt Sturm zu predigen.

Auf jeden Fall aber spielten die Leiter des Putsches Hasard, wenn sie sich vorher nicht vergewissert hatten, ob in ihrer Organisation wenigstens alle mitmachten. Eine ernste Lehre auch heute noch für alle Bewegungen, die von radikalen Gewaltakten träumen. Auch sie dürften unangenehme Ueberraschungen in ihren eigenen Reihen erleben, wenn es zum Klappen kommt.

Der mißlungene Kapp-Putsch hätte leicht zur Folge haben können, daß nach seiner Erledigung die Neuorganisation der Reichswehr nach restlos links-politischen Gesichtspunkten erfolgt und die Reichswehr nie, was sie heute ist, ein (und zwar das stärkste) nationales Element in Deutschland geworden wäre. Daß diese Gefahr vermieden wurde, danken wir verschiedenen Umständen:

Es blieb zunächst auch der von ihrer Flucht wieder nach Berlin zurückgekehrten Regierung, genau wie der Revolutionsregierung nach dem November 1918, wieder nichts anderes übrig, als, (wenn auch mit mürrischem Brummen), die Führung und Leitung der Reichswehr doch erneut den ehemaligen kaiserlichen (und innerlich nach wie vor nicht sonderlich überzeugt republikanisch gesinnten) Offizieren zu übertragen. Alles Geschrei der Linkspresse nach einwandfrei repu-

blikanisch begeisterten Truppenführern begegnete bei den verantwortlichen Regierungsleuten einem bedauernden Achselzucken. Woher sollten sie pupillarisch sichere Republikaner, die gleichzeitig tüchtige, erprobte und erfahrene militärische Fachleute waren, nehmen?! Sie waren in nennenswerter Zahl einfach nicht vorhanden. Die Generale v. Deimling, v. Schönaich allein genügten schließlich denn doch nicht zur Führung von 100 000 Mann. Man mußte also wohl oder übel von neuem das Wagnis übernehmen, Persönlichkeiten einzusetzen, von denen man nur hoffen konnte, daß ihr realpolitischer Blick und ihre kühle Vernunft sie von Unternehmungen abhalten würde, deren letztes Ziel ihnen an und für sich rein gefühlsmäßig natürlich genau so sympathisch war, wie ihren Vorgängern, die diesem Gefühl nachgegeben hatten.

Diese Hoffnung der neuen Regierung erfüllte sich. Die neuen maßgebenden Persönlichkeiten an der Spitze der Reichswehr haben sich in der Tat als allernüchternste Realpolitiker erwiesen.

Die nationalen Strömungen in Deutschland, wenigstens einige radikale, haben es der Reichswehr, insbesondere ihrem verantwortlichen obersten Führer, manchmal nicht leicht gemacht, seine Realpolitik durchzuführen. Es hat zuweilen in gewissen Blättern nicht an den gehässigsten Angriffen und sogar Versuchen gefehlt, die Offiziere und Mannschaften an ihrer obersten Führung irre zu machen. Ein trübes, aber lehrreiches Beispiel, zu welchen Verirrungen jeder Fanatismus führt, selbst wenn die redlichsten vaterländischen Gefühle ihm zugrunde liegen.

Denn Verirrungen waren es: Genau so, wie ein nationaler Fanatiker bisher, jetzt noch und in der Regel überhaupt immer nicht der geeignete Führer eines großen Volkes ist, genau so und in noch erhöhtem Maße war es 1920 *höchste Zeit geworden, daß Deutschlands kleine bewaffnete Macht nicht mehr nach Gesichtspunkten politischer Leidenschaft, sondern abseits des politischen Kampfes nach rein nationalen und militärischen Grundsätzen organisiert und geführt wurde.*

Der Gedanke, der nach der Revolution und bis zum Kapp-Putsch leitend gewesen war, nämlich die Reichswehr zu einem, und zwar dem entscheidenden Teile der nationalpolitischen Bewegung zu machen, war zwar damals verständlich gewesen, die Praxis hatte aber gezeigt, daß dieser Gedanke doch irrig war. Er hätte vielleicht zu einem nationalen Erfolge geführt, wenn nationales Denken und nationale Politik Begriffe gewesen wären, die in allen Einzelheiten ihrer Betätigung, ihrer Aufgaben und Ziele unumstritten festgestanden hätten. Das war aber und ist auch heute noch nicht der Fall! *Wir haben noch gar keine einheitliche nationale Bewegung,* sondern wir haben lediglich eine (leider viel zu große) Anzahl der verschiedensten nationalen Strömungen und Abstufungen. Und zwischen diesen verschiedenen Strömungen herrschen manchmal noch recht starke Gegensätze. Eine nach national*politischen* Gesichtspunkten organisierte, geführte und geistig durchtränkte Reichswehr müßte daher entweder das Anhängsel einer ganz bestimmten Partei werden, oder aber sie

wäre selbst gewissermaßen ein verkleinertes Spiegelbild des heutigen nationalen Deutschland mit all seinen inneren Verschiedenheiten, Gegensätzen und dauernden Verschiebungen. Daß beide Zustände für die bewaffnete Macht eines Staates einfach unhaltbare sind, daß unter beiden Umständen die Reichswehr niemals ein in sich geschlossener einheitlicher Kraftfaktor hätte werden können, bedarf keines langatmigen Beweises. Wenn die Reichswehr solch ein wahrhaft nationaler Kraftfaktor werden sollte, mußte sie daher zunächst einmal restlos *von jedem politischen Bazillus befreit, mußte sie eine Arbeitsgemeinschaft werden*, die auch dem nationalen Ansichts- und Auffassungsringen entzogen, die aus dem ganzen Wust und Hader der nachrevolutionären Zeit herausgelöst wurde, für die es weder revolutionäre, noch reaktionäre Fragen gab, — — kurz eine Arbeitsgemeinschaft, die

**nur den Dienst für das Vaterland**

kannte.

Ob den Organisatoren unserer heutigen Reichswehr die vorstehenden Gedanken und Erwägungen, bevor sie an ihre Arbeit gingen, in allen Einzelheiten so vorgeschwebt haben, weiß ich nicht. Ihr Verhalten ist jedenfalls unentwegt in dieser Linie festzustellen gewesen, und der Erfolg hat gezeigt, daß sie damit *wahrhaft vaterländisch* gehandelt haben.

Es ist ohne Zweifel anzunehmen, daß auch unter den heutigen Reichswehr-Offizieren und Mannschaften, die doch auch (und schlimm wäre es, wenn es anders wäre, aber es ist nicht anders!) vielseitig denkende und angesichts unserer vaterländischen Not

sich mehr oder weniger leidenschaftliche Gedanken machende Menschen sind, daß unter ihnen also auch die verschiedensten persönlichen Anschauungen und Richtungen vertreten sind. Aber diese Meinungsverschiedenheiten wirken sich nicht in Kampf und Hader aus, sondern alle diese Kräfte wirken lediglich in praktischer Arbeit im Rahmen des Berufs an dem großen nationalen Werk.

Gibt das nicht zu denken? Könnten und sollten, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, nicht alle nationalen Strömungen diese in der Armee herrschenden und bewährten Grundsätze sich ebenfalls zu eigen machen? Gewiß, der in der deutschen Reichswehr in jeder Hinsicht wieder aufgelebte unpolitisch militärische Geist des alten deutschen Heeres, im Verein mit einer eisernen Disziplin, hat das Entpolitisieren der Reichswehr erzwungen. Wer sich nicht gefügt hätte, wer seine politische Leidenschaft nicht hätte bändigen können, wäre einfach geflogen.

Aber sollte in nationalen Kreisen eine solche nationale Disziplin denn nicht auch möglich sein?

Wir haben einigermaßen scharfe Disziplin in der nationalen Bewegung leider nur bei einigen ganz radikalen Gruppen. Es ist eine immer wiederkehrende Erscheinung, daß in freiwillig sich zusammenschließenden Gemeinschaften mit gewählter Führung die Disziplin meist um so kräftiger gehandhabt wird, je radikaleinseitiger das leitende Programm ist. Elastischere politische Programme haben vielfach zur Folge, daß die Führung auch ihren Gefolgsleuten gegenüber „elastischer" ist und vor allem radikalen Neigungen

im eigenen Lager zu schüchtern und nachsichtig gegenübertritt. Das braucht aber keineswegs so zu sein, und es muß auf jeden Fall anders werden. Gerade die nichtradikalen nationalen Strömungen und Verbände, gerade die Träger des Gedankens der nationalen Verständigung und der Ueberwindung des Parteigeistes sollen und müssen mit eiserner Strenge ihren großnationalen Charakter zu wahren wissen. Daß es möglich ist, zeigt in der Vollendung die von jedem unfruchtbaren Radikalismus wie allgemein jeder Parteipolitik gereinigte Reichswehr. Allerdings fehlen der Führung eines freiwilligen Vereines die Machtmittel eines Truppenbefehlshabers. In solcher Vollendung wird es daher kaum zu erreichen sein, eine nationale Vereinigung zu einer gänzlich überparteilich-nationalen Macht zu gestalten, wie es die Reichswehr geworden ist. Aber der Wille, einen nach den Grundsätzen der Reichswehr organisierten und geleiteten großen überparteilich-nationalen Zusammenschluß zustande zu bringen und gewissermaßen als recht beachtenswerte

**nationale Reserve der Reichswehr**

aufzustellen, dieser Wille sollte endlich irgendwo rege und merkbar werden. Versuche in diesem Sinne wurden schon mehrfach gemacht, aber immer gestört und aufgehalten durch törichte radikale Widersetzlichkeiten und Intriguen. Es gibt leider noch recht viele Deutsche, die sich für die besten, ja für die allein wahrhaft nationalen Politiker halten, in der Praxis ihrer Leidenschaft aber Torheiten begehen, deren Wirkung sich von der des bewußt nationalwidrigen Bestrebens linksradikaler Kreise wenig oder gar nicht unterscheidet.

Wie zur Zeit am wirksamsten nationale Politik getrieben werden muß, zeigt uns jedenfalls die aus jeder Politik herausgelöste Reichswehr.

Sie pflegt den nationalen Gedanken und die treue Erinnerung an unsere große geschichtliche Vergangenheit, aber sie lenkt nicht mit unnötig lautem Geschrei die Aufmerksamkeit des feindlichen Auslandes auf uns. Sie tut in ihrem praktischen Dienst das Menschenmöglichste, um einigermaßen die militärische Kraft zu ersetzen, die das Versailler Diktat uns genommen hat, hält sich aber, da jetzt einfach nichts dagegen zu machen ist, an die festgelegten Bestimmungen. Ihr Offizierkorps und insbesondere ihre Führung steht unzweifelhaft (warum etwas umgehen und ängstlich verschweigen, was jedermann weiß?!) auf dem Boden einer im allgemeinen rechtspolitischen Weltanschauung, trotzdem aber mit ihrem seit fünf Jahren leitenden demokratischen Ressortminister in fruchtbarer Zusammenarbeit. *Gerade dieser letztere Fall gibt in mehr als einer Hinsicht zu denken.* Des Reichswehrministers nationale Denk- und Handelsweise steht unwidersprochen fest. Es ist doch aber kaum anzunehmen, daß er der einzige weiße Rabe in seinem politischen Lager ist. Wohl aber wäre es denkbar, daß auch er unwillkürlich vom großnationalen Gedanken ab- und in sein rein parteipolitisches Lager hineingedrängt worden wäre, wenn die leitenden Militärs ihm ihrerseits mit parteipolitischer Voreingenommenheit entgegengetreten wären und der praktischen Zusammenarbeit Schwierigkeiten in den Weg gelegt hätten. *Der Leser ziehe selbst daraus die logischen allgemein-politischen Schlußfolgerungen.*

Entschlossene Ueberwindung aller parteipolitischen Einseitigkeiten, jedes Radikalismus und aller mit der gesunden Vernunft und dem Zwang der Wirklichkeit in Widerspruch stehenden Gefühlsmomente hat die Reichswehr zu dem gemacht, was sie heute ist:

*der einzige unanfechtbar feststehende, für eine großzügige nationale Politik daher jederzeit verwendbare nationale Machtfaktor,*

den wir in Deutschland haben. Nicht leidenschaftliche Propaganda eines bestimmten Parteiprogramms, nicht erbitterter Kampf der Meinungen widereinander, nicht der im Parteileben so beliebte Grundsatz, 100 Prozent zu fordern, um 25 Prozent zu bekommen, nicht große Traumideen wirklichkeitsfremder Ideologen haben sie zu dem gemacht, was sie heute ist, sondern *stille ruhige Arbeit von Schritt zu Schritt*, von Fall zu Fall, das Zusammenfassen aller brauchbaren Kräfte und *nüchternste Realpolitik.*

*Auch das Deutschland von morgen kann nur nach diesen Gesichtspunkten aufgebaut werden.* Aehnlich wie die Reichswehr müßte auch *das gesamte deutsche Volk* in gewissem Sinne zunächst einmal *entpolitisiert werden.* Das heißt insofern, daß es lernt, die wenigen grundlegenden nationalen Daseinsfragen außen- und innenpolitischer Art zu erkennen, auf die jeder bewußt vaterländisch und volklich empfindende Mensch die gleiche Antwort hat, ob er nun Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, Landmann oder Städter ist, und ganz gleich, ob seine geistige und seelische Entwicklung ihn

mehr zu dieser oder mehr zu jener Partei hinzieht. Welchen Sinn hat es eigentlich, daß sämtliche Parteien (mit Ausnahme der offiziell verbündeten) geradezu wütend sind, wenn die anderen eine Erkenntnis zeigen, die sie selbst haben?! Tatsächlich ist es doch so! Einen echten Sozialdemokraten bost nichts mehr, als wenn ein Konservativer soziales Empfinden zeigt, und ein recht fanatischer Rechtspolitiker ist wütend, wenn ein Sozialdemokrat nationale Ansichten äußert. Unter allen Umständen heißt es dann, der andere heuchelte. Und nicht nur die Parteien, zu deren Geschäftsbräuchen ja nun einmal ein gewisser Grad bewußter Unehrlichkeit und Verlogenheit anscheinend unabänderlich gehört, leitet dieser kindisch-irrsinnige Drang, unter allen Umständen die Unterschiede zu betonen und zu vertiefen, sondern auch im täglichen Leben der Einzel-Deutschen überwiegt die sadistische Lust, politische Gegensätze auszuspielen und zu verschärfen.

Das Ausschalten der Geistes- und Gemütsunterschiede und der Ausgleich zu gemeinsamer und nutzbringender Arbeit ist in der Vollendung einzig und allein in der Reichswehr vorhanden. Nun meint man vielleicht, das sei auch nur im militärischen Rahmen möglich, auf jeden Fall nicht im Rahmen politischen Arbeitens. Ich bestreite das! Der Politiker braucht nur sinngemäß zu tun, was er nach seinen Beteuerungen angeblich ja tun will: Dem Vaterlande dienen, und er ist (natürlich mit gewissen Einschränkungen) in der gleichen Lage wie ein Offizier oder Soldat der Reichswehr. Dieser muß sich jeder parteipolitischen

Stellungnahme oder Betätigung enthalten, weil nur dann das Ganze eine in sich geschlossene nationale Macht sein kann. Ganz ähnlich aber müßte der nationale Politiker zum mindesten seine rein auf Ansichtsgründen beruhenden Sonderwünsche beiseite stellen, wenn jemals ein geschlossen nationalpolitisches Ganzes zustandekommen soll. „Ein Mann von Charakter kennt keine Kompromisse und darf seine Ueberzeugung nicht aufgeben?" — Ja, nach diesem Grundsatz wäre die heutige starke und zu schönsten Hoffnungen berechtigende Reichswehr nie zustande gekommen. Wer dem Vaterlande zuliebe nicht auch auf restlose Durchsetzung seiner sogenannten „Ueberzeugung" (meist ist das ja nur eine Maske der Eitelkeit oder Selbstüberhebung) verzichten will, der hat jedenfalls keinen Anspruch auf den Namen eines nationalen Mannes.

Ich sprach von gewissen grundlegenden nationalen Daseinsfragen außen- und innenpolitischer Art, über die alle nicht ausgesprochen vaterlandsverleugnenden Richtungen letzten Endes durchaus einer Auffassung seien. Nun wohl, die Arbeit an diesen Fragen ist für den nationalen Politiker oder national-politisch arbeitenden Staatsbürger genau dasselbe wie für den Reichswehrangehörigen sein militärischer Dienst. Er und alle seine Kameraden tun ihn gemeinsam und geschlossen, ganz gleich, welche Zeitung der einzelne nachher außer Dienst liest. Genau so wäre bei gutem Willen geschlossenes Arbeiten an den grundlegenden nationalen Fragen möglich, ganz gleich, wel-

chen Standpunkt die einzelnen Politiker in den anderen Nebenfragen vertreten und verteidigen. Was die eiserne Disziplin bei der Reichswehr ermöglicht hat, könnte bei gutem Willen und ein bißchen Selbstüberwindung eine freiwillige nationale Disziplin ebensogut schaffen.

Selbstüberwindung, diese Tugend ist es, die im nationalen Leben des heutigen Deutschland noch recht wenig zu spüren ist. In der Vollendung dagegen zeigt sie das Offizierkorps der Reichswehr. Mögen gewisse Leute verständnislos den Kopf schüttelnd fragen, wie die älteren ehemaligen Offiziere des alten kaiserlichen Heeres sich mit allen Dingen und Pflichten abfinden können, die jetzt in ihrer Eigenschaft als Offiziere der republikanischen Armee an sie herantreten; das Vaterland kann ihnen dafür nur dankbar sein.

Aber entscheidender Gewinn wird dem Vaterlande daraus nur dann erblühen, wenn die Reichswehr gerade hierin ein Muster und Beispiel wird, dem sämtliche nationalen Bewegungen, Strömungen und Parteien nacheifern. Wir sehen an der Reichswehr, wie einzig und allein realpolitisches Denken, verbunden mit parteifrei-nationalem Handeln und gleichzeitigem Anknüpfen an die unvergänglichen Werte unserer großen geschichtlichen Ueberlieferung, die Grundsteine liefern, auf denen ein starker neuer Reichsbau errichtet werden kann. Kein nationaler Politiker, kein vaterländischer Deutscher kann angesichts dieses Beispiels mehr im Zweifel sein, was er zu tun hat, um weitere Bausteine zur Errichtung des Deutschland von morgen heranzuschaffen und aufeinanderzuschichten.

# Nationale Außenpolitik

So unwiderlegbar und notwendig die Erkenntnis auch ist, daß Deutschlands innerpolitische Gesundung im nationalen Sinne zunächst unbedingt die Grundlage herstellen muß, auf der alle weiteren Gedanken, Pläne und Maßnahmen für die Zukunft aufgebaut werden können, so dürfen wir doch darüber nicht vergessen, daß die endgültige Auferstehung des „Deutschland von morgen“ ganz allein aus eigener Kraft und etwa gar „der ganzen Welt zum Trotz“ schwerlich jemals erzwungen werden kann. Das Dichterwort vom „Starken“, der „am mächtigsten allein“ ist, ist wohl nie so zu verstehen, daß der „Starke“ auch gegen eine unbegrenzte Zahl von aktiv auftretenden Feinden sein Recht und seinen Willen durchsetzen könnte. Heutzutage ist doch selbst Englands „splendid isolation“ durch die Technik zur schönen Erinnerung geworden. Und nun vollends Deutschland? Romanschriftsteller mögen gläubige Gemüter in Rauschträume versetzen über die erlösende Gewalt deutschen Erfindergeistes, der uns eines Tages zu Herren über alle feindlichen Heere macht. In der rauhen Wirklichkeit gibt es solche Wunder leider nicht. Nehmen wir sogar einmal an, in irgendeiner deutschen Gelehrtenwerkstatt gelänge wieder

eine unerhörte neue Erfindung; — — — von dem Augenblick an, wo wir von ihr Gebrauch machen, würden höchstens zwei bis drei Wochen vergehen, dann hätten die Gegner sie ebenfalls. Das lehrt die Erfahrung aller Zeiten, die des letzten Krieges am deutlichsten. Man machte uns in Bälde alles nach.

Was daher auch kommen mag, so lange aktiv oder halbaktiv die gesamte übrige Kulturwelt uns als Feind gegenübersteht, ist an irgendeine gewaltsame Befreiung von den uns auferlegten Ketten schwerlich zu denken. Es ist daher kein zu frühzeitiges Vorausverfügen, wenn wir neben unserer grundlegenden innerpolitisch-nationalen Gesundungsarbeit schon beizeiten uns klarmachen, welche Aenderungen in der während des Weltkrieges (aus der allgemeinen Furcht vor dem deutschen Riesen) entstandenen deutschfeindlichen Staatenverbindung wohl zu erwarten sind, sowie ob und wie wir für uns praktischen Nutzen daraus ziehen können; ob wir vielleicht sogar beim Zerbröckeln dieses feindlichen „Konzerns" der Weltkriegsjahre etwas nachhelfen können.

Zu der letzten Frage sei von vornherein betont, daß diese an sich jeden nationalen Außenpolitiker natürlich sehr verlockende sofortige Aktivität allemal ein gefährliches, zweischneidiges Unternehmen ist. Die Veröffentlichungen gewisser Briefe aus der Vorkriegszeit geben uns in dieser Hinsicht ernste Lehren. Sie sollten Rußland und England auseinanderbringen, indem Englands russenfeindliche Absichten bloßgelegt wurden, und erreichten ungefähr das Gegenteil. Noch schwieriger wäre es heute, von deutscher Seite aus aktive, wenn auch noch so heimliche Versuche zu machen,

den Ententeblock zu sprengen. „Man merkt die Absicht und man wird verstimmt — —“ auf der anderen Seite, und das feindliche Bündnis knüpft sich aufs neue fester als zuvor zusammen.

Es ist daher einstweilen entschieden ratsamer, die Disharmonien bei den Entente-Freunden von gestern (und heute noch??) aus ihren eigenen inneren Notwendigkeiten heraus automatisch entstehen und sich ausreifen zu lassen. Daß sie auch ohne planmäßige mittel- oder unmittelbare Einwirkung von deutscher oder sonst einer Seite sich bilden, häufen und verschärfen werden, dafür bürgt die Sicherheit, mit der alle normalen Naturerscheinungen eintreten. Unsere Aufgabe (die allerdings mit zu unseren Lebensfragen gehört und daher unter allen Umständen erkannt und gelöst werden muß) ist es lediglich, keine Gelegenheit zu verpassen. Hierzu gehört allerdings, mehr als je zuvor, recht vielerei. Zunächst genügt auch in diesem Punkte und vor allem in einer Lage wie der unserigen nicht mehr das ohnehin sehr von Glück und Zufall abhängende Vorhandensein eines die Situation besonders stark beherrschenden oder gar genialen außenpolitischen Staatsmannes, sondern unter allen Umständen muß ein einigermaßen verständnisvolles Volk, zum mindesten in starker Mehrheit, hinter dieser wachsamen Außenpolitik seiner Regierung stehen. Nur dann wird ihre praktische Durchführung gewährleistet sein. Als ein Teil der „Deutschnationalen Volkspartei“ im Herbst 1924 gegen aller Deutschnationalen tiefinnerste Ueberzeugung und Auffassung hinsichtlich wahr-

haft nationaler Außenpolitik dennoch es für geboten hielt, die Annahme des Dawes-Gutachtens herbeiführen zu helfen, da geschah dies in der Hauptsache aus der trüben Erkenntnis heraus, daß der allgemeine Geistes- und Seelenzustand der Mehrheit des deutschen Volkes den unausbleiblichen wirtschaftlichen und politischen Folgen einer Nichtannahme einfach nicht gewachsen sein würde. Dieser Grund ist der einzig stichhaltige für das damalige viel geschmähte Verhalten der Partei; der einzige, aber dafür auch einer, dem sich kein Realpolitiker verschließen kann. Was seit Jahrzehnten an der Heranbildung des deutschen Volkes zu bewußtem national-außenpolitischem Denken versäumt, was nach dem Umsturz in entgegengesetzter Richtung noch dazugesündigt worden ist, wird noch lange, auch eine reinnationale Regierung, zu mancher unfreiwilligen Abschwächung ihrer Außenpolitik nötigen. Auch der genialste Feldherr muß sein Wollen und Können zunächst dem Ausbildungsgrad der Truppe anpassen, in dem er sie übernimmt.

Wenn keine Gelegenheit verpaßt werden soll, muß daher auch in möglichst weiten Kreisen des Volkes ein urteilsfähiger Blick für solche Gelegenheiten und allgemein für außenpolitische Konstellationen vorhanden sein.

Das Erkennen nutzbarer Gelegenheiten ist nur möglich, wenn der Blick von vornherein und dauernd vorzugsweise dahin gerichtet ist, von wo solche Gelegenheiten überhaupt denkbar sind. Es gibt zwar auch

und gerade in der Außenpolitik ganz unvorhergesehene Fälle, die den Verlauf der Geschehnisse gänzlich anders gestalten, als man es sich gedacht hatte, und verloren ist dann der Staatsmann und der Staat, der sich in solchem Fall von dem einmal entworfenen Programm nicht freimachen kann. Aber erstens hebt diese Möglichkeit gänzlich neuer Lagen nicht die Notwendigkeit des Vorausdenkens (nicht Vorausdisponierens!) auf, und zweitens bestehen für jedes Volk und jeden Staat, der sich unter allen Umständen die Freiheit des Handelns wahren will, gewisse Daseins-Grundbedingungen, die er keiner Konstellationsüberraschung opfern kann. In dieser Hinsicht und überhaupt allgemein für die Außenpolitik unserer Gegenwart und nächsten Zukunft ist ein Studium der Außenpolitik des Großen Kurfürsten besonders lehrreich.

Aller menschlichen Berechnung nach dürfte es unter allen Umständen verfehlt sein, von deutscher Seite die Möglichkeit einer Konstellation ins Auge zu fassen, bei der auf der einen Seite Deutschland mit Frankreich gemeinsam einer anderen Mächtegruppe gegenüberstände. Der Gesichtspunkt einer mehr als tausendjährigen Erbfeindschaft soll dabei gar nicht näher beleuchtet werden, obgleich er, allem spöttischen Achselzucken zum Trotz, wahrhaftig nicht so sinn- und belanglos ist, wie Pazifisten, demokratische Frankophilen und eine kleine industrielle Interessengruppe bei uns ihn unausgesetzt darzustellen suchen. Selbst wenn diese Leute recht hätten, bleibt es Tatsache, daß auch mit den klarsten „Vernunftgründen" (?) der Völkerpsyche nicht so leicht beizukommen ist. Aber möglich wäre immerhin die Erwägung dieses Gedankens gewesen

— — — vor dem letzten Kriege. Ich will den Vertretern dieses Planes sogar so weit entgegenkommen, daß ich eine Beratung und Verständigung in jenen Tagen über die lothringische Frage, als damals des Durchdenkens wert, nicht grundsätzlich von der Hand weisen will, vorausgesetzt, daß ganz unschätzbare Gegenwerte uns dabei in Aussicht gestanden hätten. Sogar der Krieg selbst hätte — wenigstens ist es denkbar — zu dieser Erwägung führen können, wenn Deutschlands Siege in den ersten Wochen den Krieg entschieden hätten oder vielleicht auch noch, wenn der Krieg später beigelegt worden wäre unter der Formel, daß es weder Sieger noch Besiegte gegeben hätte. Aber alle diese früheren Möglichkeiten hat das Versailler Diktat verschüttet. Verschüttet für immer, oder doch für unabsehbare Zeiten. Auch hierbei sei, so bedeutungsvoll es auch wiederum mitspricht, das gefühlsmäßige Moment ganz beiseite gelassen. Es sei sogar in Rechnung gezogen, daß Deutschland hochherzig genug sein könnte, die weltgeschichtlich ohne jeden Vorgang dastehenden Peinigungen und Drangsale nach 1918 zwar nicht zu vergessen (nein, das zu verlangen wäre eine neue Schmach!), aber zu vergeben oder doch die Akten darüber zu schließen. Nehmen wir also einmal an, dies wäre möglich aus Gründen einer alle Gefühle und Seeleneindrücke ausschaltenden Realpolitik, vorausgesetzt natürlich, daß der Gallier frei- und gutwillig uns die Versailler Schlinge vom Halse nähme.

Aber was hieße denn in solchem Fall Abnehmen der Versailler Schlinge? Selbstverständlich lediglich „Revision" des Versailler

Vertrags. Revision zwecks Beseitigung all der Bestimmungen und Paragraphen, die diesen „Vertrag“ zu einer Teufelei machen, wie sie noch kein Vertrag, auch das härteste Siegerdiktat nicht, dem unterlegenen Gegner zugefügt hat. *Könnte das denn aber genügen, um die Anbahnung eines deutsch-französischen Zusammengehens möglich zu machen? Nun und nimmer, es sei denn, wir verzichteten dann freiwillig für alle Zeiten auf die grundlegendsten Voraussetzungen unserer nationalen Zukunft. Diese liegen in Deutschlands Ostmark*, und hier wird Frankreich stets unser Widerpart sein.

Die Forderung auf Rückgabe sämtlicher Gebiete, die seit Jahrhunderten erworbene, anerkannte und zudem für ein vollständiges Deutschland einfach unentbehrliche Glieder unseres Staats- und Volkskörpers sind, kann kein deutscher Staatsmann aufgeben, der nicht den Fluch unserer Kinder, Enkel und Urenkel an seinen Namen und an sein Grab bannen will. Sprechen wir es darum ohne Scheu und Verschleierung aus, denn Deutschlands Zukunft ist hoffnungslos, so lange unser Volk vor *diesem Gedanken nationalen Machtrechtes* zurückschreckt: *Das Fortbestehen des durch den Versailler „Vertrag“ geschaffenen polnischen Staates in seinem heutigen Umfange ist für die Dauer ausgeschlossen im Sinne einer nationalen Politik auf deutscher Seite.* Was von deutschem Boden und deutschem Kulturgebiet dem weißen Adler zur

Beute gefallen ist, muß eines Tages rest- und bedingungslos an Deutschland zurückgegeben werden! Diesen einen grundlegenden Teil unserer nationalen Außenpolitik mit Rücksicht auf unsere heutige Machtlosigkeit unausgesprochen zu lassen, hätte gar keinen Zweck. Mögen unsere Feinde solch Bekenntnis propagandistisch ausschlachten. Wer dauernd unser Feind sein und bleiben will und wird, setzt diese deutsche Forderung doch als selbstverständlich voraus, auch wenn wir das Gegenteil beteuerten und wenn auch jede nichtnationale Regierung in Deutschland tatsächlich gar nicht daran dächte. Der Nachteil, der aus der propagandistischen Ausschlachtung solches Bekenntnisses entstehen könnte, fällt daher kaum ins Gewicht. Er ist dabei aber unter allen Umständen in Kauf zu nehmen, weil die Erkenntnis dieses einen nationalen Ziels gar nicht frühzeitig genug Gemeingut des gesamten deutschen Volkes werden kann. Wir wissen doch, wie schwerfällig-gewissenhaft der Durchschnittsdeutsche vor allem zurückschreckt, was irgendwie nach „Eroberung" aussieht. Es muß daher der Volksgemeinschaft klar werden, daß wir ohne Durchsetzung dieses Rechtsanspruchs auf unsere Ostmark für die Dauer einfach nicht leben können. Seine wirtschaftliche und politische Begründung unter Beifügung allen Beweismaterials des geschichtlichen Rechts (da der Deutsche ja nun einmal aus seiner gar zu rechtsempfindlichen Haut nicht heraus kann) muß in volkstümlichen Schriften und Aufsätzen immer und immer wieder dem

Volk in Hirn und Sinn gehämmert werden. Und zwar heute schon!

Aus der Erkenntnis dieser deutschen Lebensnotwendigkeit heraus aber ergibt sich, wenn alle anderen Schwierigkeiten zu überwinden wären, *die völlige Aussichtslosigkeit des Gedankens an eine Konstellationsveränderung mit einer deutsch-französischen Gruppe!* Wenigstens sehe ich auch nicht einen Schimmer der Möglichkeit, daß Frankreich jemals freiwillig die Ostpolitik Deutschlands anerkennen und zur Betätigung Polen gegenüber kommen lassen wird.

Dieser eine außenpolitische Gesichtspunkt ist von solcher Wucht und Unverrückbarkeit, daß wir alle sonstigen Garne, die wir in so reicher Fülle noch mit Frankreich zu spinnen hätten, hier unerwähnt lassen können. Der eine Grund genügt, um alle Versuche zur Schaffung einer deutsch-französischen — — sagen wir selbst nur Interessengemeinschaft, als *das Gegenteil nationaler Außenpolitik* festnageln zu können.

Um so mehr liegt dagegen eine Interessengemeinschaft auf der Hand zwischen *Deutschland und Rußland.* Einer ihrer Hauptgründe knüpft zunächst auch wieder an die soeben schon erörterte *polnische Frage* an. Genau so wuchtig und unverrückbar, wie der deutsch-französische Gegensatz (neben vielem anderem) in dem Vorhandensein des polnischen Staates, wie ihn der Versailler Vertrag schuf, begründet ist, genau so offensichtlich steht die *Uebereinstimmung Deutschlands und Rußlands in*

der Ablehnung dieses Staatsgebildes fest.

Zwar handelt es sich bei Rußland nicht so sehr um kulturelle Rechtsansprüche; die Frage des früheren Russisch-Polens sei als mehr rein russische Frage überhaupt nicht näher erörtert, wohl aber ist es genau so eine deutsche wie eine russische Lebensfrage, daß in die zwischen beiden Ländern errichtete polnische Mauer zum mindesten eine genügend breite Lücke gerissen wird.

Das politische und wirtschaftliche Zusammengehen zweier Länder und Völker dürfte wohl kaum irgendwo auf dem Erdball sich als so naturgegeben und selbstverständlich darstellen, wie es hinsichtlich Deutschlands und Rußlands zutage liegt. Nie ist ein Krieg sinnloser und in beider Länder Interesse selbstmörderischer gewesen, als der zwischen diesen beiden Staaten. Er wäre auch nie zustande gekommen, wenn den Intriguen Edwards VII. nicht Unklugheiten der deutschen Diplomatie, die ungeheuere finanzielle Verschuldung Rußlands gegenüber Frankreich und die jedes Maß überschreitende panslawistische Gefühlspolitik ränkevoller Großfürsten zu Hilfe gekommen wären. Rußlands berechtigtes Drängen nach einem eisfreien Hafen stieß und stößt nie auf deutsche, sondern lediglich auf britische Widerstände. Der einzige etwas wunde Punkt, des zaristischen Rußland despotischer Druck auf die deutschstämmig bewohnten und vor allem als deutsche Kulturgebiete anzusehenden Ostseeprovinzen, wäre bei gutem Willen leicht zu heilen gewesen. Kurzum es steht fest, daß keinerlei politische oder militärische Reibungsflächen zwischen Deutschland

und Rußland bestehen. Wohl aber statt dessen *die stärksten Bindungen*:

In Rußland ein noch gänzlich unerschöpfter natürlicher Reichtum an Bodenschätzen und Bodenfrüchten aller Art, dabei aber im Lande und Volke selbst noch kaum die schwächsten Anfänge naturausbeutender Wirtschaftsfähigkeit. Diesen Ueberfluß lösend und dem Mangel abhelfend der deutsche Nachbar mit seiner Ueberzahl an Menschen allgemein und an Intelligenzen im besonderen, dafür aber mit seinem Mangel an Betätigungsgebiet und an genügend landwirtschaftlicher Fläche für die eigene Volksernährung. Und zu diesen schon stets vorhandenen Bindungsgründen für beide Völker noch jetzt hinzukommend des vom Bolschewismus verwüsteten Rußland *gesteigerter Bedarf an industriellen Produktionsgütern* aller Art, sowie auf deutscher Seite unsere durch den verlorenen Krieg und vollends durch das Dawes-Gutachten zu katastrophaler Winzigkeit herabgeminderte Exportmöglichkeit gerade solcher Waren in überseeische Länder. Noch lange wird *dort* unser berechtigter und für uns eine finanzielle, wirtschaftliche und vor allem auch (hinsichtlich unserer Arbeitermassen) innerpolitische Lebensfrage bildender Ausfuhrdrang auf den ränkevollen und schwer zu überwindenden Widerstand aller Konkurrenzmächte, vor allem Englands, stoßen. Nicht nur uns und Rußland, sondern aus letzterem Grunde gleichzeitig *der ganzen Welt wäre daher gedient, wenn Deutschland in umfangreichstem Maße seinen industriellen Ausfuhrüberschuß von Uebersee nach Rußland verlegen*

könnte. Auch Rußlands gewaltige landwirtschaftliche Produktionsfähigkeit könnte zum Segen ganz Europas mit deutscher Hilfe am schnellsten wiederhergestellt werden.

Zu alledem aber ist die Wiederherstellung einer möglichst langgestreckten unmittelbaren deutsch-russischen Grenze eine unerläßliche Vorbedingung! Mithin liegt in beider Länder dringendstem Interesse die baldige Schaffung eines deutsch-russischen Zusammengehens.

Dieses Ziel nationaler deutscher Außenpolitik kann allerdings einstweilen auch nur unbeirrt im Auge behalten werden. Zur praktischen Betätigung sind lediglich die schwächsten Anfänge möglich, denn noch trennt uns, besetzt vom französischen Militarismus, die polnische Mauer, und außerdem regiert in Sowjet-Rußland ein System, das immer noch darauf lauert, die an sich durchaus vernünftige Anbahnung einer Arbeitsgemeinschaft und politischen Bindung mit Deutschland zu einer Verpflanzung der eigenen Staatsverfassungsgrundsätze nach dorthin zu benutzen. Unsere nationale Außenpolitik steht daher Rußland gegenüber vor einer außerordentlich schwierigen und verwickelten Aufgabe: Es kommt darauf an, mit aller Entschiedenheit jede Einwirkung bolschewistischer Propaganda in Deutschlands innere Politik zurückzuweisen, trotzdem aber schon jetzt jede Gelegenheit zur Knüpfung enger wirtschaftlicher Beziehungen mit Rußland wahrzunehmen. Um so mehr ist dies erforderlich, als Frankreich sowohl wie England bereits alle Hebel in Bewegung setzen, um das neue Rußland, wie einst das

zaristische, derartig zu ihrem Schuldner zu machen, daß sie, wie früher, einen steten Druck auf Moskaus (oder Petersburgs) Außenpolitik ausüben und den natürlichen Drang jeder russischen Regierung zu einem Zusammengehen mit Deutschland unterbinden können.

Ein bestimmtes Rezept, wie eine geschickte deutsche Außenpolitik da zu verfahren hat, läßt sich nicht geben. Von Fall zu Fall muß gehandelt werden. Es ist aber schon jetzt von größter Bedeutung, daß nicht allein ein gütiges Geschick diese schwierige Aufgabe in die Hände eines gewandten deutschen Außenministers und Botschafters legt, sondern daß auch eine große Mehrheit im Volke die amtliche Politik in der Presse wie in Handhabung wirtschaftlicher Praxisfälle unterstützt. Das deutsche Volk von gestern und heute hat gerade in der Ostpolitik aus reinen Gefühlsgründen bisher leider manche Torheiten begangen, die nicht ohne außenpolitischen Schaden geblieben sind. Vor dem Kriege glaubten unsere Linkspolitiker sowie deren Presse, Anhänger, Wähler usw., das russische „Volk" (??) in seinem angeblichen Streben nach Abschüttelung des „zaristischen Despotismus" bei jeder Gelegenheit bestärken und unterstützen zu müssen, heute zerbrechen sich (allerdings nur einige wenige) nationale Gruppen und Kreise bei uns den Kopf, wie sie den Russen helfen könnten, ihre Zarendynastie wieder auf den Thron zu bringen. Es kann und muß aber dem vernünftigen, rein nationalen deutschen Politiker ganz gleichgültig sein, welche Art von „Väterchen" den russischen Muschik betreut oder beknutet. Jede russische Regierung, die die Notwendigkeit engsten Zusammengehens mit Deutschland und der Beseitigung der polnischen Tren-

nungsmauer begreift und betätigt, kann uns willkommen sein. Nur gleichzeitige offene oder heimliche Einmischung in unsere Innenpolitik müssen wir uns verbitten. Da die bolschewistischen Machthaber anscheinend das nie ganz lassen können, wäre deren Sturz natürlich zu begrüßen. An ihrer Stelle aber dann wieder einen Großfürsten aus dem Hause Romanow zu sehen oder einen Präsidenten der Gruppe Kerenski wäre noch lange kein Grund zur Beruhigung. In beiden Fällen bestände stärkste Gefahr, daß die französisch-russische Entente cordiale wieder auflebt. Da wäre von unserem Standpunkte aus eine etwas entbolschewisierte russische Republik unter einem ebenfalls etwas entfanatisierten Lenin entschieden vorzuziehen. Vergessen wir auch nicht: Selbst der Bolschewist Lenin begann bereits rein russische Politik zu treiben! Und das ist das, was wir brauchen, denn *rein russische Politik bedeutet Anschluß an Deutschland.*

Auch sonst wird eine nationale deutsche Außenpolitik ihre *Hauptaktivität zunächst im wesentlichen im Osten entfalten können und müssen.* Die vielfachen und vielseitigen voraussichtlichen Möglichkeiten entwickelte in anregender und das Durchdenken besonders lohnender Weise *Walter Schotte* im „Gewissen" vom 13. Oktober 1924, wo er u. a. sagt, es empfehle sich jetzt, die (nach dem Dawes-Gutachten eingetretene Entspannung im Westen [??]) zu benutzen, um die Großmächte sich in der Welt engagieren zu lassen, und *unsere Freiheit zu handeln uns im Osten zu*

sichern. Schotte denkt sich dies etwa folgendermaßen:

„Die Aufgabe eines nationalfühlenden, nationalwollenden Ministers auch einer parlamentarischen Rechtsregierung heißt: ‚Deutsche Ostpolitik'! Das ungeheure zerrissene Feld zwischen Ostsee, Schwarzem Meer und Mittelmeer, der Raum, in dem für uns nichts unwichtig sein darf, was sich ereignet, das ist der Raum, wo der Minister seine diplomatische Kunst des Möglichen zu bewähren, wo er zu operieren hat. Und schon heute sind hier die engeren Ziele, die besonderen Aufgaben deutscher Weltpolitik sichtbar, müssen hier die Spannungen benutzt werden, die zwischen den einzelnen nationalen und staatlichen Polen bestehen und sich zu entladen suchen oder friedlich ausgeglichen werden können; sind hier Kraftfelder und Räume der Schwäche, in denen jedes politische Handeln auch seine Reaktion auslösen muß. Mitteleuropa ist der ‚Balkan von Gestern', der ‚Hexenkessel', in dem die großen politischen Pläne und Möglichkeiten ausgekocht werden. Hier ist Bewegung, hier glimmt das Feuer weiter, hier kann jeden Tag Krieg entstehen. Wir aber liegen unmittelbar am Rande dieser großen internationalen Gefahrenzone, am Rande jenes Raumes, welcher der Raum europäischer Politik schlechthin werden wird.

Um nur das zu nennen, was schon heute in Mitteleuropa politisch bestimmbar ist:

1. Die expansive Tendenz des südslawischen Föderalismus, die trotzdem eine Verständigung mit Ungarn zuläßt; nicht aber mit Italien, und kaum mit Rumänien. Denn im Hintergrunde des südslawisch-

föderalistischen Denkens ruht die Hoffnung auf Rußland.

2. Der ungarische Aktivismus, dessen Stoßrichtung gegen die Slowakei im Norden weist. Und der stark genug sein dürfte, mit der tschechisch-slowakischen Macht fertig zu werden, wenn eines Tages Ungarn der Rücken gedeckt ist, sei es durch Verständigung mit Jugoslawien, sei es durch Einigung mit Rußland über Rumänien, wozu selbst das Ungarn Hortys in Verhandlungen mit Sowjet-Moskau bereit ist.

3. Die Verlassenheit Rumäniens, die Abhängigkeit der Tschechoslowakei von der deutschen Schwäche und last not least die problematische Existenz der nördlichen Randstaaten.

4. Der Zerfall Polens; das Tempo ist ungewiß, in dem Polens Auflösung sich vollziehen wird. Die zerstörenden Kräfte, die den tönernen Koloß von Frankreichs Gnaden sprengen werden, sind wohl am Werk: die Irredenta der unterdrückten Nationalitäten, die im *Osten* auf sowjetrussische Hilfe hoffen, die bolschewistische Propaganda, die sich am Wirtschaftselend Warschaus und des industriellen *Westens* nährt.

5. Die sowjetrussische Expansion! Sowjetrußland wird nur dann sich behaupten, wenn ihm die Eingliederung des mitteleuropäischen Raums Stück um Stück gelingt. Tschitscherin und seine Mitarbeiter sehen Sowjetrepubliken entstehen in Bukarest, in Budapest, in Warschau, in Wilna und Riga. Sie träumen davon, die Westwelt Rußlands von unten her auf dem Weg über die proletarische Revolution und mit Hilfe der panslavistischen Kräfte in ihrer heutigen Form aufzulösen und Moskau anzugliedern. Sowjetrußland soll

mit dem imperialistischen Rußland von morgen zusammenwachsen; eine große Kontinuität der Entwicklung soll hier angebahnt werden, einer Entwicklung, die weitergreifen wird nach Westen bis an den Atlantik hin. Dann erst wird die russische Aera der Weltgeschichte eröffnet sein!

Deutschland steht da als Torhüter des alten Europa, als Wächter vor seiner Geschichte, steht wieder wie einst als kolonialer Pionier des Mittelalters so auch heute vor den gärenden Sümpfen des eurasischen Riesenraums, um hier früher geschaffenes Leben zu retten, um neues geschichtlich-europäisches Leben zu schaffen und zu behaupten! Wer würde wagen es zu hindern, jenen Raum zu besetzen, der zu Europas Geschichte gehört, wenn über ihn der bolschewistische Sturm in nationalen und sozialen Revolutionen und mit mitteleuropäischen Kriegswirren dahinfährt?

Die *Kunst des Möglichen* wird darin bestehen, auszuschauen, wie die Wetterfahnen im Osten sich drehen, woher der Wind kommt; hier Windschutz zu nehmen, dort mit dem Winde zu gehen und Schritt für Schritt, Stück für Stück jenes unendlichen Raumes uns und Europa zu *sichern*. Die Kunst des Möglichen wird nicht vergessen, nach dem Westen zurückzuschauen, wird im Osten tastend gleichzeitig die Spannung abfühlen, die jeder östliche Griff im Westen verstärken muß. Wird die Entladung im Westen solange zurückhalten müssen, bis das Handeln im Osten mitten im weltgeschichtlichen Zuge der mitteleuropäischen Kriege im Großen voll sich auswirken kann. Dann erst wird jene westliche Krise wirklich akut, die unser Schicksal entscheidet. Und erst dann, wenn deutsches Handeln

im Osten seinen Weg unbeirrt geht, wird auch englische Staatskunst Deutschland als Faktor politischen Geschehens wieder zu werten wissen und in jenem Raum, wo der Rhein in die See mündet, von jener alten englischen Bastion aus, Kontinentalpolitik wagen!

Die „Kunst des Möglichen" wird sich im Osten versuchen müssen." — — —

Mag man diesen Ausführungen nun in allen Punkten zustimmen oder nicht, sie sind auf jeden Fall anzuerkennen als ein Muster, wie es eine Fülle von Möglichkeiten gibt, daß schon in nächster Zeit weltpolitische Probleme auftauchen und Neukonstellationen entstehen, denen eine nationale deutsche Außenpolitik nicht teilnahmslos oder nur theoretisch und als unbeteiligter Zuschauer beiwohnen darf.

Das deutsche Volk, zu seinem eigenen Schaden von jeher dauernd geneigt, seine gesamte geistige und seelische Tatkraft in, oft noch dazu gänzlich zwecklosen, innenpolitischen Problemen zu erschöpfen, ist großenteils heute noch mehr als früher der Auffassung, es müsse auf außenpolitisches Handeln verzichten. Angeblich, weil uns, was allerdings richtig ist, jetzt die politische und militärische Macht fehlt, unseren Willen durchzusetzen. Unsere kampfliche Wehrlosigkeit darf uns aber denn doch nicht gar zu schüchtern machen. Sechzig Millionen Menschen, zusammengefaßt in einen einheitlichen und bewußten Willen, stellen durch ihr bloßes Vorhanden-

sein einen Faktor dar, den keine Macht der Erde ohne weiteres ausschalten kann! Ganz so einfach ist es denn doch nicht, wie der eingeschüchterte deutsche Spießer es sich denkt. Daß nämlich Frankreich jedesmal seine Kanonen auffahren und seine Fliegergeschwader steigen lassen wird, sobald Deutschland sich in einer dem Quai d'Orsay nicht genehmen Weise außenpolitisch bemerkbar macht. Was bisher von Paris aus geschah, gründete sich großenteils auch auf die Gewißheit, daß wir keine nationale Führung und vor allem keinen einheitlichen nationalen Willen hatten.

Worum es sich zur Zeit handelt, das ist eine nationale deutsche Außenpolitik, die jeden, auch den kleinsten Ruck machtpolitischer Aenderung unter den Mächten der Erde wahrnimmt, um Deutschland seinem Freiheitsziele, sei es auch nur um den Bruchteil eines Schrittes, näherzubringen!

Die bisher unter Duldung des deutschen Volkes (das sein die Regierungen festsetzendes Parlament ja in diesem nicht klar nationalen Sinne immer wieder zusammengestellt hatte) geübte Außenpolitik (zutreffender müßte man es Verzicht auf jegliche Außenpolitik nennen) hat uns nach Unterzeichnung des Versailler Diktats nicht nur keinen Schritt dem Ziele der Erlösung näher gebracht, sondern im Gegenteil einen Kurs eingeschlagen, der mit tödlicher Sicherheit daran vorbeiführt in einen Zustand ewiger Entrechtung. Es bleibt abzuwarten, ob die gerade jetzt, da diese Zeilen geschrieben werden, neugebildete Halbrechts-

regierung unter Dr. Luthers Kanzlerschaft stark genug sein wird, wenigstens kleine Anfangsschritte bewußter nationaler Außenpolitik zu machen. Sie übernahm ein trauriges Erbe in Gestalt des 10. Januar 1925, an dem nach Frankreichs Diktat, dem England sich fügte, die vertragsmäßig fällige Räumung der Kölner Zone durch die feindlichen Truppen unterblieb. Wie aber auch der schwerste Schicksalsschlag für den geistig regen und tatwilligen Menschen wenigstens in Gestalt einer nützlichen Lehre sein Gutes haben kann, so sollte auch dieser Fall wenigstens zur Aufstellung zielbewußter Richtlinien für unsere weitere nationale Außenpolitik benutzt werden. Denn eine Klärung hat dieses Ereignis wenigstens gebracht! Eine Klärung, die dem aufmerksamen Politiker allerdings schon längst aufgegangen sein mußte: Daß nämlich zur Zeit und bis auf weiteres Englands Kontinentalpolitik willenlos dem französischen Diktat auf Grund Frankreichs militärischer Machtgewalt unterworfen ist! Die Entwicklung der neuzeitlichen Waffentechnik (weittragende Geschütze, Flieger, Unterseeboote usw.) hat Englands Inselstärke so gut wie aufgehoben!

Daraus ergeben sich für unsere nächste Außenpolitik zwei in gewissem Sinne einander scheinbar widerstreitende Folgerungen:

1. England kann zur Zeit und vorläufig Frankreichs Vernichtungspolitik gegenüber Deutschland, selbst wenn es dies möchte und selbst

wenn Englands Interessen dies dringlichst erfordern, *nicht in den Arm fallen!*

Und 2. *England* ist trotzdem und gerade deshalb aufs höchste daran interessiert, daß Frankreichs militärpolitische Vorherrschaft auf dem Kontinent nicht verewigt wird. *Ein militärisch neu erstarktes Deutschland wird letzten Endes Englands einzige Rettung sein!* — — — —

Was sich für Deutschlands Außenpolitik aus diesen beiden Tatsachen ergibt, liegt auf der Hand: Alle Versuche, England als Befürworter deutscher Abwehrmaßnahmen gegen Frankreichs Gewaltpolitik zu gewinnen, sind vorläufig *verlorene Mühe* und bringen den Briten nur in Verlegenheiten, die uns nichts nutzen, England selbst aber unnötig verstimmen. Wohl aber dürfen wir der stillschweigenden und (darauf müssen wir uns von vornherein einstellen) oft wahrscheinlich bis zur Unkenntlichkeit *maskierten Zustimmung Englands* gewiß sein bei jeder außenpolitischen Maßnahme, die irgendwie Frankreichs Absolutismus schwächt oder wenigstens vor aller Welt bloßstellt.

*Wie* auf Grund dieser Erkenntnisse im einzelnen von Fall zu Fall zu verfahren ist, kann natürlich auch wiederum nicht rezeptartig festgelegt werden.

Eins aber steht jedenfalls fest: Wenn auch offiziell und in fühlbarster Form der Druck und das Joch des Weltkrieg-Feindbundes noch auf uns lastet, *ein innerlich gebundenes „Alliiertenverhältnis" besteht rings um uns herum nicht mehr!* Für den aufmerksamst

lauernden und zu bewußter Freiheits- und Macht-
politik entschlossenen deutschen Außenpolitiker also zum
mindesten eine Fülle von Aussichten und
Möglichkeiten! Denn auch die italienische
Rassenschwester hegt alles andere als zärtliche Gefühle
gegenüber Paris. Die Umstellung der Konstellation
des Weltkrieges in eine ähnlich der, wie sie das Jahr
1813 gegenüber Napoleon zeigte, ist also zwar zur Zeit
noch nirgendwo erkennbar, liegt aber nicht nur im Be-
reich der Möglichkeit, sondern ist fast mit einer
Sicherheit zu erwarten wie der Früh-
ling im Winter.

Vorbedingung nationaler Außen-
politik aber ist nationaler Wille! Auch
die günstigsten Lagen, die sich uns bieten können, nutzen
nichts, wenn neben dem Blick, sie zu erkennen, nicht
vor allem auch der Wille da ist, sie wahrzunehmen.
Und zwar wahrzunehmen, auch wenn ein ge-
wisses Wagnis darin liegt. Denn ein Wag-
nis wird immer damit verbunden sein. Gelegenheiten
ungenutzt verstreichen zu lassen in der Hoffnung, daß
vielleicht noch günstigere und risikolosere sich bieten
könnten, führt ins Uferlose und letzten Endes zum end-
gültigen Verzicht.

Und weiter ergibt sich, daß angesichts der Mög-
lichkeit, daß jeden Augenblick die Minute
kommen kann, die nicht ungenutzt verstreichen
darf, Deutschland unter keinen Umstän-
den mehr eine Regierung ans Ruder
lassen darf, deren Inhaber auf Grund
ihrer persönlichen Weltanschauung
oder ihrer Parteigebundenheit jede

*nationale Machtpolitik ablehnen*; die nur Erfüllung und Verständigung kennen und die vor allem *bedingungslos* nur den sogenannten friedlichen Weg zur Freiheit zu gehen gewillt sind. Eine nationale Außenpolitik, die ohne einen Schwertstreich ein freies und starkes Deutschland von morgen zu errichten versteht, verdiente selbstverständlich den Preis für die genialste und klassischste Lösung des deutschen Problems. Eine Regierung aber, die von vornherein *jeden Gedanken an ein Lösung durch Blut und Eisen ausschaltet*, ist eben keine nationale. Denn nationale Außenpolitik ist zwar *mit allem Eifer auf Frieden bedacht* und sichert ihn letzten Endes auch nachdrücklicher, als alle Völkerbünde der Welt, *als höchstes Gesetz aber gelten ihr Freiheit, Ehre und Macht des Vaterlandes, dem alles, restlos alles, und letzten Endes auch das Recht des einzelnen Staatsbürgers auf sein Leben sich zu beugen hat.* **Denn leben muß vor allem und unter allen Umständen „das Deutschland von morgen"!**

# Was ist Wahrheit?

Je mehr sich ein Buch mit politischen Ausführungen, Urteilen und Vorschlägen seinem Ende nähert, je mehr sein Erscheinen in der Oeffentlichkeit kurz bevorsteht, um so nachdenklicher und kritischer gegen sich selbst muß meines Erachtens der Verfasser werden. Gewiß, man hat seine Ansichten entwickelt, sein Glaubensbekenntnis niedergelegt, nach bestem Wissen und Gewissen zu seinen Lesern gesprochen, aber

**was ist Wahrheit?**

Ein gewissenhafter nationaler Redner oder Schriftsteller muß sich doch immer und immer wieder fragen, ob das, was er unter Zuhilfenahme aller ihm zu Gebote stehenden stilistischen Kampf- und Ueberredungsmittel dargelegt hat, denn wirklich erstens überhaupt wert ist, einer breiteren Oeffentlichkeit vorgelegt zu werden, und zweitens, ob eine dem Vaterlande nützliche Wirkung einigermaßen wahrscheinlich ist.

Daß die Fragen, die in diesem Buche erörtert wurden, gar nicht oft genug von allen Seiten beleuchtet werden können, darf wohl angenommen werden. Daß auch einige, meines Wissens bisher noch nicht so bis ins letzte durchgeführte Gedanken und Vorschläge, vornehmlich betreffs Erlangung eines großen nationalen Zusammenschlusses, entwickelt wurden, gibt der Leser vielleicht auch zu.

Aber war das letztere denn gerade wünschenswert? Wird dieses Buch, wie es sein Zweck ist, eine folgerichtige Fortsetzung meines vor einem Jahre erschienenen Buches „Unsere Stunde kommt“ sein und, wie dieses es nach seiner Verbreitung in mehr als 20 000 Exemplaren (also wohl 100 000—150 000 Lesern) und nach dem eingehend begründeten Urteil von zahlreichen großen nationalen Zeitungen gewesen zu sein scheint, ein brauchbares Stückchen Mitarbeit am großen vaterländischen Werke werden?

Man könnte mit gleichmütigem Achselzucken das Urteil der Presse und allgemein der Oeffentlichkeit abwarten. Wie dieses Urteil auch ausfallen mag, wenn selbst von „prominenteren“ Seiten kaum oder gar nicht Notiz davon genommen werden sollte, wenn vielleicht alle oder die meisten Richtungen es aus diesem oder jenem Grunde werden totzuschweigen suchen, selbst dann werden viele Deutsche es lesen. Und dann ist die Frage: Wird das Buch dem nationalen Gedanken nützen oder schaden? Es steht so manches in den vorstehenden Kapiteln, was nationalfeindliche Geister und Richtungen vielleicht für ihre Zwecke auszuschlachten versuchen werden. Man braucht so und so viele Sätze nur aus dem Zusammenhang herauszubringen, und ihr Sinn wird in das Gegenteil verkehrt. Und rüttelt nicht auch tatsächlich mancher Satz an Glaubenssätzen und Begriffen, die bisher als untrennbar von vaterländischem Empfinden und nationaler Politik galten? War es richtig, so kritisch den meist doch gutgemeinten Ueberschwenglichkeiten gewisser radikal-nationaler Kreise ent-

gegenzutreten; stellenweise sogar mit der Geißel des Sarkasmus?

Denn nochmals sei's gesagt: Was ist denn Wahrheit? Nicht einmal ich selbst kann mir in allen Behauptungen, die im vorstehenden gemacht sind, gleichermaßen sicher sein, den richtigen Weg zu spüren. So manches ist hier niedergelegt, weniger in der Zuversicht, daß es das jeweilige nationale Rätsel löst, als mehr in der Hoffnung, daß es andere, Berufenere, Klügere anregen und auf die wahre, vielleicht aber dann ganz andere, Lösung bringen wird.

Diese letztere Hoffnung allein hilft einem gewissenhaften politischen Redner oder Schriftsteller über die Gewissensbedenken hinweg, die er unbedingt empfinden muß, wenn er es unternimmt, ausgesprochen eigene Ansichten zu verbreiten.

Wir leben in einer so problem- und rätselvollen Zeit, daß letzten Endes jede politische Betrachtung günstigstenfalls nur ein ehrliches, gewissenhaftes Tasten nach dem sichersten Ausgang aus dem noch fast ganz verdunkelten Raume unserer nationalen Gegenwart sein kann. Nur eins sagt einem wohl der politische Instinkt: Wir werden, wenn wir ans Licht kommen, vor und mitten in gänzlich neuen Welten stehen! Wir verlassen den dunklen Raum unserer gegenwärtigen nationalen Not auf jeden Fall durch einen anderen Ausgang als den, durch den wir hineinkamen. Der ist verschüttet und verrammelt von Schutt und Geröll aller Art. Ihn wieder freizulegen, wäre ein aussichtloses Unterfangen; drum auf, dem neuen Ausgang, dem neuen Licht, den neuen Welten entgegen.

Aber, wie gesagt, nur tastend, suchend, uns immer wieder im Dunkel der Gegenwart neu orientierend, können wir vorgehen. Und keiner sollte so vermessen sein, sein und seiner Anhänger Programm und Plan für so vollkommen zu halten, daß er es wagt, daraufhin im Sturmschritt durch den dunklen Raum alles vor sich herzutreiben, unbekümmert um die Bedenken anderer, die da glauben, daß es, statt auf den Ausgang, auf eine undurchdringliche Wand losgeht.

Für die persönliche Seelenruhe und Selbstzufriedenheit muß es allerdings ein erhebendes und stolzes Gefühl sein, als politischer Redner oder Schriftsteller jeden Satz, den man selbst ausspricht, für eine unumstößliche Wahrheit zu halten und Seelennöte, wie die vorstehend geschilderten, nicht zu kennen. Mit leisem Neidgefühl stellte ich oft in den verflossenen, für mich an Zweifeln und Irrungen so reichen, Jahren bei Versammlungen, Beratungen und in der politischen Literatur fest, daß allem Anschein nach doch recht viele ihrer Sache geradezu verblüffend sichere und gar keiner Läuterung oder Fortentwicklung mehr bedürfende nationale „Politiker" (zu deutsch Staatsleitungskundige) schon längst unserem beneidenswerten Vaterlande zur Verfügung stehen. Daß es noch keinem den Auftrag gegeben hat, die Erlösung nach seinem Rezept nun baldigst vorzunehmen, wird wohl daran liegen, daß ihm die Wahl aus der Fülle der (in des Wortes vielseitigster Bedeutung) so vielversprechenden Bewerber um den Heilandposten zu schwer wurde. Etwas hemmend hat ferner bis jetzt wohl auch gewirkt und wirkt immer noch, daß gewisse Kreise des Volkes sich keineswegs schon im klaren darüber sind, ob sie überhaupt

endgültig den vaterlandsverleugnenden Kurs, der im November 1918 eingeschlagen wurde, aufgeben sollen. Indessen ist ihre Zahl nicht mehr groß. Selbst die meisten sozialdemokratischen Wähler wollen heute im großen und ganzen national regiert werden. Nur lassen sie sich in dieser Forderung damit beschwichtigen, daß ihre Blätter und Redner ihre Bereitwilligkeit zu nationaler Politik, „wie sie sie auffassen", eifrigst beteuern. Der „Vorwärts" weiß sehr wohl, was er will, wenn er neuerdings die rote Fahne der Internationale schön eingemottet beiseite gestellt hat und begeistert das schwarzrotgoldene Banner schwenkt; wenn er ferner auch gar nicht mehr so viel von Parteigenossen, sondern mehr und auf jeden Fall lauter von den „Reichsbannerkameraden" spricht. Auf diese Weise lassen sich einstweilen noch große Teile der breiten Volksschichten im linkspolitischen Lager halten.

Um so mehr freilich, weil sie sehen, daß es ein einigermaßen in sich geschlossenes oder wenigstens in seinen Teilen eng zusammenhängendes großes nationales Sammellager noch gar nicht gibt. In den vorstehenden Kapiteln wurde mehrfach gezeigt, wie weit auseinandergehend vielfach die verschiedenen nationalen Strömungen verlaufen. Da soll nun solch unglücklicher einfacher Mensch, der auf Grund eigener praktischer Erfahrung und wieder aufgelebten natürlichen Instinktes nur den dunklen Drang hat, sich in eine große nationale Gemeinschaft zurückzufinden, wissen, *wohin* er gehen soll, wenn gleich Dutzende von Werbern auf ihn losreden und jeder behauptet, *seine* Partei oder Gruppe *allein* sei wirklich vaterländisch, die anderen, sogenannten Nationalen, seien im Grunde genommen

nicht viel besser als die politische Linke. Daß daraufhin viele dann einstweilen schon lieber gleich beim „Linken“ bleiben und sich weiter „von ihm umgarnen lassen“, ist schließlich kein Wunder.

Ganz sicher würden große Teile des deutschen Volkes viel vertrauensvoller dem nationalen Gedanken gegenüberstehen und für ihn zu gewinnen sein, wenn die meisten nationalen Redner und Schriftsteller nicht gar so pharisäerhaft bestimmt und befehlshaberisch ihr Programm als das allein richtige hinstellten, sondern offen zugäben, daß in positiv-nationaler Politik zwar einzig und allein unser Heil liegt, daß aber der persönlichen Wesensart und Denkweise des Einzelnen auch darin ein gewisser Spielraum freisteht und ein „Heldentum“ erster Klasse nicht unbedingt obligatorisch ist. Das deutsche Volk hat nun viele Jahre hindurch Führer aller möglichen Richtungen gehabt, die jedesmal mit beneidenswerter Selbstüberzeugtheit behaupteten, sie wüßten ganz genau in allen Punkten, was sie tun und lassen müßten. Viele Deutsche würden daher wohl sicherlich ganz gern sich einmal einer Führung anvertrauen, die etwas bescheidener zunächst nur als ein ehrlich strebend sich bemühender S u ch e r nach der Wahrheit und dem Wege zur Erlösung auftritt.

Die meisten nationalen Politiker und Rufer zum Streit werden demgegenüber sagen, daß solche Vorsicht und solch Mißtrauen gegenüber der Richtigkeit des eigenen Programms den Führer nur unentschlossen und zaghaft mache. Sie verwechseln aber dabei zwei Begriffe miteinander oder, richtiger gesagt, sie halten zwei ganz verschiedene Momente nicht scharf genug auseinander: Das Aufstellen und das Durchführen eines

Programms! Wer unnachgiebig, schroff und diktatorisch auf einem bestimmten Plan oder Programm besteht, zeigt sich erfahrungsgemäß nachher bei der praktischen Durchführung häufig durchaus nicht als so ein standfester Mann, wie ein Führer es sein soll. Seine Tatkraft zerschellt nämlich einfach an der Sprödigkeit und Härte seines eigenen Programms. Allen Widerständen zum Trotz durchsetzen läßt sich dagegen von jedem Tatmenschen ein gemäßigterer Plan, der von vornherein gewissen Unabänderlichkeiten Rechnung getragen hat. Wenn wir (um ein praktisches Beispiel zu nennen) in Wirtschafts-, Ernährungs- usw. Fragen im Kriege weniger bestimmt so viel verboten und befohlen hätten, hätten wir nicht zu so viel Uebertretungen beide Augen zudrücken müssen. Zu viel und zu schroffe Befehle sind das Grab jeder Disziplin; ein zu schroffes, sogenanntes radikal-nationales Programm, ist das Grab des nationalen Glaubens.

Denn *das* nationale Programm, auf das man die Massen oder wenigstens die starke Mehrheit eines großen Volkes einstellen will, muß auch den Schwächen und Unzulänglichkeiten des Durchschnittsmenschen Rechnung tragen. Kein vernünftiger Truppenführer bemißt seine Anforderungen an das Können und die Leistungen der Gesamtheit (im Marschieren, Reiten, Schießen, Hungern, Standhalten usw.) nach den Fähigkeiten und der Berufsfreudigkeit einiger Mustersoldaten, sondern er stellt *einen guten Durchschnitt* fest, und diesen Grad muß die Ausbildung aller erreichen. Denn auch große militärische Erfolge sind heute mehr als je nur durch das gleichzeitige Zusammenwirken der Massen zu erzielen. Die sogenann-

ten „Helden“ sind in vereinzelten Lagen von Wert, im Rahmen der großen Kampfhandlung muß man ihnen recht oft die Kandare anlegen, damit sie keinen Unsinn machen. Die meisten „Helden“ haben ohnedies leicht ein wenig verrückte Einfälle.

Die gleichen Gesichtspunkte gelten für den politischen Kampf. Ein großes nationales Heer im Volke zur Durchführung nationaler Innen- und Außenpolitik bekommen wir nur zusammen, wenn unser nationales Reglement (Programm) Anforderungen stellt, denen jeder vaterlandsliebende Durchschnittsmensch geistig und seelisch gewachsen ist. Daß daneben sich eine nationale Auslese, eine Art nationales Lehrbataillon bildet, ist gewiß dringend wünschenswert. Aber nur in Form einer „Bewegung“, nicht als politische Partei ist so etwas brauchbar, und das verächtliche Herabsehen auf die weniger heldenhaft eingestellten Massen müssen auch diese „Elite-Bewegungen“ sich abgewöhnen. Gewiß, es wäre schön, wenn das Gefühl für nationale Ehre und Macht heute alle oder doch die meisten Deutschen so ergriffe, daß alle klein-menschlichen Regungen versänken. Man mache sich aber einmal klar, was das an persönlichem Verzicht erforderte. Vor allem bei den breiten Massen! Denn die Entbehrungen und Nöte, wenn alles einem radikal-nationalen Gedanken geopfert wird, sind dann nicht für alle gleich! Die oberen Schichten haben doch nie all das auszustehen, was die unteren Massen leiden müssen. Und, was besonders wesentlich ist, das Moment des persönlichen Ruhms, der dabei erworben werden kann, fällt „da unten“ so gut wie ganz aus. Hin und wieder kann sich einer von ihnen wohl einen Namen machen.

Aber das ist schon mehr ein Lotteriespiel als eine vom Willen und Können abhängende „Erwerbsmöglichkeit"; Tausende leisten genau dasselbe, einige sogar vielleicht mehr wie dieser eine, werden aber im großen Haufen gar nicht bemerkt.

Es ist daher ein lachhaftes Verkennen der menschlichen Psyche, wenn man glaubt, mit rein ideellen Gründen die breiten Schichten eines Volkes mit dem Willen und vollends der Tat- und Opferbereitschaft zu nationaler Politik erfüllen zu können. Wie unlösbar das allgemein menschliche und wirtschaftliche Wohl gerade der breitesten Volksschichten von der nationalen Macht des Staates abhängen, *das* muß man zeigen. Das bindet fester ans Vaterland als alle kühnen Worte, die den Durchschnittsmenschen nur bei sattem Magen zu nationalem Handeln fortreißen.

Wie unsagbar schwer aber ist es in unserer Lage, zielbewußt den Aufstieg zu neuer nationaler Macht anzutreten und gleichzeitig den wirtschaftlichen Nöten der Massen Rechnung zu tragen! *Ein körperlich und seelisch erschöpftes Heer soll zum Siege geführt werden! Wer will da, solange wir noch im Stadium der Vorbereitung und Sammlung sind, behaupten, er habe die Patentlösung in der Tasche?!*

Wir sollten *mehr Goethe* lesen, gerade in unseren heutigen Tagen. Sein größtes Werk, „Faust", ist ein geradezu verblüffendes Spiegelbild des heutigen Deutschland.

Deutschland selbst, so wie es sich heute darstellt, wie es sich das Hirn zergrübelt, mit sich ringt, dem

Selbstmord nahekommt, sich dem Bösen verschreibt, ist dieser Faust Goethes.

Mit solchen Gefühlen des Suchens, Tastens und Ringens wurde auch dieses Buch geschrieben. Vielleicht verlorene Mühe. Vielleicht sind viele der Ansicht, politische Bücher, und gar ein Buch mit dem Titel „Das Deutschland von morgen", dürften nur solche Männer schreiben, die klipp und klar zu sagen wissen, wie nach ihrer „felsenfesten Ueberzeugung" (?) einzig und allein die Sache angefaßt werden muß. Jene „Positiven", Unentwegten, Zielklaren, die kein Zaudern und Zögern kennen, die ja oder nein, schwarz oder weiß sagen. Haben wir den Krieg nicht größtenteils deshalb verloren, weil die Führung unsicher war, es allen rechtmachen wollte und sich dadurch schließlich, wie vorher schon außenpolitisch, auch innenpolitisch zwischen sämtliche Stühle setzte? Wenn es so war, wäre es dann nicht hohe Zeit, jetzt endlich Schluß zu machen mit aller Kompromißlerei, ein klares Programm aufzustellen, je radikaler, desto besser, und damit vorwärts zum „Siege"? Auch gegen die widerstrebenden Richtungen und Kreise im eigenen Volke dann natürlich mit rücksichtsloser Gewalt, denn, wie nach dem unklaren Ausfall der Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 ein in München erscheinendes Blatt der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung einen Leitartikel schloß: „Diesem Volk kann nur noch die Peitsche helfen." —

Wenn man diesen letzten Satz eines sicherlich leidenschaftlich für deutsche Freiheit und Ehre begeisterten Leitartiklers liest, hat man unwillkürlich den Wunsch, diesen „Mann von Stahl und Eisen" einmal von Angesicht zu Angesicht zu sehen, seinen Werdegang

kennenzulernen und an seinem persönlichen gegenwärtigen Leben sich zu erbauen und ein Beispiel zu nehmen.

Denn solch ein Wort wäre ja eine bodenlose Unverschämtheit, wenn nicht lediglich heiße, leidenschaftliche Liebe zum Volksganzen dahintersteckte und gleichzeitig das aus allen Zweifeln und Gewissensbedrängnissen nach reiflichster Prüfung aller Gesichtspunkte mit Schmerzen geborene, aber jetzt unverrückbar feststehende Bewußtsein, den allein, aber auch mit Sicherheit in Freiheit, Ehre und völkisches Glück führenden Weg erkannt zu haben. Der Betreffende (ich ahne tatsächlich nicht, wer, noch wes Geistes Kind er ist!) ist also zunächst wohl sicherlich ein durch und durch ausgereifter Mann, auch an Lebensjahren mindestens über eine gewisse Stufe hinaus. Denn wenn er ein jüngerer Mensch wäre, sagen wir, noch so um die Dreißig herum, dann würde ihn als bedeutenden Mann, der er doch auf jeden Fall sein muß, ja der natürliche Takt seiner Geistesgröße abhalten, gleich so schroff und streng über 60 Millionen Menschen zu sprechen. Solch hartes Wort kann schließlich doch nur einer gebrauchen, der auch an Lebensjahren die Mehrzahl derer, denen das Wort gilt, überragt. Ein reifer Mann, der sich so etwa den Fünfzig nähert, darf auch mit der Geißel auftreten, wenn ein törichtes Volk sich zu seinem eigenen Schaden durchaus nicht auf den doch von jenem Manne so unbestreitbar klar erkannten Weg zum Heile bringen lassen will. Daß große Männer oft mit Gewalt und als strenge und harte Zuchtmeister die unverständigen Völker in ihr Glück haben hineinpeitschen müssen, ist ja in der Geschichte kein unerhörter Vorgang. Immerhin ist es eigentlich erstaunlich, daß d i e s e m Mann mit

der Peitsche und der politischen Richtung, die er vertritt, wenn auch natürlich nicht die blöde große Masse, so doch wenigstens alle ehrlichen reifen Vaterlandstreuen nicht schon längst mindestens Verständnis entgegenbringen! Die Hauptrichtlinien seines und der Seinen Programms müssen doch vor jeder rein nationalen Prüfung bestehen!? Schon der Werdegang dieses Mannes muß doch wohl auch so sein, daß die Führergeeignetheit in die Augen springt. Er beherrscht doch ohne Zweifel (nicht im einzelnen, aber hinsichtlich ihrer Hauptgesichtspunkte und ihrer Zusammenhänge) alle Gebiete, die einer kennen muß, der ein praktisch durchführbares innen- und außenpolitisches Programm aufzustellen sich unterfängt. Er ist selbstverständlich bei aller für jeden Führer notwendigen Leidenschaft kein Fanatiker. Wäre er das, dann wäre zwar sein Ruf nach der Peitsche verständlich (Fanatiker neigen leicht zum Prügeln), verdiente aber bei keinem verständigen Menschen größere Aufmerksamkeit, denn ein Fanatiker ist immer ein Halbverrückter, und einem solchen nimmt man Schlaginstrumente besser weg.

Der Herr ist aber hoffentlich kein Fanatiker in diesem Sinne des Wortes, sondern nur ein Mann vernunftgebändigter Leidenschaft. Sein ganzer Werdegang berechtigt ihn (wenigstens wollen wir das zu seiner Ehre annehmen) wahrscheinlich zu solch hartem Ruf! Entweder das Schicksal oder sein eigener Wille in harter Selbsterziehung hat ihn selbst in seinen jetzigen harten Standpunkt auch gewissermaßen „hineingepeitscht“. Er hat — das ist doch hoffentlich sicher der Fall — alle Nöte unseres Volkes im Laufe der letzten zehn Jahre am eigenen Leibe voll und ganz erfahren.

Er hat auch monatelang den Krieg in vorderster Kampflinie mitgemacht, er war vielleicht selbst mehrfach schwer verwundet, er hat gehungert und gedarbt, hat manchmal nicht gewußt, wie er den Seinen Brot schaffen sollte, und er kennt *daher genau all die Gründe, die Millionen Deutsche am nationalen Glauben irre werden ließen.* Er ist aber jetzt der (allerdings sehr berechtigten) Ansicht, daß nachgerade das Volk einsehen müßte, daß sein Abirren vom nationalen Wege alle Nöte nur verschlimmert hat. Und so ruft er denn nach der „Peitsche“ über das unbelehrbare Volk, weil nicht einmal seine (nämlich dieses Peitschenrufers) und seines Anhangs gegenwärtige Lebensführung wenigstens weiten Kreisen die Augen öffnet, wie sittlich reinigend und stählend ihr Programm wirkt auf alle, die sich zu ihm bekennen. Denn wer so ergrimmt über die Schlechtigkeit und Schwäche der anderen nach der Peitsche ruft, führt für seine Person doch sicherlich ein Dasein, das von allen sittlichen Gesichtspunkten aus unantastbar und offensichtlich nur dem Vaterlande geweiht ist. Es ist doch wohl ausgeschlossen, daß dieser Mann und seine Anhänger auch nur vorübergehend einmal wieder in die Sünden und Schwächen zurückfallen, die ihr Programm mit Stumpf und Stiel ausrotten will: „Materialismus, persönlicher Eigennutz, Uebervorteilung, Verleumdung, Verlogenheit, Vorspiegelung falscher Hoffnungen usw.“

Kurzum, es muß schon eine ganz überragende Persönlichkeit sein, die so entschlossen und glaubensfest jetzt mit der Peitsche die Sache in Ordnung bringen will, und mit allen Mitteln müßten alle wahrhaft Natio-

nalen ihm dabei zur Hand zu gehen suchen. Daß sie es aber nicht tun, daß die politische Richtung, der dieser eiserne Mann angehört, im Gegenteil auch in nationalen Kreisen an Anhang sogar wieder verloren hat, gibt zu denken. Irgend etwas scheint da nicht zu stimmen, entweder am Programm oder an seinen Verkündern oder an beiden gleichzeitig.

Vielleicht ist der Herr, der so empört nach der Peitsche ruft, für seine Person in der Tat in der Lage, auf alle im vorstehenden an ihn gerichteten Fragen und Voraussetzungen mit einem stolzen Ja zu antworten. Daß alle Angehörigen und Mitläufer seiner Partei oder Bewegung ihm auch nur annähernd gleichkommen oder wenigstens nacheisern, wird er wohl selbst nicht behaupten wollen.

Daraus aber ergibt sich, daß nicht einmal in dem kleinen Rahmen seiner Gruppe die praktische Durchführung seiner Pläne durchführbar ist. Wenn heute die Radikal-Nationalen und Radikal-Völkischen ans Ruder kommen, werden sie als gewissenhafte Führer auch zunächst um ein mehr oder weniger unsicheres Tasten, Suchen, Kompromisseln nicht herumkommen. Was sie von den bisherigen Linksregierungen unterscheidet, wird *nur der bewußte nationale Wille* sein; der aber ist in uns anderen — weniger radikal *redenden* — Nationalen genau so mächtig.

Auf lange hinaus noch wird auch bei kühnster und genialster Führung ein vorsichtiges Tasten und Versuchen unsere ganze nationale Politik, gerade, wenn sie uns vorwärts und der Erlösung näher bringen soll, kennzeichnen müssen. Bewußt oder unbewußt *lügt* daher jeder, der behauptet oder glaubt, mit einem in

allen Einzelheiten scharf umrissenen Programm Deutschland auf den Weg zum Licht bringen zu können oder gar peitschen zu müssen. Die Wahrheit sagen und des Wesens wie der Lage innersten Kern erkannt haben lediglich d i e Politiker, die ein unerschütterliches Programm über Marschgeschwindigkeit, Angriff oder Verteidigung von vornherein ablehnen und immer aufs neue die Einzelheiten ihres nur in ganz großen Umrissen entworfenen Planes untersuchen, mit anderen Ansichten vergleichen, nach ihnen revidieren und sich lediglich in drei Punkten nicht irre machen lassen:

**In der Liebe zu ihrem Volke, in dem Glauben an Deutschlands Zukunft und in dem aus beidem erwachsenen nationalen Willen!**

Ein Politiker, den lediglich diese Gesichtspunkte leiten, kann weder an einem bestimmten Programm kleben, noch kann er vollends an eine Führung mit Hilfe der Peitsche denken. Wahre Liebe ist viel zu gewissenhaft, als daß sie nicht immer wieder zur Selbstprüfung zwänge, und ein Volk, dem nur noch mit der Peitsche zu helfen ist, ist überhaupt kein Volk, das eine Zukunft hat oder verdient. Wenigstens bin ich der Auffassung, daß ich lieber Deutschlands sofortigen Untergang wünsche, als ein vorübergehendes nur mit Hilfe einer starken Führerpeitsche (wenn das praktisch heutzutag überhaupt möglich wäre) erzwungenes Wiederhochkommen, dem dann der Untergang über kurz oder lang doch folgen würde. E i n S k l a v e n v o l k z u r V o r h e r r s c h a f t o d e r d o c h a n f ü h r e n d e S t e l l e u n t e r d e n ü b r i g e n V ö l k e r n z u b r i n g e n , w ä r e e i n V e r b r e c h e n g e g e n d e n G e i s t d e r W e l t g e s c h i c h t e , d a s d e r s i c h ü b r i -

gens auch nicht gefallen lassen würde. Und dann endlich noch eins: Mit der Peitsche tritt man auch einem schließlich unterlegenen Volke nicht gegenüber, das vorher vier Kriegsjahre in Ehren bestanden hat, wie das deutsche Volk die Jahre vom August 1914 bis zum Herbst 1918.

Alle Rufer nach Peitsche oder sonstigen Gewalterziehungsmitteln, alle Vertreter und Verkünder unentwegt feststehender Programme, sowohl rechts- wie linkspolitischer, scheinen vor allem noch gar nicht erkannt zu haben, daß es sich in der deutschen Politik der nächsten Zukunft letzten Endes um weit mehr und weit größere Dinge handelt, als lediglich um die politische Wiederselbständigmachung eines von feindlichen Mächten in unerträgliche Fesseln gezwängten Volkes. Gewiß liegt diese Aufgabe am offenkundigsten vor aller Augen, sie muß und wird auch mit aller Tatkraft und möglichster Beschleunigung gelöst werden. Sie ist aber doch nur ein Teil des großen Gesamtproblems, das diese Epoche der Weltgeschichte (in der zu leben wir das Glück haben!) kennzeichnet und ausfüllt. —

Man könnte den am 1. August 1914 ausgebrochenen und heute (nur in anderer Form) noch wütenden Weltkrieg, durchaus des Wesens Kern treffend, den großen deutschen Krieg nennen. Genau so, wie man frühere Kriege nach den Objekten oder die Fragen, um die gekämpft wurde, den „schmalkaldischen“, den „spanischen Erbfolgekrieg“, die „Türkenkriege“, den „deutsch-französischen“ Krieg genannt hat. Es ging und geht diesmal um die deutsche

Frage. Nicht um eine Revanche für 1870/71, verbunden mit dem Streit um Elsaß-Lothringen, auch nicht lediglich im Sinne wirtschaftlicher Machtfragen um die Konkurrenz zwischen England und Deutschland oder um die allslavische Balkanpolitik des zaristischen Rußland. Letzten Endes waren das alles nur äußere Veranlassungen, die den Kriegsausbruch herbeiführten und vorher das Bündnis aller europäischen Großmächte zustande gebracht hatten. Die innersten Gründe zu diesem erbitterten Ringen sowohl wie zu der Vereinigung fast der ganzen übrigen Kulturwelt gegen Deutschland liegen viel tiefer.

Es handelte und handelt sich weiter in der nächsten Zukunft um das Weiterwachsen oder Absterben und Untergehen einer Volks-, Staats- und Kulturerscheinung in der Welt, die mit dem Preußen Friedrichs des Großen ins Leben trat.

Der unbewußte Instinkt der Volksseele übertrifft in gerechter Würdigung der Menschen und Geschehnisse oft, im Vorausahnen großen Werdens fast immer den begabtesten und geschultesten Diplomatengeist. Kein geringerer als Goethe hat es in seinem Lebensbekenntnis „Dichtung und Wahrheit" schriftlich niedergelegt, daß im Grunde genommen ganz Deutschland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts „fritzisch" gesinnt war. Des großen Königs Führer und Feldherrngenie in den drei schlesischen Kriegen allein erklärt nicht diese deutsche Begeisterung für seine Person über die Grenzen Preußens hinaus. Es erklärt es nicht, daß z. B. (geschichtliche Tatsache!) schon in den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts in bayrischen Bauernhäusern gar

nicht selten an der Wand das Bild des Preußenkönigs neben dem üblichen Heiligenbild zu sehen war. Große Feldherrn hat es schließlich mehr gegeben; auch sie wurden von aller Welt bewundert und gefürchtet; daß aber die Angehörigen im Grunde genommen gegnerischer deutscher Staaten den Preußenkönig in aller Harmlosigkeit förmlich als den ihrigen betrachteten, das muß einen tieferen Grund haben. Er dürfte darin zu suchen sein, daß die Volksseele das instinktive Empfinden hatte, daß das Auftreten dieses Menschen dem Schicksal aller Deutschen eine neue Wendung gegeben hatte! Und so war es in der Tat: Während die Vorherrschaft des Hauses Habsburg in Deutschland auf Grund seiner reinen Hausmachtpolitik den im 13. Jahrhundert eingetretenen Zerfall eines in sich geschlossenen nationalen Volkes naturnotwendig immer mehr beschleunigte, trat das von Friedrich geschaffene Preußen diesem Zerfall entgegen. Gewiß nicht mit Bewußtsein. Auch Friedrich der Große war ein Kind seiner Zeit und dürfte kaum geahnt haben, wie sehr er den Grundstein zu einer neuen deutschen Nation gelegt hatte. Aber er hat es getan, und Bismarcks Werk ist ohne den Fridericianischen Vorgang einfach undenkbar.

Unbewußt, nur von dem in ihm mächtigen nationalen Dämon getrieben, hat Friedrich den seit Jahrhunderten in Todesschlaf versunkenen Nationalsinn des gesamten deutschen Volkes wieder wachgerufen.

Damit aber und mit der Fortsetzung seines Werkes, zunächst in den Befreiungskriegen und dann durch Bismarck, erstand für die ganze Welt

Es handelte sich zunächst darum, ob die bisherigen Großmächte sich mit dieser revolutionären Verschiebung jahrhundertelanger Machtverhältnisse in Europa abfinden würden. Selbstverständlich haben sie sich dagegen gewehrt, aber vergebens; die neue deutsche Nation setzte sich durch. Naturnotwendig aber ergab sich jetzt weiter, daß diese neue deutsche Nation nunmehr zur Offensive überging. Leider sich selbst dessen nicht bewußt und daher nur in einzelnen wirtschaftlichen Vorstößen, die überdies auch planlos und widerspruchsvoll verliefen. Machtauswirkung ohne Machtbewußtsein und Machtwillen der Nation! Und so mußte der Weltkrieg entstehen! Nicht um die elsaß-lothringische Frage, auch nur nebenbei um die englisch-deutsche Weltmarktkonkurrenz, Rußlands Balkanziele usw. Nein, seinem innersten Kern und Wesen nach zur letzten endgültigen Lösung des deutschen Problems.

Wir belogen uns selbst, wenn wir vor dem Kriege den Sinn und Zweck aller deutschen Politik lediglich in der Behauptung und Verteidigung des Bismarckreiches sahen. Auch dieses war doch noch nicht der große deutsche Nationalstaat, der tatsächlich die gesamte neudeutsche Rasse in Mitteleuropa umfaßte. Es war durchaus logisch, wenn die dem deutschen Problem feindlich gesinnten Mächte über Deutschland herfielen, ehe in dessen Volk ein nationaler Machtwille aufwachte, der die Machtfähigkeit zu nützen und zu betätigen wußte. Das deutsche Reich, das Bismarck uns hinterließ, befand sich in einer ganz ähnlichen weltpolitischen Lage, wie das Preußen mit der Potsdamer

Wachtparade, das Friedrich der Große von seinem Vater übernahm. Beide Staaten waren begreiflicherweise den anderen Regierungen ein Dorn im Auge. Um sich zu behaupten, nahm Friedrich die Politik des Machtgedankens auf und kam seinen Gegnern zuvor. Das nachbismarckische Deutschland wartete, bis es den Gegnern genehm war. Es verwarf den Machtgedanken und lieferte sich damit dem Machtwillen seiner Feinde aus.

Man darf aber wegen dieser Fehlgriffe des deutschen Volkes in seiner Politik auch nicht in allzu verständnisloser Strenge mit ihm ins Gericht gehen. Zu unserer Belehrung sind Vergleiche, wie der vorstehende mit der Politik des großen Preußenkönigs, gewiß sehr wertvoll, es ist aber nicht zu vergessen, daß man das Tun und Lassen eines Volkes niemals an den Leistungen eines unumschränkten Monarchen, noch dazu eines Genies, messen darf. Und ferner muß zugegeben werden, daß die Weiterführung des deutschen Problems nach Bismarck auch um ein vielfaches schwieriger war als das preußische Problem, das Friedrich 1740 richtig erkannt und zielbewußt gelöst hat.

So erklärlich und entschuldbar es aber auch ist, daß das deutsche Volk und seine damaligen Führer vor dem Kriege die Forderungen und Notwendigkeiten nicht erkannt haben, die das deutsche-Problem an sie als die Hauptbeteiligten stellte, so unabänderlich steht andererseits fest, daß die Erfahrungen der letzten 10 Jahre nun wirklich ausreichen müssen, um uns hinsichtlich der großen deutschen Frage ins Bild zu setzen. So sehr

durchaus nationale Geister sehr verschiedener Ansicht sein können über gewisse Einzelheiten und das Tempo einer unserer Lage entsprechenden erlösenden Außen- und Innenpolitik, über das Endziel muß Klarheit und Einmütigkeit herrschen. Und zwar in dem Sinne, daß es sich nicht lediglich um ein Abstreifen oder Abschütteln der Versailler Ketten handelt, sondern um vollständige Beseitigung des Hauptgrundes, der uns zu dem Versailles von 1918 geführt hat: der Verständnislosigkeit des Volkes für nationale Machtpolitik. Hierin wurzeln letzten Endes alle sonstigen Erscheinungen und Vorkommnisse, die für gewöhnlich als Ursachen und Erreger der Katastrophe genannt werden. Wird dieser Mangel, diese Verkennung des innersten Kerns der deutschen Frage nicht überwunden, dann lohnt sich keine Mühe und kein Opfer für den sogenannten Befreiungsgedanken. Denn früher oder später käme dann doch wieder ein Rückschlag. Schon aus diesem Grunde halte ich auch das fortgesetzte Rufen nach einem Führer für geradezu bedenklich. Ein Führer ist doch allemal nur eine zeitlich höchstens auf einige Jahrzehnte beschränkte Erscheinung. Eine ganz neue Art von Führerpersönlichkeit wäre allerdings wünschenswert: Ein Mann oder eine Bewegung, die nicht nur für sich selbst den Aufwärtsweg erkennt und führt, sondern vor allem die weitesten Kreise des Volkes mit dem neuen deutschen Geist erfüllt, der aus dem Geschehen der letzten 10 Jahre heraus geboren werden muß.

Denn darauf kommt es jetzt in sinngemäßer Fortentwicklung und Weitergestaltung des von Friedrich dem Großen begonnenen deutschen Werkes an: Erfül-

lung der (gleichzeitig natürlich zu erweiternden und zeitgemäß umzugestaltenden) äußeren Form mit lebendigem tatfähigen Geist.

*Das* ist die neue Entwicklungsstufe im deutschen Problem, die zu erreichen eigentlich unsere Aufgabe ohne weiteres mit dem Augenblick wurde, als das Bismarckreich geschaffen war: die geistige und seelische Heranbildung eines Volkes, das den Aufgaben, die sich aus dem Bismarckwerk naturnotwendig ergaben, überhaupt gewachsen war. Teils der bei großen Führern häufig festzustellende Ausfall jeglichen Erziehertalentes beim großen Bismarck, teils die Fülle der gleichzeitig zu bewältigenden neuen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme ließen diese Aufgabe gänzlich ungelöst. Des letzten deutschen Kaisers (Wilhelms II.) Politik zeigt stellenweise, daß er die Bedeutung und Notwendigkeit dieser Aufgabe erkannt hatte. Ihre praktische Lösung aber mißlang ihm nicht nur, sondern umgekehrt, er selbst gab schließlich in der Praxis als erster nach kleinen Ansätzen die Politik des nationalen Willens wieder auf. Wurde Reaktionär statt Revolutionär.

Es ist nicht selten in der Geschichte der Völker, und zwar gerade der Elitevölker, die zu Großem und Größtem bestimmt sind, daß ihre geistige und seelische Aufwärtsentwicklung nur und erst auf Grund furchtbarer Schicksalsschläge und Mißerfolge erreicht wird. So ist es z. B. sehr fraglich, ob ohne die napoleonischen Leidensjahre nach 1806/07 der deutsche Nationalgedanke so bald nach Friedrichs des Großen praktischer Vorarbeit in Deutschland erwacht wäre.

Wir sollten — gerade in unseren heutigen Tagen — nie vergessen, was wir jenen finsteren Jahren

preußisch-deutscher Geschichte danken: Von der Zertrümmerung der kleinen Duodezstaaten angefangen bis zu all den Reformen, die als die ersten Anfänge der Umgestaltung des deutschen Menschen aus einem Untertanen zu einem nationalen Staatsangehörigen anzusehen sind.

Ganz ähnliche Segnungen aus den Stürmen trüber Zeiten sind auch heute schon erkennbar. Die Vielstaatigkeit ist um ein weiteres vermindert worden und vor allem der großdeutsche Gedanke weit über die politischen Grenzen selbst des Vorkriegsreiches hinaus lebendig geworden. Denken wir an Oesterreich, Tirol; denken wir vor allem an das zielklare Ringen der Deutschen in Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien usw.

Das sind Bewegungen, die ein siegreicher Kriegsausgang schwerlich hätte hochkommen lassen. Man kann sich sogar fragen, ob nicht die Gefahr bestanden hätte, daß ein ganz oder halb siegreiches Deutschland den großen inneren nationalen Mangel, der ihm anhaftete hinsichtlich seiner Stellung als neudeutsche Weltmacht, gar nicht erkannt hätte. Ansätze zu volklicher Dekadenz waren, besonders in den oberen Schichten, ohnehin in dem Deutschland von gestern schon ganz unstreitig vorhanden. Sie kamen sogar während des Krieges stellenweise erschreckend deutlich ans Licht (Etappe, Heimat, Wirtschaft!). Es ist gar nicht so abwegig und lohnte vielleicht ein nur diesem Gedanken gewidmetes Buch, einmal zu untersuchen, welche Zukunft ein trotz aller inneren Mängel gleich siegreich gebliebenes Deutschland wohl gehabt hätte. Wir waren doch auf jeden Fall bereits auf dem besten Wege, im

Materialismus zu versumpfen, und auch der Krieg hatte für die Dauer nicht die so notwendige reinigende, deutsch-reformatorische Wirkung auf uns ausgeübt, die jetzt die Elendsjahre uns hoffentlich schaffen werden. Die sogenannte „Revolution" war letzten Endes allerdings nur eine Konservierung und Weitergestaltung der faulen Triebe, die der deutsche Baum in den letzten Jahrzehnten angesetzt hatte. Sie hat nur die letzten Hemmungen alten Preußen-Deutschland-Geistes, die noch in uns mächtig und sogar stark genug waren, auf den Schlachtfeldern das letzte Wort zu sprechen, endgültig beseitigt. Damit aber auch Millionen Deutschen die Augen geöffnet, zum mindesten die Geister und Seelen aufnahmefähig gemacht für die Erkenntnisse und Grundsätze, auf denen ein nationalreifes Deutschland von morgen aufzubauen ist.

Betrachten wir die Geschehnisse von diesem Gesichtspunkte, so kann einem wohl der Gedanke kommen, ob unsere Nachkommen nach 50 oder 100 Jahren es nicht der Vorsehung danken werden, daß des deutschen Volkes Wanderung durch die Geschichte auch durch das finstere Tal von 1918 bis 19 ? hindurch mußte. Gewiß ist es Gefühls- und Ansichtssache, ob man dieser Auffassung vom Lauf der Geschehnisse beipflichten will oder nicht. Was ist Wahrheit? — — Es ist aber ohne weiteres schon immer das beste, bei allen Schicksalsschlägen in erster Linie die Ursachen in sich selbst zu suchen. In irgendeiner Weise trifft das auf jeden Fall zu; es gibt vor allem sofort die Handhabe zu entsprechenden Maßnahmen auf Grund eigenen Wollens.

Tiefste Selbstdemütigung ist der beste Ansatz zu neuem stolzen Schaffen.

Wie schließlich das Deutschland von morgen zustande kommt, kann kein Mensch wissen. Wie es aber in seinen Hauptzügen aussehen muß, um lebensfähig zu sein, können wir nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte wohl festlegen. Es muß sein:

Ein in allen Gliedern politisch und wirtschaftlich fest zusammengefügter, alle Deutschstämmigen Mitteleuropas umfassender Nationalstaat. Dieser in freiem Besitz und unbehinderter Verfügung über ein seiner Einwohnerzahl entsprechend ausgedehntes, vor allem alle Gebiete deutscher Kultur umfassendes Ländergebiet „von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt". Mit vollem Anspruchsrecht auf alle kolonialen Gebiete anderer Erdteile, die nachweislich deutscher Kolonialtätigkeit früherer Zeiten ihre kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung verdanken. Und bevölkert muß dieses Deutschland sein von einer neuen deutschen Rasse, die die Entwicklungserscheinungen vergangener Zeiten überwunden hat, in der eine starke und ständig weiter anwachsende Mehrheit (unbehindert von allen sonstigen innerpolitischen Verschiedenheiten und selbst Gegensätzen, die ein geistig reges Volk immer aufweisen wird) auf jeden Fall in zwei Fragen stets als ein unerschütterliches Tatganzes bereitsteht: In einer von bewußtem nationalen Machtwillen getragenen Außenpolitik und in einer den sozialen Gedanken zu immer größerer Vollkommenheit ausbauenden Innenpolitik.

So muß es aussehen, das Deutschland von morgen. Das Ziel kürzer zu stecken, würde nicht die Mühe und die Opfer lohnen, die der Weg aufwärts und vorwärts erfordert. Diesem Ziel aber zuzustreben, ist selbst das Wagnis wert, daß wir, anstatt es zu erreichen, vorher zusammenbrechen und als Nation untergehen. Hier ist m. E. eine durchaus radikale Anschauung am Platze: *Kein Schein-Deutschland, sondern ein wirkliches Deutschland mit allem, was dazu gehört, soll das Deutschland von morgen werden.* Sowohl seiner äußeren Form wie seinem inneren Gehalt nach. Wenn es nicht einige Gewähr für einen jahrhundertelangen Bestand bietet, dann wollen wir uns als Volk und Staat lieber gleich in Atome auflösen. Um als das zu dienen, was wir bei Verzicht auf nationale Macht- und Willenspolitik früher oder später doch werden: Der Dünger für andere Völker und Rassen, die besser als wir die Gaben zu nutzen wissen, die eine gütige Vorsehung ihnen verlieh.

# Eine Kanzlerrede

Motto: „Ich bin des trock'nen
Tons nun satt."

Eine gemäßigt warme Maisonne bestrahlte im Jahre 19... die starken Menschenansammlungen, die das deutsche Reichstagsgebäude umgaben, um wenigstens im Bannkreis eines Geschehnisses zu sein, das nach Ansicht aller zum mindesten große Aussicht hatte, *ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte* zu werden. Es war zwar äußerlich nichts Neues, was geschehen war und geschehen sollte, im Gegenteil, ein Vorgang, der in dem Deutschland des letzten Jahrzehnts meist alljährlich, manchmal auch zweimal im Jahre, sich wiederholt hatte: *Neuwahl des Reichstages und daraufhin Neubildung der Regierung*.

Aber schon die Wahlen hatten diesmal einen gänzlich anderen Charakter gezeigt als bisher. Zunächst war, noch kurz vor Auflösung des letzten Reichstages, das Wahlgesetz geändert worden. Das Listenwahlsystem war abgeschafft und *die Persönlichkeitswahl wieder eingeführt* worden. Jeder Wahlkreis entsandte jetzt *die Persönlichkeit* ins Reichsparlament, die rein als solche das Vertrauen der Mehrheit des Kreises hatte. Ein Ausweg, die größeren Zahlen der zunächst nicht wirksam gewor-

denen Wahlstimmen in gerechter Weise den in Frage kommenden Parteien zugute kommen zu lassen, war auch gefunden.

Die Wahlgesetzänderung (auch das aktive und passive Wahlrecht war wesentlich verändert worden; der aktive Wähler mußte das 24., der Wahlkandidat das 29. Lebensjahr vollendet haben) hatte allerdings heftige Kämpfe gekostet. Weniger der Parteien gegeneinander, als mehr innerhalb der Parteien. Ziemlich alle Parteileitungen, gestützt auf ihre „altbewährten Parlamentarier", hatten vor allem an die Aufhebung der Listenwahl gar nicht recht herangewollt. In allen Parteien aber war ein seltsam revolutionärer Geist in der Wählerschaft aufgekommen. Man forderte nicht nur die Persönlichkeitswahl, sondern erklärte gleichzeitig unumwunden, man behielte sich auch die Aufstellung der Kandidaten vor und sei nur zu Aussprachen und Verständigungen mit der Parteileitung bereit. Kurzum, die Parteileitungen waren fast überall mit mehr oder weniger ruhiger Bestimmtheit der autokratischen Gewalt, die sie seit dem November 1918 inne gehabt hatten, entkleidet worden. In der Kommunistischen Partei war es sogar zu einer Spaltung gekommen: Die sogenannten National-Kommunisten hatten sich von den Moskau-Vasallen getrennt und im Wahlkampf zwei Drittel aller Sitze der bisherigen K.P.D. erobert.

Das Wahlergebnis selbst wies trotz all dieser innerlichen Umwandlungen rein äußerlich eigentlich kein wesentlich anderes Gesicht auf, als es in den letzten Jahren der Fall gewesen war. Die Parteien waren ungefähr so stark geblieben wie meist bisher: Deutsch-

nationale und Sozialdemokraten je etwa 130, Volkspartei 70, Zentrum 80 usw. Um so größer aber war dafür innerlich der Unterschied zwischen diesem neuen Reichstag und allen bisherigen: In allen Parteien sah man mehr als drei Viertel „neue Gesichter". Den „altbewährten Parlamentariern" war es überall gleich schlecht gegangen. Verhältnismäßig nur wenige von ihnen waren von den Wählern selbst wieder aufgestellt worden. Alle Pressebeschwörungen waren vergeblich gewesen. Auch die Mahnung zur „Dankbarkeit" war wirkungslos verhallt. Mit stürmischem Beifall hatte man vielmehr in den Wählerkreisen aller Parteien ein zu Millionen verbreitetes Flugblatt gelesen, das kurz vor Aufstellung der Kandidaten erschienen war. Es rechnete in harter Unparteilichkeit mit den bisherigen Parlamentariern aller Parteien ab und trug die spöttisch-drohende Ueberschrift: „Dankbarkeit gegen Euch? — Wofür denn?"

Ein ganz neues Bild hatte auch der Wahlkampf gezeigt. Es war merkwürdig anständig und sachlich bei fast allen Versammlungen zugegangen. Schon das Auftreten so vieler gänzlich neuer Persönlichkeiten in allen Parteien hatte das mit sich gebracht. Die Wählerschaft verzichtete vielfach auf das fruchtlose Gegeneinanderausspielen alter Gehässigkeiten und Streitpunkte und wollte vor allem hören, was die neuen Männer im Reichstage zu tun gedachten. Die Wahlbeteiligung war stärker gewesen als je zuvor; natürlich verhältnismäßig verstanden, da das Wahlalter ja so wesentlich heraufgesetzt war.

Und nun sollte heute, an diesem schönen Maitage 19... der neue Reichstag seine erste Sitzung abhalten

und die neue Regierung durch den neuen Reichskanzler ihr Programm entwickeln hören.

Auch diese neue Regierung war nach neuen Gesichtspunkten entstanden. Das Wahlergebnis war so gewesen, daß das Zentrum wiederum zwischen rechts und links das Zünglein an der Wage gebildet hatte. Nach kurzem Schwanken war es nach rechts ausgeschlagen. In gemeinsamer Sitzung hatten darauf sämtliche Rechtsparteien einschl. des Zentrums sich entschlossen, den Reichspräsidenten zu ersuchen, einem Angehörigen des linken Flügels der Deutschnationalen Volkspartei das Kanzleramt und die Bildung der neuen Regierung zu übertragen. Dies war geschehen, und ohne wesentliche Schwierigkeiten hatte der neue Kanzler innerhalb von 24 Stunden sein Kabinett aus Deutschnationalen, Volksparteilern, Zentrum und einem Wirtschaftsparteiler zusammengebracht.

* *
*

Die neue Regierung mit dem neuen Kanzler an ihrer Spitze betrat den bis auf den hintersten Tribünenwinkel eng besetzten Sitzungssaal des Reichstages. Ohne wesentliche Erregungen ging die Wahl des neuen Reichstagspräsidiums vor sich. Der Reichstagspräsident erteilte dem neuen Kanzler das Wort*), und dieser Kanzler sprach zum neuen Parlament, zum deutschen Volke, zur gesamten Kulturwelt:

---

*) Auf Veranlassung der Regierung erhielten sämtliche Presseberichterstatter des In- und Auslandes sofort nach Schluß der Sitzung einen schriftlichen Durchschlag der Kanzlerrede.

Meine Damen und Herren!

Ich habe zunächst die Ehre, Ihnen als den erwählten und berufenen Beratern und Gestaltern des künftigen Schicksals unseres Vaterlandes mich als verfassungsgemäß berufenen Reichskanzler und ferner die Herren vorzustellen, die meiner Bitte folgend bereit sind, die Ministerposten des Reiches wahrzunehmen. (Folgte Namensnennung und Vorstellung der einzelnen Persönlichkeiten.)

Meine Damen und Herren! Ich habe nunmehr nach altem parlamentarischen Brauche die Aufgabe, Ihnen mein und meiner Mitarbeiter außen- und innenpolitisches Programm zu entwickeln, damit Sie sich daraufhin schlüssig werden können, ob Sie oder doch eine ausreichende Mehrheit von Ihnen gewillt sind, dieser neuen Regierung Ihr Vertrauen zu schenken und deren innen- und außenpolitische Pläne kraft Ihrer Entscheidungsgewalt zu gültigen Gesetzen und zu Handlungen und Taten eines in höchster Instanz sich selbst regierenden Volkes werden zu lassen.

Wollen Sie zunächst aus den wohl genügend klar ausgedrückten Gedanken meines letzten Satzes die Grundauffassung entnehmen, von der die neue Regierung von dem Augenblick an sich leiten lassen wird, in dem Ihr Vertrauensvotum sie in ihrem Amte bestätigt. Wir, Kanzler wie Minister, waren bisher in unserem politischen Wirken mehr oder weniger Angehörige und Vertreter einer bestimmten Parteirichtung und damit auch einer bestimmten Weltanschauung. Es ist selbstverständlich, daß wir auch in Wahrnehmung unserer Aemter unserer persönlichen Ueberzeugung treu bleiben und sogar bemüht sein werden, sie für die Ge-

staltung von unseres Volkes und Vaterlandes Schicksal bestimmend werden zu lassen.

Eins aber, meine Damen und Herren, hat für uns, die wir jetzt die leitenden Männer des Deutschen Reiches geworden sind, mit diesem Augenblick aufgehört: Das Gefühl der Gegnerschaft zu den Parteien, die unsere persönlichen politischen Ansichten in einigen oder selbst in allen Punkten nicht teilen und ebenso jegliche Gebundenheit oder Abhängigkeit gegenüber den Parteien, denen wir entstammen. Für mich und meine Mitarbeiter ist der Partei- und Weltanschauungskampf mit dem heutigen Tage, an dem das neue Parlament zusammengetreten ist, abgeschlossen. Es tritt an seine Stelle jetzt das Beraten und Beschließen der Volksvertreter und das Leiten und sinngemäße Beeinflussen dieser Beratungen durch uns, die regierenden Minister.

Welche innen- oder außenpolitische Angelegenheit auch verhandelt werden mag, die Regierung wird aufmerksam und nachdenklich vor allem auch die gegnerischen Ansichten anhören. Insbesondere stehe ich persönlich jedem einzelnen von Ihnen oder jeder Gruppe jederzeit zu einer Aussprache oder einem Gedankenaustausch zur Verfügung. Vielleicht werden solche Besprechungen häufig fruchtbringender sein, als die offiziellen Debatten hier im Verhandlungssaale. Aber auch in diesen Debatten bitte ich Sie samt und sonders ebenso herzlich wie dringend, sich stets von dem Gedanken leiten zu lassen, daß es nicht auf ein gegenseitiges Besiegen, sondern nach Möglichkeit auf ein

Ueberzeugen oder doch auf einen Ausgleich der Ansichten ankommt. Daß in vielen, einstweilen vielleicht den meisten Fällen stets eine Minderheit bleiben wird, die nicht überzeugt und daher im eigenen Sinne und dem ihrer Wähler unbefriedigt ein Gesetz oder einen Beschluß zustande kommen lassen muß, weiß ich sehr wohl. Aber auch dann bitte ich unter allen Umständen nicht das Gefühl, unterlegen zu sein, in sich aufkommen zu lassen. Ueberstimmt sind Sie dann lediglich! Ihre zweifelsohne aus bestem deutschen Herzen kommenden Forderungen oder Warnungen blieben ergebnislos. Zeigt die Praxis, daß Sie recht hatten, so werden die Regierung wie die Parteien, die mit der Regierung gingen, nicht zögern, den begangenen Irrtum zu erkennen und nach Möglichkeit zu beseitigen, erweist es sich, daß der Irrtum auf Ihrer Seite war, so werden Sie als ehrliche vaterlandsliebende Deutsche selbst am allerfrohsten sein, daß Ihre Ansicht nicht durchdrang. Es handelt sich hier in diesem Saale und Hause doch nicht um Preiskämpfe, sondern um gemeinsame Arbeit zum Wohle unseres Vaterlandes und Volkes. Nach bestem Wissen und Gewissen wird die Regierung alles, was sie Ihrem Beschlusse unterbreiten und empfehlen wird, vorher erwägen und durcharbeiten. Das schließt aber keineswegs aus, daß dieser oder jener Punkt bei der Besprechung von einem oder mehreren von Ihnen von einer Seite beleuchtet wird, die neue Gesichtspunkte eröffnet und uns vielleicht sogar zur Aenderung der eigenen Absicht veranlaßt. (Mit erhobener Stimme:) Wenn einige von Ihnen, wie ich wahrzunehmen glaube, in

diesem Geständnis von vornherein ein Zeichen der Schwäche der neuen Regierung sehen, so kann ich nur höflichst bitten, Ihr Urteil in dieser Hinsicht erst dann zu fällen, wenn die Regierung zum mindesten einige Wochen am Ruder ist. Ob wir Schwächlinge oder Tatmenschen sind, dürfte sich angesichts der schweren innen- und außenpolitischen Aufgaben, die unserer harren, sehr bald erweisen. Ich halte es aber weit mehr für ein Zeichen von Mut als von Schwäche, wenn ein Staatsmann oder Parlamentarier gegebenenfalls offen bekennt, daß er einen Irrtum erkannt und von einem Gegner gelernt hat.

Ich glaube überhaupt, daß die Begriffe, wann ein Staatsmann als tatkräftig und wann er als schwächlich anzusehen ist, in den Wirrjahren, die wir seit unserem Zusammenbruch durchgemacht haben, so verschwommene und unlogische geworden sind, daß wir mehr oder weniger alle dazu neigen, Schwäche als Stärke und Stärke als Schwäche anzusehen.

So galt z. B. bisher im allgemeinen als stark vor allem immer *der* Politiker, der jeden Kompromiß ablehnend im politischen Gegner förmlich das böse Element sah, das zu vernichten Pflicht gegenüber dem eigenen Glauben, sowie Pflicht der Selbsterhaltung war.

Mit dieser Auffassung, meine Damen und Herren, habe ich längst gebrochen; sie kommt erst recht nicht jetzt, da ich Reichskanzler bin, für mich in Frage. Denn kraft dieses Amtes bin ich *Vertreter und politischer Führer des gesamten deutschen Volkes, nicht etwa der Oberfeldherr einer Mehrheitsgruppe, die ihre zeitweilige Ueberlegenheit nutzt,* um die

Minderheit willenlos zu machen und die Zeit ihrer eigenen Ueberlegenheit möglichst lange auszudehnen. In diesem Sinne erkläre ich Ihnen daher unumwunden, daß ich fest entschlossen bin, in gewisser Weise *einen der Hauptgedanken des formalen Parlamentarismus einfach beiseite zu werfen, geradezu niederzutreten*: Ich bin mir voll bewußt, daß ich es nur dem Vertrauen einer bestimmten Mehrheitsgruppe dieses hohen Hauses danke, daß ich mit den Rechten und Pflichten des höchsten deutschen Beamten betraut wurde. Aber, meine Damen und Herren, *als Ihren von Partei wegen Beauftragten oder Angestellten betrachte ich mich damit nicht!* Sollten Sie diese Auffassung haben, so wird mir bei Ihrer morgigen Stellungnahme zu meinen heutigen Erklärungen ein auch nur angedeuteter Vorbehalt in dem Vertrauensvotum genügen, um *sofort mein Amt wieder niederzulegen.* Denn darüber bitte ich Sie, sich klar zu sein: Es kann sehr leicht in diesem oder jenem Sonderfall geschehen, daß ich auf Grund meines amtlichen Einblicks und Ueberblicks aller Umstände innen- wie außenpolitisch *zu einer anderen Auffassung komme, als ich sie bisher gemeinsam mit Ihnen, meinen Gesinnungs- und Weltanschauungsgenossen, gehegt habe.*

Aus diesem Grunde wäre es auch leichtfertig und fahrlässig, wenn ich heute, wo ich noch gar keinen eingehenderen Einblick in die meiner harrenden Arbeiten und Aufgaben gewonnen haben kann, Ihnen bereits lauter bestimmte und bindende Erklärungen geben würde,

wie ich die nächsten Fragen der Innen- und Außenpolitik mit Ihrer Hilfe und Unterstützung zu lösen gedenke. Einzig und allein die Ziele kann ich Ihnen nennen, die wir, meine ministeriellen Mitarbeiter und ich, uns gesteckt haben, und den Geist kann und muß ich erkennbar machen, der uns dabei beseelen und leiten wird.

Unsere sämtlichen innenpolitischen Pläne und Absichten bauen sich auf dem leitenden Grundgedanken auf, daß zunächst ein frischer kräftiger vaterländischer Frühlingswind die Nebel- und Stickwolken des Hasses und des Nichtverstehens fortfegen muß, die seit dem November 1918 auf unserem Volke und Vaterlande lasten.

Meine Damen und Herren, es gibt für mich vom heutigen Tage an keinen „Dolchstoß von hinten" und es gibt für mich keine Novemberverbrecher mehr! (Lebhafte Bewegung im ganzen Hause, Unruhe rechts.) Nein, meine Herrschaften, es gibt für mich nur ein durch unsagbare Leiden und gleichzeitig an allen maßgebenden Stellen begangene schwere Fehler an sich selbst irre gewordenes deutsches Volk, das in einem Zustande höchster seelischer Verzweiflung jegliche ruhige Besinnung, alle Fähigkeiten kühlen Nachdenkens und Beurteilens der Lage verlor. Daß einzelne Persönlichkeiten oder Gruppen in nachweislich vaterlandsverleugnender Verirrung, aus Eigennutz oder Fanatismus den Zusammenbruch gefördert und den letzten Anstoß dazu gegeben haben, weiß ich. Als Parteipolitiker habe ich in den ersten schweren Kampfjahren auch

oft daraufhingewiesen. Jetzt aber, als Kanzler eines zu nationalem Willen wieder erwachten Volkes, *lehne ich jede weitere Untersuchung darüber ab*, weil ich nicht den geringsten vaterländischen Nutzen mehr daraus erwarte. Im Gegenteil, schwersten Nachteil; denn es liegt zu sehr im Wesen der menschlichen Natur, mit der Verurteilung solcher, selbst überwiesenen, Sündenböcke *auch das letzte Gefühl eigener Mitschuld erleichtert abzustoßen*. Darauf aber, meine Damen und Herren, kommt es meines Erachtens in unserer Lage gerade ganz unabweisbar an: *Nicht einzelne Verbrecher, sondern unser aller Versagen hat den Zusammenbruch herbeigeführt!* Wir haben einander nichts vorzuwerfen oder zu verzeihen. Wir waren *allzumal furchtbare Sünder am nationalen Glauben und Geiste*, und wenn einzelne Leute an Aktivität dabei ein übriges getan haben, so haben wir ihnen dazu erst die Wege geebnet. Lassen Sie uns alle unsere Arbeit heute mit *diesem Sündenbekenntnis* beginnen; es ist die beste Vorbereitung *des großen nationalen Sühnewerkes* an uns selbst zu unserem eigenen Heile.

Aus dieser Beurteilung des Zusammenbruchs vom Jahre 1918 ergibt sich auch die Stellung der Regierung zur Verfassung und republikanischen Staatsform. Ich bin grundsätzlich überzeugter Befürworter des monarchischen Systems gegenüber dem republikanischen. Die Vorteile überwiegen m. E. die natürlich auch nicht abzuleugnenden Nachteile. Geschichtliche und ganz besonders volkscharakteristische Gründe sprechen in Deutsch-

land gleichfalls für das monarchische System. Ich rechne daher den Sturz der Throne im Jahre 1918, insonderheit den des Kaiserthrons, zu den zahlreichen anderen *Irrtümern und Torheiten*, die wir alle damals, aktiv handelnd oder passiv geschehen lassend, begingen. Aber wohl verstanden: *Wir alle, einschließlich der entthronten Kronenträger selbst!* Ich lehne daher als Vertreter und verantwortlicher Führer des deutschen Volkes auf das bestimmteste die Lesart und Auffassung ab, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit etwa einen an seinen Fürsten und Monarchen begangenen Verrat zu sühnen hätte. Auf den Thronen sowohl wie in den weitesten Kreisen des Volkes wartete in jenen Tagen leider jeder auf einen kühnen Entschluß des anderen. Das Ergebnis dieser allgemeinen Entschlußlosigkeit konnte nur sein, daß die, welche aus einer Beseitigung der Throne ein größeres Entgegenkommen der äußeren Feinde erhofften, die Oberhand gewannen. Und so kam es dann, wie Sie wissen, an allen Höfen zu den bedauerlichen Abmachungen zwischen den Fürsten und ihren Völkern. *Abmachungen*, meine Damen und Herren, *nicht Sturz oder gewaltsames Verjagen!*

Aus diesem Grunde aber liegt es auch ganz im Belieben des deutschen Volkes und seiner Dynastien, diese Abmachungen vom Jahre 1918 einfach rückgängig zu machen. Weder sogenannte formelle Verzichterklärungen noch Legitimitätsgründe können da irgend jemand ausschalten oder prädestinieren.

Diesen theoretischen Gesichtspunkten, die Ihnen darzulegen ich für geboten hielt, stehen aber *drei*

*praktische Tatsachen* gegenüber, die mich bestimmen, Ihnen zu erklären, daß ich *die nähere Erwägung der Frage, ob wir im Reich und in den Ländern zur monarchischen Staatsform zurückkehren sollen, zur Zeit auf das bestimmteste ablehne* und jeden Versuch einer Einzelgruppe, die jetzige Staatsform des Reiches zu stürzen, mit allen Mitteln staatlicher Gewalt rücksichtslos, von wem oder von wo er auch ausgehen mag, *niederschlagen und mit der Kugel oder dem Schafott sühnen werde.* Die drei Gründe, die mich hierzu bestimmen, sind folgende:

1. Die Thronanwärterfrage ist hinsichtlich des Kaiserthrons eine noch gänzlich ungeklärte und wäre nur der Anlaß zu verschärften Gegensätzen im Volke.

2. Die Wiedereinführung der Monarchie würde zur Zeit unabsehbare außenpolitische Schwierigkeiten und Reibungen mit sich bringen. Wir können froh sein, wenn wir die so schon vorhandenen meistern. Kein sein deutsches Vaterland liebender Fürst würde daher nach meiner Ueberzeugung überhaupt dafür zu haben sein, alte Rechte seiner Dynastie oder selbst den heißen Drang, der erlösende Kaiser zu werden, geltend zu machen, so lange des Vaterlandes außenpolitische Schwierigkeiten unweigerlich dadurch wesentlich verschärft werden.

3. Es steht fest, daß einstweilen Millionen Deutsche dem monarchischen Gedanken noch mißtrauisch gegenüberstehen. Und zwar denke ich hierbei nicht an die wenigen, die schon vor 1918 republikanisch gesinnt waren, sondern vor allem an die großen Massen, die

erst durch die Art, wie die Throne zusammenbrachen, ihren altpreußisch-deutschen Glauben an Thron und Krone verloren. Erst wenn ruhiges Nachdenken oder vielleicht auch irgendein elementares nationales Ereignis diese Nachwehen des November beseitigt hat, erst wenn eine überwältigende Mehrheit in Deutschland wieder nach einem Kaiser ruft, erst dann ist der Augenblick gekommen.

Ich kann bei dieser Gelegenheit nicht umhin, obgleich persönlich monarchisch eingestellt, als Vertreter und Führer des gesamten deutschen Volkes auf das entschiedenste die Beleidigung zurückzuweisen, die darin liegt, daß manche dazu neigen, allen republikanisch gesinnten Deutschen damit die vaterlandstreue Gesinnung abzusprechen. Sie aber, meine Damen und Herren von links, wollen daraufhin auch nicht länger zögern, bei Ihren Anhängern mit *dem ungerechten Haß* aufzuräumen, der dort leider immer noch gegenüber dem monarchischen Gedanken und den letzten Kronenträgern herrscht. Vergessen Sie nicht die ehern feststehenden Ruhmesdaten der preußisch-deutschen Geschichte unter den gekrönten Adlern! — — —

*Neues festes Wurzelfassen in unserer geschichtlichen Vergangenheit* halte ich überhaupt für eine *innerpolitische Forderung ersten Ranges.*

Meine Damen und Herren, alle Vernunftbedenken gegenüber der monarchischen Frage fallen fort in der *Reichsflaggenfrage.* Mit schwacher Mehrheit, — nicht einmal alle Abgeordneten der demokratischen Partei stimmten dafür —, beschloß die Nationalversammlung von 1919 die Streichung der schwarz-

weißroten Flagge und Einführung der alten Hohenstauffenfarben Schwarzrotgold. Ich zweifle keinen Augenblick, daß manche idealen Gesichtspunkte dabei mitsprachen. Aber seien Sie ehrlich: War es nicht doch vorwiegend ein Akt der Erregung und Nervosität, diese Flaggenänderung? Veranlaßten nicht schon außenpolitisch-wirtschaftliche Rücksichten selbst die Anhänger des Schwarzrotgold, die Kriegs-, See- und Handelsflaggen schwarzweißrot zu belassen, lediglich in der Gösch mit dem Schwarzrotgold versehen? Welche innere Bindung hat das deutsche Volk von heute mit dem Hohenstauffenreich und seinem Geist und Wesen? Welche unlösbaren Fäden dagegen binden jeden Deutschen an unser altes Schwarzweißrot! Sind Ihre Väter, Brüder und Söhne, meine Herrschaften der Linksparteien, unter Schwarzrotgold oder Schwarzweißrot gefallen?

Meine Damen und Herren, auf jeden Fall muß der Wahnsinn aufhören, daß in Deutschland zwei Reichsflaggen wehen, eine amtliche und eine nichtamtliche. Wohlverstanden aber eine nichtamtliche, deren Farben in gewissen amtlichen Fahnen doch enthalten sind. In den nächsten Tagen wird Ihnen daher ein Beschluß zur Genehmigung unterbreitet werden, der auf den 18. Juni eine unmittelbare Volksabstimmung aller Deutschen beiderlei Geschlechts mit vollendetem 20. Lebensjahr ansetzt zur endgültigen Bestimmung der amtlichen Reichsfarben. Diesem Volksentscheid wollen wir uns dann alle beugen, mag er nun so oder so ausfallen. Schwarzweißrot oder

Schwarzrotgold? Das deutsche Volk möge antworten und dann in geschlossener Einigkeit unter der vom Willen der Mehrheit bestimmten Reichsfahne zusammenströmen und zusammenbleiben.

Die Einigung über gewisse grundlegende, mehr ethische Gesichtspunkte in der inneren Politik, wie ich sie soeben erörterte, wird die beste Vorstufe sein, um auch in den wichtigsten wirtschaftlichen Fragen ein verständnisvolles Zusammenarbeiten der Parteien und Weltanschauungen zu erreichen.

Unendlich schwierige Probleme harren da Ihrer und unserer Erledigung. Auch sie und gerade sie sind nur zu lösen, wenn Sie vorher jegliche Atmosphäre des Hasses und Mißtrauens aus diesem Beratungssaale verscheuchen.

Eine durch und durch gesunde Finanzwirtschaft ist die Vorbedingung aller innerpolitischen Gesundung. Unsere Finanzwirtschaft gründet sich auf die Verteilung der Steuerlasten. Daß dieses Problem bisher noch keine gerechte und befriedigende Lösung gefunden hat, brauche ich Ihnen nicht auseinanderzusetzen. Des Uebels Wurzel liegt m. E. in der Tatsache, daß die Steuererfassung bei der breiten Masse des Volkes, den Beamten und Arbeitnehmern, die 90—95 vom Hundert des deutschen Volkes ausmachen, ohne weiteres in dem gesetzlich festgelegten Prozentsatz oder durch indirekte Verbrauchssteuern gewährleistet ist, während sie beim Kapital und Unternehmer unweigerlich mehr von dessen Opferwilligkeit und nationaler Redlichkeit abhängt. Daß die Klagen des „kleinen Mannes", er zahle unverhältnismäßig mehr für das finanzielle Bestehen des Staates, als

mancher Großkapitalist, nicht immer unberechtigt sind, wollen wir uns doch nicht verhehlen. Ich bitte um Vorschläge aus Ihrer Mitte zur steten Minderung dieses Uebels und habe den Reichsfinanzminister gebeten, auch seinerseits entsprechende Entwürfe auszuarbeiten. Ankünden kann ich Ihnen bereits einen Gesetzentwurf, der unwahre Angaben über steuerpflichtige Einnahmen mit Zuchthausstrafe nicht unter einem Jahre bedroht. Wer in diesen Zeiten der Not des Vaterlandes sich um rein materielle Opfer herumzudrücken versucht, sei dem Einbrecher gleichgestellt oder dem Hoch- und Landesverräter.

Auf der anderen Seite möge aber der sogenannte kleine Mann in Deutschland sich endlich einmal ruhig vor Augen halten, daß die 5 Prozent Unternehmer und Großkapitalisten auch unmöglich allein, ja nicht einmal überwiegend die Steuerlasten tragen können, die der Staat, um bestehen zu können, seinen Angehörigen auferlegen muß. Zumal doch nachweislich rund 85 Prozent des gesamten Großkapitals in wirtschaftlichen Unternehmungen arbeiten. Wird dieses Kapital über gewisse Grenzen hinaus steuerlich belastet, so muß automatisch ein Drücken der Löhne oder Verteuerung der Waren oder Betriebseinschränkung, also Arbeitslosigkeit, eintreten oder auch alle drei Uebel gleichzeitig.

Vorgelegt werden Ihnen in den nächsten Wochen vom Finanzminister zwei Gesetzentwürfe werden:

1. Eine erhöhte Steuer auf alle Luxusartikel, die ausgesprochene Bedürfnisse der besitzenden Schichten sind: Wein, Spirituosen, Pelze, Kraftwagen usw. Selbstverständlich unter scharfer Ver-

meidung der Grenze, wo der Verbrauch nachlassen würde.

2. *Eine wesentlich erhöhte Steuer auf jede Art von Leihkapital.* Wer, ohne zu arbeiten, von seinen Zinsen lebt, möge zahlen, gründlich zahlen; um so mehr, je höher sein Kapital und je niedriger sein Lebensalter ist. Wir glauben hier noch wesentliche Verschärfungen eintreten lassen zu können, ohne den in nationalem Sinne natürlich auch sehr notwendigen Spartrieb zu ertöten. Der kleine Sparer soll und wird von diesem Gesetz nichts spüren.

*Arbeitskapital und Leihkapital*, die grundsätzliche Verschiedenheit dieser beiden Begriffe zu erkennen muß unser Volk lernen, um zu einigermaßen *finanzpolitischer Einsicht* zu kommen. Und grundsätzlich sollte der kleine Mann beim Anblick eines eleganten Luxusautos nicht so neiderfüllt auf den beleibten (vielleicht schwer leber- und magenkranken) Insassen blicken, sondern lieber dabei an die Dutzende von Arbeiterfamilien denken, die diesem Auto und auch den Edelsteinen der Gemahlin oder Geliebten des Autoinsassen ihre Existenz verdanken.

Daß angesichts gewisser Schmarotzerpflanzen auch die *Frage der Arbeitszeit* im Geiste jedes Arbeiters auftaucht, ist klar.

Meine Damen und Herren, daß abgesehen von der Landwirtschaft, wo die Natur jede schematische Festlegung einfach verbietet, der Handarbeiter im allgemeinen acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung, acht Stunden Schlaf haben muß, ist ebenfalls klar. Jedes sozial geleitete Staatswesen wird diesen Grundsatz durchführen, wenn er einigermaßen durchführbar ist.

Wie aber liegen die Dinge bei uns? Unser Nationalvermögen ist durch die bereits geleisteten Abgaben an die Feinde unsagbar zusammengeschrumpft. Weitere große Tribute müssen gezahlt werden. Keine Steuer aber ändert etwas am Nationalvermögen. Dessen Wiederauffrischung ist *nur durch erhöhtes Werteschaffen und Export* möglich. Diese einfachen Tatsachen, nicht irgendwelche unsozialen Weltanschauungen, rütteln mit unwiderstehlicher Wucht an dem *Dogma des Achtstundentages*. Lassen Sie sich von einem Volkswirtschaftler ausrechnen, um wieviel jährlich sich unser Nationalvermögen vermehrt, wenn der deutsche Arbeiter aus freien Stücken für den gleichen Lohn täglich nur eine Stunde mehr arbeiten würde. Sie werden staunen, welch Gewinn für die Allgemeinheit dabei herauskommt und *welche Summen dann für den Ausbau des sozialen Gedankens verfügbar werden*.

*Nur aus vollen Kassen ist eine soziale innere Politik möglich*. Die Regierung ist von dem heißen Streben erfüllt, *sozialistisch im edelsten Sinne des Wortes ihr Amt zu führen*, sie kann es aber nur zur Tat machen, wenn ein *erhöhter Arbeitswille in allen Schichten die Unterlagen einer sozialen Innenpolitik herstellt*. Ich bitte Sie, ich bitte das ganze deutsche Volk dringend und herzlich, den *sozialen Gedanken* nicht mehr als einen Begriff zu betrachten, den ein Volksteil fordert und ein anderer ablehnt, sondern als das, was er in Wahrheit ist: *Eine nationale Selbstverständlichkeit*, deren *Verwirklichung*

aber nicht von theoretischer Propaganda, sondern von schaffender Arbeit abhängt. Schaffender Arbeit, an der alle mitwirken müssen, nicht am wenigsten die, die ihrer Lebensstellung nach in erster Linie Sozialisten sein wollen und naturgemäß auch sein müssen.

Wenn heute immer noch der Sozialismus für weite Kreise förmlich eine Kampfgruppe im Staate darstellt, so ist das ein Zustand, den die Regierung bemüht sein wird, mit allen Mitteln zu beseitigen.

Krieg, Krieg bis aufs Messer darum dem Klassenkampf!

Es ist ein Irrtum, darüber wollen wir uns klar sein, daß die Kriegsschuldigen am Klassenkampf lediglich auf seiten der Arbeitnehmerschaft und ihrer Führer zu suchen sind.

Materialismus, Egoismus und Mammonismus hatten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unstreitig in Arbeitgeberkreisen eine starke Neigung zu brutaler Ausbeutung der Arbeitnehmer und Lohnabhängigen aufkommen lassen. Auch heute noch gibt es Fälle dieser Art. Und niemals wird daher die heute vor Ihnen stehende Regierung dafür zu haben sein, an dem Recht des Arbeiters, sich zu organisieren und berechtigte Lohnforderungen durch die Wucht gewerkschaftlicher Geschlossenheit zu erzwingen, zu rütteln.

Sie werden mir aber zugeben, daß die berechtigte Abwehrtaktik der deutschen Arbeitnehmerschaft leider nicht selten in einen Terror ausgeartet ist, der sie, die vorher zu Unrecht gepeinigte Schicht, nunmehr ins Unrecht setzte.

Die Regierung wird jede Art Diktatur eines Volksteils über den anderen im Keime ersticken, sei es die Diktatur des Großkapitals oder die des sogenannten Proletariats. Auch allen internationalen Strömungen in beiden Gruppen werde ich als der berufene Leiter eines in seinem Kern, gottlob, wieder durch und durch nationalgesinnten Volkes mit rücksichtsloser Energie entgegentreten, mögen sie sich in geheimen Abmachungen mit anderen, angeblich kommunistisch geleiteten, Staatswesen oder in illegitimen Besprechungen vereinzelter Großindustrieller mit Angehörigen fremder, noch dazu feindlicher Staaten auswirken. Beides wird die Regierung als Hoch- und Landesverrat auffassen und verfolgen. Nebenregierungen, meine Damen und Herren, von welcher Seite sie auch kommen und welche Gesichtspunkte sie auch leiten mögen, werden wir weder offen noch versteckt dulden; So lange ich dank Ihrem Vertrauen am Ruder bin, werde ich, dessen seien Sie sicher, niemand neben mir auf der Kommandobrücke des Reichsschiffes dulden, sei es, wer es sei, sei es auch mein nächster Freund aus alten Zeiten. So lange ich Ihr Vertrauen habe, werde ich auch das Selbstvertrauen haben, daß ich der rechte Mann am rechten Platze bin, der keines Souffleurs und keiner Hilfsstellung bedarf. Das glaube ich nicht so sehr etwa meinem persönlichen Selbstbewußtsein, sondern lediglich Ihnen, den Vertretern des Volkes, schuldig zu sein, denen ich für alle Regierungshandlungen verantwortlich bin.

Um so mehr aber, wie ich immer wieder hervorheben muß, bedarf ich Ihrer unvoreingenommenen Mitarbeit und Unterstützung zur sinn- und zweckgemäßen Formulierung aller Gesetze und zu ihrer Verständlichmachung innerhalb aller Volkskreise.

Insbesondere zähle ich da auf Sie alle auch hinsichtlich des Ausbaus unserer Schutzzollpolitik.

Nach der bisher gehandhabten Politik auf diesem Gebiet sind wir jetzt glücklich so weit gekommen, daß wir an fertigen Waren für etwa 4½ Milliarden Goldmark jährlich mehr ein- als ausführen. Errechnen Sie sich bitte, wieviel Millionen deutsche Arbeiter dafür voll bezahlte Arbeit gehabt hätten und wie der vorhin erwähnte Gedanke der Exportnotwendigkeit wieder mitspricht. Wir brauchen erhöhte Schutzzölle zum Schutze der Arbeit und zum Schutze des Lohnes!

In diesem Sinne bitte ich auch alle Vorschläge zu beurteilen, die die Regierung Ihnen auf dem Gebiete der Agrarpolitik vorlegen wird. Sie werden lediglich von dem Gedanken ausgehen:

1. alle landwirtschaftlichen Produkte für den Verbraucher auf einem erschwinglichen, vor allem aber gleichmäßigen Preise zu halten, und
2. unsere Landwirtschaft wenigstens annähernd in die Lage zu setzen, aus eigener Kraft die Volksernährung zu sichern.

Leider ist dies in dem ringsum seiner Gebiete beraubten Deutschland weniger als je in der Vollendung möglich, aber wenigstens ein höchstmöglicher Grad ist

*anzustreben.* Vergessen Sie nicht die Lehren des letzten Krieges. Ein neuer Krieg, an dem wir selbst dabei gar nicht beteiligt zu sein brauchen, könnte ohne weiteres jede Getreidezufuhr nach Deutschland für unabsehbare Zeit unterbinden.

Aus beiden vorstehenden Gründen werden wir m. E. um wohl erwogene und abgemessene *Agrarzölle* nicht herumkommen. Der Getreidezoll, der mir vorschwebt, würde, wie ich ausgerechnet habe, den Preis für 1 Pfund Roggenbrot um etwa 1½ Pfennige verteuern. Diese kleine Versicherungsprämie gegen unangenehme Magenunwetter, die uns jederzeit wieder überfallen können, dürfte sich doch wohl lohnen.

Sollte es der heute vor Ihnen stehenden neuen Regierung gelingen, in den vorstehenden innenpolitischen Fragen der nächsten Zeit mit Ihnen zu verständnisvollem Gedankenaustausch und wohlabgewogenen gemeinsamen Entschlüssen zu kommen, dann darf ich auch hoffen, in den noch ungleich problematischeren Arbeiten *unserer nächstliegenden Außenpolitik* derartig mit Ihnen eines Sinnes zu werden, daß wir dem Auslande gegenüber endlich ein sich geschlossenes nationales Ganzes darstellen. Ich hoffe mit Ihnen darin einig zu sein, daß dies *eine der unverrückbarsten Grundlagen* unserer künftigen Außenpolitik sein muß und wird. Unsere abweichenden und unterschiedlichen Ansichten sollen bei jedem Einzelfall gründlichst zu Worte kommen; *was* aber dann beschlossen wird, ist *eine Handlung des gesamten deutschen Volkes*, die wir dem Auslande gegenüber vertreten, mag der einzelne unter uns in seinem Innern

noch so viel Bedenken dagegen haben. Seien Sie gewiß, daß ich nach diesem Gesichtspunkte allzeit verfahren werde, erwägen Sie bitte, ob auch Sie, ganz unabhängig von Ihrer sonstigen Parteirichtung, sich nicht diese Auffassung zu eigen machen wollen.

Wir haben meines Erachtens gegenüber dieser außenpolitischen Grundforderung in den vergangenen Jahren allesamt oft schwer und bitter gesündigt. Ich brauche wohl keine bestimmten Sonderfälle anzuführen aus der großen Zahl bedauerlicher Entgleisungen, die darin bestanden, daß in der Linkspresse das Ausland förmlich gewarnt wurde vor angeblich nationalistischer Außenpolitik der Rechtsparteien. Meine Herren Volksvertreter, suchen Sie, ich bitte Sie dringend darum, in verbindlicher Freundlichkeit darauf hinzuwirken, daß Presse und Parlament sich fühlen als das, was sie sind, als Glieder und Zellen eines Körpers und wahrlich als unendlich wichtige Teile, als Zunge, Ohr und Hirn. Es wird, das sei hier eingeflochten, mein ernstes Bestreben sein, in engste geistige Verbindung mit der Presse aller Parteien zu gelangen; schon um Mißverständnisse zu verhüten, die, weil sie in der Oeffentlichkeit besprochen werden, so leicht unangenehme Lähmungen unserer Außenpolitik herbeiführen können. Denn Entgleisungen im Sinne außenpolitischer Rücksichtnahmen, wie ich sie soeben der Linkspresse vorwarf, sind in den vergangenen Jahren leider auch in der Presse der Rechtsparteien gar nicht selten vorgekommen. Oder halten Sie es für sonderlich günstig und klug im Sinne nationaler Außenpolitik, wenn in mehreren Fällen, wo die früheren Regierungen dem Auslande gegenüber (z. B. in der Auslieferungs-, der Kriegsschuldfrage usw.)

nationale Forderungen vertraten, das Ausland in der deutschen Rechtspresse lesen konnte, daß diese Kundgebung nationalen Willens nur einem Druck von rechts zu danken, daß sie nur ein Zugeständnis an die Rechtsparteien sei, nicht aber die Auffassung der gesamten Nation?

Meine Damen und Herren, ich erkläre hiermit dem gesamten Auslande, daß im heutigen Deutschland nationales Denken und Wollen nicht mehr, wie es in den Jahren der Verwirrung und der Mißverständnisse manchmal zu sein schien, nur gewissen Parteien eigen ist, sondern daß sämtliche deutsche Parteien davon beseelt sind. Mögen die Auffassungen über die sinngemäße praktische Betätigung nationaler Außenpolitik noch so sehr voneinander abweichen, gemeinsam ist uns allen die heiße Liebe zum Vaterlande und der entschlossene Wille, dem Vaterlande wieder zu dem Recht und Ansehen zu verhelfen, das es durch unser aller Versehen und durch die haßerfüllte Machtgier anderer Regierungen verloren hat.

Ich zögere keinen Augenblick mit der Erklärung, im Gegenteil, ich unterstreiche es nochmals ausdrücklich, daß ein freies Deutschland in Ehren unser unverrückbares außenpolitisches Ziel ist. Selbstverständlich werden Presse und Staatsmänner in gewissen Ländern nicht verfehlen, der Kulturwelt diese Erklärung des neuen deutschen Kanzlers als neue Drohung, als neues Aufdämmern der sogenannten deutschen Gefahr darzustellen. Und vielleicht halten auch einige von Ihnen diese Erklärung nicht für praktisch. Ich bitte aber zu erwägen, ob die Erfahrungen all der vergangenen Jahre seit Kriegsende die Auf-

fassung rechtfertigen, daß scheues Hinweggehen über die naturnotwendigsten Regungen jedes seiner bescheidensten Daseinsansprüche sich bewußten Volkes ein Gebot außenpolitischer Taktik ist. Zweierlei war jedenfalls bisher nur die Folge davon und kann auch nur die Folge sein: Hoffnungslose Verzweiflungsstimmung im eigenen Volke und übermütige Despotenroheit im Auslande.

Ich bin mir wahrhaftig der politischen und militärischen Ohnmacht bewußt, die zur Zeit immer noch jeden außenpolitischen Willensakt deutscherseits von vornherein unsagbar lähmt und behindert. Ich denke ferner, ganz abgesehen davon, auch mit Grauen an all die furchtbaren Begleitumstände eines modernen Krieges. Was in meinen Kräften steht, dem deutschen Volke diesen letzten Verzweiflungsakt zur Wahrung seines Daseins zu ersparen, soll nach bestem Wissen und Gewissen geschehen. Der soviel gefürchtete Revanchegeist, der von 1871 bis 1914 in Frankreich lebte und systematisch verbreitet wurde, ist schon deshalb in Deutschland, selbst in den rechts-radikalsten Kreisen, in der Tat gar nicht vorhanden, weil wir trotz schließlichen Ermattens das peinigende Gefühl schmählicher Waffenniederlagen nicht haben. Der Stolz auf unsere militärischen Leistungen im Weltkriege ist immerhin ein nicht zu unterschätzender Trost angesichts unserer materiellen Verluste. In Ehren haben wir unsere Fahnen, die in allen Weiten des Erdballs siegreich geflattert haben, heimgebracht. Wir brauchen keinen neuen Krieg, um irgendwelche Schande abzuwaschen. Auf das außenpolitische Extrem einer planmäßigen Revanchekriegspolitik

müssen wir nicht nur zur Zeit auf Grund unserer Ohnmacht, sondern könnten wir daher vom Standpunkt nationaler Ehre auch grundsätzlich verzichten. Daraus folgt aber nicht, daß uns deshalb nur das andere Extrem einer bedingungslosen Unterwerfungs- und Erfüllungspolitik übrigbleibt. Solange nach dem Versailler Diktat deutsche Regierungen diese Außenpolitik getrieben haben, hatte sie beim Gegner stets nur erhöhte Forderungen zur Folge. Ich meine, es gibt auch, und gerade in unserer Lage, zwischen den Extremen unbedingter Erfüllungs- und planmäßiger Konfliktspolitik denn doch ein drittes, nämlich das umfangreiche und vielseitige Gebiet dessen, was man eigentlich unter Außenpolitik überhaupt versteht: das Erreichen und Durchsetzen berechtigter Ansprüche durch geschicktes und zähes Ausnutzen aller günstigen Momente, unter Einsatz eines Machtfaktors, den auch ein gänzlich waffenloses Volk ausspielen kann, wenn es nur will: Die geschlossene nationale Volkseinheit.

Nach uraltem Völkerbrauch, meine Damen und Herren, sind wir als die im Kriege Unterlegenen in der unangenehmen Lage, Entschädigungen zahlen zu müssen. Sie kennen die ungeheuren Summen an Goldmilliarden, die wir bereits gezahlt haben. Sie kennen die Zahlen der noch weiter aufzubringenden Entschädigungen. Sie wissen aber auch, daß bis auf den heutigen Tag noch gar nicht die endgültige Summe unserer Kriegsschuld festgelegt ist. Einstweilen sollen wir bis ins Unendliche weiterzahlen.

Diesen unerträglichen Zustand aufzuheben, meine Damen und Herren, wird das erste

Ziel meiner Außenpolitik sein, und ich erkläre Ihnen hiermit feierlich, *daß ich in dem Augenblick, wo ich nach Erschöpfung aller mir vorschwebenden Mittel erkenne, daß ich diese deutsche Forderung nicht durchsetze, ich mein Amt niederlegen werde mit dem Bekenntnis, daß mein Können für die Anforderungen des deutschen Kanzleramtes nicht ausreicht.*

Mit unbeirrter Entschlossenheit wird die Regierung ferner den ausländischen Regierungen klarmachen, daß nur eine freie deutsche Wirtschaft und ein Innehalten aller Abmachungen auch auf der Gegenseite es dem deutschen Volke möglich macht, die unerhört hohen Kriegsentschädigungen aufzubringen. *Mit Erreichung der Räumung der noch besetzten deutschen Gebiete wird die Regierung stehen und fallen.*

Unbedingt ablehnend steht die Regierung dem immer wieder auftauchenden Gedanken einer wirtschaftlichen Bindung der deutschen und französischen Schwerindustrie gegenüber. Alle Nachteile liegen dabei auf deutscher Seite. Der Plan ist zudem letzten Endes nur die Vorstufe einer endgültigen Neutralisierung des Rhein- und Ruhrgebietes, zu deutsch eines neuen Länderraubs an unserem Vaterlande.

*Wir geben unsere Volksgenossen an Rhein, Ruhr und Saar, die in beispielloser Treue und allen Verlockungen widerstehend, allen Peinigungen trotzend, am deutschen Vaterlande festgehalten haben, nicht auf!* Mehr, als es

in den vergangenen Jahren geschehen ist, soll uns *kein Opfer zu groß* sein, ihnen ihr unsagbar schweres Los zu erleichtern. Meine Damen und Herren, das unbesetzte Deutschland hat am besetzten mancherlei wiedergutzumachen. Jene stehen in der Front, wir sind die Etappe! Ziehen wir alle Folgerungen aus diesem Vergleich.

Als außenpolitisches Druck- und Kampfmittel wird die Regierung nicht zögern, vor allem alle Handelsabmachungen auszuspielen. Wir sind in dieser Hinsicht dank deutschen Könnens und Fleißes schon wieder ein Faktor geworden, an dem auch die stärkste Militärmacht nicht mehr gleichgültig vorübergehen kann. Wir haben so manche Trümpfe in der Hand und werden sie zur rechten Zeit auszuspielen wissen.

Mag unsere außenpolitische Lage daher auch eine noch so schwierige sein, bei ausreichender Willens- und Nervenstärke glauben wir, meine ministeriellen Mitarbeiter und ich, „das mit dem Ballast des Mißtrauens, des Neides und der Angst eines großen Teiles der Welt so schwer belastete, durch Verarmung und Schulden noch dazu halb lecke deutsche Schiff doch wieder flott machen zu können. Wir werden jede günstige Strömung, jeden Wind ausnutzen“. *Wir müssen lavieren, aber unverrückbar liegt vor uns das Ziel, dem wir zusteuern.*

Ich bitte aber dringend, meine Worte nicht dahin zu verstehen, daß wir glauben, die erlösenden Heilande nach langer Not in dem Sinne zu sein, daß wir so ungleich tüchtiger wären, als die Regierungen, die vor uns in den letzten Jahren des deutschen Volkes Geschicke geleitet haben. Dankbar sind wir uns der Vor-

arbeit bewußt, mit der sie uns den Weg bereitet haben. Gelingt es uns zu vollenden, was jenen ohne Zweifel auch stets vorgeschwebt hat, so danken wir dies nur dem Umstande, daß wir das Glück haben, jetzt ein Volk zu führen, das die seelischen Depressionen, die es seit dem November 1918 niederdrückten, annähernd überwunden hat.

Meine Damen und Herren, der Wahlkampf, aus dem Sie als die berufenen Vertreter und wir als die beamteten Führer des deutschen Volkes hervorgegangen sind, zeigte, verglichen mit all den zahllosen Wahlkämpfen in früheren Jahren, daß ein Hauch gesundender Lebenskraft unser ganzes Volk erfaßt hat. Leidende, kranke, lebensüberdrüssige Menschen sind mißtrauisch, bösartig, zänkisch, rechthaberisch; genesende, gesunde dagegen sind gutmütig, versöhnlich, einsichtig. Es war eine Freude festzustellen, wie verhältnismäßig selten die Parteien in ausgesprochenem Haß gegeneinander vorgingen. Das nichtsdestoweniger lebhafte Kämpfen um Seele und Stimme der Wähler äußerte sich mehr in scharfem, aber höflichem Aufeinanderplatzen der Geister, in feinbissiger Satire usw.

Vor allem aber gab sich zu meiner Freude eins deutlich kund: In allen Kreisen, Schichten und Parteien ist ein politischer Wille wachgeworden. Ich will hier nicht untersuchen, welche äußeren und inneren Ereignisse, welche Strömungen und Bewegungen der letzten Jahre diese seelische Veränderung im Volke veranlaßt haben, ich stelle nur freudig fest, daß die Regierung das hoffnungsfrohe Ge-

*fühl hat, mit diesem zu politischem Wollen neuerwachten Volke hinter sich auch eine erfolgreiche nationale Außenpolitik unternehmen und durchführen zu können.*

Aber eins tut noch not, und dies zu erreichen ist nur mit Ihrer Einsicht und Unterstützung möglich: Das neuerwachte politische Wollen im Volke bedeutet zunächst für alle, die Deutsche sind und bleiben wollen, *Kampf, Ringen, Opfer!*

Die von Ihrer Mehrheit gewählte Regierung ist, wie Ihnen vorher bekannt war, entschlossen, eine *planmäßige Widerstands-Außenpolitik* durchzuführen. Im Wahlkampf kam zutage, daß auch die jetzt in der Opposition stehenden Parteien bis zu einem gewissen Grade die bisher geübte nahezu restlose Erfüllungs- und Unterwerfungspolitik aufgeben wollen und nur der Ansicht sind, daß unsere, d. h. auch der jetzigen Regierung, Gedanken, Pläne und Absichten bedenkliche außen- und mittelbar auch innenpolitische Krisen hervorrufen können. Meine Damen und Herren der Linksparteien, *Sie haben mit diesen Befürchtungen durchaus recht!* Es ist damit zu rechnen, daß schwierige, daß nahezu verzweifelte Lagen über uns hereinbrechen, wenn gewissen ausländischen Regierungen gegenüber nunmehr ein bestimmter nationaler Wille seitens der deutschen Regierung gegenübertritt. Was eine geschickte Diplomatie tun kann, um die schwersten Prüfungen vom deutschen Volke abzuwenden, wird geschehen. Es ist aber immerhin damit zu rechnen, daß diese oder jene Regierung die brutalsten Versuche machen wird, das nationale

Erwachen des deutschen Volkes im Keime zu ersticken. Vielleicht erleben wir, obgleich ich es lediglich für nicht so ganz ausgeschlossen halte, noch einmal eine ähnliche Gewalttat, wie es die Ruhrbesetzung im Januar 1923 war. Das Weltgewissen wird nie für uns sprechen, nur die unstreitigen Veränderungen der allgemeinen Weltlage machen uns das außenpolitische Arbeiten etwas leichter, als es für unsere Vorgänger in der Regierung der Fall war. Aber *das* sind *nur Hoffnungen, Möglichkeiten*, keine bestimmten Faktoren, die wir in Rechnung stellen können.

*Die positiven Faktoren*, auf denen die Regierung ihre nationale Außenpolitik allein aufbauen kann, müssen wir *lediglich in uns selbst suchen*. Es sind ihrer nach meiner Ansicht in der Hauptsache drei:

*Erstens* das bei der weitaus größten Mehrheit des deutschen Volkes bis in die Flügel der Linksparteien hinein zur Ueberzeugung gewordene Empfinden, daß die bisherige auf Erfüllung und Unterwerfung eingestellte Politik uns langsam, aber sicher der politischen Verwesung entgegenbringt.

*Dieser Faktor ist vorhanden.*

Auch Sie, meine Damen und Herren von links, erkennen ihn an. Sie halten nur unsere Absichten für zu radikal, das Tempo für zu stürmisch. Ich muß aber in diesem Punkte bitten, doch erst abzuwarten, wie die Regierung von Fall zu Fall verfahren wird. Sie werden erst in der Praxis endgültig entscheiden können, ob Ihre einstweilen doch nur theoretischen Befürchtungen berechtigt sind. Eins nur möchte ich von vornherein Ihrer eingehendsten Erwägung anheimstellen: Wenn,

wie Sie im Wahlkampf Ihren Wählern gesagt haben, eine „klug abgemessene Widerstandspolitik“ auch in Ihrem außenpolitischen Programm liegt, dann gehen Sie damit doch letzten Endes, genau so wie wir, der Möglichkeit schwerer außenpolitischer Konflikte und Krisen entgegen. Denn deren Ausbruch dürfte in jedem Falle viel weniger von dem Grad und Umfang der deutschen Widerstandspolitik abhängen, als vielmehr von der Einsicht oder dem Unverstand gewisser ausländischer Regierungen. Ich glaube daher, meine verehrten Mitarbeiter auf der Linken, *daß unsere außenpolitischen Wege in der Praxis gar nicht so auseinanderlaufen, wie Sie es theoretisch einstweilen wohl noch annehmen.*

Denn auch *der zweite Faktor* ist doch bei der Mehrheit des Volkes bis weit nach links hin vorhanden: *Der Wille, den unerträglichen außenpolitischen Zuständen ein Ende zu machen.*

Bleibt somit nur die Schaffung des *dritten und allerdings wichtigsten Faktors: der felsenfeste Entschluß, zur Durchführung nationaler Außenpolitik alle Folgen auf sich zu nehmen.* Wie schwer lastend und opferreich sie werden können, deutete ich bereits an.

Meine Damen und Herren der Rechtsparteien, seien Sie sich bewußt und lassen Sie Ihre Wähler und Gefolgsleute nicht im unklaren über *den furchtbaren Ernst, der in dem Worte nationale Außenpolitik liegt.* Unterdrücken Sie

mit eiskalter Bestimmtheit alle nationalen Rauscherscheinungen. Legen Sie hier im Parlament, in der Presse und in allen Versammlungen im Lande jedes Wort auf die Wagschale. Geben Sie der heimtückisch uns umlauernden Außenwelt auch nicht den kleinsten Anlaß zu Scheinbeweisen der verlogenen Behauptung, Deutschland treibe auf einen neuen Weltkrieg, auf ein neues Völkermorden hin. Lassen Sie keine utopischen Hoffnungen in unseren Reihen aufkommen. Oeffnen Sie allen die Augen darüber, daß ein Volk aus einem Elendssumpfe, wie es der ist, in dem wir stecken, nur Schritt für Schritt, schweißtriefend und manchmal auch wieder zurücksinkend herauskommt.

Nur eins, verehrte Damen und Herren des versammelten Hohen Hauses, glaube ich heute in Ihrer aller und des zu einer nationalen Einheit wieder zusammengeströmten ganzen deutschen Volkes Namen, der gesamten Kulturwelt erklären zu können:

Das hinter dem neugewählten Reichstage und der von diesem berufenen Regierung stehende deutsche Volk ist zu der Erkenntnis gekommen, daß sein Dasein und friedliches Mitarbeiten im Rahmen der übrigen Menschheit nur dann nicht dem Untergange verfallen ist, wenn die nach dem letzten Kriege ihm zwangsweise auferlegten Bestimmungen und Abmachungen baldigst einer eingehenden Revision unterzogen werden. In erster Linie ist es notwendig, daß die im Kriege Deutschland feindlichen Mächte nunmehr endgültig die Gesamthöhe der von Deutschland zu zahlenden Kriegsentschädigungen festlegen und klar formulierte Forderungen hin-

sichtlich des Zahlungsmodus aufstellen. Von deutscher Seite wird alsdann ebenso klar erwidert werden, in welchem Rahmen und Zeitmaße Zahlungen möglich sind. Deutschland ist bereit, die möglichen Zahlungen zu leisten; nicht aus dem Gefühl einer moralischen Sühnepflicht heraus, sondern lediglich in Anerkennung des alten Brauches, daß der in einem Kriege durch eigene Torheit unterlegene Teil die Kosten zu tragen hat. Deutschlands Volk und Regierung machen aber darauf aufmerksam, daß auch ein unterlegenes und sogar wehrlos gemachtes Volk zu einem gefährlichen Faktor wird, wenn man es zur Verzweiflung treibt oder treiben läßt!

Durch Bitten, Beschwörungen und sonstige Versöhnungs- und Verständigungsanbahnungen bei gewissen, Deutschland grundsätzlich feindlich und haßerfüllt gegenüberstehenden Mächten freundlicheres Entgegenkommen und den ehrlich-guten Willen zur Verständigung wachzurufen, *diese Versuche gibt Deutschland nach den traurigen Erfahrungen nahezu eines Jahrzehnts ein für alle Male auf.* Es steht auch der Frage über „Europas Frieden und Ruhe“ fast teilnahmslos gegenüber, da die unsagbaren Peinigungen und Quälereien des letzten Jahrzehnts uns naturgemäß dahin gebracht haben, daß wir *nur noch an uns selbst denken können und wollen.* Sollte die Welt weiterhin gleichmütig zusehen und zulassen, daß eine einzelne hegemoniegierige Macht *auf den Untergang Deutschlands hinarbeitet*, so fühlen Deutschlands Volk und Regierung keinerlei Verpflichtung, der „Genesung Europas“ irgendwelche Opfer zu bringen. An der kulturellen

Fortentwicklung der Gesamtmenschheit mitzuarbeiten ist das deutsche Volk nur dann bereit, wenn ihm dies in Freiheit und Unabhängigkeit, sowie unter Anerkennung seiner eigenen Ansprüche und Rechte zugestanden wird. Als Fronknecht und Sklave für andere Völker zu arbeiten, lehnt das deutsche Volk im Bewußtsein seiner Ehre, Würde, seines Rechtes und seiner Bedeutung als einer der ersten Kulturnationen ab. Der Irrwahn und Selbstbetrug, dem es gegen Ende des Krieges zum Opfer fiel und dem allein sein schließliches Unterliegen im Weltkriege zuzuschreiben ist, ist überwunden! In Erkenntnis seiner jetzigen Wehrlosigkeit und auch auf Grund seiner von Natur friedlichen Gesinnung ist Deutschland zwar weit entfernt, von sich aus irgendwelche Katastrophenpolitik zu treiben, nichtsdestoweniger aber, wenn von anderer Seite eine solche Politik heraufbeschworen wird, fest entschlossen, selbst ein Ende mit Schrecken dem bisherigen Schrecken ohne Ende vorzuziehen! Alle gerecht denkenden und weitblickenden Regierungen und Völker mögen erwägen, welche Politik sie demgemäß zum Heile der Gesamtmenschheit und zum eigenen Heile einzuschlagen haben.

Meine Damen und Herren, wir werden in den nächsten Tagen sehen, welche Aufnahme diese Erklärung im Auslande haben wird. Daß es stellenweise eine heuchlerisch entrüstete, stellenweise eine hochmütig-spöttische sein wird, darüber bin ich mir nicht im Zweifel.

Für uns kann nur maßgebend sein, daß es uns selbst ernst damit ist, und daß wir allem,

was nun kommen kann, mit ruhiger Entschlossenheit und starken Nerven entgegensehen.

Eins freilich muß am Schluß der heutigen Reichstagssitzung wie ein granitener Block hinter dieser Erklärung stehen: Ihre Bereitwilligkeit, mit der neuen Regierung den in dieser Erklärung gewiesenen außenpolitischen Weg einzuschlagen. Ich erwarte nicht, ich würde es nicht einmal für günstig halten, wenn Sie alle lediglich mitlaufen und sich blindlings führen lassen würden. Der Weg ist zu steil, zu unübersichtlich, zu steinig, als daß nicht immer wieder gewisse Halte und Neuorientierungen nötig sein werden. In Form vorsichtiger Warner und Bremser werden die Oppositionsparteien des Hohen Hauses manchmal sicher von besonderem Werte sein. Seien Sie gewiß, daß keiner Ihrer Einwände von der Regierung überhört oder unbeachtet bleiben wird.

Glauben Sie, den von mir und den anderen Reichsministern geplanten Vormarsch noch nicht wagen zu dürfen, dann lehnen Sie unsere Führung heute noch ab! Meine vorstehende Erklärung ist dann eben lediglich die Auffassung eines Teils des deutschen Volkes. Ich hoffe, daß sie selbst in dieser beschränkten Form nicht gerade Schaden, sondern vielleicht einigen außenpolitischen Nutzen bringen wird.

Haben Sie aber, auch in den Reihen der Opposition, das Gefühl, daß auf Grund dieses meines innen- und außenpolitischen Glaubensbekenntnisses ein geschlossenes Zusammenarbeiten des gesetzgebenden Reichstages mit der neuen Regierung möglich ist, dann lassen Sie

uns heute gemeinsam den schweren Weg antreten. Führt er nicht in eine bessere Zukunft, dann stellen Sie, das bin ich beauftragt, im Namen meiner Mitarbeiter in der Regierung zu erklären, uns, insonderheit mich, den Kanzler, über Jahr und Tag vor ein Volksgericht und bringen Sie mich meinetwegen aufs Schafott. So lange Sie aber mit uns arbeiten, fühlen Sie sich, unbeschadet Ihrer wirtschaftlichen und innenpolitischen Sonderbestrebungen, uns Ministern gegenüber und auch untereinander, nicht als Gegner, sondern wirklich *als Arbeitsgenossen an einem großen heiligen Werke.*

Zeigen wir der Welt, daß es zwar nach wie vor deutsche Parteien gibt, aber nur noch als gleichberechtigte Gliedmaßen *eines großen Gesamtkörpers, eines auf Tod und Leben zusammengeschweißten deutschen Volkes,* das ehrlich bemüht ist, in friedlicher Verständigung zu seinem Recht zu kommen, sofern aber auf der Gegenseite Vernunft und Einsicht weiterhin schweigen, auch einen *ihm aufgezwungenen letzten Entscheidungskampf um sein Dasein und den Frieden seiner Kinder und Enkel zu führen entschlossen ist.*

*Vielleicht geht Deutschland dabei zugrunde, — — — mit ihm dann aber auch ganz Europa!*

Die Regierung harrt Ihrer Entscheidung und damit der Entscheidung der verfassungsgemäß höchsten Instanz,

*des souveränen deutschen Volkes!*





